

Stadt Luzern

Geschäfts- bericht 2009

Bericht und Antrag des
Stadtrates an den
Grossen Stadtrat
vom 31. März 2010

B+A 9/2010

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt
am 24. Juni 2010



**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern** **B+A 9/2010**

Stadtratsbeschluss 280 vom 31. März 2010

2009 stand ganz im Zeichen der Fusion von Littau und Luzern. Am 14. Juni fanden die ersten gemeinsamen Wahlen in den Stadtrat und den Grossen Stadtrat statt. Die gemeinsame Zukunft feierten rund 1'500 Personen am 1. Januar 2010, gegen 1'000 davon zogen im strömenden Regen vom Gemeindehaus Littau zum Rathaus Luzern. Unterwegs wiesen Gaukler auf die Geschichte von Littau hin. Vor dem Luzerner Rathaus besiegelten Stadtpräsident Urs W. Studer und Gemeindepräsident Josef Wicki die gemeinsame Zukunft.

Fotos: Boris Bürgisser, Neue Luzerner Zeitung

Inhaltsverzeichnis

1	Das Jahr 2009 im Rückblick.....	3
2	Ergebnis der Jahresrechnung 2009	4
2.1	Gesamtüberblick.....	4
2.2	Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	5
2.2.1	Aufwand	6
2.2.2	Ertrag	8
2.2.3	Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	10
2.2.4	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO	10
2.2.5	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO	10
2.3	Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung	11
2.3.1	Vergleich der Nettobelastung und der Steuerkraft sowie der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden	12
2.4	Investitionsrechnung	13
2.5	Bestandesrechnung.....	14
2.6	Anhang zur Jahresrechnung.....	17
2.6.1	Ausserbilanzgeschäfte	17
2.6.2	Brandversicherungswerte	18
2.6.3	Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	18
2.6.4	Abnahme der Jahresrechnung 2008 durch den Regierungstatthalter	19
2.6.5	Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern	19
2.6.6	Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände	21
2.6.7	Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern	22
3	Kennzahlen aus dem Personalbereich.....	24
3.1	Entwicklung der Teilzeitstellen.....	24
3.2	Personalfuktuation.....	24
3.3	Nationalitäten.....	24
3.4	Pyramide der Dienstjahre	25
3.5	Besoldungsklassen	25
3.6	Altersstruktur.....	26
4	Direktionen.....	27
4.1	Sozialdirektion.....	27
	Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	27
4.1.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	28
4.1.2	Rechnungsergebnis im Überblick	30
4.1.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	31
4.1.4	Kennzahlen	36
4.1.4.1	Sekretariat Vormundschaftsbehörde	37
4.1.4.2	Amtsvormundschaft	39
4.1.4.3	Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	40
4.1.4.4	Sozialamt	43
4.1.4.5	Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)	44
4.1.4.6	Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	46
4.1.4.7	Kinder Jugend Familie	48
4.1.4.8	Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	51
4.2	Bildungsdirektion und Präsidiales.....	53
	Vorwort von Urs W. Studer, Stadtpräsident und Bildungsdirektor	53
4.2.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	54
4.2.2	Rechnungsergebnis im Überblick	58
4.2.3	Schulpflege	60

4.2.4	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	60
4.2.5	Kennzahlen	64
4.2.5.1	Stadtkanzlei	65
4.2.5.2	Musikschule	66
4.2.5.3	Kultur und Sport	67
4.2.5.4	Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	69
4.2.5.5	Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	70
4.2.5.6	Stadtbibliothek	71
4.2.5.7	Kinder- und Jugendzahnklinik	72
4.3	Sicherheitsdirektion	73
	Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin	73
4.3.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	75
4.3.2	Rechnungsergebnis im Überblick	77
4.3.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	78
4.3.4	Kennzahlen	81
4.3.4.1	Stadtpolizei	83
4.3.4.2	Bevölkerungsdienste	83
4.3.4.3	Umweltschutz	83
4.3.4.4	Zivilschutz	89
4.3.4.5	öko-forum	90
4.3.4.6	Feuerwehr	91
4.4	Baudirektion	93
	Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	93
4.4.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	94
4.4.2	Rechnungsergebnis im Überblick	96
4.4.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	97
4.4.4	Kennzahlen	102
4.4.4.1	Stadtplanung	103
4.4.4.2	Immobilien	104
4.4.4.3	GIS-Dienstleistungszentrum	106
4.5	Finanzdirektion	109
	Vorwort von Stefan Roth, Finanzdirektor	109
4.5.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	110
4.5.2	Rechnungsergebnis im Überblick	112
4.5.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	113
4.5.4	Kennzahlen	115
4.5.4.1	Regionales Steueramt	117
4.5.4.2	Teilungsamt	118
4.5.4.3	Prozesse und Informatik	119
4.6	Beitragswesen	121
4.6.1	Rechnungsergebnis im Überblick.....	121
5	Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget	123
5.1	Heime und Alterssiedlungen	123
5.2	Volksschule	137
5.3	Tiefbauamt.....	149
5.4	Liegenschaften Finanzvermögen	162
6	Fusion Littau-Luzern / Fusionsbilanz per 1.1.2010.....	171
	Antrag des Stadtrates.....	173
	Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern	175

1 Das Jahr 2009 im Rückblick

Baustellen im wörtlichen und übertragenen Sinn prägten 2009 das Stadtbild und die politische Agenda:

- Der Rückbau des alten Fussballstadions "Allmend" und Baubeginn an der neuen "Swissporarena" lösen sehr grosses Medien-echo und Publikumsinteresse aus.
- Der Bau und die Fertigstellung des Bocciodromos auf der südwestlichen Allmend dagegen verlaufen eher abseits des öffentlichen Interesses.
- Konnte die erste der beiden neuen Messehallen im Zentrum der Allmend im September eröffnet werden, schreiten die imposanten Bauarbeiten an der zweiten planmässig voran.
- Arbeiten zur Tieflegung der Zentralbahn werden an mehreren Stellen des Stadtgebietes sichtbar: auf dem Gleisfeld des Bahnhofs Luzern, am Geissensteinring, hinter der alten Festhalle unter der Hubelmatt-rippe, auf dem Installationsplatz bei den Fliegerschuppen.
- Die Strassenführung zwischen Horw und Luzern über die Allmend wird fast im Wochenrhythmus verändert.
- Das neue Kleinschulhaus auf Büttenen und die sanierte Schulanlage Wartegg/Tribtschen werden eingeweiht.
- Die Sanierung des Alterszentrums Staffelhof beginnt noch unter der Verantwortung der Gemeinde Littau.
- Die Sanierung des Schweizerhofquais sowie die Sanierung des Abwasserkanals am Hirschengraben wirken sich in erstaunlich geringem Ausmass auf den Verkehr aus.
- Die Langsandbrücke wird fertiggebaut und dem Verkehr übergeben.
- Die spektakulären Bauarbeiten am Reusswehr werden täglich von zahlreichen Zaungästen beobachtet.

Ein starkes Signal an den Bund, dass die Region an eine Zukunft mit mehr Zug glaubt, sandten die Stimmberechtigten am 29. November: Der kantonale Kredit zur Vorfinanzierung des Vorprojektes zum Tiefbahnhof wurde im ganzen Kanton angenommen, die Zustimmung in Luzern betrug 80 Prozent. Stadt und Kanton Luzern signalisierten: Wir wollen diese Baustelle!

Eine Baustelle struktureller Art, ebenfalls mit dem Ziel, mehr Zugkraft zu entwickeln, konnte per Ende 2009 freudig aufgegeben werden: die Fusion von Littau und Luzern. Das Projekt beschäftigte die Verwaltungen beider Ge-

meinden im letzten Jahr des Nebeneinanders intensiv, der Übergang funktionierte ohne nennenswerte Schwierigkeiten.

Die Fusionsstrategie des Stadtrates soll die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der gesamten Region stärken. Unter dem Titel "Starke Stadtregion Luzern" beschlossen im Mai die fünf Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen, Kriens und Luzern, unter Beteiligung des Kantons Fusions- und Kooperationsabklärungen zu treffen. Ziel der Abklärungen ist es, herauszufinden, unter welchen Voraussetzungen sich die Stadtregion wirtschaftlich und politisch am wirkungsvollsten stärken lässt.

Mit der Teilrevision 2011 des Steuergesetzes soll der gesamte Kanton wirtschaftlich wettbewerbsfähiger gemacht werden. Die Abstimmungsvorlage wurde am 27. September in allen Gemeinden des Kantons angenommen. Durch die Halbierung des Gewinnsteuersatzes profitiert die lokale Wirtschaft in besonderem Masse. Für das Gemeinwesen Stadt Luzern jedoch sind ab 2011 empfindliche Ertragseinbussen zu erwarten – eine "Baustelle", die dem Stadtrat Sorgen macht. Deshalb hat er vorausschauend noch im Berichtsjahr die Vorbereitung eines Sparprojektes beschlossen. Denn sowohl die anstehenden, überdurchschnittlich hohen Investitionen als auch die Folgen der weltweiten Rezession werden den städtischen Haushalt vor grosse Herausforderungen stellen. Im Berichtsjahr wirkte sich die wirtschaftliche Baisse, ausgelöst hauptsächlich durch die Bankenkrise, auf die Stadt Luzern weniger gravierend aus als erwartet. Dank den ausgeprägten KMU-Strukturen wurden Kanton und Stadt Luzern weniger von der Rezession getroffen als andere Gegenden der Schweiz. Entsprechend wurde die Rechnung 2009 weniger belastet als noch zu Jahresanfang befürchtet werden musste: Die Steuererträge blieben deutlich über Budget während die Konsumausgaben nur unwesentlich über Budget ausfielen. Dessen ungeachtet ist die Wirtschaftskrise noch nicht ausgestanden.

Franz Müller hatte die Baustelle "Finanzen" der Stadt Luzern stets umsichtig geleitet. Nach über 18 Dienstjahren ist der Finanzdirektor Ende 2009 zurückgetreten. Seine Verdienste werden von Stadtpräsident Urs W. Studer gewürdigt (siehe S. 53).

2 Ergebnis der Jahresrechnung 2009

2.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2009 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	607.8	587,4
Ertrag	611.0	582,7
Ergebnis	+3.2	-4.7

Die Rechnung 2009 schliesst mit einem Rohergebnis von Fr. 16,1 Mio. ab.

Nach Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von Fr. 11 Mio. – damit erreichen die Abschreibungen auf den geplanten Investitionen 80 % – und einer Einlage in die Steuerausgleichsreserve von Fr. 1,9 Mio. – in Anwendung der langjährigen Praxis, wonach 50 % des Steuerertrages der juristischen Personen, der über dem 5-Jahres-Durchschnitt liegt, in die Reserve eingelegt wird –, weist die Rechnung 2009 einen Ertragsüberschuss von Fr. 3'227'908.91 aus.

Dieses Resultat hat im Wesentlichen folgende Ursachen:

- Die ordentlichen Steuererträge liegen um Fr. 18,9 Mio. über dem Voranschlag.
- Bei den übrigen Steuern und Finanzpositionen resultieren Mehrerträge von total Fr. 5,3 Mio.
- Die Konsumausgaben überschreiten den Voranschlag um Fr. 3,4 Mio.

Die Erträge der ordentlichen Gemeindesteuern übertreffen den Voranschlag um 8,7 %, wobei die Mehrerträge der natürlichen Personen alleine Fr. 20,6 Mio. ausmachen und zur Hauptsache aus den Nachträgen stammen. Diese ausserordentliche Abweichung ist im Wesentlichen auf die wirtschaftlich starken Jahre 2006 und 2007 zurückzuführen, welche hohe Steuererträge zur Folge hatten. Bei den juristischen Personen wird der Voranschlag hingegen um Fr. 1,7 Mio. verfehlt. Gegenüber dem Vorjahr nahm der ordentliche Steuerertrag um Fr. 2,8 Mio. bzw. 1,2 % zu. Das Steuerwachstum vermochte sowohl die Ertragsausfälle der zweiten Tranche der Steuergesetzesrevision 2008 wie auch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auszugleichen. Der Standort Luzern hat sich in dieser Hinsicht als stabil erwiesen.

Der Konsumaufwand liegt – trotz Nachtragskrediten in der Höhe von insgesamt Fr. 15,5 Mio., die im Laufe des Jahres bewilligt wurden – lediglich um rund Fr. 3,4 Mio. über dem Vor-

anschlag. Dabei ist zu beachten, dass darin Rückstellungen im Umfang von Fr. 5,3 Mio. enthalten sind, die als ausserordentliche Positionen zu beurteilen sind, welche bei der Beurteilung der Konsumausgaben ausklammert werden können. Die ordentlichen Konsumausgaben sind um Fr. 1,9 Mio. tiefer als im Voranschlag. Das spricht für eine hohe Ausgabendisziplin und führt dazu, dass auch der Anstieg der Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr mit rund 2,9 % (inkl. Rückstellungen) moderat ausfällt. Die Zielvorgaben, wonach die Konsumausgaben nur im Umfang des BIP-Wachstums ansteigen sollen, wird ausnahmsweise und bei einer einjährigen Betrachtungsweise verletzt, da im Jahr 2009 ein Rückgang des BIP von geschätzten 1,9 % zu verzeichnen ist. Eine kurzfristige Reduktion der Konsumausgaben in diesem Ausmass ist weder sinnvoll noch realistisch. Im mehrjährigen Vergleich werden die Zielvorgaben nach wie vor eingehalten, da in früheren Jahren die Wachstumsraten in der Regel nicht ausgeschöpft wurden.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der Investitionen 2009:

[in Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Bruttoinvestitionen	96,1	89,2
./. Beiträge Dritter	16,6	14,2
Nettoinvestitionen	79,5	75,0
./. davon spezialfinanziert, netto	13,5	5,0
Investitionen innerhalb Plafond	66,0	70,0

Im Jahr 2009 wurde wiederum ein hohes Investitionsvolumen bewältigt. Nach Abzug von Beiträgen Dritter und der Investitionen in Spezialfinanzierungen verbleiben Nettoinvestitionen von Fr. 66 Mio. Der Plafond konnte somit eingehalten bzw. um Fr. 4 Mio. unterschritten werden. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Stadt Luzern nach wie vor in einer Hochinvestitionsphase befindet, in welcher die Investitionen nicht vollumfänglich aus eigenen Mitteln finanziert werden können und eine Zunahme der Verschuldung zur Folge haben. Die Nettoschuld steigt um Fr. 17,4 Mio. auf Fr. 61,7 Mio. an und beträgt pro Kopf der Bevölkerung Fr. 1'029.–. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 83,3 % und liegt somit deutlich über dem budgetierten Wert von 50,9 %. Das Eigenkapital der Stadt Luzern beträgt nun Fr. 59,4 Mio.

2.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2009 schliesst nach Vornahme zusätzlicher Abschreibungen von Fr. 11 Mio. und einer Einlage in die Steuerausgleichsreserve von Fr. 1,9 Mio. mit einem Ertragsüberschuss

von Fr. 3,2 Mio. ab. Budgetiert war ein Fehlbetrag von Fr. 4,66 Mio.
Die Rechnung 2009 zeigt im Überblick folgende Ergebnisse:

Aufwand	Rechnung 2009	Budget 2009	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2008
Personalaufwand	246'873'043	246'604'100		268'943	237'402'143
Sachaufwand	75'837'851	72'433'600		3'404'251	70'449'118
Passivzinsen	8'034'187	9'841'100	1'806'913		9'342'721
Abschreibungen	64'728'872	50'283'700		14'445'172	58'618'527
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	8'788'884	9'023'900	235'016		11'277'461
Entschädigungen an Gemeinwesen	5'648'286	6'716'000	1'067'714		6'127'761
Eigene Beiträge	126'309'482	129'010'800	2'701'318		126'494'690
Durchlaufende Beiträge					15'891'864
Einlagen in Spezial- finanzierungen und Stiftungen	11'105'243	1'627'700		9'477'543	
Interne Verrechnungen	60'494'941	61'887'300	1'392'359		54'608'332
Total	607'820'789	587'428'200	7'203'320	27'595'910	590'212'618
Mehraufwand			20'392'589		
Ertrag	Rechnung 2009	Budget 2009	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2008
Steuern	276'467'665	253'600'000	22'867'665		270'350'845
Konzessionen und Regalien	4'463'996	4'438'500	25'496		4'413'300
Vermögenserträge	37'840'808	41'896'500		4'055'692	42'214'892
Entgelte	169'741'231	164'071'600	5'669'631		162'674'272
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'822'238	9'822'200	38		9'986'144
Rückerstattung von Gemeinwesen	5'069'745	4'126'800	942'945		5'282'913
Beiträge für eigene Rechnung	37'179'136	37'063'000	116'136		33'107'784
Durchlaufende Beiträge					7'878'388
Entnahmen aus Spezial- finanzierungen und Stiftungen	9'968'938	5'861'700	4'107'238		
Interne Verrechnungen	60'494'941	61'887'300		1'392'359	54'608'332
Total	611'048'698	582'767'600	33'729'149	5'448'051	590'516'870
Mehrertrag				28'281'098	
Ergebnis	3'227'909	-4'660'600			304'253
Differenz zum Voranschlag			7'888'509		

2.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 246,9 Mio. um rund Fr. 0,27 Mio. höher als budgetiert. Die Besoldungen beim Verwaltungspersonal sind um Fr. 0,8 Mio. tiefer, die der Lehrpersonen um rund 1,2 Mio. höher. Die Personalversicherungsbeiträge sind insgesamt um Fr. 0,7 Mio. tiefer, da weniger Besoldungen beim Verwaltungspersonal angefallen sind und mit kleineren Pensen im Bildungsbereich gefahren wurde. Bei den Sozial-, Unfall- und Krankenversicherungsbeiträgen resultiert ein Minderaufwand von insgesamt Fr. 0,5 Mio.

Für die Teuerung auf Renten und Übergangsrrenten wurden Fr. 1,1 Mio. mehr benötigt. Darin enthalten sind auch Besitzstandsrenten gemäss Pensionsordnung des Stadtrates sowie deren überschüssendes Eintrittsgeld.

Bei der Sozialdirektion ist der Personalaufwand um rund Fr. 1,9 Mio. höher als budgetiert: Ein Teil dieses Mehraufwands ist in den Abteilungen Sekretariat Vormundschaftsbehörde, Sozialamt und Kinder Jugend Familie angefallen. Bei den Heimen und Alterssiedlungen ist der Personalaufwand um Fr. 1,3 Mio. höher als budgetiert, hauptsächlich wegen des Norovirus, den Personalmassnahmen im BZ Dreilinden und dem Provisoriumsbetrieb im BZ Wesselin.

Die Lehrerbesoldungen sind Fr. 1,2 Mio. über dem Budget: Diese Mehrkosten sind bei der Volksschule infolge Stellvertretungen angefallen. Bei der Musikschule sind mehr Personalkosten angefallen, weil erneut mehr Lernende als im Vorjahr die Musikschule besuchten.

Bei der Sicherheitsdirektion ist der Personalaufwand um Fr. 2,3 Mio. tiefer als budgetiert. Der grösste Anteil dieser Einsparung resultiert mit Fr. 1,9 Mio. bei der Stadtpolizei, da frühere und mehr Abgänge als geplant angefallen sind. Infolge tieferer Soldkosten und weniger Beschaffungen von Dienstkleidern hat die Feuerwehr rund Fr. 0,3 Mio. eingespart.

Bei der Baudirektion liegt der Personalaufwand um Fr. 0,4 Mio. und bei der Finanzdirektion um Fr. 0,3 Mio. unter dem Budget, obwohl bei der Abteilung PIT die Personalübernahme von Littau nicht budgetiert war.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 75,8 Mio. und liegt damit Fr. 3,4 Mio. über dem Budget. Ein Teil der Abweichung liegt bei vermehrten Dienstleistungen Dritter bzw. Honoraren von Fr. 2,2 Mio. für folgende Leistungen: externe Beratungen für die Starke Stadtregion

von Fr. 0,14 Mio., PK-Statuten-Revision und Pandemieplanung je Fr. 0,1 Mio., zusätzlicher Reinigungsaufwand Bahnhofplatz Fr. 0,2 Mio., verschiedene Bebauungs- und Abklärungsstudien Fr. 0,12 Mio., Interimsleitung beim Kinder- und Jugendschutz rund Fr. 0,1 Mio., Sanierungskosten Altlasten Verkehrshaus Fr. 0,1 Mio. und Altlasten-/Bodenuntersuchungen der Familiengartenareale Fr. 0,22 Mio. sowie die Ablieferung der Grundstücksgewinnsteuer Liegenschaften Finanzvermögen von Fr. 0,45 Mio.

Der andere Teil der Abweichung begründet sich mit dem höher ausgefallenen baulichen Unterhalt bei der Baudirektion von Fr. 2,5 Mio. Dabei entfallen Fr. 1,3 Mio. Mehraufwendungen auf das TBA, wo insbesondere für den betrieblichen Strassenunterhalt mehr Unterhaltsaufwand angefallen ist. Bei den Finanzliegenschaften mussten infolge Schwammbefall a.o. Unterhaltsaufwendungen für die Liegenschaft Bramberghöhe 4 getätigt werden, wofür der Stadtrat einen Nachtragskredit über Fr. 1,3 Mio. bewilligt hat.

Die Energiekosten sind insgesamt rund Fr. 1 Mio. tiefer ausgefallen. Darin sind jedoch die an die Mieter von Finanzliegenschaften weiterverrechneten Energiekosten nicht mehr enthalten, da diese direkt über die Debitoren abgewickelt werden. Generell sind die Energiekosten zu hoch budgetiert worden.

Die **Passivzinsen** sind mit Fr. 8 Mio. um Fr. 1,8 Mio. tiefer ausgefallen als budgetiert und liegen damit auch Fr. 1,3 Mio. unter dem Niveau des Vorjahres. Der Zinsaufwand darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden: Steuerrelevant ist der Nettozinsaufwand, d. h. der Zinsaufwand nach Abzug der Vermögenserträge aus Geld- und Finanzanlagen. Diese haben infolge der tieferen Zinsen in der Rechnung 2009 ebenfalls um rund Fr. 1,7 Mio. abgenommen.

Für die langfristigen Darlehen mussten Fr. 1,9 Mio. weniger Zinsen bezahlt werden, hingegen sind für den positiven Ausgleichszins von 1,5 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern den Steuerpflichtigen rund Fr. 0,4 Mio. mehr Zinsen vergütet worden. Dies bedeutet, dass die Stadt Luzern die Deckung ihres Finanzierungsfehlbetrages nicht auf dem Kapitalmarkt holte, sondern zu einem grossen Teil und erst noch günstiger aus den vorzeitig eingegangenen Steuern.

Infolge geringerer Bestände und des tieferen Zinsniveaus fiel die Verzinsung der Depotkonti, der Zuwendungen und der Spezialfinanzierungen um Fr. 0,1 Mio. tiefer aus.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 64,7 Mio. und sind um Fr. 14,4 Mio. höher als budgetiert. Die ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen im Betrag von Fr. 45 Mio. entsprechen dem Budget. Die zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 4,4 Mio. für die Spezialfinanzierungen sind ergebnisneutral. Deren Budgetierung wurde aus systemtechnischen Gründen mit der Einführung der Anlagebuchhaltung nicht vorgenommen. Da die ordentlichen Steuererträge höher ausgefallen sind, sollen zusätzliche Abschreibungen von Fr. 11 Mio. getätigt werden. Damit kann der Zielwert von 80 % Abschreibungen auf den Investitionen innerhalb des Plafonds erreicht bzw. leicht überschritten werden. Der Stadtrat stellt mit der Rechnungsablage dem Grossen Stadtrat den entsprechenden Antrag.

Bei den Gemeindesteuern mussten Fr. 0,65 Mio. weniger abgeschrieben werden. Das Delkredere bleibt mit Fr. 9,1 Mio. unverändert.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen** mussten mit Fr. 5,6 Mio. rund Fr. 1 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden: Die Entschädigung an den Gemeindeverband Abwasserreinigung (aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung) ist geringer ausgefallen.

Für **eigene Beiträge** in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe mussten Fr. 3,3 Mio. weniger aufgewendet werden als budgetiert. Im Gegenzug gingen die Rückerstattungen um Fr. 2,3 Mio. zurück, was netto zu einem um Fr. 1 Mio. besseren Ergebnis führt. Dafür liegen die Beiträge der AHIZ um Fr. 1,36 Mio. höher.

Der Beitrag der Stadt Luzern an die Kinder- und Jugendsiedlung entfiel. Die Beiträge an die Denkmalpflege sind um Fr. 0,3 Mio. tiefer, weshalb im selben Umfang weniger aus der entsprechenden Rückstellung entnommen werden musste. Der nicht budgetierte Beitrag

an den FCL gemäss B+A 23/2008 "Sportarena Allmend Luzern" fällt mit Fr. 0,6 Mio. ins Gewicht.

Der Beitrag an den Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr liegt um Fr. 0,3 Mio. über dem Budget.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen und Spezialfonds** liegen mit Fr. 11,1 Mio. um Fr. 9,5 Mio. über dem Budget.

Aufgrund der Steuereingänge der juristischen Personen wurden Fr. 1,9 Mio. (die Höhe entspricht dem Ertrag, der den 5-Jahres-Durchschnitt übersteigt) in die Steuerausgleichsreserve eingelegt. Der Stadtrat stellt dafür mit der Rechnungsablage dem Grossen Stadtrat den entsprechenden Antrag. Für rund Fr. 5,3 Mio. wurden Rückstellungen gebildet für fixe und offene Verbindlichkeiten: Fr. 1,7 Mio. sind aus der Überführung der Stadtpolizei in die Luzerner Polizei aufgrund des tieferen Deckungsgrades der PKSL an den Kanton zu leisten. Weiter wurde mit Fr. 0,7 Mio. der Maximalbetrag aus dem Vergleich mit der LUPK betreffend Baurechtszins für die Liegenschaft Kreuzbuch zurückgestellt. Schliesslich wurde mit rund Fr. 2,9 Mio. die Besitzstandsgarantie der amtierenden Stadträte gemäss Art. 14 der Personalordnung quantifiziert, womit der Ausweis im Anhang zur Jahresrechnung unter den nicht bilanzierten Verpflichtungen entfällt.

Bei der Baudirektion erfolgte aufgrund des Rechnungsergebnisses eine Einlage von Fr. 1 Mio. in die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung, und der Ertragsüberschuss der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg von Fr. 0,6 Mio. wurde in die Spezialfinanzierung eingelegt.

Die positiven Rechnungsergebnisse 2008 für die mit Globalbudgets geführten Bereiche erlaubten Rückstellungen von Fr. 0,1 Mio.

2.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 276,5 Mio. liegt um Fr. 22,9 Mio. über dem Voranschlag. Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** von Fr. 247,4 Mio. übertraf das Budget um Fr. 19,9 Mio. Der Ertrag des laufenden Jahres liegt sowohl bei den natürlichen Personen (+Fr. 3,6 Mio.) wie auch bei den juristischen Personen (+Fr. 1,8 Mio.) über dem Budget. Bei den Nachträgen früherer Jahre konnten bei den natürlichen Personen Fr. 17 Mio. Mehrertrag vereinnahmt werden. Bei den juristischen Personen fielen Fr. 3,5 Mio. weniger Nachträge an als erwartet. Die Nach- und Strafsteuern fielen um Fr. 0,4 Mio. höher aus,

auch die Einnahmen aus der Quellensteuer stiegen um Fr. 0,9 Mio. auf Fr. 7,9 Mio.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Liegenschaftssteuern mit Fr. 0,3 Mio., die Grundstücksgewinnsteuern mit Fr. 2,5 Mio. sowie die Handänderungssteuern mit Fr. 0,7 Mio. über dem Voranschlag. Die Billettsteuer blieb leicht unter dem Budget. Auch bei den Erbschaftssteuern gab es gesamthaft betrachtet Mindererträge: Der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern blieb Fr. 0,7 Mio. unter dem Budget und konnte mit den um Fr. 0,3 Mio. höher ausgefallenen Nachkommen-Erbschaftssteuern nicht kompensiert werden.

Kennzahlen Steuerertrag	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Total Steuerertrag pro Einheit	126'521'622	124'352'339	121'230'743	130'731'225	130'696'354	133'235'203	134'769'788
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	22,19%	26,09%	21,38%	27,20%	24,61%	24,90%	25,13%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'411	2'230	2'269	2'280	2'300	2'301	2'292
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	7'855	8'087	6'460	10'065	8'126	8'429	8'468
Erlasse, Verluste, Abschreibungen ¹	3'589'664	6'477'715	3'443'856	3'039'582	2'648'605	2'354'570	2'349'296
E, V + A in % des Steuerertrages	1,53%	2,82%	1,54%	1,26%	1,10%	1,01%	1,0%

¹ Ohne Einlagen/Entnahmen Delkredere.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 37,8 Mio. rund Fr. 4,1 Mio. weniger ein als budgetiert.

Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens konnten Fr. 0,2 Mio., bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens Fr. 0,4 Mio. Mehrerträge erzielt werden. Hingegen blieben (wie bereits unter den Passivzinsen erwähnt) die Erträge aus Guthaben und Forderungen, Kontokorrenten und Anlagen des Finanzvermögens um Fr. 1,7 Mio. unter dem Voranschlag. Mit nur Fr. 1,8 Mio. ebenfalls nicht erreicht wurden die mit Fr. 5 Mio. veranschlagten Buchgewinne: Aus dem Verkauf der Aktien Xundheit an die Sympany konnte wenigstens das bereits abgeschriebene Aktienkapital von Fr. 0,4 Mio. wieder hereingebracht werden, der restliche Buchgewinn stammt aus dem Verkauf des Grundstückes Unterlöchli gemäss B+A 7/2009 vom 18. März 2009 an die Katholische Kirchgemeinde.

Die **Entgelte** betragen Fr. 169,7 Mio. und blieben damit Fr. 5,7 Mio. über dem Budget. Die grösste Abweichung mit Fr. 4 Mio. betrifft die vom Kanton Luzern bezahlte Annuitätenschuld für das ehemalige und aktive Personal der Mittelschulen (RRB 286 vom 7. März 2006). Bei den Heimen und Alterssiedlungen konnten Fr. 0,9 Mio. mehr Heimtaxen und Kostgelder vereinnahmt werden. Die Musikschule konnte aufgrund von mehr erteilten Musikstunden Fr. 0,3 Mio. mehr Schulgelder einnehmen. Der Feuerwehropflichtersatz übertraf das Budget ebenfalls um Fr. 0,5 Mio. Bei den Bevölkerungsdiensten ergaben sich aufgrund von weniger ID- und Passanträgen Fr. 0,6 Mio. geringere Gebührenerträge, auch die Bussen bei der Stadtpolizei blieben Fr. 0,2 Mio. unter dem Voranschlag. Beim Tiefbauamt resultieren Mehreinnahmen von Fr. 2 Mio. aus Benützergebühren und Dienstleistungen. Hingegen sind bei den beiden Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung die Betriebsgebühren insgesamt über Fr. 1,3 Mio. unter dem Budget ausgefallen.

Die **Rückerstattungen von Gemeinwesen** liegen mit Fr. 5,2 Mio. rund Fr. 0,9 Mio. über dem Budget.

Bei der Bildungsdirektion stammen die Mehreinnahmen aus Beiträgen anderer Gemeinden an die HPS aufgrund von mehr Lernenden aus diesen Gemeinden. Die Bevölkerungsdienste verzeichnen Fr. 0,1 Mio. Mehrerträge aufgrund der höheren Rückerstattung der Gemeinden (für das Regionale Zivilstandsamt und die Wahlen und Abstimmungen), und bei der Finanzdirektion sind aufgrund des höheren Steuerertrages Fr. 0,3 Mio. mehr Inkassoprovisionen beim Regionalen Steueramt eingenommen worden.

Die Erträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** blieben mit Fr. 37,3 Mio. rund Fr. 0,1 Mio. über dem Budget.

Der Kantonsbeitrag an die Wirtschaftliche Sozialhilfe fiel um Fr. 0,4 Mio. höher aus.

Bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU) ist der Kantonsbeitrag aus der Heimfinanzierung um Fr. 0,2 Mio. höher ausgefallen, und der städtische Beitrag ist weggefallen. Bei der HPS sind aufgrund von weniger Lernenden die Bundesbeiträge um Fr. 0,4 Mio. und der städtische Beitrag um Fr. 0,1 Mio. zurückgegangen. Im Beitragswesen sind die Zahlungen vom Bund (Fr. 0,4 Mio.) sowie vom Kanton (Fr. 0,1 Mio.) für das neue Konzept der Betreuungsgutscheine enthalten.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Rückstellungen** fielen rund Fr. 4,1 Mio. höher aus als vorgesehen.

Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Abschreibungen im Rahmen der betreffenden Investitionen 2009 ergaben Fr. 4,2 Mio. mehr als angenommen. Hingegen waren bei den zugesicherten Denkmalpflegebeiträgen 2009 Fr. 0,3 Mio. weniger zur Zahlung fällig. Bei der Feuerwehr konnte anstelle der budgetierten Entnahme von Fr. 0,5 Mio. eine Einlage getätigt werden. Die Entnahme aus dem Energiefonds für Umweltschutzprojekte entspricht dem Budget.

2.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Vorschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenteil ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personal-

aufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Rechnungs-Budgetpositionen verzichtet.

2.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 12,2 Mio. bewilligt werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

	2008	2009
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	1'035'100.–	1'184'900.–
Sozialdirektion	529'900.–	1'218'800.–
Bildungsdirektion	272'700.–	364'100.–
Sicherheitsdirektion	444'400.–	1'033'200.–
Baudirektion	337'800.–	3'456'400.–
Finanzdirektion	15'100.–	154'000.–
Zentrales Beitragswesen	3'118'600.–	2'626'000.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	785'000.–	2'200'000.–
Total	6'538'600.–	12'237'400.–

2.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

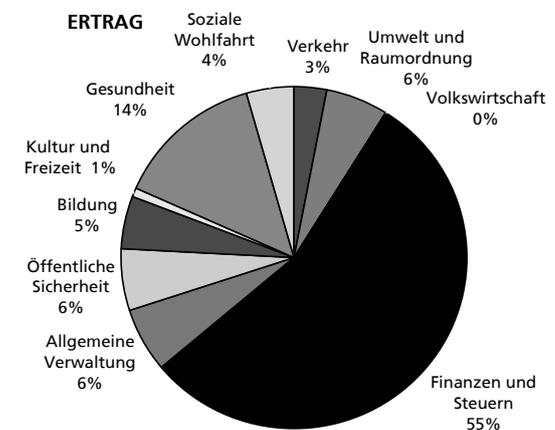
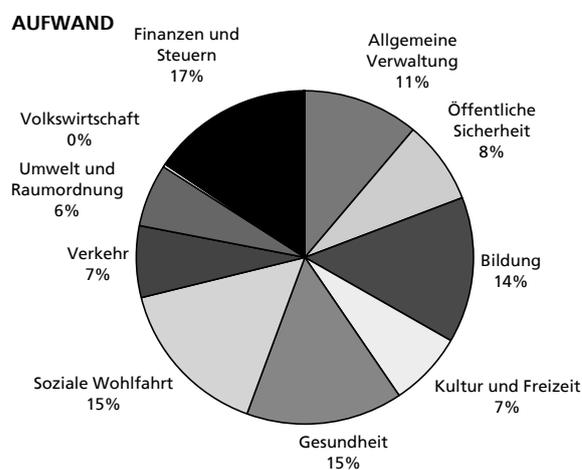
Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die Limite beträgt Fr. 5 Mio. Der Stadtrat verzichtete mit StB 261 vom 19. März 2008 im Voraus auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz, und mit StB 612 vom 15. Juli 2009 begrenzte er die Limite auf Fr. 3 Mio. Dieser Verzicht konnte bis zum Jahresende nicht ganz eingehalten werden. Freie Nachtragskredite wurden im Jahr 2009 im Umfang von Fr. 3,3 Mio. beansprucht.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

	2008	2009
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	232'300.–	430'000.–
Sozialdirektion	228'800.–	900'600.–
Bildungsdirektion	145'500.–	95'700.–
Sicherheitsdirektion	559'800.–	181'900.–
Baudirektion	1'215'200.–	1'258'000.–
Finanzdirektion	121'500.–	81'200.–
Zentrales Beitragswesen	737'200.–	313'200.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	247'000.–	0.–
Total	3'487'300.–	3'260'600.–

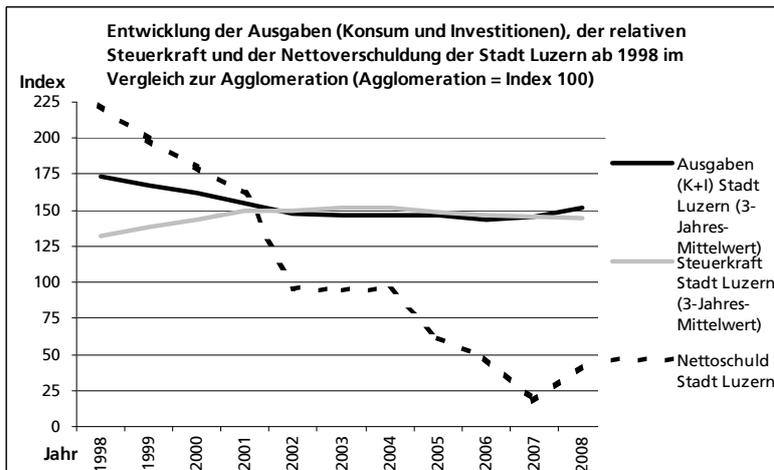
2.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2009 (in 1'000 Fr.)		Budget 2009 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	68'271	37'065	62'245	34'963	6'026	2'102
Öffentliche Sicherheit	47'552	35'582	48'322	36'048	(770)	(466)
Bildung	87'318	30'838	86'944	29'813	375	1'025
Kultur und Freizeit	43'167	5'793	43'609	6'314	(442)	(521)
Gesundheit	92'039	84'806	89'055	83'628	2'984	1'177
Soziale Wohlfahrt	93'784	26'242	97'165	27'451	(3'381)	(1'209)
Verkehr	42'515	18'458	40'769	16'842	1'746	1'616
Umwelt und Raumordnung	37'337	35'547	38'922	37'998	(1'585)	(2'451)
Volkswirtschaft	1'396	411	1'557	289	(161)	122
Finanzen und Steuern	94'443	336'306	78'841	309'421	15'601	26'885
Total	607'821	611'049	587'428	582'768	20'393	28'281



Netto	Rechnung 2009 (in 1'000 Fr.)		Budget 2009 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	31'206		27'282		3'924	
Öffentliche Sicherheit	11'970		12'273		(303)	
Bildung	56'480		57'131		(651)	
Kultur und Freizeit	37'374		37'295		79	
Gesundheit	7'233		5'427		1'806	
Soziale Wohlfahrt	67'542		69'714		(2'172)	
Verkehr	24'057		23'927		129	
Umwelt und Raumordnung	1'790		923		866	
Volkswirtschaft	985		1'268		(283)	
Finanzen und Steuern		241'863		230'580		11'283
Total	(3'228)		4'661		(7'889)	

2.3.1 Vergleich der Nettobelastung und der Steuerkraft (je im 3-Jahres-Schritt) sowie der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden



Die Grafik stellt die Entwicklung der städtischen Ausgaben (Konsum und Investitionen), der Nettoschuld und der Steuerkraft in Relation zu den entsprechenden Werten der Agglomerationsgemeinden dar. Die statistischen Daten sind bis und mit dem Jahr 2008 verfügbar.

Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung dieser drei Grössen ist das "finanzpolitische Dreieck" (erstmals erwähnt in der Gesamtplanung 2004–2007), welches in schematischer Weise aufzeigt, wie die Finanzpolitik die Balance finden muss zwischen guter und innovativer Aufgabenerfüllung (Ausgaben), Sparsamkeit und Konkurrenzfähigkeit (Steuerbelastung) sowie Nachhaltigkeit (Nettoschuld). Indem die Werte für die drei Eckpunkte des Dreiecks in Relation gesetzt werden zu den entsprechenden Werten aus der Agglomeration, wird ein konsistenter Vergleich möglich.

Ein Blick auf die Grafik zeigt, dass der Index der städtischen Steuerkraft (im Vergleich mit der Agglomeration) zwischen 2003 bis 2008 leicht zurückgegangen ist. Noch immer liegt die relative Steuerkraft um knapp 45 % über derjenigen der Agglomeration. Im Jahr 2009 sind die städtischen Steuererträge wie auch jene der Agglomerationsgemeinden leicht angestiegen. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass der Index der Steuerkraft für das Jahr 2009 etwa gleich bleiben wird.

Die Nettoschuld ist seit dem Rechnungsabschluss 2002 (dank tiefer Investitionen, Sonderfaktoren Berufsschulen, hohe Steuererträge juristische Personen) unter dem Wert der Agglomeration. 2005 bis 2007 konnte die Nettoschuld der Stadt nochmals markant reduziert werden, teilweise wegen nicht getätigter Investitionen und der Realisierung von Buchgewinnen (Verkauf der CKW-Aktien und von Liegenschaften des Finanzvermögens). Die Verschuldungssituation der Stadt darf mit dem Abschluss 2007 als sehr gut bezeichnet werden: Sie ist 2007 auf Fr. 346.– pro Kopf gesunken und seither wieder angestiegen auf Fr. 1'029.– (Ende 2009). Hauptursache ist der hohe Investitionsbedarf, der teilweise über eine Neuverschuldung finanziert worden ist.

Die Ausgabenbelastung (im 3-Jahres-Mittel) hat sich 2008 wieder leicht erhöht. Die in den nächsten Jahren massiv höheren Investitionen werden diesen Wert zweifellos wieder nach oben treiben. Ein Anstieg über den Steuerkraftindex ist jedoch nicht wünschenswert. Die Selbstbeschränkung beim Wachstum der Konsumausgaben (u. a. mit den EÜP-Massnahmen) bleibt daher weiterhin eine zentrale Herausforderung der Finanzpolitik; dies auch im Hinblick auf die anstehenden Investitionen in den Bereichen Sport, Bildung und Gesundheit. Weiterhin gilt daher die Aussage, dass die Stadt das Geld, welches sie aufgrund der höheren Steuerkraft mehr einnimmt, auch wieder ausgibt, um die höheren Pro-Kopf-Leistungen zu finanzieren.

2.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2009			Budget 2009			Netto- Abweichung	
	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	9.89	0.49	9.40	7.28	0.67	6.60	2.80	42.4%
1 Öffentliche Sicherheit	0.25	0.00	0.25	0.00	0.00	0.00	0.25	
2 Bildung	18.70	0.33	18.37	17.51	0.00	17.51	0.86	4.9%
3 Kultur und Freizeit	22.99	11.50	11.48	17.98	1.78	16.20	-4.72	-29.1%
4 Gesundheit	14.83	0.00	14.82	15.94	0.00	15.94	-1.12	-7.0%
5 Soziale Wohlfahrt	2.67	0.00	2.67	3.16	0.00	3.16	-0.48	-15.3%
6 Verkehr	17.47	0.18	17.29	13.57	3.82	9.75	7.54	77.3%
7 Umwelt und Raumordnung	9.29	3.54	5.75	7.85	2.00	5.85	-0.10	-1.7%
8 Volkswirtschaft	0.00	0.00	0.00	6.00	6.00	0.00		
9 Finanzen und Steuern	0.05	0.55	-0.50	0.00	0.00	0.00	-0.50	
Total	96.14	16.60		89.28	14.27			
Zunahme Nettoinvestitionen		79.54			75.01		4.53	6.0%

Arten-Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2009		Budget 2009	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	83.23		74.14	
500 Grundstücke	0.65			
501 Tiefbauten	27.47		24.49	
503 Hochbauten	52.02		45.44	
506 Mob., Masch., Fahrz., IT	3.09		4.20	
509 Konservierung				
52 Darlehen und Beteilig.				
56 Eigene Beiträge	11.61		14.05	
58 Übrige zu aktivierende	1.30		1.10	
59 Einlagen in Spez.Finanz.				
60 Abgang von Sachgütern				
61 Nutzungsabgaben		3.43		2.00
63 Versicherungen				
66 Beiträge für eigene Rechnung		12.62		12.27
5 Ausgaben	96.14		89.28	
6 Einnahmen		16.06		14.27

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 96,14 Mio. brutto bzw. Fr. 79,54 Mio. netto auf, womit das Budget um rund Fr. 4,5 Mio. überschritten wurde. Innerhalb der Investitionsrechnung haben verschiedene Verschiebungen stattgefunden; so war z. B. die Überführung der Liegenschaft Winkelriedstrasse 14 ins Verwaltungsvermögen nicht budgetiert, die Neukonzeption der öffentlichen WC-Anlagen wird frühestens 2011 begonnen, und die Baufortschritte aus dem Vorjahr für die neue Stadtgärtnerei und für die Schulhäuser Pestalozzi und Wartegg/Tribtschen wurden kompensiert. Beim Projekt Allmend ist Folgendes zu bemerken: Ausgaben und Baurechtszinsen bewegten sich im Rahmen des Zahlungsplanes bzw. des Baufortschritts, der Stützpunkt Strasseninspektorat sowie das Bocciodromo konnten dem Betrieb übergeben werden, der Projektierungskredit wurde abgeschlossen; zudem erfolgten Ausführungsab-

stimmungen bei den Ersatzplätzen auf die anderen Allmendvorhaben, und die Liegenschaft Waaghaus wurde gekauft. Eine erste Tranche an die Badeanstalt Nationalquai wurde ausgelöst. Die Langensandbrücke ist dem Verkehr übergeben worden; die SBB haben ihren Kostenanteil durch Eigenleistungen kompensiert. Die Ausführung des Projekts Dammdurchbruch Dammstrasse/Lädelistrasse musste aus Kostengründen verschoben werden, und bei der Tieflegung der Zentralbahn erfolgten Vorfinanzierungen der Bundesbeiträge. Die nicht getätigten oder vorgezogenen Investitionen wirken sich in den folgenden Jahren aus. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags-/Sonderkredite und den Begründungen aufgeführt. Die Kreditabrechnungen wurden gemäss B+A 38/2009 vom Grossen Stadtrat am 19. November 2009 mit einer Änderung beschlossen.

2.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2009	Stand am 31. Dezember 2008	Veränderungen
Total Aktiven	500 034 888.92	480 215 370.70	19 819 518.22
10. Finanzvermögen	317 126 940.37	318 338 064.28	-1 211 123.91
100. Flüssige Mittel	1 528 125.65	19 179 575.44	-17 651 449.79
101. Guthaben	161 864 147.12	158 931 648.88	2 932 498.24
102. Anlagen	141 395 958.79	132 571 116.52	8 824 842.27
103. Transitorische Aktiven	12 338 708.81	7 655 723.44	4 682 985.37
11. Verwaltungsvermögen	182 873 536.05	161 811 410.22	21 062 125.83
114. Sachgüter	175 873 536.05	154 811 410.22	21 062 125.83
115. Darlehen und Beteiligungen	7 000 000.00	7 000 000.00	0.00
116. Investitionsbeiträge			
117. Übrige aktivierte Ausgaben			
12. Spezialfinanzierungen	34 412.50	65 896.20	- 31 483.70
13. Bilanzfehlbetrag	0.00	0.00	0.00
Total Passiven	500 034 888.92	480 215 370.70	19 819 518.22
20. Fremdkapital	378 860 223.74	362 663 970.81	16 196 252.93
200. Laufende Verpflichtungen	176 768 126.08	151 463 753.99	25 304 372.09
201. Kurzfristige Schulden			
202. Langfristige Schulden	105 980 411.10	127 913 425.55	-21 933 014.45
203. Verpflichtungen Sonderrechnungen	46 761 374.98	42 673 623.62	4 087 751.36
204. Rückstellungen	38 196 977.11	32 382 971.32	5 814 005.79
205. Transitorische Passiven	11 153 334.47	8 230 196.33	2 923 138.14
22. Spezialfinanzierungen	61 765 709.46	63 090 235.73	-1 324 526.27
23. Kapital	59 408 955.72	54 461 164.16	4 947 791.56

Die Bilanzsumme (inklusive Ertragsüberschuss 2009) ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 19,9 Mio. auf Fr. 500 Mio. gewachsen.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 317,1 Mio. auf, der 63,4 % der Bilanzsumme ausmacht. Gegenüber dem Vorjahr hat das Finanzvermögen um Fr. 1,2 Mio. abgenommen. Die wichtigsten Positionen werden nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel haben zum Jahresende aufgrund der Dispositionen in den Geldmarkt markant abgenommen.

Guthaben

Die Guthaben sind im Berichtsjahr um rund Fr. 2,9 Mio. gestiegen. Die Steuerausstände haben insgesamt gegenüber dem Vorjahr um Fr. 4,1 Mio. zugenommen und betragen Fr. 55,5 Mio. Unter den Beiträgen von Gemeinwesen sind Fr. 1,5 Mio. offene Kantonsbeiträge für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg bilanziert. Die offenen Debitoren liegen mit Fr. 18,8 Mio. um Fr. 0,5 Mio. unter dem Vorjahr.

Der Bestand an Festgeldern ist von Fr. 76,7 Mio. auf Fr. 80 Mio. gestiegen. Alle Festgeldguthaben dienten zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die im Januar 2010 zur Zahlung fällig wurden.

Das Verbindungskonto weist keinen Saldo mehr aus, da gemäss einer Weisung des Regierungsrates die im neuen Jahr eingehenden

Zahlungen transitorisch abzugrenzen sind. Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 3 Mio. auf Fr. 6 Mio. ab. Die Restschuld der Xundheit AG beträgt noch Fr. 0,6 Mio., diejenige der übrigen angeschlossenen Dritten Fr. 5,4 Mio.

Anlagen

Der Wert der Anlagen ist im Berichtsjahr um Fr. 8,8 Mio. auf Fr. 141,4 Mio. gestiegen. Die Aktien und Anteilscheine sind mit Fr. 7,2 Mio. unverändert. Unter den Darlehen sind gemäss B+A 37/2005 und Volksabstimmung vom 12. Februar 2006 vier Darlehen über total 12,6 Mio. an die Stiftung Luzerner Theater aktiviert. Mit diesen Darlehen finanziert die Stiftung den Kauf von Räumen im Kulturzentrum Südpol. Aufgrund der Verwaltungsvereinbarung im Bereich Finanzierung hat die Stadt Luzern der Gemeinde Littau Darlehen über Fr. 23 Mio. zur Finanzierung des allgemeinen Haushaltes gewährt. Diese werden in der Fusionsbilanz (siehe Kap. 6) als sogenannte "konzerninterne" Forderungen und Verbindlichkeiten eliminiert.

Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 97,7 Mio. zu Buch. Die Vorräte sind mit Fr. 0,8 Mio. bilanziert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven erhöhten sich im Berichtsjahr um Fr. 4,7 Mio. auf Fr. 12,3 Mio. Die grössten Abgrenzungsposten sind: Fr. 1,9 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 2 Mio. Forderungen gegenüber Klienten aus WSH, Alimentenbevorschussung und Mutterschaftsbeihilfen, Fr. 1,3 Mio. offene Verkehrsabgaben, Fr. 0,45 Mio. unbezahlte Polizeibussen sowie ausstehende Ablieferungen von Dienstabteilungen (z. B. Teilungsamt, Betreibungsamt), welche neu transitorisch anstelle über das Verbindungskonto abgegrenzt werden.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 21,1 Mio. zugenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 182,9 Mio. auf. Insgesamt 36,6 % der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen.

Sachgüter

Die Sachgüter sind per 31.12.2009 mit Fr. 175,9 Mio. bilanziert, ihr Anlagerestwert gemäss Betriebsbuchhaltung beträgt Fr. 879,9 Mio. Die Buchwerte verteilen sich wie folgt: Auf die öffentlichen Anlagen entfallen Fr. 3,5 Mio.,

Fr. 39,5 Mio. auf Tiefbauten und Fr. 120,3 Mio. auf Hochbauten. Deren Gebäudeversicherungswert (gemäss Inventar der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens) beträgt per Jahresende rund Fr. 879,5 Mio., der kalkulatorische Restwert gemäss Anlagebuchhaltung beziffert sich auf Fr. 470,5 Mio.

Die Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sind mit Fr. 12,6 Mio. bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen

Die Darlehen und Beteiligungen sind mit einem Restbuchwert von Fr. 7 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 5 Mio. am Aktienkapital der vbl AG sowie Fr. 2 Mio. als zinsloses Darlehen an das Regionale Eiszentrum (REZ). Dieses Darlehen ist durch eine Rückstellung in gleicher Höhe gedeckt.

Spezialfinanzierungen

Der Vorschuss für die Stadtentwässerung konnte getilgt werden. Neu werden Fr. 0,035 Mio. bilanziert für Mobiliar und Fahrzeuge der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg.

Fremdkapital

Das Fremdkapital ist um Fr. 16,2 Mio. auf Fr. 378,9 Mio. gestiegen. 75,8 % der Bilanzsumme per 31.12.2009 ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen haben um Fr. 25,3 Mio. auf Fr. 176,8 Mio. zugenommen. Darin sind die vorausbezahlten Steuern über Fr. 100,9 Mio. (+16,6 Mio.) sowie die Steuerkreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2009) über Fr. 56 Mio. enthalten. Letztere wurden per Mitte Januar 2010 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betragen per Bilanzstichtag Fr. 11,9 Mio.

Die Depotgelder haben im Berichtsjahr um Fr. 1,8 Mio. auf Fr. 9,9 Mio. zugenommen. Davon betreffen Fr. 2,4 Mio. die Heime und Alterssiedlungen (Bewohnerdepots), Fr. 0,5 Mio. den Grabunterhaltsfonds und Fr. 0,4 Mio. geleistete Kostenvorschüsse für Einbürgerungen. Mit Fr. 4,5 Mio. ist die Belagssanierung der Kantonsstrasse Schweizerhofquai als Depotkonto geführt, da der Kanton Luzern sämtliche Kosten bereits im Rechnungsjahr 2009 der Stadt überwiesen hat.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden haben im Berichtsjahr um Fr. 21,9 Mio. auf Fr. 106 Mio. abgenommen. 2009 wurden Fr. 26,9 Mio. fällig gewordene feste Darlehen zurückbezahlt und für Fr. 10 Mio. neue Darlehen aufgenommen.

Diese weisen neu einen Bestand von Fr. 100 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende beträgt 3,4 %, bei einer verbleibenden durchschnittlichen Restlaufzeit (Modified Duration) von 5 Jahren.

Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 6 Mio. passiviert. In dieser Summe sind die Anteile der angeschlossenen Arbeitgeber (u. a. Luzerner Theater, LSO, MAZ, Xundheit AG, kfm. Bildungszentrum) enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter übrige Guthaben aktiviert.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen erhöhten sich um Fr. 4,1 Mio. auf Fr. 46,8 Mio. Von der städtischen Pensionskasse hat die Stadt Luzern fünf Darlehen über insgesamt Fr. 30 Mio. mit Fälligkeiten zwischen Dezember 2010 und September 2012 zum aktuellen Durchschnittzinssatz von 4,03 % laufen.

Die Zuwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,2 Mio. reduziert und sind mit Fr. 7,9 Mio. bilanziert. Mit Fr. 2,2 Mio. (-0,3 Mio.) weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus, gefolgt vom Personalhilfsfonds mit Fr. 1,1 Mio. Insgesamt mit Fr. 2 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Einlagen in Rückstellungen übertrafen die Entnahmen um Fr. 5,8 Mio. Somit betragen die Rückstellungen neu Fr. 38,2 Mio. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 29,7 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 4,6 Mio. und aus Kreditübertragungen 2009 der Laufenden Rechnung von Fr. 3,5 Mio.

Aus der Investitionsrechnung wurden für Fr. 0,5 Mio. Kreditübertragungen (für Informatikprojekte) auf 2010 vorgenommen.

Das Delkredere für Steuerdebitoren ist unverändert mit Fr. 9,1 Mio. passiviert. Wie unter Kapitel 2.2.1 beschrieben, sind im 2009 Rückstellungen für die Besitzstandswahrung der amtierenden Stadträte, die Vergleichsvereinbarung mit der LUPK betreffend Baurechtszins Kreuzbuch sowie für den tieferen Deckungs-

grad der Pensionskasse im Zusammenhang mit der Überführung der Stadtpolizei in die Luzerner Polizei gebildet worden.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen erhöhten sich um Fr. 3 Mio. gegenüber dem Vorjahr und sind mit Fr. 11,2 Mio. ausgewiesen.

Darin enthalten sind die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen, welche um Fr. 0,6 Mio. auf Fr. 1,8 Mio. abgenommen haben.

Für geschuldete Ergänzungsleistungen wurden Fr. 2,7 Mio., für die Heimfinanzierung Fr. 2,1 Mio. abgegrenzt. Die Abgrenzung der Liegenschaftsverwaltung für vorausbezahlte Mieten macht rund Fr. 0,5 Mio. aus.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen haben netto um Fr. 1,3 Mio. auf Fr. 61,8 Mio. abgenommen. Bei den Vorfinanzierungen gab es Entnahmen von je Fr. 0,1 Mio. für die Erschliessung im Tribschen sowie Energiesparmassnahmen bei stadeigenen Liegenschaften sowie von Fr. 0,6 Mio. für die Entsorgung von Altlasten / verschmutztem Erdreich. Die Vorfinanzierungen belaufen sich damit auf insgesamt Fr. 41,6 Mio., wovon Fr. 35 Mio. auf die Vorfinanzierung Mobilität entfallen.

Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden rund Fr. 3,4 Mio. für Abschreibungen entnommen, gleich viel, wie für Anschlussgebühren eingegangen sind. Der Energiefonds ist mit rund Fr. 3,5 Mio. bilanziert; 2009 wurden für Fr. 1,4 Mio. Beiträge aus dem Energiefonds geleistet.

Seit 2008 werden die Heilpädagogische Schule sowie die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg als Spezialfinanzierung geführt, da der Kanton die Finanzierung regelt. Rund Fr. 0,7 Mio. konnten in die Spezialfinanzierung zurückgelegt werden.

Das **Eigenkapital** beträgt total Fr. 59,4 Mio. Es setzt sich zusammen aus der Steuerausgleichsreserve mit Fr. 40,9 Mio. (inkl. Einlage in Kompetenz des Grossen Stadtrates gemäss Antrag des Stadtrates über Fr. 1,9 Mio.), aus freiem Eigenkapital über Fr. 6,7 Mio. (nach Einlage der Gewinnverwendung 2009 über Fr. 3,2 Mio.), einem Anteil von Fr. 10 Mio. als Teilkompensation für den nicht gewährten Kantonsbeitrag an die Fusion Littau-Luzern sowie einer Reserve von Fr. 1,8 Mio. zur Bildung einer starken Stadtregion.

2.6 Anhang zur Jahresrechnung

2.6.1 Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 2009

2.6.1.1 Eventualverbindlichkeiten, Bürgschaften, Garantieverpflichtungen

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	gültig bis:	Betrag
Verein Schüür	StB 1151 / 17.12.2008	Solidarbürgschaft	31.12.2011	Fr. 80'000.–
Verein Spitex Luzern	B+A 22 / 2.5.2007	Solidarbürgschaft	31.8.2016	Fr. 650'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	unbefristet	Fr. 2'500'000.–
Pflegewohngruppe Sternmatt	B+A 19 / 30.6.2005	Solidarbürgschaft	31.12.2019	Fr. 1'400'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten				<u>Fr. 4'630'000.–</u>

2.6.1.2 Leasingverbindlichkeiten

Per Bilanzstichtag bestanden keine Leasingverträge.

2.6.1.3 Offene Finanzinstrumente

Die Stadt Luzern hat im Herbst 2009 vorzeitig einen Teil der gemäss Gesamtplanung 2010–2014 ausgewiesenen Fehlbeträge bzw. Verschuldungszunahme finanziert, um die günstigen Zinssätze des Kapitalmarktes anzubinden, um Planungssicherheit zu erhalten und einen möglichst tiefen Durchschnittszinssatz für das langfristige Fremdkapital in der nächsten Planungsperiode zu haben. Dazu wurden zwei Zinsausstauschgeschäfte über je Fr. 10 Mio. abgeschlossen (Laufzeit 11 Jahre ab Oktober 2010). Zusätzlich wurde ein Swap mit Aufstockungsmöglichkeit über weitere Fr. 10 Mio. abgeschlossen.

2.6.1.4 Nicht bilanzierte Guthaben

Subventionen:

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2001 hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2009 aktualisiert.

	31.12.2008	Abgerechnete Projekte 2009	Neue Projekte 2009	Abrechnungsdifferenz	31.12.2009
Pendente Projekte	12	2	9		19
Investitionsvolumen total	100,0 Mio.	-1,44 Mio.	38,37 Mio.		136,92 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	22,4 Mio.	-0,15 Mio.	1,37 Mio.	0,07 Mio.	23,68 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-15,6 Mio.	0,15 Mio.	0,64 Mio.	-1,08 Mio.	-17,13 Mio.
Saldo ausstehend	6,8 Mio.	0,0 Mio.	0,73 Mio.	-1,01 Mio.	6,55 Mio.

Übrige Guthaben:

Im Zusammenhang mit dem Neubau der Langensandbrücke durch die Stadt Luzern und der Erschliessung des angrenzenden Grundstückes 426 I. U. durch die damalige Eigentümerin Karl Steiner AG sind die beiden Parteien übereingekommen, eine gemeinsame Pfahlwand mit aufgesetzter Winkelstützmauer zu erstellen, welche beiden Bauprojekten dient. Die Stadt hat die Bauarbeiten z. G. des Grundstückes 426 I. U. vorfinanziert; sie werden mit der rechtskräftigen Baubewilligung, spätestens jedoch nach 5 Jahren, im Jahr 2013 fällig (StB 1104 vom 5. Dezember 2007). Mit Kaufvertrag vom 31. März 2009 wurde das Grundstück von der Stalder Immo-Found AG erworben und die anteiligen Planungs- und Baukosten mit einer Bankgarantie über Fr. 740'000.–, gültig bis 26. Januar 2013, sichergestellt.

2.6.2 Brandversicherungswerte per 31. Dezember 2009

Liegenschaften des Finanzvermögens	Fr. 142'475'160.–
Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Fr. 879'507'000.–
Fahrzeuge, Mobilien, EDV	Fr. 101'027'549.–

2.6.3 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben gemäss §§ 69 ff. des neuen kantonalen Gemeindegesetzes (in Kraft seit 1. Januar 2005), den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 15. Juni 2000 (Ausgabe vom 1. September 2001).

Im Weiteren kommt das harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) – revidierte Version vom 30. November 2005 – zur Anwendung. Die überarbeiteten Finanzhaushaltsbestimmungen haben gemäss Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9. November 2004 (in Kraft seit 1. Januar 2005) verbindlichen Charakter.

Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Reglements über den Finanzhaushalt (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

Für das Verwaltungsvermögen ist gemäss § 88 Abs. 2 Gemeindegesetz ab 1. Januar 2009 eine Anlagebuchhaltung (ABH) zu führen, aus der die Investitionen, die Abschreibungsdauer und der Restwert ersichtlich sind. Gemäss § 21 der Verordnung über den Finanzhaushalt ist über die einzelnen abzuschreibenden Objekte detailliert Buch zu führen. Aus der ABH haben jederzeit der Anlagewert und die verbleibende Abschreibungsdauer hervorzugehen. In der ABH werden alle über die Investitionsrechnung verbuchten Finanzvorfälle über Fr. 0,25 Mio. aufgenommen. Sie gibt differenziert Auskunft über die Zusam-

mensetzung der entsprechenden Positionen des Anlagevermögens und bildet die Basis für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen für die flächendeckende Kostenrechnung.

Für die Einführung der Anlagebuchhaltung sind 2008 die Vermögenswerte historisch aufgearbeitet und die Werte daraus abgeleitet worden. Anschliessend sind die bestehenden Buchwerte des Verwaltungsvermögens anhand dieser Werte (Verteilungsschlüssel) neu verteilt worden, ohne dass insgesamt eine Auf- oder Abwertung der Buchwerte vorgenommen wurde.

2.6.4 Abnahme der Jahresrechnung 2008 durch den Regierungstatthalter

Der Regierungstatthalter des Amtes Luzern hat geprüft, ob die Rechnung 2008 mit dem übergeordneten Recht, insbesondere mit den Buchführungsvorschriften und den verlangten Finanzkennzahlen, vereinbar ist und ob die Gemeinde die Mindestanforderungen für eine

gesunde Entwicklung des Finanzhaushaltes erfüllt. Er hat gemäss Bericht vom 19. Oktober 2009 keine aufsichtsrechtlich erheblichen Mängel festgestellt (Formulierung gemäss § 106 Gemeindegesetz).

2.6.5 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Als Controllingstelle nach dem Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling hat der Stadtrat die Controllingberichte für alle delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung für die Stadt für das Jahr 2009 eingefordert, überprüft und zur Kenntnis genommen. Die Aktien der Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse der Schweiz AG, wurden auf den 1. Juli 2009 der Stiftung Sympany verkauft, die entsprechende Berichterstattung entfällt somit.

Für die folgenden Institutionen wurden 2009 zuhanden der Gesamtplanung 2010–2014 die Eigentümerstrategien und somit die politischen strategischen Ziele neu entwickelt: Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern (ZGK), Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL) und Zweckver-

band für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG). Im Dezember 2009 hat der Stadtrat mit B+A 54/2009 dem Parlament beantragt, die Verordnung über die delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung den veränderten Verhältnissen anzupassen. Der Grosse Stadtrat stimmte am 4. März 2010 der Verordnung zu.

Über die beiden Aktiengesellschaften im Vollbesitz der Stadt wird nachfolgend summarisch berichtet. Die detaillierten Informationen zuhanden des politischen Controllings durch das Parlament sind den aktienrechtlichen Geschäftsberichten zu entnehmen, die nach der Durchführung der jeweiligen Generalversammlung 2010 dem Parlament zugestellt werden. Die Berichterstattung über die Ziele erfolgt mit der Gesamtplanung 2011–2015.

ewl Holding AG

Insgesamt erwirtschaftete die ewl Gruppe mit Fr. 246,1 Mio. im Jahr 2009 8,2 % weniger Umsatz als im Vorjahr. Beim Erdgasgeschäft brach der Umsatz nach einer langen ununterbrochenen Wachstumsphase im vergangenen Jahr um Fr. 24 Mio. auf Fr. 120,1 Mio. ein. Der Stromumsatz blieb mit Fr. 87,9 Mio. auf Vorjahresniveau.

Der Jahresgewinn der ewl Gruppe beträgt 2009 Fr. 27,5 Mio. und liegt somit um Fr. 5,3 Mio. unter dem Jahresgewinn von 2008. Das Ergebnis von ewl wird stark von ausserordentlichen Ereignissen beeinflusst. Während aus sinkenden Gaspreisen und Gas-Spotmarktgeschäften Einsparungen resultierten, sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sowohl mengen- wie mar-

genmässig negativ. Ebenso führten die staatlichen Eingriffe in die Berechnung der Nutzungstarife und die Sanierungskosten der Pensionskasse zu einem negativen Bild. Im Berichtsjahr hat ewl wie im Vorjahr Fr. 45 Mio. investiert, vor allem in das Strom-, Erdgas-, Wasser- und das Telekommunikationsnetz. In folgende Produktionsanlagen für erneuerbare Energien wurden insgesamt über Fr. 12 Mio. eingesetzt: Biogasanlage Inwil, Dampfzentrale Emmi, Fotovoltaikanlagen Messe Luzern, Bocciodromo Allmend und Abwasserwärmenutzung. Diese Investitionen zahlen sich erst auf längere Zeit aus, entsprechen aber der strategischen Ausrichtung von ewl und der städtischen Eigentümerstrategie.

Verkehrsbetriebe Luzern AG

Die vbl Gruppe hat 2009 43 Mio. Passagiere transportiert und dabei 102,3 Mio. Personenkilometer zurückgelegt. Die Frequenzen sind dabei leicht zurückgegangen: 2008 wurden 43,5 Mio. Passagiere auf 103,7 Mio. Personenkilometern befördert. Die vbl AG führt den Rückgang einerseits auf die Wirtschaftskrise zurück, andererseits auf die Abtretung der Linie 13, die seit 2009 von einer anderen Transportunternehmung betrieben wird. Neben dieser Änderung hielt sich das bestellte Leistungsangebot gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant.

Im Berichtsjahr formierte sich die Bestellerseite neu: Der bis Ende 2009 für den Agglomerationsverkehr zuständige Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr Luzern ÖVL und die für den Regionalverkehr zuständige, beim Kanton angesiedelte Abteilung öffentlicher Verkehr wurden zu einer neuen Bestellerorganisation zusammengeführt, dem Verkehrsverbund Luzern. In dieser neuen Organisation, die als öffentlich-rechtliche Anstalt organisiert und ab 1. Januar 2010 operativ tätig ist, besitzt der Kanton die Hälfte der Stimmkraft. Nicht geändert hat sich der Auftrag der vbl, auch für ihren neuen Hauptauftraggeber attraktive ÖV-Leistungen in hoher Qualität zu erbringen.

Das Jahresmotto der vbl war "mehr Luft" – darunter kann vieles verstanden werden: "mehr Luft" dank mehr Busspuren, "mehr Luft" dank ökologischer öffentlicher Mobilität,

Im Jahr 2009 stieg der Personalbestand der ewl Gruppe wie budgetiert von 215 um 13 Mitarbeitende auf 228 Vollzeitstellen. Der Anstieg wird mit der Betriebsübernahme der Wasserversorgung Littau auf den 1. Januar 2009 und den verstärkten Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Telekommunikation und Energieberatung begründet. ewl beschäftigte 2009 14 Auszubildende.

Vom verfügbaren Bilanzgewinn der ewl energie wasser luzern Holding AG schüttet die Gesellschaft für 2009 der Stadt Luzern eine erstmals um Fr. 3 Mio. auf Fr. 15,5 Mio. erhöhte Dividende aus. Diese temporäre Erhöhung von Fr. 3 Mio. wird vollumfänglich zur Sanierung der Pensionskasse der Stadt eingesetzt.

"mehr Luft" durch mehr Kreativität in der Raum- und Siedlungsplanung, "mehr Luft" durch mehr unternehmerischen Handlungsspielraum, "mehr Luft" dank zusätzlichen Mitteln für den öffentlichen Verkehr. Die vbl berichtet, dass die entsprechende Marketingkampagne eine hohe Aufmerksamkeit erreichte. Auch gelingt es, mit der laufend aktualisierten Homepage (www.vbl.ch) den direkten Kontakt zu den Kundinnen und Kunden zu verstärken. Die vbl wertet die Kundenrückmeldungen auch aus, um gezielte Verbesserungen und Optimierungen umzusetzen.

Grosse Beachtung fand auch die bis Ende 2009 abgeschlossene Ausrüstung der gesamten Busflotte mit dynamischen Anzeigen auf zwei Monitoren. Die Monitoren stellen den Verlauf der jeweiligen Linie dar und zeigen ein wechselndes aktuelles Infotainment-Programm, das mit Informationen zum ÖV ergänzt wird. Trotz zunehmendem Druck der Bestellerseite auf die Vergütung des von vbl erbrachten Service public kann von einem erfreulichen Geschäftsjahr gesprochen werden. Der vbl Gruppe gelang es, seit der Verselbstständigung im Jahre 2001 zum neunten Mal in Folge einen Gewinn zu erzielen. Das Resultat wird es der Stadt als Alleinaktionärin der vbl AG erlauben, zum vierten Mal an der Generalversammlung die Bezahlung einer Dividende von 5 % oder Fr. 1 Mio. zu beschliessen.

2.6.6 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände

	erscheint
ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2009	Juni 2010
Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2009	Juni 2010
Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2009	Februar 2010
Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2009	April 2010
Gemeindeverband für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) Jahresbericht 2009	April 2010
Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU) Jahresbericht 2009	April 2010
Regionalplanungsverband Luzern Rechenschaftsbericht 2009	Mai 2010
Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr Luzern Geschäftsbericht 2009	Mai 2010
Statistikportal 2009 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	Dezember 2009

2.6.7 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

2.6.7.1 Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1997:

Jahr	Stadt Luzern			14 Agglomerationsgemeinden			Übrige Gemeinden des Kt. Luzern		
	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.
1997	185 509 464	58 117	3 192	194 673 000	118 206	1 647	836 974 422	166 445	5 029
1998	201 792 780	57 540	3 507	186 360 000	118 249	1 576	861 509 756	167 525	5 143
1999	177 707 972	57 196	3 107	185 513 000	118 826	1 561	872 009 514	168 430	5 177
2000	183 917 486	57 011	3 226	214 835 000	119 923	1 791	914 658 019	169 233	5 405
2001	213 266 197	57 435	3 713	278 386 000	121 157	2 298	904 366 689	170 593	5 301
2002	127 374 055	57 522	2 214	282 150 921	122 621	2 301	885 594 091	171 786	5 155
2003	131 256 149	57 817	2 270	294 199 035	123 665	2 379	818 693 269	172 872	4 736
2004	129 223 608	57 870	2 233	293 053 340	124 070	2 362	803 795 218	173 692	4 628
2005	90 799 862	58 113	1 562	314 503 488	124 704	2 522	726 010 075	174 628	4 157
2006	63 973 988	58 257	1 098	288 489 000	125 497	2 299	655 949 000	175 961	3 728
2007	20 320 361	58 778	346	253 939 540	126 590	2 006	592 144 534	177 936	3 328
2008	44 325 907	59 366	747	225 470 532	128 254	1 758	522 316 979	180 301	2 897
2009	61 733 283	59 737	1 033						

Definition:

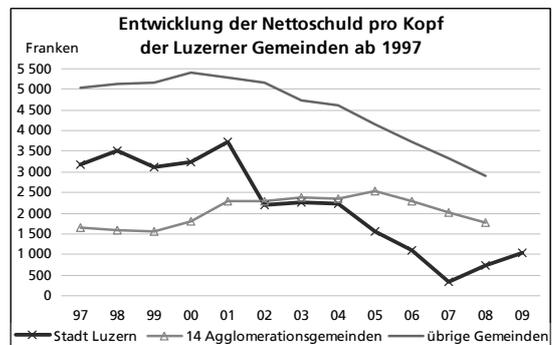
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

Aussage:

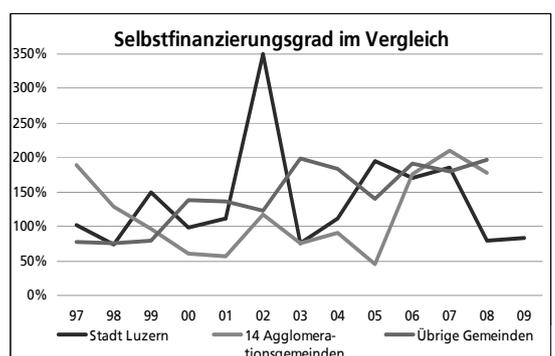
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen Verschuldung gesprochen.



2.6.7.2 Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1997:

Jahr	Stadt Luzern	14 Agglomerationsgemeinden	Übrige Gemeinden
1997	101.4%	189.2%	77.9%
1998	73.2%	128.5%	76.1%
1999	150.1%	96.2%	79.5%
2000	97.5%	61.5%	138.1%
2001	111.7%	56.1%	137.1%
2002	349.2%	118.2%	122.8%
2003	76.6%	75.9%	199.0%
2004	111.8%	91.7%	183.1%
2005	195.4%	46.1%	140.5%
2006	170.8%	176.2%	191.2%
2007	185.8%	209.8%	179.20%
2008	78.8%	178.6%	196.2%
2009	83.3%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen. Ab 2005 neue Definition gemäss kantonalen Vorgaben.

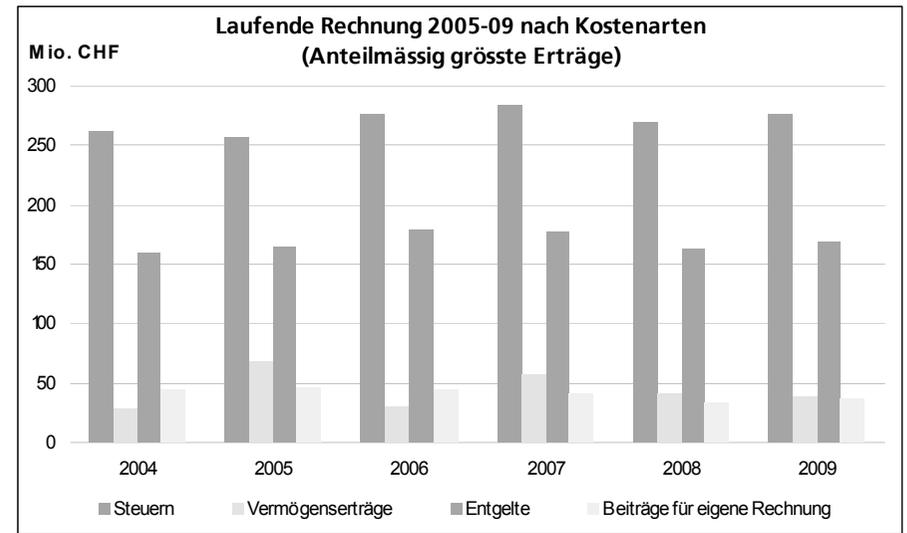
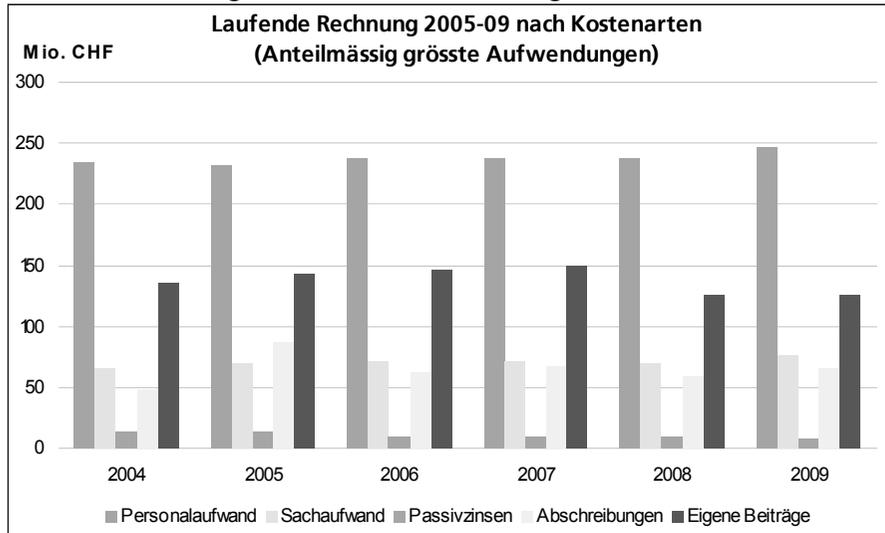
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

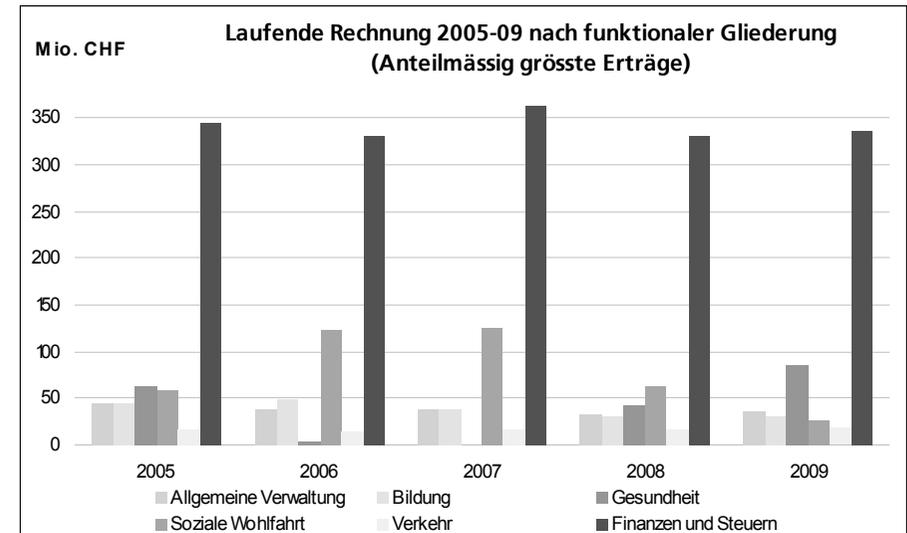
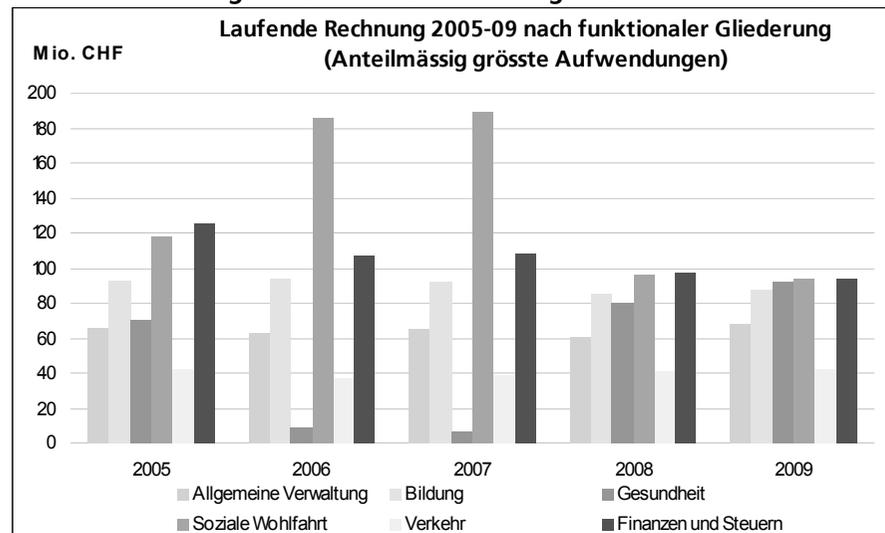
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad (SFG) unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung zur Finanzierung der Investitionen. Die Neuverschuldung wird bei einem SFG von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der SFG für die Stadt Luzern bei 100 % liegen bzw. im Durchschnitt von fünf Jahren mindestens 80 % erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner mehr als das kantonale Mittel beträgt (§ 29 Abs. 1 Vo über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9.11.2004).

Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 2005–2009



Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 2005–2009



2006 wurde die Kostenrechnung für die Heime und Alterssiedlungen neu konzipiert. Als Folge des "Mischheim-Systems" (Wohn- und Pflegeheime), ist es nicht mehr möglich, zwischen Pflege- und Wohnheimen zu unterscheiden. Ab 2006 wurde der ganze Bereich Heime und Alterssiedlungen der Sozialen Wohlfahrt zugewiesen.

3 Kennzahlen aus dem Personalbereich

3.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total		Gesamttotal Männer/Frauen Köpfe
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen	
Feb 1998	1 0%	45 4%	1'105 96%	19 7%	114 42%	136 51%	20 2%	159 11%	1'241 87%	1'151 81%	269 19%	1'420
Feb 2001	27 3%	76 9%	728 88%	233 21%	536 49%	330 30%	260 13%	612 32%	1'058 55%	831 43%	1'099 57%	1'930
Feb 2004	28 3%	111 14%	688 83%	274 24%	594 52%	275 24%	302 15%	705 36%	963 49%	827 42%	1'143 58%	1'970
Jan 2007	21 3%	126 15%	698 82%	260 23%	617 55%	250 23%	281 14%	743 38%	948 48%	845 43%	1'127 57%	1'972
Jan 2008	33 4%	135 16%	692 80%	258 23%	611 54%	255 23%	291 14%	746 38%	947 48%	860 43%	1'124 57%	1'984
Feb 2009	15 2%	137 16%	698 82%	217 19%	643 57%	265 24%	232 12%	780 40%	963 48%	850 44%	1'125 56%	1'975
Dez 2009	28 3%	142 16%	702 81%	206 18%	660 58%	279 24%	234 12%	802 40%	981 48%	872 43%	1'145 57%	2'017

Kommentar:

Seit der Fusion von Bürger- und Einwohnergemeinde im Jahr 2000 weist die Stadt Luzern einen hohen Anteil von Teilzeitstellen aus. Im Berichtsjahr ist der Anteil wieder leicht gestiegen, nämlich von 51,2 % auf 52 %, dies war auch der Stand von 2007. Es arbeiten 12 % der Mitarbeitenden in Pensen von unter 50 % und 40 % der Mitarbeitenden in Pensen von 50 bis 99 %. Total sind 43 % Männer und 57 % Frauen bei der Stadt angestellt.

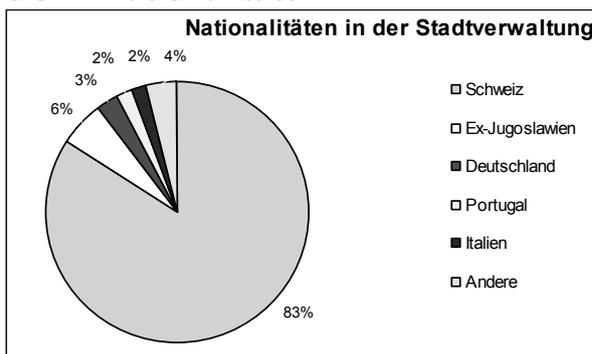
3.2 Personalfluktuations

	2005		2006		2007		2008		2009	
Austritte	136	75.6%	155	75.6%	154	71.3%	148	68.8%	183	79.6%
Pensionierungen	44	24.4%	50	24.4%	62	28.7%	67	31.2%	47	20.4%
Austritte in % des Personalbestandes 31.12. (Fluktuationsziffer)	1'996	6.8%	1'991	7.8%	1'971	7.8%	1'998	7.4%	2'017	9.1%
Kündigung durch Arbeitgeber	10	7.4%	14	9.0%	13	8.4%	17	11.5%	24	13.1%
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	126	92.6%	141	91.0%	141	91.6%	131	88.5%	159	86.9%

Kommentar:

Die Fluktuationsrate ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % gestiegen. Dies steht im Zusammenhang mit den Umbauten im Bereich der Heime und Alterssiedlungen. Es haben im Vergleich zum Vorjahr 28 Mitarbeitende zusätzlich selber gekündigt. Eine Fluktuationsrate unter 10 % ist im schweiz-internen Vergleich immer noch tief im öffentlichen Bereich.

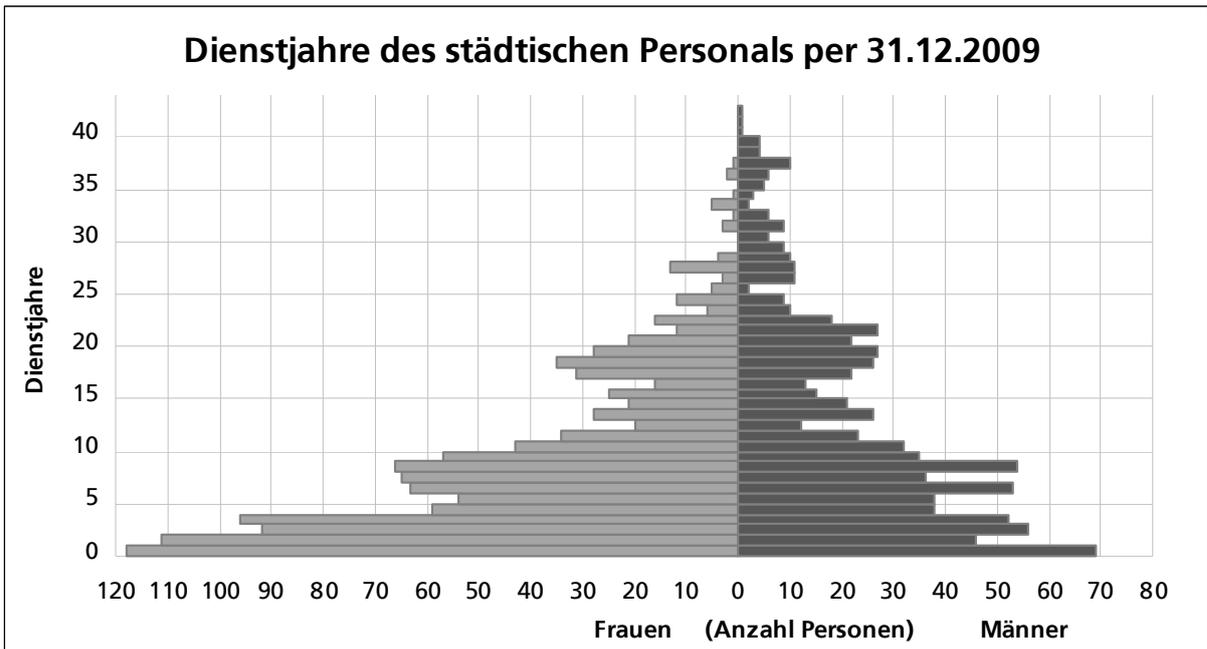
3.3 Nationalitäten



Kommentar:

Die Verteilung der Mitarbeitenden auf die einzelnen Nationalitäten hat sich wenig verändert und ist seit Jahren stabil. Der Anteil der Schweizer beträgt 83 %, und 17 % der Mitarbeitenden haben andere Nationalitäten. Neu ist, dass 3 % aus Deutschland bei der Stadt beschäftigt sind, dies sind 60 Personen, v. a. in den Pflegeberufen bei HAS.

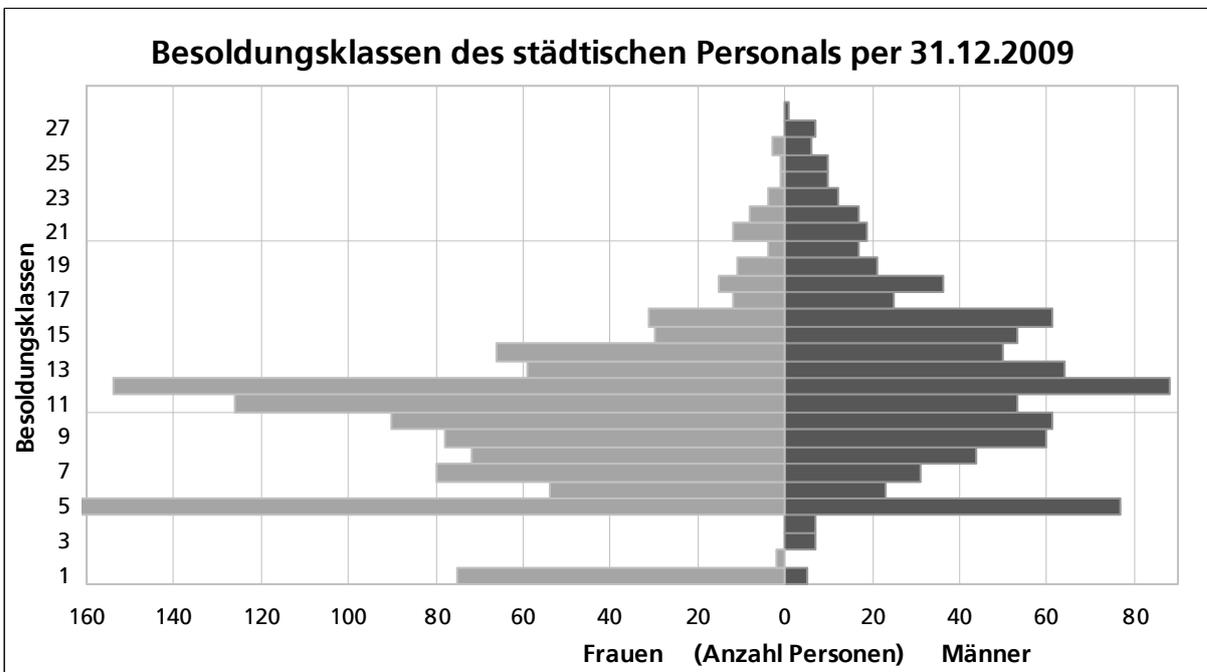
3.4 Pyramide der Dienstjahre



Kommentar:

Der Trend der letzten zwei Jahre hält weiterhin an: Aufgrund von Pensionierungen nimmt der Anteil der Mitarbeitenden mit 1–2 Dienstjahren zu.

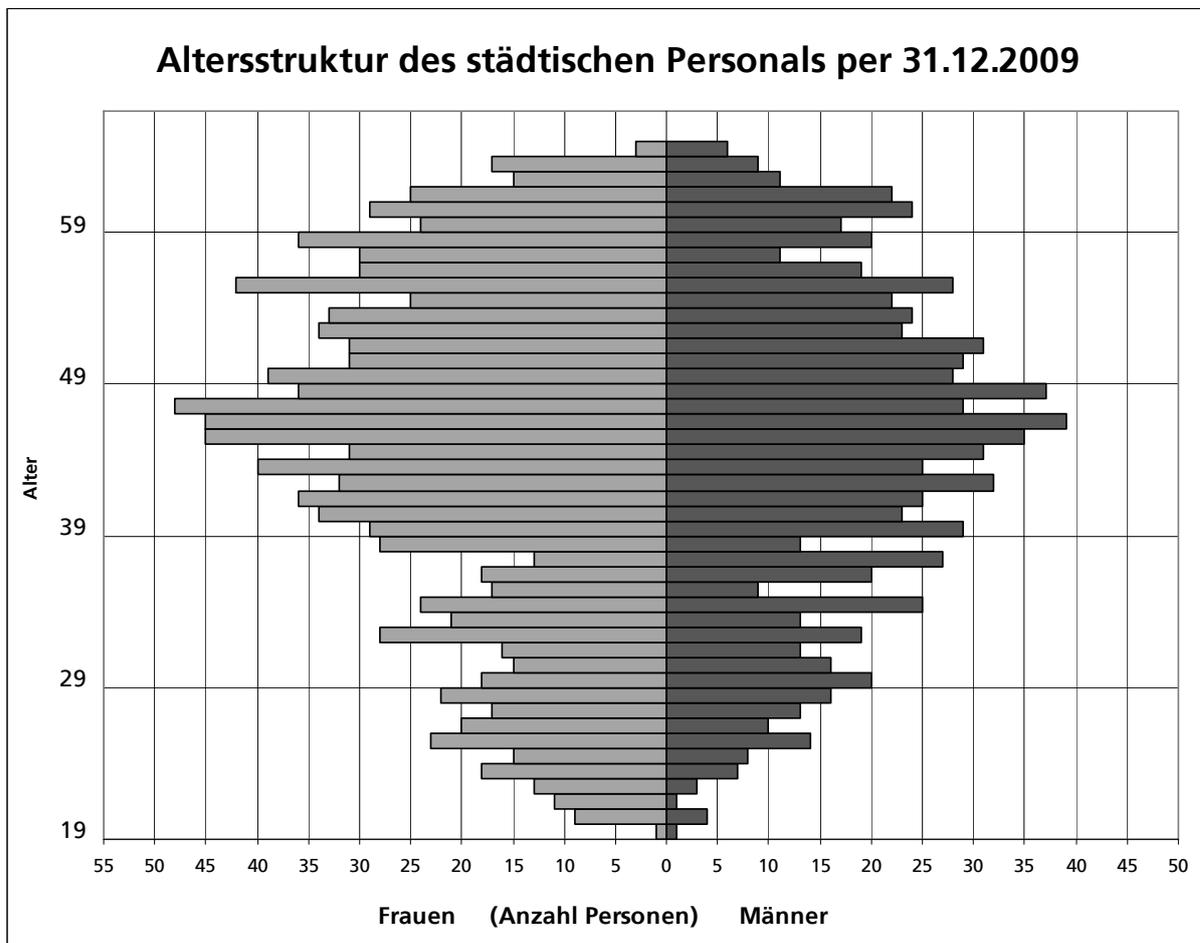
3.5 Besoldungsklassen



Kommentar:

Aufgrund der Arbeitsmarktlage sind im Bereich der Heime und Alterssiedlungen HAS mehr Pflegeassistentinnen eingestellt worden, darum ist in Lohnklasse 5 eine Zunahme um 9 Personen zu verzeichnen. Am zweitmeisten Mitarbeitende sind in der Klasse 12 eingestuft, dies sind ebenfalls Personen im Pflegebereich sowie in der Administration.

3.6 Altersstruktur



Kommentar:

Die wesentliche Mehrheit der Mitarbeitenden ist zwischen 39 und 59 Jahre alt. Auffallend ist der geringere Anteil von jüngeren Männern im Vergleich zu jungen Frauen. Auch dies hängt mit den Personalbewegungen im Bereich der Heime zusammen. Diese Berufe werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt.

4 Direktionen

4.1 Sozialdirektion

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Das Jahr 2009 stand sozialpolitisch ganz stark unter dem Eindruck der konjunkturellen Krise. Die Arbeitslosigkeit stieg in der Stadt von 2,8 auf 3,7 %. Ein Grossteil der anfallenden Kosten wurde von der Arbeitslosenversicherung getragen. Die Krise schlug also nicht direkt auf das Sozialamt zurück. Allerdings stiegen im Vergleich zu 2008 die Fälle und Kosten. Vor allem ist es sehr schwierig geworden, die Leute in den Arbeitsmarkt zu bringen und von der Sozialhilfe abzulösen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Folgen der Krise vor allem im Jahre 2010 in der städtischen Sozialpolitik abbilden werden.

Fusion Littau-Luzern

Die Umsetzung der Fusion Littau-Luzern beschäftigte sowohl die Führungskräfte als auch Teile des betroffenen Personals ganz stark. Im ersten Halbjahr ging es darum, mit den Mitarbeitenden aus Littau die neuen Funktionen und dann die Arbeitsverträge auszuhandeln. Dann stellte sich in einigen Bereichen das Problem des Übergangs zwecks Koordination und Aufrechterhaltung des Betriebs in beiden Verwaltungen. Vor allem aber belastete die Planung der räumlichen Zusammenlegung diverse Abteilungen und Mitarbeitende enorm. Die Verzögerungen dieses Projekts führten dazu, dass die eigentlichen Zusammenführungs- und Zügelarbeiten 2010 zu leisten sind, wo eigentlich die Integration der Mitarbeitenden und der Abteilungen im Vordergrund stehen sollten.

Nebst der Abwicklung des eigentlichen Tagesgeschäfts und der konsequenten Umsetzung der strategischen Zielvorgaben standen vier Projekte im Vordergrund:

1. Die Kontakt- und Anlaufstelle am Standort GasseChuchi/Geissensteinring hat sich bewährt. Zudem konnte mit dem Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG die definitive Finanzierung geregelt und damit auch die Voraussetzung für die Aufstockung der Gassenküche erreicht werden. An dieser Stelle geht ein grosser Dank an den Kanton und die Luzerner Gemeinden und auch ein Dank an die involvierten Kreise aus dem Quartier für ihre positive Zusammenarbeit.

2. Im April startete im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter

das Pilotprojekt mit Betreuungsgutscheinen. Aus heutiger Sicht kann von einem Erfolg gesprochen werden. Alle Kinder werden gleich behandelt. Es gibt mehr betreute Kinder und keine Wartelisten mehr. Allerdings ist kritisch anzumerken, dass vor allem die bisher mit Leistungsverträgen ausgestatteten, sehr bewährten Krippeninstitutionen wegen der Umstellung bis an den Rand ihrer Kräfte gefordert wurden. Es ist darum wichtig, dass die eingeleitete besondere Unterstützung durch die Stadt auch im Jahre 2010 geleistet wird.

3. Im Bereich Beschäftigung und Arbeitsintegration bot das Sozialamt bis jetzt ausschliesslich zeitlich befristete Programme an. Die Erfahrung zeigt aber, dass nicht alle Personen wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Vor diesem Hintergrund entwickelte die Fachstelle für Arbeit zusammen mit den kantonalen Dienststellen DiSG und wira, der Arbeitsgemeinschaft AFIMAA (Kanton, Gemeinden, Arbeitslosenhilfsfonds), dem Gewerbe, Gewerkschaften und Fachorganisationen (Caritas, The Büz usw.) sogenannte Dauerarbeitsplätze DAP. Es handelt sich dabei um Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten (u. a. auch im Rahmen von sog. Sozialfirmen) für Personen, deren Erfolgchancen auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum mehr bestehen und die vor diesem Hintergrund eine längerfristige Lösung brauchen. Auch das Veloprojekt der Stadt Luzern bietet einige Dauerarbeitsplätze an.

4. Anfang Jahr hat die Palliativ-Abteilung im Betagtenzentrum Eichhof den Betrieb aufgenommen. Es handelt sich um eine Spezialabteilung bzw. um eine Wohnmöglichkeit mit entsprechendem Pflege- und Betreuungsangebot für Menschen, die sterbenskrank sind. Das Angebot richtet sich nicht nur an Betagte, sondern an Menschen jeden Alters. So kann die Stadt Luzern jenen Einwohnerinnen und Einwohnern, die für ihre letzte, schwierige Lebensphase eine Wohn- und Pflegemöglichkeit suchen, ein geeignetes Angebot machen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sowohl das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde als auch die Amtsvormundschaft seit Jahresbeginn unter neuer Leitung stehen. Beide Funktionen konnten mit erfahrenen Mitarbeiterinnen hervorragend besetzt werden.

4.1.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Familienergänzende Kinderbetreuung Vor- und Schulbereich (Projektplan Nr. L58016) – Teilprojekt Vorschulbereich: (L58016.01) Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung Kinder Jugend Familie: Animation (Projektplan Nr. L58020) Überprüfung Familienberatung (Projektplan Nr. L58022)	Fünfjahresziele C1.1 C1.1 C1.1
--	---

Pilotprojekt Betreuungsgutschein für Kinderbetreuung im Vorschulbereich ist gestartet.

Am 1. April 2009 startete das Pilotprojekt Betreuungsgutschein für Kinder im Vorschulalter. Die Erziehungsberechtigten mit Wohnsitz in Luzern (ab 2010 inkl. Littau) erhalten Betreuungsgutscheine abhängig vom steuerbaren Einkommen und vom Erwerbsspensum für jedes Kind im Alter von drei Monaten bis zum Kindergarten Eintritt, sofern das Kind über einen Betreuungsplatz in einer anerkannten Kindertagesstätte oder bei anerkannten Tageseltern in der Stadt Luzern bzw. in einer Gemeinde der Agglomeration verfügt. Das Projekt ist sehr gut gestartet. Vom 1. April bis 31. Dezember 2009 wurden 486 Kinder in Kitas und 126 Kinder bei Tageseltern mit Betreuungsgutscheinen im Betrag von total Fr. 1'565'900.– unterstützt. Mit den Kitas und der Tageselternvermittlung, die bisher einen Leistungsvertrag hatten, wurden Übergangslösungen bis Ende 2010 vereinbart. Eine Begleitevaluation ermöglicht eine laufende Überprüfung und mögliche Anpassung des Projekts. Das Pilotprojekt läuft bis Ende 2012. Bis Ende Januar 2011 zahlt der Bund einen Beitrag an das Pilotprojekt.

Konzeptgrundlagen für die quartierbezogene Kinder- und Jugendarbeit liegen vor.

Die quartierbezogene Kinder- und Jugendarbeit ist zurzeit in drei Gebieten tätig: an der Basel-/Bernstrasse, im Hubelmatt/Moosmatt/Säli und im Würzenbach/Büttenen/Utenberg. Die Grundlagen der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche wurden in einem Konzept festgehalten. Die Ausdehnung auf andere Quartiere soll mit der Quartierpolitik der Stadt koordiniert werden.

Regionale Jugend- und Familienberatung wird durch Stadt geführt.

Das Projekt Regionale Familienberatung konnte Ende 2009 abgeschlossen werden. Die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie übernimmt ab 1. Januar 2010 den Verein Jugend- und Elternberatung Contact sowie den Verein Mütter- und Väterberatung. Diese Dienstleistungen werden auch in Zukunft für total 19 Gemeinden erbracht.

Tagesstrukturen und Treffpunkte (Projektplan Nr. L44002)	Fünfjahresziel C1.2
--	------------------------

Die Angebote in der Überlebenshilfe sind evaluiert, und die Umsetzung allfälliger Anpassungen ist eingeleitet.

Der provisorische Betrieb der Kontakt- und Anlaufstelle in der GasseChuchi ist erfolgreich verlaufen. Der Grosse Stadtrat hat der für eine dauerhafte Einrichtung nötigen baulichen Erweiterung zugestimmt. Die Aufstockung der GasseChuchi um eine Etage wird im Jahr 2010 erfolgen (Projektplan I58302). Mit der Übernahme der Finanzierung der Überlebenshilfeangebote durch den Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZISG) und der Konsolidierung der Kontakt- und Anlaufstelle kann dieses Projekt als abgeschlossen betrachtet werden.

Arbeitsintegrationsprogramm
 (Projektplan Nr. L58402)

 Fünfjahresziel
 C1.2

Zusätzliche Dauerarbeitsplätze sind eingerichtet.

Seit Mitte 2009 stehen genügend Dauerarbeitsplätze zu Verfügung, um den aktuellen Bedarf zu decken. Die Dauerarbeitsplätze sind von langzeitarbeitslosen Sozialhilfebeziehenden besetzt. Sie sind ein wichtiges Angebot zur beruflichen und sozialen Integration von schwer vermittelbaren und teilweise desintegrierten Sozialhilfebeziehenden. Um die Finanzierung, Planung und Organisation aller Arbeitsintegrationsmassnahmen im Raum Luzern besser koordinieren zu können, ist zusammen mit dem Kanton eine Projektorganisation aufgebaut worden.

Städtische Gesundheitsplanung
 (Projektplan Nr. L49006)

 Fünfjahresziel
 C1.3

– Teilprojekte:

Altersleitbild/-konzept (L49006.01)

Diverse Projekte (L49006.02)

Die Massnahmen der städtischen Gesundheitsplanung sind umgesetzt.

Nachfolgend wird hauptsächlich auf das grösste Projekt – die Entwicklung der Alterspolitik – fokussiert: In der ersten Hälfte des Berichtsjahrs fand eine Aufbereitung der Datenlagen im Bereich Alter statt: Insbesondere wurde der Stand der Altersforschung zusammengefasst; der demografischen Situation der Schweiz, vor allem auch derjenigen in Luzern und Littau wurde Aufmerksamkeit geschenkt; diverse Kennzahlen wurden aufbereitet; die bisherigen Leitbilder des Kantons, der Stadt Luzern und Littau wurden analysiert sowie Interviews mit Schlüsselpersonen zur Thematik Alter durchgeführt. Die Arbeiten mit der breit abgestützten Projektgruppe haben im September 2009 begonnen. Im zweiten Berichtshalbjahr wurde der Istzustand der bisherigen Alterspolitik in der Stadt Luzern und Littau mittels zusätzlicher Instrumente festgehalten, und gleichzeitig wurden Sollvorstellungen aufgenommen. Im Jahr 2010 sollen daraus Handlungsfelder abgeleitet und in kleinen Arbeitsgruppen vertieft bearbeitet werden. Ziel ist es, in der ersten Hälfte des Jahres 2011 über einen Planungsbericht im Bereich Alter samt Masterplan zu verfügen.

Das Projekt interkulturelle Vermittler/innen bei der Mütter- und Väterberatung wurde gestartet, und bereits wurden die ersten Erfahrungen gesammelt. Beim Abschluss der neu ausgehandelten Leistungsvereinbarungen im Sozialbereich wurden die Institutionen dazu verpflichtet, sich mit der Thematik "Menschen mit Migrationshintergrund" zusammen mit FABIA und dem Stab der Sozialdirektion auseinanderzusetzen.

4.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand			Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- in % chung	R 09	B 09	Abwei- in % chung	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag	
K210 Stab Sozialdirektion	1'299	1'308	-9 -1%	136	44	92 209%	(1'164)		100	
K211 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	1'787	1'680	108 6%	206	178	28 16%	(1'581)	79		
K212 Amtsvormundschaft	3'217	3'218	-1 0%	400	316	84 27%	(2'817)		85	
K213 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV- Zweigstelle	1'263	1'268	-5 0%	154	127	27 21%	(1'109)		32	
K214 Sozialamt	5'081	4'867	214 4%	158	129	29 22%	(4'923)	185		
K215 Kinder Jugend Familie	7'398	7'251	147 2%	1'588	1'191	397 33%	(5'810)		250	
K230 Heime und Alterssiedlungen Spezialaufgaben	84'603	81'961	2'642 3%	84'205	82'820	1'385 2%	(398)	1'257		
K221 Treibhaus, Jugend Freizeit Kultur	1'164	1'176	-12 -1%	605	616	-10 -2%	(558)		2	
K222 Ferienpass	257	227	30 13%	257	227	30 13%	0			
K223 Kinderkrippe Eichhörnli Beitragswesen	607	552	55 10%	442	552	-110 -20%	(165)	165		
K270 Wirtschaftliche Sozialhilfe	28'576	31'860	-3'284 10%	14'160	16'445	-2'285 -14%	(14'417)		998	
K271 Alimentenbevor- schussung / Inkassohilfen Spezial- finanzierungen	2'888	2'950	-62 -2%	2'046	2'000	46 2%	(842)		108	
K290 Kinder- und Jugend- siedlung Utenberg	7'565	7'294	271 4%	7'565	7'294	271 4%	0			
Total	145'705	145'610	95 0%	111'923	111'938	-15 0%	(33'783)	1'686	1'575	
Netto- verschlechterung								111		

Die Rechnung der Sozialdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 145,7 Mio. und einem Ertrag von Fr. 111,9 Mio. ab. Der Aufwandüberschuss beträgt Fr. 33,8 Mio. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehrbelastung von Fr. 0,1 Mio. Die Abweichungen sind vor allem wie folgt zu begründen:

Beim Stab liegen die Rückerstattungen Fr. 0,1 Mio. über dem Voranschlag.

Der Personalaufwand des Sozialamtes liegt Fr. 0,1 Mio. über dem Voranschlag. Dieser Mehraufwand konnte nicht vollumfänglich durch Rückerstattungen abgedeckt werden. Bei der Abteilung Kinder Jugend Familie (inkl. Treibhaus und Kinderkrippe Eichhörnli) liegen die Nettoaufwendungen Fr. 0,1 Mio. unter dem Voranschlag. Im Zusammenhang mit der Einführung der Betreuungsgutscheine konnten höhere bzw. ausserordentliche Kantons- und Bundesbeiträge erzielt werden. Bei der Kinderkrippe Eichhörnli entstanden wegen des Bezugs von neuen Räumlichkeiten nicht budgetierte Baukosten.

Der Minderaufwand bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe von Fr. 1,0 Mio. ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Dossiers nicht im erwarteten Umfang angestiegen, sondern teilweise sogar zurückgegangen ist. Zum andern hat sich die Anspruchsberechtigung bei der AHIZ auch im Jahr 2009 auf die wirtschaftliche Sozialhilfe positiv ausgewirkt. Der Nettoaufwand bei der Alimentenbevorzuschussung/Inkassohilfe liegt um Fr. 0,1 Mio. unter dem Voranschlag. Diese Abweichung liegt im "Streubereich".

Die unter HAS zusammengefassten städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen weisen gegenüber dem Voranschlag ein um Fr. 1,3 Mio. schlechteres Ergebnis aus. Die Gründe werden im Bericht über das Globalbudget HAS näher erläutert.

Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg wird als Spezialfinanzierung geführt Sie hat einen Überschuss von Fr. 0,6 Mio. erzielt, welcher als Gewinnvortrag passiviert worden ist. Aus diesem Grund wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

4.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

Der Stab engagierte sich in verschiedenen direktionsinternen wie auch -übergreifenden Projektgruppen und bot somit seine Dienstleistungen im Rahmen seiner Querschnittsfunktion an.

Nebst den Schwerpunktarbeiten zur Fusion Littau-Luzern hat der Stab Sozialdirektion zahlreiche Kernprojekte – unter Mitarbeit verschiedenster Beteiligter – bearbeitet: Die politischen, finanziellen und fachlichen Grundlagen für den Ausbau der Kontakt- und Anlaufstelle sind erarbeitet worden. Die Arbeiten für das Stadtluzerner Alterskonzept (Abschluss der Arbeiten Ende 2010) machen gute Fortschritte. Das erfolgreich abgeschlossene Projekt Regionale Jugend- und Familienberatung – ein Meilenstein in der regionalen Zusammenarbeit – sowie ein grosser Teil der Vorarbeiten für den Zusammenschluss der Spitex Stadt Luzern und Littau-Reussbühl wurden vom Stab SOD entwickelt und geleitet.

Zusätzlich bewältigte der Stab Arbeiten im Zusammenhang mit der Städteinitiative Sozialpolitik, die von Stadtrat Ruedi Meier präsiert wird. Diese Organisation kämpft für eine ganzheitliche, vernetzte Sozialpolitik und bildet das soziale Sprachrohr der Städte in "Bundesbern".

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

Das Jahr stand unter dem Eindruck von Veränderungen. Ende April wurde die Abteilungsleiterin Vladimira Predavec pensioniert und übergab ihre Aufgaben an Pia Zeder, die bisherige Leiterin der Amtsvormundschaft. Vladimira Predavec hatte das SVB während 28 Jahren geleitet und sowohl fachlich wie auch durch ihre Persönlichkeit geprägt. Um die seit Jahren gestiegene Geschäftslast zumindest teilweise auszugleichen, bewilligte der Stadtrat eine befristete Pensenerhöhung, die es erlaubte, im Sommer zwei zusätzliche Mitarbeitende anzustellen. Eine weitere Veränderung betraf den Standort der Büroräumlichkeiten. Im Herbst wurde bekannt, dass das SVB vom Stadthaus an die Pilatusstrasse 22 umzieht. Die Vorbereitungsarbeiten nahmen viel Zeit in Anspruch, konnten jedoch Anfang Januar mit dem Umzug an den neuen Standort erfolgreich abgeschlossen werden.

Amtsvormundschaft

Leitungswechsel

Im Februar erfolgte der Leitungswechsel in der Amtsvormundschaft. Die neue Leiterin war schnell in die Leitungs- und Führungsaufgaben eingearbeitet.

Fallzahlen

Die Fallzahlen des Erwachsenenschutzes betragen Ende Jahr 790 vormundschaftliche Mandate. Dies zeigt gegenüber dem Vorjahr nur eine leichte Fallzahlenerhöhung. Die Amtsvormundschaft bearbeitete im Berichtsjahr 98 neue vormundschaftliche Mandate. Durch Übertragung, Aufhebung und Todesfälle waren 86 Abgänge zu verzeichnen. Die Fallbelastung pro 100%-Stelle Mandatstragende ist mit durchschnittlich 92 und pro 100%-Stelle kaufmännische Fachbearbeitung mit 114 Personen sehr hoch. Die weitere Fallzahlenentwicklung der fusionierten Amtsvormundschaft wird in den ersten Monaten des neuen Jahres neu beurteilt. Die Leistungsgrenzen der Mitarbeitenden sind erreicht, und es ist bei einer weiteren Fallzahlenzunahme abzusehen, dass neue Stellenprozente in der Mandats- und auch Fachbearbeitung beantragt werden müssen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Der inhaltliche Schwerpunkt des Arbeitsjahres wurde durch die Fusion Littau-Luzern vorgegeben. Seit sechs Monaten arbeitet die Amtsvormundschaft Littau mit derselben Fachapplikation wie Luzern. Die Datenmigration der Littauer Software KLIB in die Luzerner Software Tutoris war sehr gut vorbereitet und erfolgte im Juli praktisch reibungslos. Das Ziel Reduktion der Bargeld-Auszahlungen an der Kasse Amtsvormundschaft an Klientinnen und Klienten konnte mittels Einsetzen eines täglichen elektronischen Zahlungsauftrages erfüllt werden. Somit sind die Vorgaben der Finanzdirektion hinsichtlich Sicherheit erfüllt worden.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

Die Arbeitssituation in beiden Bereichen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht sehr verändert. Die Arbeitslosenquote betrug Ende Dezember 3,5 % (Vorjahr 2,8 %). Aufgrund der schlechten Prognosen war mit einer noch höheren Zunahme gerechnet worden. Im September hat der Grosse Stadtrat den B+A 18/2009 vom 27. Mai 2009: "Zusatzleistungen

für Familien und Alleinerziehende" verabschiedet. Die Leistungen können somit für das Berichtsjahr wieder ausgerichtet werden.

Sozialamt

Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden ist ab Mitte Jahr moderat angestiegen. Gleichwohl sind die Auswirkungen der Finanzwirtschaftskrise für das Sozialamt zunehmend spürbar: So konnten wesentlich weniger Menschen, trotz grossen Anstrengungen, wieder in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden. Der Aufnahmeprozess in die Sozialhilfe ist mit dem Angebot der Abklärungsplätze erweitert worden. Arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden wird bei der Aufnahme in die Sozialhilfe, im Sinne des Gegenleistungsmodells, ein Arbeitsplatz zugewiesen, wo ihre arbeitsmarktlichen Möglichkeiten und Grenzen geprüft werden. Nach acht Wochen und einem Assessment durch die Fachstelle Arbeit können die weiteren Schritte zur Reintegration in die Arbeitswelt geplant und umgesetzt werden. Die weiteren Angebote des Sozialamtes wie die freiwillige Einkommensverwaltung, die Wohnbegleitung und das Sozial Info REX erfreuen sich einer grossen Nachfrage.

Kinder Jugend Familie

Zwei Inhalte bildeten die Schwerpunkte im Berichtsjahr: die Einführung der Betreuungsgutscheine für Vorschulkinder sowie die Planung der Regionalen Jugend- und Familienberatung. Hier mussten Grundlagen für eine optimale Einführung und Übernahme der bestehenden Vereine geschaffen werden. Im Bereich der Betreuung für Schulkinder wurden die Horte und Mittagstische in die additiven Tagesschulen umgestaltet und Ende 2009 an die Volksschule übergeben. Im Bereich Animation/Partizipation konnten die Erfahrungen der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche in einem Konzept festgehalten werden. Die Grundlagen für eine Ausdehnung auf andere Quartiere liegen vor.

Animation/Partizipation

Kinderparlament

Das Kinderparlament lancierte 2009 mit grossem Erfolg seine eigene Zeitung "Kiz-Blitz". Das Blatt wird allen Schulkindern der Primarstufe verteilt.

Die Auszeichnung für besonders kinderfreundliches Engagement "Goldener Lollipop" wurde 2009 Heidi Rothen für ihr Engagement für Luzerner Kinder vergeben.

Jugendparlament

Die Jugendparlamentskommission gab Stellungnahmen zu verschiedenen Vorlagen aus Sicht der Jugendlichen ab. Herauszuheben ist insbesondere der Einsatz der Jugendlichen für die Einhaltung des Jugendschutzes in Ausgehlokalen.

Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche

Die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche hat neben vielen bewährten und neuen Angeboten, Projekten und Aktionen in den Quartieren das Projekt "Respekt ist Pflicht" in Luzern umgesetzt. Daraus resultierte eine Ausstellung, die an verschiedenen öffentlichen Orten und in den Oberstufenzentren zu sehen war.

Das ab 2004 aufgebaute und begleitete Projekt "Spielen im Vögeligärtli" konnte dem Verein Spieltraum und der engagierten Gruppe IG Vögeligärtli übergeben werden.

Midnight Sports & Music

Die Midnight-Projekte in Luzern sind weiterhin sehr beliebt. Ende Jahr konnten die beiden Luzerner sowie das Littauer Projekt einer neu gegründeten lokalen Trägerschaft übergeben werden.

Jugendkulturhaus Treibhaus

Das Jahr 2009 war ein eigentliches Aufbruchjahr für das Treibhaus. Viele Projekte konnten umgesetzt werden. Der Garten wurde mit Jugendlichen neu gestaltet und möbliert. Im Veranstaltungsraum entstand eine Galerie. Diese Aufwertungen im und ums Haus haben sich direkt in einem sehr guten Abschluss niedergeschlagen.

Ferienpass und Freizeitangebote

Der Ferienpass erfreut sich weiterhin wachsender Beliebtheit. Die Verkaufszahlen erreichten 2009 neue Spitzenwerte. Das Angebot wird von Kindern und Familien sehr geschätzt. Die grosse Beliebtheit führt jedoch auch dazu, dass die Finanzierung überprüft werden muss.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Schulalter

Horte

Für die ganze Stadt stehen fürs Schuljahr (SJ) 2009/2010 285 Hortplätze zur Verfügung, die von 451 Kindern genutzt wurden. Im umgebauten Pestalozzi-Schulhaus konnte nach den Herbstferien 2009 der Hort mit dem Mittagstisch (ehemals im Eichhof) neue Räume beziehen. Neu werden 40 Tagesplätze und 10 Mittagstischplätze angeboten. Der Hort Wartegg konnte auf 30 Plätze aufgestockt werden.

Das Betriebs- und pädagogische Konzept der additiven Tagesschule (gemäss B+A 1/2008) wurde verabschiedet. Seit Schuljahrbeginn 2009/2010 werden die Schulbetriebe Grenzhof, Maihof, St. Karli, Wartegg und Würzenbach als additive Tagesschule geführt.

Mittagstisch

Ab SJ 2009/2010 standen 115 Mittagstischplätze, die von 170 Kindern genutzt wurden, zur Verfügung. Der Mittagstisch Wartegg konnte auf Schuljahrbeginn umgebaute Räume im Schulhaus Wartegg beziehen. An der Moosmattstrasse 44 konnte neu der Mittagstisch Moosmatt mit 10 Plätzen eröffnet werden.

Ferienhorte

Die Anzahl Anmeldungen für den Ferienhort ist im Jahr 2009 gestiegen. Erstmals mussten in den Faschnachts-, Oster- und Herbstferien zwei Betriebe mit je 20 Plätzen geführt werden. In den Sommerferien wurde ein Betrieb mit 30 Plätzen geführt.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter

Monitoringbericht familienergänzende Kinderbetreuung

In der Stadt Luzern werden 840 Kinder in einer Kindertagesstätte (Kita) und 127 Kinder bei Tageseltern/Familien betreut. Die Betreuungsplätze in Kitas in der Stadt Luzern haben innerhalb der letzten zwei Jahre um 45% zugenommen. 32 % aller Stadtluzerner Vorschulkinder werden in einer Kita der Stadt betreut (2007: 21 %; 2008: 26 %). 20,5 % aller Kindergarten- und Schulkinder werden familienergänzend betreut (2007: 14 %; 2008: 19 %).

Spielgruppen

Weiter wurden Spielgruppen finanziell und fachlich unterstützt. Diese Betreuungsform ist ein wichtiger Bestandteil insbesondere zur Integration von fremdsprachigen Kindern.

Kindertagesstätte Eichhörnli

Im Herbst 2009 zügelte die Kita Eichhörnli in zwei grosszügige helle Wohnungen an die Sälistrasse 20. Mit dem Umzug wurde die Kita auch erweitert. In je einer Grossgruppe werden die Säuglinge und die Kleinkinder professionell betreut. Die Weiterentwicklung und Umsetzung der pädagogischen Konzepte sowie die Aufnahme von neuen Kindern stehen im Mittelpunkt der Konsolidierungsarbeiten.

Kinder- und Jugendschutz

Der Kinder- und Jugendschutz führte im Dezember 2009 352 vormundschaftliche Massnahmen für Kinder und Jugendliche.

In den letzten Jahren nahmen beim Kinder- und Jugendschutz die Fälle konstant zu. Dies hat ein ständiges Wachstum des KJS-Teams zur Folge. Ende 2009 umfasste das Team zwölf Personen.

Die psychosoziale Beratung des Kinder- und Jugendschutzes führte mit einer 50%-Stelle Beratungen für 48 Familien mit insgesamt 77 Kindern. Hauptthemen der Beratungen waren Besuchsrechtsregelungen, Ausbau der Erziehungskompetenz der Eltern sowie die Neuorganisation in der Familie.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Organisation

Im Berichtsjahr hat die Siedlungsleitung mit einem externen Organisationsberater die interne Kommunikations- und Organisationsstruktur überprüft. Verschiedene Anpassungen in der Führungsstruktur und dem Projektmanagement wurden daraus entwickelt. Im November fand zu diesem Thema eine interne Fortbildung für alle Mitarbeitenden der KJU statt.

Im Juni wurde die KJU vom Bundesamt für Justiz überprüft. Die KJU erfüllt alle Anerkennungs Voraussetzungen für ihre drei Angebote Wohngruppen, Wohnbegleitung und Notaufnahme, und die Subventionen wurden bis zur nächsten Überprüfung im Jahr 2013 zugesprochen.

Während der Sommerferien wurde das Hallenbad Utenberg so weit saniert, dass es für weitere fünf Jahre in Betrieb bleiben kann. Da die Kinder- und Jugendsiedlung keine Badeaufsicht zur Verfügung stellen kann, wurde aus Sicherheits- und Haftungsgründen den zum Teil langjährigen Benutzern der öffentlichen Betriebszeiten auf Ende Oktober gekündigt. Die Nachfrage für Vereine und Schulen ist jedoch nach wie vor sehr gross. Das Hallenbad ist sehr gut vermietet. Der Entscheid über eine Gesamtanierung für den definitiven Erhalt des Bades ist noch offen. Die Sanierung der Piazza und der Aussenanlagen musste um ein Jahr zurückgestellt werden.

Seit August 2009 bietet die interne Küche der KJU eine Lehrstelle an. Die erste Lernende wohnt auf einer Wohngruppe der KJU und hat ihre Attest-Ausbildung als Koch begonnen.

Neue Projekte an der Schnittstelle "Heimaustritt"

Ein wichtiges Projekt der Kinder- und Jugend-siedlung Utenberg ist der Ausbau der Integra-tionsbegleitung. Insbesondere bei der Rück-platzierung in die Herkunftsfamilie möchte die Siedlung vermehrt individuelle Angebote von stationärer und ambulanter Betreuung anbieten. Im Berichtsjahr hat die KJU bereits erfolgreich einzelne Teilprojekte dieses Zieles umgesetzt. Dabei wurde die Elternarbeit nicht nur während des Aufenthaltes der Kinder in der Siedlung, sondern auch über die Aufent-haltszeit der Kinder und Jugendlichen hinaus innerhalb der Familie angeboten. Die einzel-nen Angebote sind individuell auf die Bedürf-nisse der Kinder und ihr familiäres Umfeld zugeschnitten. Die Schwierigkeit besteht zurzeit noch darin, dass das stationäre Ange-bot vom Kanton und die Familienarbeit von den Gemeinden finanziert wird. Damit ver-schiedene Kinder bei Bedarf von diesem An-gebot profitieren können, muss diesbezüglich eine Lösung gefunden werden.

Die Integrationsbegleitung hat 2009 zudem eine Befragung über die Heimerfahrung von ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern in der KJU durchgeführt.

Wechsel der pädagogischen Leitung

Nach 25 Jahren KJU hat die pädagogische Leiterin, Judith Haas, die Siedlung verlassen. Sie übernahm die Leitung des Kinderheims Titlisblick. Im August hat die neue pädago-gische Leiterin, Gabriela Müller, ihre Arbeit aufgenommen.

Notaufnahme

Die Notaufnahme Utenberg (NAU) hatte auch im zweiten Jahr ihres Bestehens eine sehr grosse Auslastung von über 91 %. Dies be-stätigt den hohen Bedarf an diesem Angebot für Jugendliche in akuten Krisensituationen. Viele Anfragen konnten infolge Vollbelegung der NAU nicht berücksichtigt werden. Das NAU-Team war einer ausserordentlichen Arbeitsintensität und Belastung ausgesetzt. Acht Jugendliche der NAU wechselten 2009 auf eine interne Wohngruppe der Siedlung.

Finanzierung

Die sechs Wohngruppen der KJU hatten 2009 eine durchschnittliche Belegungsdichte von 96 %, die Wohnbegleitung Rank von 100 % und die Notaufnahme von 91 %. Durch diese ausserordentlich hohe Belegung konnte die KJU auch 2009 wieder einen Gewinn erzielen.

Heime und Alterssiedlungen

Im Zusammenhang mit dem vom Kanton für Pflegeheime geforderten Qualitätsmanage-ment entschied die Geschäftsleitung HAS, dieses abteilungsübergreifend mit Unter-stützung der Firma derwort-consulting, De-gersheim, umzusetzen. In einer ersten Pro-jektphase sind die Prozesslandkarte für Heime und Alterssiedlungen (HAS) und die ersten Prozessdokumentationen zuhanden eines Masterhandbuchs erstellt worden.

Das Organisationsentwicklungsprojekt zur Verbesserung der Effizienz heimübergreifender Zusammenarbeit im Pflegebereich bewirkte die Überführung der "Fachstelle Pflege" zum "Kompetenzzentrum Pflege und Bildung" im Stab HAS sowie eine Neuordnung der heim-übergreifenden Austauschgremien.

Ein Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit stellte 2009 die erfolgreiche Kampagne zur Gewinnung freiwillig Mitarbeitender dar.

Im Anschluss an die Ereignisse im Pflegezent-rum Entlisberg, Zürich, wo Anfang 2009 aus-gebildetes Pflegepersonal Übergriffe auf demenzerkrankte Bewohner/innen begangen hatte, waren zwei parlamentarische Vorstösse zur Betreuungsqualität in den städtischen Be-tagtenzentren und Pflegewohnungen zu be-antworten. In den Antworten konnten die seit Jahren unternommenen Anstrengungen von HAS, den Betagtenzentren (BZ) und Pflege-wohnungen (PW) aufgezeigt werden.

Die sichtbarsten Veränderungen bei der In-tegration des Alterszentrums Staffelnhof in die Abteilung HAS waren 2009 die Einführung der Cook-&-Chill-Produktion durch das Betag-tenzentrum Eichhof und die neue Heimbroschüre des ab dem 1. Januar 2010 in "Betag-tenzentrum" umbenannten "Staffelnhof".

Nach Einführung der neuen Pflegefinanzierung ab 1. Januar 2011 wird das heute eingesetzte Instrument zur Pflegebedarfserhebung (BESA 1999) nicht mehr genügen. Im Anschluss an eine detaillierte interne Evaluation der beiden aktuellen in Frage kommenden Instrumente BESA 4.0 und RAI NH 2.0 fiel der Entscheid der Geschäftsleitung HAS schliesslich klar zugun-ten von RAI NH 2.0 aus.

Betagtenzentrum Eichhof

Das neu sanierte Pflegeheim Haus Rubin hat sich etabliert und bietet Wohn- und Lebens-raum für zufriedene Bewohnende. Das Bistro ist zum beliebten Treffpunkt geworden, wo man sich gerne trifft und gut essen kann.

Ein Höhepunkt war die Nomination für den "Swiss Gastro Award 2009". Die Gastronomie Eichhof entwickelt sich erfreulich und beliefert nicht nur die Heime der Stadt Luzern, sondern auch viele zufriedene Kunden, wie z. B. den Mahlzeitendienst der Pro Senectute.

Auch der neu gestaltete Eichhofpark erfreut sich wieder grosser Beliebtheit. Jung und Alt geniessen gemeinsam die wunderschöne Anlage. Die "Laubenganghäuser" sind saniert und erscheinen jetzt in einem farbigen und modernen "Outfit".

Aus Sicht der Führung wurden Prioritäten in der Schulung der mittleren Kader gesetzt. Unter dem Jahresmotto "Gesundheit" sind in allen Bereichen entsprechende Aktivitäten erfolgt.

Betagtenzentrum Dreilinden

Das Jahr 2009 war geprägt von Reorganisations. Eine bereichsübergreifende Überprüfung der Strukturen und Abläufe im Kontext mit den Stellenplänen zeigte neue, kundenfreundlichere Möglichkeiten auf. Der Reorganisationsprozess wurde unter Einbezug der Basis fortgesetzt und ist in den wesentlichsten Punkten umgesetzt.

Der Sanierungsbedarf im BZ Dreilinden wird immer offensichtlicher. Der Planungskredit für den Neubau Rigi wurde im Berichtsjahr bewilligt. Die Planungsarbeiten werden Anfang 2010 starten.

Auch wenn die Betriebsrechnung nicht positiv schliesst, wird das Gesamtergebnis als positiv gewertet. Das BZ Dreilinden hat die Zeichen der Zeit erkannt und konzentriert sich auf die Weiterentwicklung der Dienstleistungsqualität. Während der Fokus in den letzten Jahren bei den Bewohnenden lag, wird im kommenden Jahr der Schwerpunkt auf die Teamentwicklung und individuelle Mitarbeiterförderung gelegt.

Betagtenzentrum Rosenberg

Das Berichtsjahr stand ganz im Zeichen des Jubiläums "21 Jahre Rosenberg". Die Bewohnenden und Mitarbeitenden genossen die zahlreichen Jubiläumsaktivitäten. Für die breite Öffentlichkeit fand im Mai eine festliche Vernissage statt, und die Spezialausgabe der Hauszeitung "Üse Roseberg" widmete sich der bewegten Geschichte der vergangenen Jahre.

Die Vorkommnisse im Pflegezentrum Entlisberg in Zürich haben die Verantwortlichen veranlasst, den Themen Menschenwürde und

Missbrauch Raum zu geben. Im Frühjahr hat sich das Kader für eine Veranstaltung für Angehörige in Form eines "World Cafés" engagiert.

Im Rahmen der internen Weiterbildung hatten alle Mitarbeitenden Gelegenheit, einen Grundkurs in Kommunikation zu besuchen. Die Führungspersonen setzten sich am Kadertag mit dem Thema "Transkulturelle Kompetenz" auseinander.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Hauses Ost (ehemals Wohnheim) in ein sogenanntes Mischheim (Wohn- und Pflegeheim) wurden einerseits bauliche Anpassungen vorgenommen, andererseits wurde eine detaillierte Analyse der Infrastruktur und des Betreuungsaufwands vorgenommen.

Die erste Evaluation der Wirkungen der Übergangspflege ist sehr positiv. Der Gesundheitszustand der Pflegegäste hat sich markant verbessert, und die überwiegende Mehrheit lebt nach dem Aufenthalt in der Übergangspflege wieder selbstständig in ihrem angestammten Umfeld.

Betagtenzentrum Wesemlin

Der Geschäftsverlauf des Betagtenzentrums Wesemlin war 2009 geprägt durch den Umzug von 75 Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses Morgenstern in die beiden Provisorien Hirschpark (Areal Kantonsspital) und Haus Saphir (Areal BZ Eichhof) sowie die beginnenden Umbauarbeiten. Das Betreiben der drei Standorte stellt besonders hohe Anforderungen sowohl an das Führungskader des BZ Wesemlin als auch an die Teams. Verschiedene kulturelle Anlässe und Weiterbildungsveranstaltungen, welche im Wesemlin durchgeführt und für welche die Bewohner/innen und/oder die Mitarbeitenden zusammengeführt werden, helfen mit, dass der Zusammenhalt, die gemeinsame Philosophie und Betriebskultur weitergepflegt und erhalten bleiben.

Lobend zu erwähnen ist die gute Zusammenarbeit mit dem benachbarten Kinderheim "Wäsmeli". Während der Sanierung der Küche des Betagtenzentrums konnte über rund vier Monate hinweg die Kücheninfrastruktur des Kinderheims von der Küchenbrigade des BZ Wesemlin völlig unkompliziert benutzt werden. Das BZ Wesemlin seinerseits stellt dem Kinderheim gerne befristete Praktikums- bzw. Einsatzplätze für Jugendliche in speziell schwierigen Situationen zur Verfügung.

Pflegewohnungen

In den ersten Monaten des Berichtsjahres verzeichneten die Pflegewohnungen eine unterdurchschnittliche Auslastung. Den vielen Ausritten Ende 2008 standen zu wenig Neuansmeldungen gegenüber. Als Folge konnten die budgetierten Taxerträge nicht voll erreicht werden. Umso wertvoller ist das Geschenk der Hatt-Bucher-Stiftung an die Bewohnenden der Studhalde in Form einer Rampe vom Haus in den Garten.

Mitarbeitende befähigen, ihre Entwicklung unterstützen, Qualität und Nachwuchs fördern heisst auch ausbilden. Sechs junge Frauen erlernen in den Pflegewohnungen den Beruf FABE oder FAGE. Nebst einzelnen Weiterbildungskursen erfolgten 2009 Abschlüsse in den Bereichen Gerontologie und Kinaesthetik.

Die Pflegewohnungen durften 2009 ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Ein gelungener Ausflug für die Bewohnenden ins Eigenthal und ein fröhlicher Personalabend zeichneten dieses Jubiläum aus. Die Festzeitschrift gibt Einblick in die bewegte Geschichte und in den aktuellen Alltag.

Spitex

Am 6. November 2009 wurde durch eine Kombinationsfusion aus dem Spitex Verein Littau-Reussbühl und dem Spitex Verein Stadt Luzern der Spitex Verein Luzern Littau gegründet. Der neue Verein verfügt neu über rund 3'000 Mitglieder. Diesem erfolgreichen Zusammenschluss sind umfangreiche Vorarbeiten vorangegangen. Gleichzeitig wurde für den neuen Verein eine Leistungsvereinbarung für das Jahr 2010 ausgearbeitet. Die Leistungsvereinbarung mit der Kinderspitex Zentralschweiz wurde um ein Jahr bis Ende 2010 verlängert.

Seniorenrat

An seinen neun Sitzungen hat sich der Seniorenrat hauptsächlich mit folgenden Themen beschäftigt: Mobilität "alt werden – mobil bleiben", Leistungsvertrag Spitex und "Willkommen im AHV-Alter". Informiert wurde auch über die Zukunft der städtischen Alterssiedlungen sowie über den "WC-Masterplan" der Baudirektion. Eine Arbeitsgruppe befasste sich an mehreren Workshops mit dem Titel "Alterspartizipation" unter der Leitung von Christine von Passavant mit der Zukunft des Seniorenrates.

Für das Übergangsjahr 2010 hat sich Vreni Grüter als Präsidentin zur Verfügung gestellt.

4.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.1.4.1 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

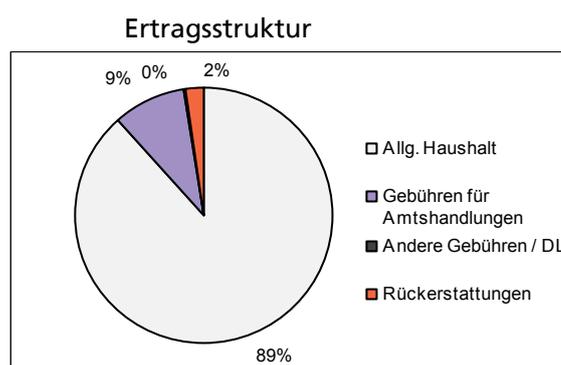
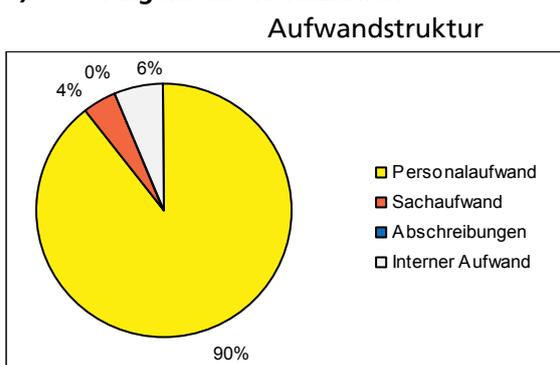
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Vormundschaftsbehörde ist im Kanton Luzern der Gemeinderat. In der Stadt ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig; er ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen und nimmt alle zwei Jahre deren Berichte und Rechnungen ab. Er stimmt nach Art. 421 ZGB allen wichtigen Geschäften zu, die über die ordentliche Verwaltung des Vermögens hinausgehen, und stellt Anträge an den Regierungstatthalter im Rahmen des Adoptionsrechts und der Artikel 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Kindesverhältnisses zum Vater und des Unterhalts für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen und Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge zuständig. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor und führt die Verfahren durch. Es beschäftigt 16 Personen (1'180 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	1'583'382	1'787'253	1'679'600	107'653	6%	203'871	13%
Ertrag	169'780	206'325	178'000	28'325	14%	36'545	22%
Ergebnis	-1'413'602	-1'580'928	-1'501'600	-79'328	-5%	-167'326	-12%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	588	740	715	774	776	0%
Sozialabklärungen	398	467	464	470	416	-11%
Neuanordnungen Massnahmen	196	238	220	241	277	15%
Aufhebung/Übertragung von Massnahmen	182	177	175	201	158	-21%
Berichtsabnahmen	494	524	573	596	502	-16%
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen ohne Massnahmen	83	140	89	88	96	+9%
Zustimmungsgeschäfte	66	68	63	54	65	+20%
Diverse Geschäfte	224	223	215	117	376	+221%
Inventare	64	102	84	93	76	-18%

e) Kommentar

Der Mehraufwand ist auf eine befristete Pensenerhöhung (StB 411 vom 20. Mai 2009) zum Ausgleich der seit Jahren gestiegenen Fallzahlen zurückzuführen. Der Mehrertrag setzt sich zusammen aus Mutterschaftsentschädigung und Mehreinnahmen bei den Gebühren infolge steigender Klientenzahlen.

Die zunehmende Komplexität der Probleme, mit denen die Betroffenen konfrontiert sind, erschwert die Verknüpfung mit dem privaten Helfernetz und auch die Triagierung an Drittinstitutionen. Entsprechend nimmt der Anteil vormundschaftlicher Massnahmen im Verhältnis zu den

durchgeführten Sozialabklärungen zu. Bei den Sozialabklärungen ergibt sich die Abweichung durch eine geänderte Erfassungsart. Der Anstieg bei den "diversen Geschäften" ist bedingt durch überdurchschnittlich viele Personalwechsel bei den Mandatsträgerinnen und -trägern. Diese erfordern je Klient/in einen Stadtratsentscheid.

4.1.4.2 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

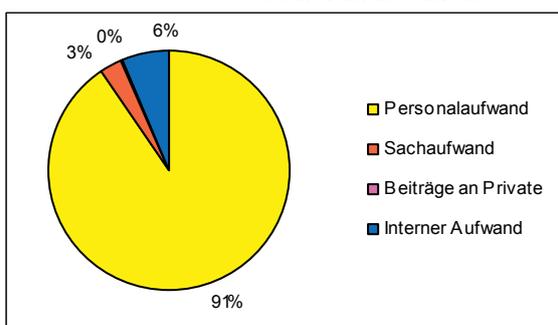
Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft betreuen und vertreten Erwachsene, für die eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft besteht. Der Aufgabenbereich der Mandatsführung umfasst je nach Massnahme die persönliche Betreuung, die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Einkommens- und Vermögensverwaltung, die Wahrnehmung von Rechtsinteressen und die Vertretung vor Gericht und Amtsstellen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erstellen über die Massnahmeführung alle zwei Jahre Bericht und Rechnung. Sie werden in ihrer Tätigkeit durch die kaufmännische Fachbearbeitung unterstützt. Die Amtsvormundschaft beschäftigt 29 Personen (2'150 Stellenprozente).

b) Ergebnis

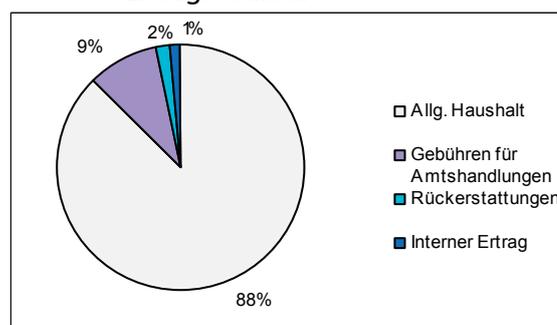
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	3'039'037	3'216'692	3'218'100	-1'408	0%	177'655	6%
Ertrag	324'221	400'016	316'300	83'716	26%	75'794	23%
Ergebnis	-2'714'816	-2'816'676	-2'901'800	85'124	3%	-101'860	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Klientinnen und Klienten	713	706	752	767	783	790	+1%
Vormundschaften	203	197	189	180	176	173	
Beiratschaften	38	32	37	33	34	30	
Beistandschaften	451	456	505	532	557	573	
Andere Massnahmen	21	21	21	22	16	14	
Anzahl Neueingänge	91	92	129	117	113	98	-13%
Anzahl Abgänge	97	109	88	99	91	86	-5%
Tod	45	63	47	47	51	49	
Übertragung	16	14	12	14	8	10	
Aufhebung	36	32	29	38	32	27	

e) Kommentar

Die Fallzahlen des Erwachsenenschutzes sind erneut gestiegen und erreichten Ende Jahr mit 790 vormundschaftlichen Massnahmen einen neuen Höchststand. Die Kennzahlen zeigen, dass 98 neue Mandate errichtet und 86 Mandate aufgehoben wurden.

Pro 100%-Pensum betreute eine Mandatsträgerin oder ein Mandatsträger per Stichtag durchschnittlich 93, die kaufmännische Fachbearbeitung 114 Personen. Mit dieser Fallbelastung stösst die Amtsvormundschaft an ihre Leistungsgrenzen. Die weitere Entwicklung wird aufmerksam verfolgt und unter Einbezug der Fallzahlen des Erwachsenenschutzes von Littau nach der Fusion neu beurteilt.

4.1.4.3 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung SVS umfasst die Bereiche Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung von Arbeitslosen und von Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, zur Stellenvermittlung und zum Bezug von Versicherungsleistungen. Die Kontrollformulare "Angaben der versicherten Person" werden jeden Monat von den versicherten Personen im Arbeitsamt abgegeben. Fachlich ist das Arbeitsamt der kantonalen Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira) unterstellt. Eine Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und mit den Arbeitslosenkassen.

Die AHV-Zweigstelle ist im Beitragsbereich der AHV zuständig für Abklärungen und Erfassungen von Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen. In den Bereichen Renten und Ergänzungsleistungen ist die AHV-Zweigstelle verantwortlich für die Beratung sowie die Mithilfe bei Anmeldungen und Mutationen. Dasselbe gilt auch im Bereich KVG-Prämienverbilligungen. Fachlich ist die AHV-Zweigstelle für diese Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern unterstellt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den städtischen Dienstabteilungen Einwohnerdienste und Steueramt.

Ebenfalls von der AHV-Zweigstelle werden Anmeldungen, Berechnungen, Entscheide und die Auszahlung der städtischen Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ) sowie der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) übernommen.

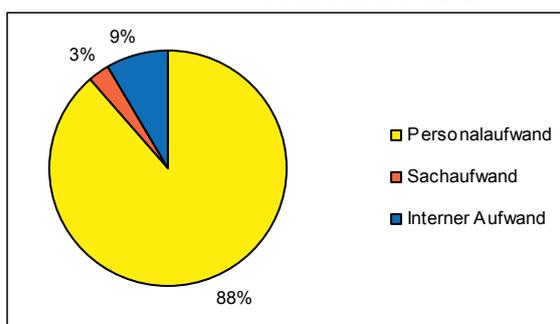
Im Stellenplan sind 10,8 Stellen bewilligt, verteilt auf 14 Personen.

b) Ergebnis

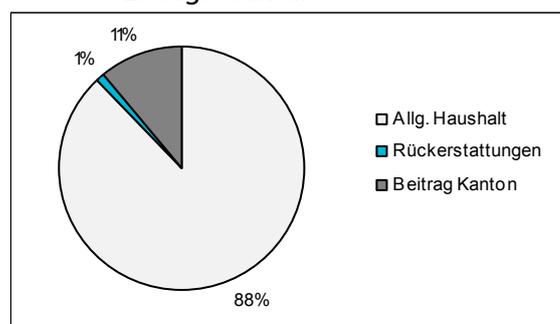
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	1'202'050	1'263'349	1'268'100	-4'751	0%	61'299	5%
Ertrag	138'070	154'375	127'000	27'375	18%	16'306	11%
Ergebnis	-1'063'980	-1'108'973	-1'141'100	32'127	3%	-44'993	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Arbeitsamtdossiers							
Anfangsbestand	2'073	2'001	2'226	1'883	1'444	1'443	
Neuanmeldungen	2'646	2'703	2'445	2'513	2'344	2'706	
Abmeldungen	2'718	2'478	2'788	2'952	2'345	2'284	
Endbestand	2'001	2'226	1'883	1'444	1'443	1'865	+29%
Rentendossiers							
Anfangsbestand	7'259	7'219	6'945	7'036	6'872	6'994	
Neuanmeldungen	665	336	540	461	529	412	
Abgänge	705	610	449	625	407	347	
Endbestand	7'219	6'945	7'036	6'872	6'994	7'059	+1%
Prämienverbilligung							
Anmeldungen	9'607	9'800	9'175	11'974	11'272	11'262	0%

Ergänzungsleistungs-Dossiers	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anfangsbestand	3'198	3'346	3'327	3'341	3'304	3'293	
Neuanmeldungen	680	616	531	581	528	519	
Abgänge	532	635	517	618	539	414	
Endbestand	3'346	3'327	3'341	3'304	3'293	3'398	+3%
Revisionen	527	511	499	678	710	710	0%
AHV-Unterstellung Selbstständigerwerbende	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anfangsbestand	3'379	3'861	4'363	4'813	5'352	5'799	
Neuanmeldungen	667	951	638	691	703	980	
Abgänge	185	448	188	152	256	322	
Endbestand	3'861	4'363	4'813	5'352	5'799	6'457	+11%
AHV-Unterstellung Nichterwerbstätige	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anfangsbestand	2'926	3'306	2'941	2'828	3'180	3'038	
Neuanmeldungen	782	661	812	1'069	634	1'372	
Abgänge	402	1'026	925	717	966	433	
Endbestand	3'306	2'941	2'828	3'180	3'038	3'977	+31%

e) Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ)

Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 18/2009 die FAZ wieder eingeführt. Das Reglement wird dann aufgehoben, wenn eine kantonale oder eidgenössische Lösung in Kraft treten werden. Die Leistungen für das Jahr 2009 werden Anfang 2010 berechnet und ausbezahlt.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen in Fr.	172'898	180'823	205'759	269'119	0	0	
Ausrichtung an:							
Anzahl Haushalte	86	86	99	123			
Anzahl Kinder	166	205	185	254			
Die jährlichen Leistungen betragen im Durchschnitt in Fr.					0	0	
pro Haushalt	2'010	1'674	2'078	2'187			
pro Kind	1'041	882	1'112	1'059			

f) Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, das analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Mieten höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können. Damit soll dem sozialpolitischen Grundsatz, wonach betagte Personen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden verbleiben können, Rechnung getragen werden.

AHIZ-Haushalte	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	0,66	0,72	0,75	0,66	0,70	0,82	+17%
<i>Auszahlung an:</i>							
Anzahl Haushalte am 1.1.	360	373	392	419	337	341	
Neuanmeldungen	88	84	98	65	80	95	
Abgänge	75	65	71	147	76	56	
Anzahl Haushalte am 31.12.	373	392	419	337	341	380	+11%
Davon Anzahl Frauen	223	248	253	211	211	236	
Anzahl Männer	85	83	92	70	69	84	
Anzahl Ehepaare	65	61	74	56	61	60	
<i>Leistungen pro Haushalt/Jahr in Fr.</i>							
im Durchschnitt	1'833	1'598	1'796	1'962	2'074	2'176	
im Minimum	60	60	60	60	60	60	
im Maximum	9'684	6'400	5'000	5'000	5'000	5'000	

Mit B+A 44/2007 "Reform der Heimtaxen im Anschluss an die Finanzreform 08" hat das Parlament gleichzeitig einen Systemwechsel im Bereich der Finanzhilfen für Heimbewohnende ab Februar 2008 beschlossen. Überstiegen vorher die effektiven Heimkosten die Leistungen der Ergänzungsleistungen und der Krankenversicherungen, musste für die Deckung der Heimrechnungen beim Sozialamt Wirtschaftliche Sozialhilfe beantragt werden. Durch die Reglementsänderung kann ein allfälliger Differenzbetrag seither auch bei Heimaufenthalt durch AHIZ vergütet werden. Dadurch wird verhindert, dass Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern nur aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit Sozialhilfe beziehen müssen.

AHIZ Heimbewohnende (seit Febr. 08)	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)					1,23	1,91	+55%
<i>Auszahlung an:</i>							
Anzahl Heimbewohnende am 1.1.					0	148	
Neuanmeldungen					268	124	
Abgänge					120	87	
Anzahl Heimbewohnende am 31.12.					148	185	+25%
Davon Anzahl Frauen					107	139	
Anzahl Männer					41	46	
<i>Leistungen pro Person/Jahr in Fr.</i>							
im Durchschnitt					8'316	10'363	
im Minimum					732	732	
im Maximum					31'795	32'124	

g) Kommentar

Im Berichtsjahr hat sich die veränderte Wirtschaftslage beim Arbeitsamt bemerkbar gemacht. Im Jahresverlauf waren gegenüber dem Vorjahr etwas weniger Abmeldungen zu verzeichnen, die Anzahl der Neuanmeldungen hat dagegen um 15 % zugenommen. Die ganz düsteren Prognosen sind in der Stadt Luzern jedoch nicht eingetroffen.

Bei der AHV-Zweigstelle hat sich gezeigt, dass die Arbeitsintensität im Bereich AHIZ für Heimbewohnende auch nach der Einarbeitungsphase unverändert bleibt. In vielen Fällen sind monatliche Neuberechnungen notwendig.

Über die Weiterführung der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) bis zum Inkrafttreten einer kantonalen oder eidgenössischen Lösung ist im September 2009 entschieden worden. Die Leistungen für das Jahr 2009 können rückwirkend im Jahr 2010 ausbezahlt werden. Der Aufwand für alle anderen Aufgabengebiete der AHV-Zweigstelle hat aufgrund der veränderten Wirtschaftslage allgemein, vor allem aber im Bereich der Beitragsunterstellung von Nichterwerbstätigen, zugenommen.

4.1.4.4 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

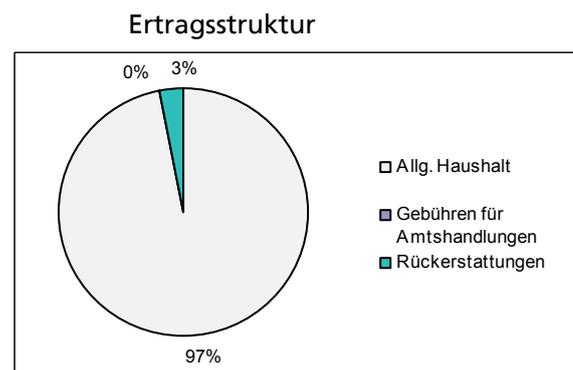
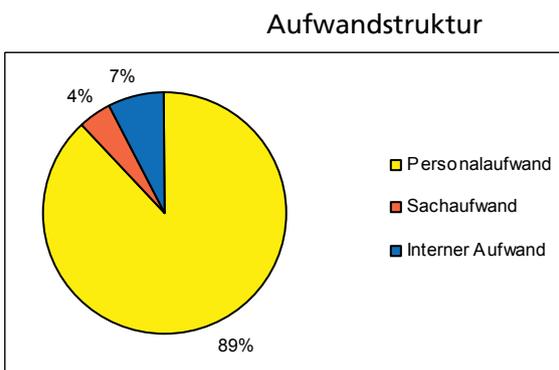
- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration (Beratung und Dienstleistungen, soziale Sachhilfen)
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe (z. B. Leistungsverträge)

Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der anderen Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Es unterhält auch regionale und nationale Fachkontakte. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben insgesamt 39,7 Stellen für Festangestellte, befristete Anstellungen und Praktikanten bewilligt.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	4'711'587	5'081'497	4'867'200	214'297	4%	369'910	8%
Ertrag	127'558	158'464	129'000	29'464	23%	30'906	24%
Ergebnis	-4'584'029	-4'923'033	-4'738'200	-184'833	-4%	-339'005	-7%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH und Mutterschaftsbeihilfe)	1'613'693	1'654'944	1'351'739	1'351'248	726'731	719'807	-1%
Nettokosten pro Personaleinheit	448'241	461'828	374'377	339'540	361'473	363'139	0%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Franken Bruttoaufwand	0,62	0,60	0,74	0,74	1,40	1,38	-1%
Anzahl offene Dossiers per 31.12.	1'296	1'407	1'454	1'358	989	998	1%

e) Kommentar

Der Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 2009 ist zur Hauptsache mit höheren Personalaufwendungen im Zusammenhang mit der Betreuung der Nichteintretensentscheide und der abgewiesenen Asylbewerber sowie mit Aushilfen wegen Mutterschaftsurlaub und Krankheiten zu begründen. Diese Mehraufwendungen konnten nur teilweise durch Rückerstattungen abgedeckt werden.

4.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)

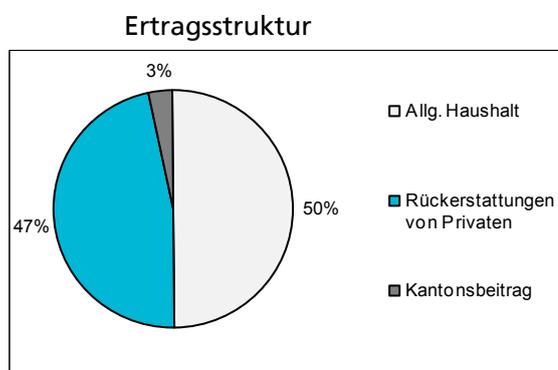
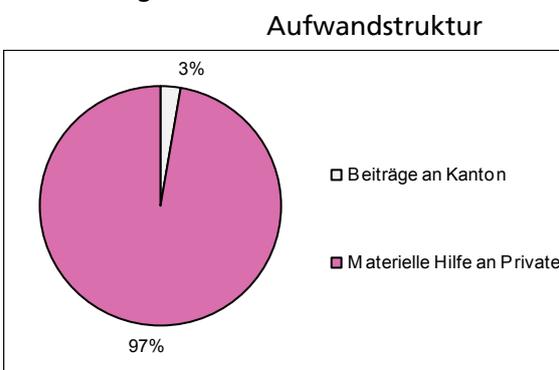
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	28'851'259	27'451'182	30'860'000	-3'408'818	-11%	-1'400'076	-5%
Ertrag	14'500'746	13'771'459	16'145'000	-2'373'541	-15%	-729'287	-5%
Ergebnis	-14'350'512	-13'679'723	-14'715'000	1'035'277	7%	670'789	5%

c) Allgemeine Kennzahlen



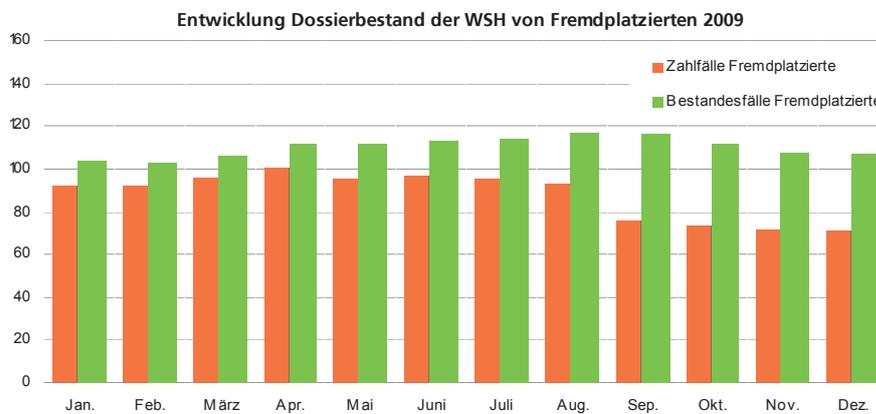
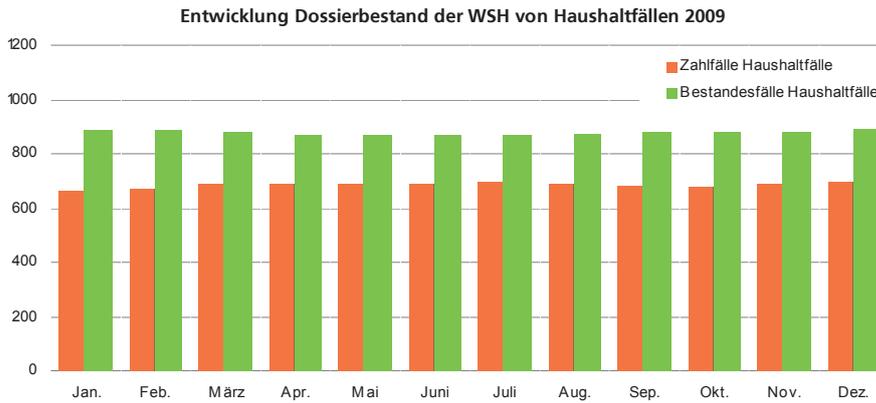
d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kum.)	1'719	1'938	1'995	1'954	1'773	1412	-20%
Stadtbürger/innen	328	478	488	480	408	265	-35%
Kantonsbürger/innen	308	314	320	303	277	225	-19%
Ausserkantonale	670	693	712	693	576	425	-26%
Ausländer/innen	413	453	475	478	512	497	-3%
Nettoaufwand pro Dossier in Fr.	7'033	7'219	7'450	7'099	8'094	9'695	20%

e) Kommentar

Der Rückgang der Anzahl Dossiers seit 2008 ist vor allem auf die Einführung der AHIZ für Heimbewohner/innen zurückzuführen. In der zweiten Jahreshälfte ist eine moderate Zunahme der Dossierzahlen festzustellen, welche mit der veränderten wirtschaftlichen Situation zu erklären ist. Der markante Anstieg des Nettoaufwandes ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Teilunterstützungen rückläufig ist.

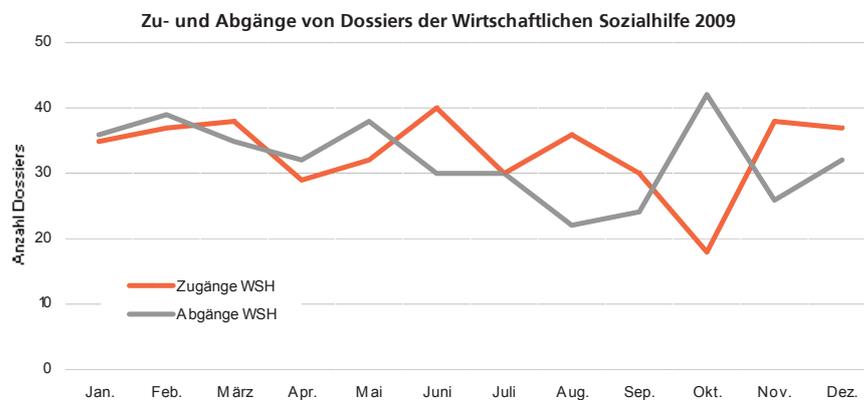
Grafische Darstellung der Entwicklung der Fallzahlen



Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (pendente Abschlüsse wegen hoher "Rückfallgefährdung"). Nach sechs Monaten werden die zweitgenannten Fälle definitiv abgeschlossen.

Grafische Darstellung der Entwicklung der Dossiers



Die Zahl der Abgänge hat sich verringert, Sozialhilfebeziehende finden kaum Stellen im 1. Arbeitsmarkt.

4.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während zwölf Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen (Lohn, Lohnfortzahlung, Versicherungen) oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG).

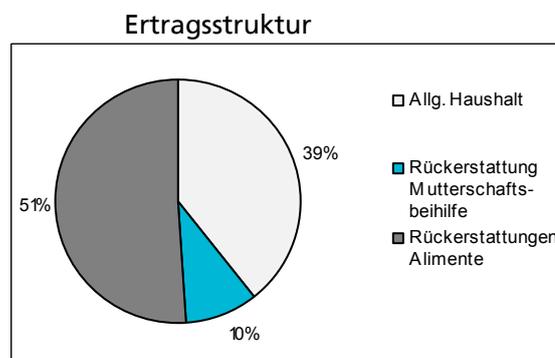
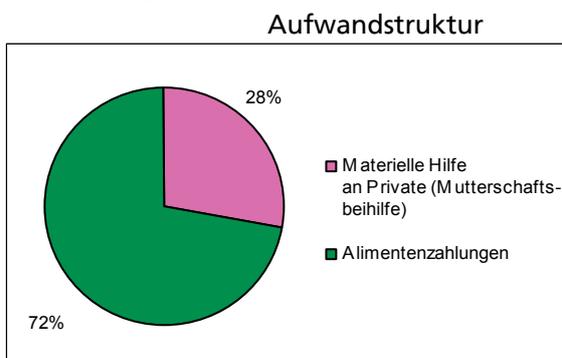
Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente (bevorschusste und nicht bevorschusste) zu leisten (§ 44 SHG).

Die im Jahre 2006 in Kraft getretene Mutterschaftsversicherung führte zu einer Reduktion der Anzahl der Mutterschaftsbeihilfen.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	3'961'371	4'013'150	3'950'000	63'150	2%	51'779	1%
Ertrag	2'428'108	2'434'378	2'300'000	134'378	6%	6'270	0%
Ergebnis	-1'533'263	-1'578'772	-1'650'000	71'228	4%	-45'509	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

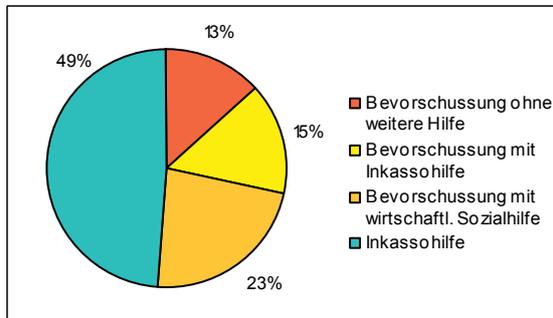
	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Mutterschaftsbeihilfe					
Anzahl MBH (kumuliert)	82	60	51	54	6%
Bruttoauszahlungen	1'284'553	990'384	986'254	1'125'189	14%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	623'600	366'842	291'367	388'258	33%
Nettoauszahlungen	660'953	623'542	694'887	736'931	6%
Alimentenhilfe					
Anzahl Inkassodossiers (kumuliert)	821	826	825	809	-2%
Anzahl Bevorschussungsdossiers (kum.)	245	240	222	220	-1%
Bevorschusste Alimente	1'747'174	1'812'445	1'711'653	1'520'611	-11%
Rückerstattung / bez. Alimente	791'637	874'890	880'042	684'375	-22%
Rückerstattungsquote	45%	48%	51%	45%	-12%
Anzahl Inkassohilfemandate (kumuliert)	148	185	191	211	10%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'175'333	1'282'883	1'256'697	1'361'743	8%

e) Kommentar

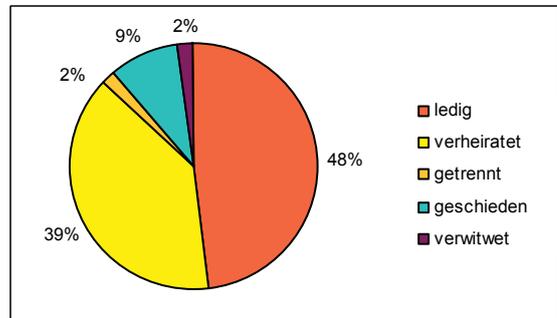
Die Rückerstattungen haben sich gegenüber dem Vorjahr etwas vermindert. Die veränderte Wirtschaftslage hat sich teilweise bereits spürbar auf die Zahlungsfähigkeit von Unterhaltspflichtigen ausgewirkt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich auch die Ausgaben für die Bevorschussung vermindert. Dies ist auf eine Zunahme von Ablehnungen bzw. von zwischenzeitlichen Sistierungen von Bevorschussung zurückzuführen. Gründe dafür sind u. a. Wegzug von Anspruchsberechtigten,

Überschreitung der Einkommens- oder Vermögensgrenze, Lehrabbruch, mündige Jugendliche in Ausbildung ohne Rechtstitel für Unterhaltsbeiträge.

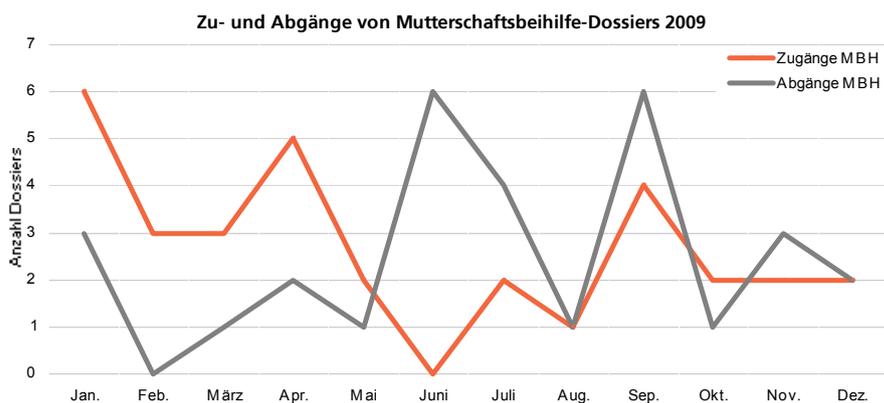
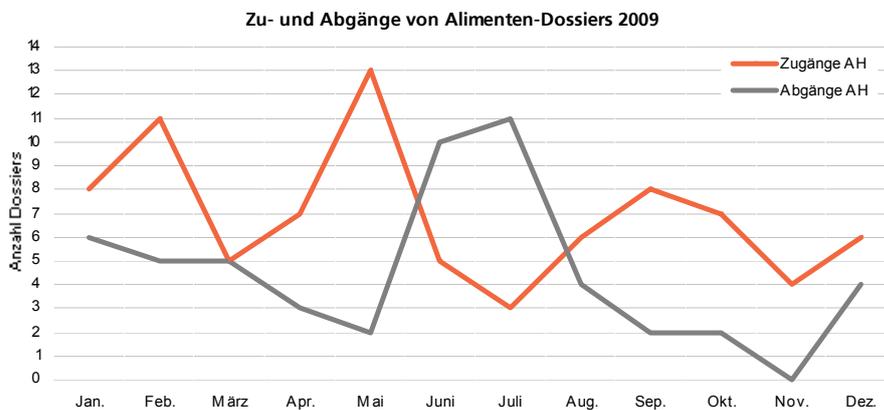
Aufteilung der Bevorschussung



Zivilstand der Bezügerinnen MBH



Entwicklung der Dossiers im Monatsvergleich



4.1.4.7 Kinder Jugend Familie

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung Kinder Jugend Familie KJF ist das Kompetenzzentrum für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Luzern. Die folgenden Unterabteilungen setzen den Leitsatz "Die Stadt Luzern will eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt sein" in ihrer täglichen Arbeit um:

- *Animation/Partizipation* (Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche, Ferienpass, Freizeitangebote, Kinderparlament, Jugendparlament, Jugendhaus Treibhaus).
- *Familienergänzende Kinderbetreuung* (Unterstützung privater Kindertagesstätten für das Vorschulalter, eigene Betreuungsangebote für Kinder im Schulalter).
- *Kinder- und Jugendschutz* (Kinder- und Jugendschutzmassnahmen, psychosoziale Beratung).
- *Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg* (vgl. nachfolgendes Kapitel).

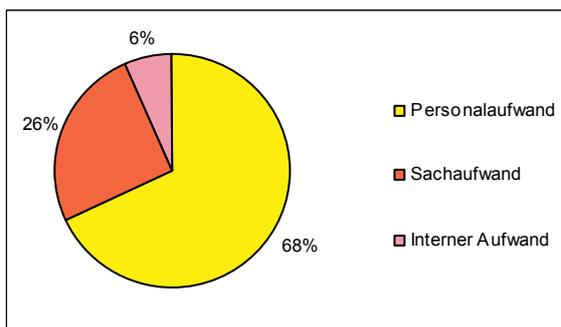
Insgesamt waren 2009 im Stellenplan 97,15 Stellen für Festangestellte bewilligt. Davon entfielen 40,30 Stellen auf die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg.

b) Ergebnis (Institutionen: 215, 221, 222, 223)

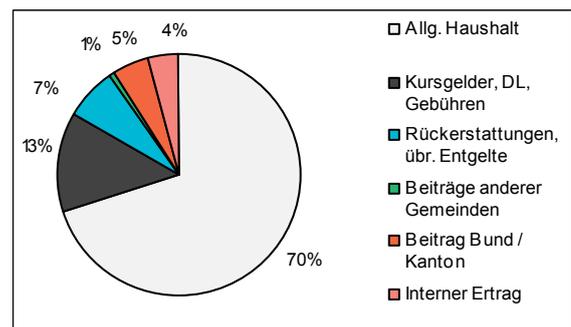
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	8'062'553	9'425'239	9'204'400	220'839	-2%	1'362'686	-14%
Ertrag	1'991'644	2'892'080	2'584'800	307'280	11%	900'436	31%
Ergebnis	-6'070'910	-6'533'160	-6'619'600	86'440	1%	-462'250	-7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Kinder- und Jugendschutz	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl geführte Dossiers (Mandate)	295	321	346	358	352	-2%

Kommentar

In den letzten Jahren nahmen beim Kinder- und Jugendschutz die Fälle konstant zu. Dies hat ein ständiges Wachstum des KJS-Teams zur Folge. Zurzeit umfasst das Team insgesamt 14 Personen. Viele Personalwechsel erschwerten im vergangenen Jahr die Arbeit im Kinder- und Jugendschutz. Eine Interimsleitung wurde für ein Jahr eingesetzt.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich	2006	2007	2008	2009
Anzahl Institutionen (Kitas/TEV) ² Stadt Luzern	6	8	15	27
Anzahl Plätze in (subventionierten) Kinderkrippen	121	148	254	514
Davon subventionierte Plätze in Kindertagesstätten	85	113	147	BG ³
Anzahl Betreuungsstunden bei Tageseltern	50'237	49'000	62'435	63'700
Total Ausgaben Kinderbetreuung Vorschulbereich	1'445'110	1'690'896	2'411'452	2'567'284

² Kindertagesstätten, Tageselternvermittlung.

³ Betreuungsgutscheine.

Kommentar

Am 1. April 2009 wurde mit der Einführung der Betreuungsgutscheine bei den Kindertagesstätten und den Tageseltern ein Systemwechsel in der Finanzierung der Kinderbetreuung vollzogen. Waren es vor dem 1. April 2009 total 15 Kindertagesstätten und die Tageselternvermittlung (TEV), welche durch die Stadt Luzern subventioniert wurden, sind es Ende 2009 27 Kindertagesstätten inklusive der Tageselternvermittlung (TEV), bei denen Betreuungsgutscheine eingelöst werden können.

	2006	2007	2008	2009
Familienergänzende Kinderbetreuung Schulalter				
Horte/Betreuungseinrichtungen	8	10	11	11
Plätze	190	235	255	285
Mittagstische	7	8	8	10
Plätze	130	145	105	115
Total betreute Kinder	420	432	454	621
Projekte Schule+Betreuung (aufgelöst Ende Schuljahr 2006/2007)				
Plätze	30	30	-	-
Betreute Kinder	48	48	-	-
Ferienhorte: Anzahl Kinder	304	329	288	275
11 Wochen Ferienhort				

Kommentar

Im Schuljahr 2009/2010 stehen 3'025 Kindergarten- und Primarschulkindern in Luzern 400 Betreuungsplätze zur Verfügung. Die Zahl hat in den letzten zwei Jahren um 5 % zugenommen. Das Angebot wird von insgesamt 621 Kindern genutzt. Somit werden 21 % aller Kindergarten- und Schulkinder familienergänzend betreut (2007: 14 %; 2008: 19 %).

	2006	2007	2008	2009
Animation/Partizipation				
Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche				
Basel-/Bernstrasse				
Treffangebot: Anzahl Kinder, Jugendliche	690	620	772	1'390
Spielanlässe im Quartier: Anzahl Kinder ¹	1'100	970	2'030	2'980
Quartieranlässe (z. B. BaBeL-Cup): Anzahl Teilnehmende	250	220	340	450
Projekte mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	480	403	311	1'013
Hubelmatt/Moosmatt/Säli				
Regelmässige Angebote:			294	365
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende			260	230
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen:		536	2'049	1'114
Anzahl Kinder, Jugendliche				
Würzenbach/Büttenen/Utenberg				242
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende			320	985
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche			376	1'294
21 Spielnachmittage im Vögeligärtli: Anzahl Erwachsene und Kinder ²	1'045	1'928	1'505	1'481
Midnight Sports & Music (Säli), und seit Oktober 2008 Midnight Sports & More (Würzenbach) ³		522	2'635	2'949

¹ Verein Sentitreff (Dammgärtli und Sentitreff) und Verein BaBeL (Sagenmattrain, Grenzhof und Quartierwerkraum); Koordination und Mitarbeit Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche (QAKJ).

² Verein Spielraum, 2009 wurde die Verantwortung für die Durchführung dem Verein Spielraum übertragen.

³ Verein Midnight Projekte Schweiz, seit 2009 insgesamt drei Standorte.

Kommentar

Ein grosser Teil der Anlässe und Projekte werden gemeinsam mit Partnerinstitutionen organisiert und durchgeführt (Jugendarbeit kath. Kirche, Schulen, Vereine).

	2006	2007	2008	2009
Kinder- und Jugendparlament				
Kinderparlament				
Mitglieder	75	86	84	92
Kinder in Kommissionen (Teams)	45	43	40	46
Jugendparlament				
Mitglieder	12	12	12	12

Kommentar

Das Kinderparlament lancierte 2009 mit grossem Erfolg seine eigene Zeitung "Kiz-Blitz". Die Jugendparlamentskommission gab Stellungnahmen zu verschiedenen Vorlagen aus Sicht der Jugendlichen ab.

	2006	2007	2008	2009
Ferienpass				
Anzahl verkaufter Ferienpässe	6'248	5'967	7'250	7'572
Davon Ferienpässe	1'556	1'647	1'813	1'513
Davon Ferienpässe light	4'692	4'320	5'437	6'059
Davon Kinder/Jugendliche aus der Stadt Luzern	1'841	2'013	2'282	2'445

Kommentar

Der Ferienpass ist ein regionales Angebot für Kinder, das die Stadt Luzern für insgesamt 17 Gemeinden organisiert und durchführt.

	2006	2007	2008	2009
Freizeitangebote				
Osterkreativwoche				
Anzahl Teilnehmende	328	279	359	310
Freizeitkurse				
Anzahl Teilnehmende	422	385	356	366
Meitli-/Buebepowerwoche				
Anzahl Mädchen	133	109	126	
Anzahl Knaben	74	69	87	
Herbstkreativwoche				
Anzahl teilnehmende				277
Tag des Kindes				
Kinder	100	180	520	40
Erwachsene	50	80	50	10

Kommentar

Die Meitli-/Buebepowerwoche wurde durch die Herbstkreativwoche ersetzt. Der Anlass zum Tag des Kindes wurde bewusst klein gehalten. Zur selben Zeit fand der Kampagnenstart zum Projekt "Respekt ist Pflicht" in Luzern statt, den man nicht konkurrenzieren wollte.

	2006	2007	2008	2009
Jugendhaus Treibhaus				
Mittagessen im Durchschnitt	57	58	53	55
Besucherinnen und Besucher pro Abend bei Veranstaltungen	140	175	180	223
Anzahl durchgeführte Veranstaltungen	84	47	62	99
Durchschnittliche Besucher/innen pro Veranstaltung	135	120	111	99
Fremdveranstaltungen	43	37	39	38
Vermietungen Bandräume (Doppelbelegungen)	6	6	6	6

Kommentar

Das Jugendhaus Treibhaus versteht sich als Treffpunkt und Drehscheibe für junge Kultur und richtet sich in erster Linie an 16- bis 25-jährige Jugendliche und junge Erwachsene. Rund 80 Jugendliche engagieren sich freiwillig und organisieren das Programm.

4.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Auf den sechs Wohngruppen der **Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg** wohnen 45 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Aufgrund ihrer persönlichen und sozialen Situation bedürfen sie einer gezielten und individuellen stationären Förderung.

Auf der **Notaufnahme Utenberg (NAU)** werden bis zu sieben Kinder und Jugendliche in einer akuten Gefährdungssituation rund um die Uhr aufgenommen. Zusätzlich stehen zwei Notfallbetten zur Verfügung. Zusammen mit den Kindern und Jugendlichen und unter Einbezug der Behörde und der bisherigen Bezugspersonen werden Lösungen erarbeitet und Entscheidungen getroffen. Die interne NAU-Schule ist seit 2009 dem Rektorat der Volksschule unterstellt.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden sechs junge Erwachsene der KJU Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit den 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

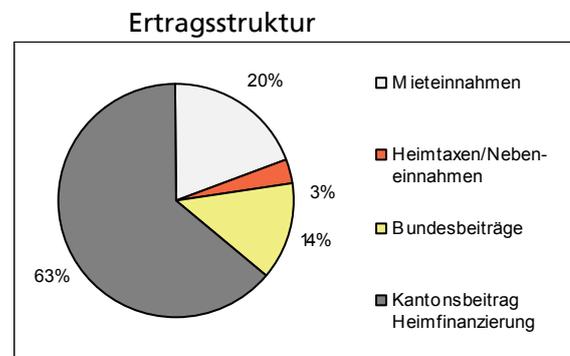
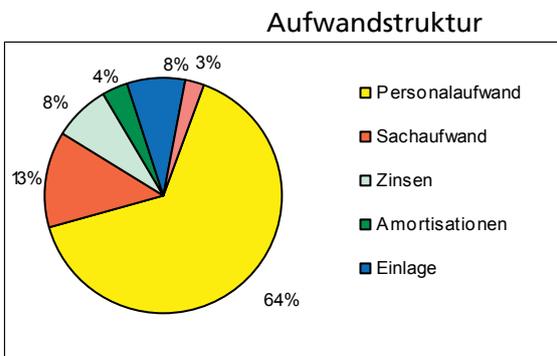
Der interne **Sozialdienst** der Siedlung bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

Die Siedlung gilt als anerkannte, subventionsberechtigte Einrichtung über Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug. Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg hat mit der kantonalen Dienststelle für Soziales und Gesellschaft für alle Angebote Leistungsverträge abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt über das kantonale Gesetz über die sozialen Einrichtungen. Für die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg waren im 2009 insgesamt 40,30 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	7'083'904	7'564'670	7'293'500	271'170	4%	480'766	7%
Ertrag	7'083'904	7'564'670	7'293'500	271'170	4%	480'766	7%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Eintritte 6 Wohngruppen + Rank	10	21	12	15	18	13
Austritte 6 Wohngruppen + Rank	11	29	8	15	13	11
Durchschnittliche Belegung	91%	84%	89%	90%	92%	96%
Eintritte NAU					29	75
Austritte NAU					24	70
Durchschnittliche Belegung NAU					87%	91%
Platzangebot insgesamt (31. Dez.)	51	51	51	51	58	58

e) Kommentar

Im Jahr 2009 war die Belegung in der Notaufnahme und in den internen Wohngruppen ausserordentlich hoch. Dies hat dazu geführt, dass die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg auch einen Ertragsüberschuss realisieren konnte.

4.2 Bildungsdirektion und Präsidiales

Vorwort von Urs W. Studer, Stadtpräsident und Bildungsdirektor

Die Bildungsdirektion hat sich im Jahr 2009 häufig, intensiv und auf vielfältige Weise mit Räumen beschäftigt:

- Akustikprobleme in den (neuen) Probe-räumen der Musikschule im "Südpol"
- Neue und sanierte Schulhäuser
- Zwei Bibliotheksstandorte: Ruopigen und Bourbaki
- Salle Modulable
- Fussballstadion Allmend
- Zuteilung Büroräumlichkeiten für die fusionierte Verwaltung
- Funktionaler Raum Starke Stadtregion
- Funktionaler Raum Metropolitanraum Zürich

Metropolitanraum Zürich

Der Verein Metropolitanraum Zürich wurde im Juli 2009 durch acht Kantone sowie 65 Städte und Gemeinden gegründet. Ziel des Vereins ist es, den gemeinsamen Raum von Schaffhausen bis Luzern zu stärken und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu erhalten. Die Stadt Luzern als drittgrösste Stadt ist im Verein sowohl im Metropolitanrat (ähnlich Exekutive) als auch im operativen Ausschuss (ähnlich Verwaltung) vertreten. Damit kann sichergestellt werden, dass die Anliegen der Stadtregion optimal einfließen.

Im Dezember wurde ein erstes Aktionsprogramm mit Projekten aus den Bereichen Verkehr, Lebensraum, Wirtschaft und Gesellschaft verabschiedet.

Starke Stadtregion Luzern

In Volksabstimmungen im Mai haben die Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens ihre Mitwirkung im Projekt beschlossen. Einzig Horw wollte sich nicht auf den gemeinsamen Klärungsprozess einlassen. Die Mitwirkung Luzerns stand von Beginn an fest. Gemeinsam haben die Gemeindeexekutiven die Organisation beschlossen und mit Christian Sauter von Ernst & Young den externen Projektleiter bestimmt. Mit dessen Unterstützung werden die Szenarien für eine Kooperation und für eine Fusion entwickelt. Die Arbeiten sollen binnen eines Jahres abgeschlossen sein, danach wird jede Gemeinde ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen können.

Räume für Schulen und Öffentlichkeit

Bedauerlicherweise bestehen in einzelnen Proberäumen der Musikschule im "Südpol" die

Trittschallprobleme noch immer. Die Fehlerquelle der ungenügenden Schalldämmung konnte mutmasslich eruiert werden, die dadurch notwendigen Sanierungsarbeiten werden im Verlaufe des Kalenderjahrs 2010 erfolgen müssen.

Ungetrübten Grund zur Freude boten die Einweihung des neuen Büttenen-Schulhauses auf Schulbeginn im August und die abgeschlossene Sanierung der Schulanlage Wartegg/Tribtschen. Die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Volksschule in diesen Gebäuden sind optimiert. Sowohl die Bildung und Betreuung in der Schule als auch das Zusammenleben im Quartier werden von den Räumen profitieren.

Die Möglichkeit, mit der Salle Modulable ein multifunktionales Theaterhaus zu realisieren, bietet für die gesamte Region Luzern eine riesige Chance. Um die Rolle und den Handlungsspielraum der Stadt auszuloten, hat der Stadtrat im Herbst einen Planungsbericht vorgelegt, der eine wertvolle öffentliche Diskussion auslöst.

Der FCL trägt seine Heimspiele der Super League im Stadion Gersag in Emmen aus, während die Bauarbeiten am neuen Stadion auf der Allmend in Gange sind. Der Spatenstich dazu war ein emotionaler Moment für alle Beteiligten.

Verabschiedung von Finanzdirektor

Franz Müller

Ende 2009 trat Dr. Franz Müller nach 18-jähriger Tätigkeit als Stadtrat und Finanzdirektor zurück. Er leitete die Finanzdirektion in all diesen Jahren umsichtig, und es gelang ihm immer wieder, die Finanzen der Stadt Luzern ins Gleichgewicht zu bringen. Franz Müller war ein gradliniger, urteilssicherer und argumentationsstarker Politiker, der mit allen wichtigen Dossiers der Stadt sehr vertraut war. Er unterstützte stets Strategien und Ziele, die eine dynamische Entwicklung der Stadt Luzern ermöglichten. So war er massgeblich an der Realisierung des KKL beteiligt, unterstützte aber auch die Entwicklung eines gut funktionierenden sozialen Netzes in der Stadt Luzern und eine arbeitnehmerfreundliche Personalpolitik. Ein grosses Gewicht legte er auf den guten Kontakt der Stadt Luzern mit Wirtschaft, Tourismus und Gewerbe. Die Stadt Luzern hat ihm viel zu verdanken.

4.2.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Projekt Partielle Reorganisation Stadtverwaltung
(Projektplan Nr. L02014)

Fünfjahresziel
A1.4, C4.1

Die Organisation der Stadtverwaltung per 1. Januar 2010 ist definiert und bereit für die Umsetzung.

Das Projekt ist abgeschlossen. Am 1. Januar 2010 startete die neue Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit (UVS) mit den Dienstabteilungen Bevölkerungsdienste, Feuerwehr, Stadtraum und Veranstaltungen, Tiefbauamt sowie Umweltschutz.

Die Stadtentwicklung wechselte auf diesen Zeitpunkt von der Stadtkanzlei zur Baudirektion. Hier bildet sie mit dem Ressort Planung der ehemaligen Stadtplanung die neue Dienstabteilung Stadtentwicklung. Die verbleibenden Bereiche der Stadtplanung (Baugesuche, Zentrale Dienste und Planaufgabe, Denkmalpflege und Kulturgüterschutz) bilden die Dienstabteilung Städtebau.

Personalentwicklung
(Projektplan Nr. L02011)

Fünfjahresziel
A1.4

Das Konzept für eine systematische Personalentwicklung ist definiert, und ein umfassendes und koordiniertes Weiterbildungsangebot liegt vor.

Bereits im zweiten Jahr konnte ein attraktives Weiterbildungsprogramm angeboten werden. Einen Teil der Weiterbildungskurse bietet die Stadt selber an. Andere Kurse werden bei der Fachstelle Weiterbildung der sechs Zentralschweizer Kantone eingekauft. Dadurch werden Synergien geschaffen.

Umsetzung Fusion Littau-Luzern
(Projektplan Nr. I01109)

Fünfjahresziel
A0.1, A3.1, A4.1

Die Umsetzung der Fusion Littau-Luzern wird so vorangetrieben, dass sie plangemäss am 1. Januar 2010 stattfinden kann.

Die Fusion fand planmässig am 1. Januar 2010 statt. Höhepunkt war ein Fusionsfest am Neujahrstag in Form eines Spaziergangs vom Gemeindehaus Littau zum Rathaus Luzern. Mit rund 1'200 Teilnehmenden wurden die Erwartungen übertroffen. Bis im Frühling 2010 laufen die Projektabschlussarbeiten. Mitte Januar 2010 tagte die Projektsteuerung zum letzten Mal. Der Schlussbericht wird Ende April dem Grossen Stadtrat zugeleitet. Er wird auch eine Evaluation des Projekts enthalten.

Neue Stadtgemeinde / Starke Stadtregion Luzern
(Projektplan Nr. L02001)

Fünfjahresziel
A3.2, A4.1

Die Stadt Luzern arbeitet im Projekt "Starke Stadtregion Luzern" intensiv mit.

Am 17. bzw. 26. Mai 2009 hat der Souverän der Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens der "Grundsatzvereinbarung über die Abklärungsphase Starke Stadtregion Luzern" zugestimmt. In Horw wurde die Vereinbarung abgelehnt. Ziel der Abklärungsphase ist es, bis Ende 2010 zwei Zukunftsszenarien (Fusion und Kooperation) zur nachhaltigen Stärkung der Stadtregion zu entwickeln. Die Analyseergebnisse sollen den politischen Behörden sowie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ermöglichen, auf objektiven und möglichst konkreten Grundlagen einen Grundsatzentscheid über die zukünftige Organisationsstruktur der Stadtregion zu fällen. Im Projekt werden die beiden Szenarien konsequent gleich behandelt, und die Stadt gibt sich entsprechend in die Arbeiten ein. Dennoch sind die städtischen Behörden überzeugt, dass eine Fusion für die Region Luzern grössere Entwicklungschancen beinhaltet als jede Form von Kooperation.

Planungsbericht Quartierpolitik
(Projektplan Nr. L79004)

Fünffjahresziel
A5.1

Die wesentlichen Grundlagen zur Erarbeitung des Planungsberichtes sind erstellt.

Die Grundlagen wurden von zwei Seiten erarbeitet: Ein verwaltungsinternes Projektteam ortete vier Optimierungsbereiche in der Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft: a) strukturelle Verbesserung der Kommunikation; b) subsidiäre Förderung des Zusammenlebens; c) transparente Planung der Ausstattung; d) Steuerung der quartiergerechten Entwicklung. Parallel dazu verfassten zwei Mitarbeitende im Rahmen einer Masterarbeit an der Hochschule Luzern einen Grundlagenbericht zur Lebensqualität in den Quartieren. Er enthält Massnahmenvorschläge, die im Hinblick auf den geforderten Planungsbericht geprüft werden.

BaBeL-Quartierentwicklung, Projektierung 2007–2009
(Projektplan Nr. L79001.01)

Fünffjahresziel
C2.1

Einige baulich-räumliche Aufwertungen im Gebiet Basel-/Bernstrasse sind realisiert. Die Stadt prüft gemeinsam mit der Gemeinde Littau den entsprechenden Entwicklungsbedarf im zukünftigen Stadtteil Littau.

Der interdisziplinäre Quartierentwicklungsprozess wird gemäss B+A 27/2008 vom 13. August 2008: "BaBeL – nachhaltige Quartierentwicklung Basel-/Bernstrasse Luzern II" durch den Verein BaBeL weitergeführt. BaBeL erhielt den Schweizer Ethikpreis 2009 in Anerkennung des umfassenden Quartierentwicklungsprozesses, der sozialen Verantwortung und der nachhaltigen Entwicklung. Die Submission für den Bau des Dammdurchbruchs und die damit verbundene Umgestaltung des Lädéliplatzes erfolgte 2009. Diverse private Grundeigentümer sind hinsichtlich Sanierungs-, Bau- und Verkaufsabsichten unterstützt worden. Die Aktivitäten im soziokulturellen Bereich für Erwachsene und Kinder wurden erfolgreich verankert und ergänzt. Parallel zu BaBeL ist unter Federführung der Stadtentwicklung für das Gebiet Fluhmühle/Lindenstrasse ein Quartierentwicklungsprozess gestartet worden.

Integrationsförderung in der Stadt Luzern
(Projektplan Nr. L30903)

Fünffjahresziel
C1.4

Die Informationspolitik der Stadt Luzern und der (früheren) Gemeinde Littau in Bezug auf die Neuzuziehenden aus dem Ausland ist analysiert, und Optimierungen sind eingeleitet.

Alle Neuzuziehenden erhalten bei der Anmeldung bei den Einwohnerdiensten ein Faltblatt mit den wichtigsten Adressen. An die Begrüssungsveranstaltung für Neuzuziehende wurden bereits 2009 die Personen aus den Stadtteilen Littau und Reussbühl eingeladen. Seit Januar 2009 wird zusätzlich durch das Amt für Migration des Kantons mit sämtlichen Neuzuziehenden aus dem Ausland ein Begrüssungsgespräch durchgeführt und mit allen Personen, mit welchen dies rechtlich möglich ist, eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen. Im Jahr 2009 sind über eine solche Integrationsvereinbarung 65 Neuzuziehende in der Stadt Luzern zu einem Deutsch- und Integrationskurs innerhalb des ersten Aufenthaltsjahres verpflichtet worden. Optimierungen erfolgen laufend in Bezug auf die neuen Stadtteile und in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Zum Beispiel geht es darum, dass die Neuzuziehenden ein für sie möglichst geeignetes Deutschkursangebot finden und ein persönliches Netzwerk aufbauen können, durch welches sie sich möglichst rasch selbstständig orientieren können.

Familienergänzende Kinderbetreuung, Vorschul- und Schulbereich (Projektplan Nr. L58016) – Teilprojekt Schulbereich: Additive Tagesschule (L58016.02)	Fünffjahresziel C1.1, C3.1
---	-------------------------------

Die Einführung der additiven Tagesschule ist gestartet.

In der Stadt Luzern werden die Schulbetriebseinheiten neu als additive Tagesschulen geführt (B+A 1/2008 vom 9. Januar 2008). Dabei handelt es sich um ein freiwilliges Angebot. Die Umstellung in den Schulhäusern und die Einbindung der bisherigen Horte und Mittagstische in die additiven Tagesschulen erfolgt gestaffelt und vorerst auf der Primarschulstufe. Ab Schuljahr 2009/2010 wurden zur bereits bestehenden additiven Tagesschule Grenzhof die Schulbetriebseinheiten Maihof, St. Karli, Wartegg und Würzenbach zu additiven Tagesschulen; im Verlauf des Jahres 2010 werden die Schulbetriebseinheiten Felsberg/Unterlöchli, Hubelmatt, Littau Dorf, Moosmatt, Ruopigen/Pavillon 99, Säli/Pestalozzi dazukommen.

Integrative Schulung 2011 (Projektplan Nr. L21901)	Fünffjahresziel C3.1, C3.2
--	-------------------------------

Die Umsetzung des Konzepts zur integrativen Förderung von Kindern mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten in den Regelklassen wird in den Schulhäusern vorbereitet. Erste Erfahrungen in einem Pilotprojekt werden gesammelt.

Der Teamentwicklungsprozess ist in allen Schulhäusern erfolgreich gestartet. Durch die Teilnahme der meisten Schulhäuser am kantonalen Projekt "Lehren und Lernen" wird der Prozess gut begleitet und gefördert. Zur Verankerung der Schulhäuser und Lehrpersonen in die schulhausübergreifenden Entwicklungen und Zielsetzungen wurde das Forum "Denkwerk" gegründet. Darin sind alle Schulhäuser und Lehrpersonen aller Stufen vertreten.

Im Unterlöchli ist der Pilotversuch zur integrativen Förderung in der 3. Klasse gestartet worden. Ein weiteres Pilotprojekt konnte durch die Aufhebung der Kleinklasse A als Folge stark rückgängiger Anmeldezahlen im Schulhaus Wartegg gestartet werden.

Bei den sanierten/neuen Schulhäusern (Wartegg, Tribtschen, Pestalozzi, Utenberg, Büttlenen, Unterlöchli) ist das Raumprogramm gemäss Bericht "Volksschule: Entwicklungen und bauliche Konsequenzen" umgesetzt worden. Dieses beinhaltet bauliche und infrastrukturelle Minimalstandards für die integrative Förderung. Das aktuelle Raumprogramm der Littauer Schulhäuser wurde aufgenommen und hinsichtlich dieser Minimalstandards überprüft.

Informatik Volksschule (Projektplan Nr. I21990)	Fünffjahresziel C3.2
---	-------------------------

Die Ausrüstung und der Betrieb der Informatikinfrastruktur in den Schulen der Stadt Luzern ist evaluiert, und die Anforderungen an das Projekt Eugen II als Nachfolger sind definiert.

Alle Schulhäuser des Stadtteils Luzern, inkl. HPS, sind mit Informatikmitteln ausgerüstet. Für die neuen Schulhäuser im ehemaligen Gemeindegebiet Littau ist die Umsetzung geplant. Die Evaluation hat ergeben, dass die vorhandene Infrastruktur den Bedürfnissen entspricht und nur kleinere Änderungen vorgenommen werden müssen. Vor allem der Zugang zum Schul- und Internet mit privaten Geräten stellt einen Schwerpunkt dar. Die entsprechende Umsetzung kann grösstenteils mit der vorhandenen Infrastruktur bewältigt werden.

Sport- und Freizeitanlagen, Bewirtschaftung
(Projektplan Nr. L34002)

Fünffjahresziel
C3.4

Ein Gesamtkonzept für den Unterhalt und die Bewirtschaftung der Sport- und Freizeitanlagen (inkl. Schulräumen) ist erstellt.

Die Arbeiten sind aufgenommen. Im Berichtsjahr wurde ein umfassender Kataster sämtlicher Sportanlagen in der Stadt Luzern, inkl. Stadtteile Littau, erstellt, der eine detaillierte Beschreibung aller Anlagen enthält. Gleichzeitig wurden in Zusammenarbeit mit dem Kanton die Grundsätze für eine Koordination der Sportanlagenpolitik erarbeitet und erste gemeinsame Kriterien festgehalten. In einem nächsten Schritt geht es nun für die Stadt Luzern darum, eine übergeordnete Strategie, Kriterien und operationelle Grundsätze festzulegen bzw. bestehende Grundlagen zu überarbeiten und diese voraussichtlich in Reglementsform in einem Bericht und Antrag darzustellen. In diese Grundlagen werden auch die neuesten Erkenntnisse aus der Erneuerung bestehender Verträge und Vereinbarungen mit Nutzerinnen und Nutzern auf den Anlagen der Luzerner Allmend einfließen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die neuen Grundlagen auf den Schulbeginn im Sommer 2011 in Kraft treten können.

4.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick Präsidiastab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K100 Grosser Stadtrat	469	452	17	4%	3	0	3		(466)	14	
K101 Stadtrat	4'653	3'644	1'009	28%	17	129	-112	-87%	(4'635)	1'120	
K111 Stadtkanzlei	4'818	4'602	216	5%	1'702	1'463	239	16%	(3'116)		23
K112 Personalamt <i>Spezialaufgaben</i>	2'367	2'616	-249	-10%	2'118	2'121	-3	0%	(249)		246
K120 Leistungen Personal und Rentner	7'658	7'417	241	3%	1'833	1'971	-139	-7%	(5'825)	379	
Total	19'965	18'732	1'233	7%	5'673	5'685	-12	0%	(14'291)	1'513	269
Nettover- schlechterung											1'244

Gegenüber dem Budget schliesst die Rechnung 2009 der Bildungsdirektion+ (Stadtkanzlei und Personalamt) um Fr. 1,2 Mio. schlechter ab.

Im Grossen Stadtrat führten mehr Kommissionssitzungen zu leicht höheren Ausgaben als budgetiert.

Für den vom Amt zurückgetretenen Stadtrat Franz Müller wurde die reglementarische Deckung in die Pensionskasse einbezahlt. Die neuen Generalabonnemente für die Mitglieder des Stadtrates waren nicht budgetiert. Der Wirtschaftsempfang im KKL war 2009 besser besucht als angenommen. Die Entgelte für Mandate in Stiftungs- und Verwaltungsräten wurden 2009 erstmals auf die jeweiligen Direktionen verteilt.

In der Abteilung Kommunikation führt eine Pensenverschiebung zu Mehrkosten, was sich aber über die ganze Stadtverwaltung als kostenneutral erweist. Für die Statutenrevision der Pensionskasse sowie für die Beratung zum Projekt Starke Stadtregion wurden externe Experten beigezogen. Diese Mehrkosten werden allerdings durch Kreditabtretungen anderer Abteilungen sowie durch eine Entnahme aus der Reserve Starke Stadtregion neutralisiert.

Zwischen dem Personalamt und den Leistungen Personal und Rentner wurde eine Budgetverschiebung von Fr. 230'000.– vorgenommen. Dies erklärt die unterschiedlichen Ergebnisse dieser beiden Kostengruppen zum grössten Teil.

Im Personalamt wurden weniger Personalkosten benötigt als budgetiert.

Bei den Leistungen für das städtische Personal fielen auch dieses Jahr die Übergangsrenten höher aus, nämlich um rund Fr. 153'000.–. Es machten wiederum deutlich mehr Angestellte von der Möglichkeit einer frühzeitigen Pensionierung Gebrauch. Ausserdem wurde Material zur Eindämmung einer möglichen Pandemie eingekauft.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K310 Stab Bildungs- direktion	1'162	1'182	-21	-2%	241	231	11	5%	(920)		31
K3110 Volksschule	55'254	55'103	151	0%	12'675	11'938	737	6%	(42'579)		586
K3111 Heilpädagogische Sonderschule	5'716	5'857	-141	-2%	5'716	5'857	-141	-2%	0		
K3112 Sprachheil- kindergarten	298	279	19	7%	297	279	18	6%	(1)	1	
K3113 Schulgesundheits- dienst	103	124	-21	-17%	6	7	0	0%	(96)		21
K3115 Elternschule	61	73	-13	-18%	19	21	-2	-10%	(42)		11
K312 Musikschule	6'923	6'812	112	2%	2'699	2'412	287	12%	(4'224)		176
K315 Kultur und Sport	4'153	4'387	-234	-5%	889	1'044	-155	-15%	(3'264)		79
K317 Kinder- und Jugendzahnklinik <i>Spezialaufgaben</i>	1'090	1'326	-236	-18%	559	801	-242	-30%	(531)	6	
K320 Stadtbibliothek	2'079	2'021	58	3%	449	550	-101	-18%	(1'629)	158	
K321 Musik- und Atelier- zentrum Sedel	171	184	-14	-8%	64	56	8	14%	(107)		21
K322 Richard Wagner Museum	171	176	-5	-3%	45	57	-12	-21%	(126)	7	
Total	77'179	77'524	-345	0%	23'661	23'252	409	2%	(53'519)	172	925
Nettoverbesserung										753	

Die Rechnung 2009 der Bildungsdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 77,2 Mio und einem Ertrag von Fr. 23,7 Mio. ab. Die Nettobelastung liegt damit rund Fr. 753'000.– unter dem Budget. Der grösste Teil ist mit Einsparungen im Sachaufwand und tieferen Energiekosten zu begründen.

Beim Stab der Bildungsdirektion führten ein Abbau von 10 Stellenprozenten und tiefere Informatikkosten zu einem Minderaufwand. Die Volksschule sparte beim Sachaufwand und hatte tiefere Energiekosten als budgetiert. Im Schulgesundheitsdienst führten

tiefere Personalkosten und weniger Apothekenverbrauchsmaterial zu Minderaufwand. Die Musikschule erteilte mehr Unterrichtslektionen mit entsprechend höheren Erträgen. Tiefere Kosten für den Unterhalt der Aussen-sportanlagen führten bei Kultur und Sport zu Minderaufwand. Die Stadtbibliothek konnte die geschätzten Ausleihzahlen nicht erreichen. Der "Nonbook-Bereich" ist rückläufig. Tiefere Energiekosten führen beim Musik- und Atelierzentrum Sedel zu Minderaufwand.

4.2.3 Schulpflege

Die Schulpflege hat im Jahr 2009 an zehn halbtägigen Sitzungen sowie an einem Klausurtag die städtische Volksschule in ihrer operativen Tätigkeit beaufsichtigt und strategisch geführt. Sie unterstützte und begünstigte mit ihrer Arbeit und den Impulsen die Entwicklung der Volksschule. Bei Themen, die nach dem Fusionszeitpunkt aktuell sind, nahmen auch die Mitglieder der Schulpflege Littau an den Sitzungen teil.

Die Schulpflege begleitete die erste Etappe der Umsetzung der additiven Tagesschule per Schuljahr 2009/2010. Sie hat sich auch mit den weiteren Planungen des Rektorats zur Einführung der integrativen Förderung auseinandergesetzt, das Leitbild für die Integrative Volksschule Stadt Luzern verabschiedet und den jährlichen Leistungsauftrag/das jährliche Globalbudget für die Volksschule mitgestaltet und behandelt. Per Ende Schuljahr 2008/2009 wurde die von der Schulpflege beschlossene definitive Schliessung der Begabtenwerkstatt – in Kenntnis der umgesetzten Begabungsförderung in den Schulhäusern – vollzogen.

Im Weiteren wurden folgende grössere Themen in der Schulpflege behandelt: Diverse Stellungnahmen in den stadträtlichen Antworten auf parlamentarische Vorstösse mit Bezug zur Bildung, Reporting zu den musisch-sportlichen

Schwerpunkten in den Schulhäusern, Vernehmlassung zur Frage des Status der Schulpflege ab 2011 in der neuen Gemeindeordnung.

Auf Anregung des Vertreters der Fremdsprachigen, Rrustem Memeti, unternahm die Schulpflege Ende Mai 2009 eine ausschliesslich privat finanzierte Bildungsreise nach Albanien mit Besuchen in diversen Schulen und mit dem Ziel möglicher Unterstützungen der Schulen (z. B. mit EDV-Hardware, nicht mehr benötigtem Turnmaterial usw.). Ende November 2009 fand der Gegenbesuch aus Albanien statt.

Am 31. Dezember 2009 endete die fusionsbedingt verlängerte Amtsdauer 2004–2009 der Schulpflege. Auf Ende der Amtsdauer haben ihren Rücktritt bekannt gegeben: Donald Locher, CVP, nach 22 Jahren als Schulpflegethmitglied und Präsident (2001 bis 2004) sowie Rrustem Memeti, Vertreter der Fremdsprachigen, nach 8 Jahren als Schulpflegethmitglied. Beide Personen haben auf der strategischen Ebene mit viel Engagement und Einsatz die Entwicklung der städtischen Volksschule mitgetragen und unterstützt. Ihnen und allen anderen Mitgliedern, die sich für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung stellten, wird für ihre wertvolle Arbeit gedankt.

4.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Bildungsdirektion und Präsidiales

Neben den Kernaufgaben eines Direktionsstabes lag die Verantwortung für die folgenden Bereiche beim Stab BID+:

- Projektkoordination Stadt Luzern für die Starke Stadtregion
- Projektkoordination Stadt Luzern für den Metropolitanraum Zürich
- Teilprojektleitung Fusion Littau-Luzern für BID+
- Geschäftsleitung Schulpflege
- Geschäftsstelle Städteinitiative Volksschule Bildung

Sie sind zum Teil an anderer Stelle beschrieben.

Städtepartnerschaften

In der wie jedes Jahr breiten Fülle an Einzelprojekten sticht ein Auslandsauftritt Luzerns heraus: Die Blumen- und Gartenschau "Flora Olomouce" zog während vier Tagen insgesamt 60'000 Personen an. Der Luzerner Stand mitten im Besucherstrom erfreute sich bei

den Gästen wie bei den Medien grosser Aufmerksamkeit. Luzernerinnen tschechischer Muttersprache betreuten den Auftritt und machten kompetent Werbung für die Region Luzern. Weil der Auftritt von 2008 auf 2009 verschoben werden musste, der Kredit aber nicht übertragen werden konnte, musste die Jahrestanche des Rahmenkredites überzogen werden.

Stadtkanzlei

Im Berichtsjahr wurden 1'109 Stadtratsbeschlüsse, 1'356 Eingänge bei der Stadtratspost und 54 Berichte bzw. Berichte und Anträge verarbeitet, was dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Ferner wurden 723 amtliche Beglaubigungen vorgenommen. Besonders beansprucht war die Stadtkanzlei (Sekretariat Grosser Stadtrat) durch die Organisation des neugewählten Grossen Stadtrates in der zweiten Jahreshälfte. In diesem Zu-

sammenhang wirkte sich die Kündigung einer Sekretariatsmitarbeitenden im Frühling erschwerend aus. Die Stelle konnte im August wieder besetzt werden.

Im Herbst organisierte die bei der Stadtkanzlei angesiedelte Stadtentwicklung drei Workshops als Vorbereitung für die vollständige Überarbeitung der Gesamtplanung 2011–2015. Auf Ende Jahr wechselte die Stelle für Stadtentwicklung im Zusammenhang mit dem Projekt Reorganisation Stadtverwaltung in die Bau- und Direktion.

Anlässe

Die Stadtkanzlei organisiert im Jahresverlauf jeweils verschiedene kleinere und grössere Empfänge oder Anlässe. Daraus sind im Berichtsjahr folgende erwähnenswert:

- Feier zu Ehren des 100. Geburtstages von Hans Erni am 21. Februar im Verkehrshaus;
- Luzerner Empfang anlässlich LUCERNE FESTIVAL zu Ostern im Lichthof des Regierungsbauhauses am 3. April;
- "Konfliktfeld Energie: Entwicklungen und Horizonte" am 27./28. April
- "Wettbewerbsfaktor Steuern" am 2. November;
- Treffen kantonaler und städtischer Kadermitarbeitender im Rathaus am 6. Juli;
- Jahrestreffen der ehemaligen Präsiden des Kantonsrates im Rathaus am 3. Dezember.

Am 23. April besuchte die Stadtkanzlei die Parlamentsdienste der eidgenössischen Räte in Bern und die Stadtkanzlei Bern.

Kommunikation

Im strategischen Projekt Fusion Littau-Luzern nimmt die Kommunikation eine zentrale Rolle ein. Seit Beginn der Arbeiten im Jahr 2002 ist die Stelle für Kommunikation in die Organisation eingebunden. Nach dem ersten im Abstimmungsjahr 2007 stellte das Berichtsjahr einen zweiten Höhepunkt für die Stelle und deren Mitarbeitenden dar.

Neben Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung von Littau und Angeboten zu Littau für die Bewohnerschaft der Stadt vermittelte die Kommunikation die Veränderungen in der Verwaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner der beiden neuen Stadtteile Littau und Reussbühl. Neu entwickelt wurden zwei zentrale Kommunikationsmittel: die Zeitschrift für die Bevölkerung und der Internetauftritt.

"Luzern – Das Stadtmagazin" heisst das neue Printprodukt für die Bevölkerung. Das Informationsmagazin erschien Ende Juni 2009 das erste Mal und löste die drei Zeitschriften "Littau Kurier", "brennpunkt" und "Lozärner Schuelzytig" ab. Die Redaktion produziert jährlich sechs Ausgaben in einer Auflage von 50'000 Exemplaren. Anfang Dezember ging der neue Internetauftritt online. Er wurde vollständig neu gestaltet und inhaltlich ausgerichtet. Zusätzlich zur Internetseite www.stadtluzern.ch entwickelte die Kommunikation zusammen mit der Abteilung Prozesse und Informatik das regionale Internetportal www.luzern.ch. Es bildet einen regionalen Wegweiser zu Informationen und Angeboten in der vielfältigen Themen- und Markenlandschaft Luzern.

Neben dem Fusionsprojekt arbeitete die Stelle für Kommunikation auf vielen Themen- und Projektfeldern wie "Starke Stadtregion", Allmend, Schul- und Betagtenzentrenbauten, Strategie "Film und Fernsehen Luzern", Bau und Eröffnung Langensandbrücke, Lobbyarbeit Tiefbahnhof, Bau- und Zonenordnung.

Wie jedes Jahr führte die Stelle für Kommunikation zwei Medienkurse und einen Kommunikationskurs für Kaderleute durch.

Stadtarchiv

Gut drei Jahre nach dem Abschlussbericht über die organisatorische und konzeptionelle Neuausrichtung des Stadtarchivs und deren Auswirkungen zuhanden der Geschäftsprüfungskommission sowie am Beginn der neuen Zukunft mit Littau, die beim Stadtarchiv zum Betrieb einer Aussenstelle mit zwei Standorten führt, soll der Rückblick aufs 2009 einen grösseren Bogen spannen. Insbesondere gilt es zu vermerken, dass bis zum Ende des vergangenen Jahres ein Grossteil der für die Detailverzeichnung prioritär selektierten pendenten Bestände verarbeitet werden konnte, nämlich 567 von rund 630 lfm. Damit liegt das Stadtarchiv erheblich vor Plan. Ebenso ist der Sonderfonds Karten und Pläne erschliessungsmässig à jour und das Fotoarchiv auf der angestrebten Ordnungs- und Verzeichnungsstufe. Auch bei der Aufarbeitung der Privatarchive, der Plakatsammlung und der Dokumentation sind die Fortschritte erheblich, sodass dieser immer besser für die Bedürfnisse von Forschung und Kultur zugänglich werden. Seit der Reorganisation war es möglich, Detailerschliessungen (inkl. konservatorischer Grundmassnahmen) vorzunehmen für durchschnittlich:

- 107 lfm/Jahr amtliche Bestände
- 57 lfm /Jahr Privatarchive
- 730 VE (= Verz.-Einh.)/Jahr Karten+Pläne
- 1'290 VE/Jahr Fotoarchiv
- 450 VE/Jahr übrige Sammlungsbereiche

Trotz dieser Fortschritte in der Detailerschliessung muss festgestellt werden, dass das teils mangelhafte Schriftgutmanagement die Arbeit des Archivs – und wohl nicht nur diese – quantitativ und qualitativ behindert. Die Anstrengungen um eine Verbesserung in dieser Sache, die mit der Sistierung der flächen-deckenden Einführung eines elektronischen Recordsmanagementsystems zum Erliegen gekommen sind, sollen im Frühling 2010 wieder aufgenommen werden.

Neben den laufenden Kernaufgaben fiel im Stadtarchiv 2009 an:

- Erstellung eines Umsetzungskonzepts für die Integration des Gemeindearchivs Littau.
- Aufnahme des Stadtarchivs in die Trägerschaft der Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen.
- Erarbeitung des Luzerner Teils für die Ausstellung Littau-Luzern, die im Frühjahr im Littauer Gemeindehaus und im Herbst in der Kornschütte gezeigt wurde.
- Jubiläum 600 Jahre Luzerner Archive. Stadt- und Staatsarchiv erstellten zusammen mit dem Kulturmagazin eine Artikelserie und organisierten einen Auftritt an der Museumsnacht. Ziel war es, einer breiteren Öffentlichkeit die Archive und ihre Schätze zugänglich zu machen.
- Organisation von drei Kursen betr. "Lesen alter Handschriften" mit rund 30 Teilnehmenden.
- Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für den Rausersatz Stadtarchiv zusammen mit der Dienstabteilung Immobilien.
- Umfassende Neugestaltung und Erweiterung des Internet-Informationsangebots im Rahmen der Gesamterneuerung der städtischen Website.

Personalamt

Der Stadtrat setzte einen Schwerpunkt im Bereich des Umgangs mit Belastungen. Das Personalamt führte dafür das Projekt Sensohr durch. Sämtliche Führungskräfte wurden in obligatorisch zu besuchenden Weiterbildungskursen zum Thema Umgang mit Belastungen – Vermeiden von Burnout sensibilisiert. Für die Führungskräfte und die Mitarbeitenden fanden im Rahmen einer neuen Serie "Mittagsforen" vier Veranstaltungen statt. Dazu wur-

den Persönlichkeiten eingeladen, die über ihren persönlichen Umgang mit Belastungen referierten, z. B. der Trainer des FCL, Rolf Fringer.

Alle neu bei der Stadt Luzern eintretenden Führungskräfte wurden in einem viertägigen Weiterbildungskurs geschult. Dies ist eines der Elemente des Projektes Führungsentwicklung. Der Kurs wird vom Personalamt in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung und der Stadtentwicklung durchgeführt. In der Personalentwicklung konnte zum zweiten Mal ein attraktives Weiterbildungsprogramm angeboten werden. Dieses wird von Mitarbeitenden und Führungskräften rege genutzt. Gerade auch in Zeiten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es wichtig, dass auch die Mitarbeitenden des öffentlichen Bereichs sich aktiv weiterbilden und ihre Arbeitsmarktfähigkeit erhalten.

Die Stadt Luzern hat als Arbeitgeberin ein umfassendes Konzept entwickelt, um einer allfälligen auftretenden Pandemie z. B. der Schweinegrippe professionell entgegenzutreten zu können.

In der Berufsbildung setzt die Stadt weiterhin einen Schwerpunkt. Die Stadt bildet rund 110 Lernende in 20 Berufen aus und beschäftigt ebenfalls gut 100 Praktikantinnen und Praktikanten, z. B. im Sozialbereich, bei der Abteilung Kultur und Sport und auch im kaufmännischen Sektor. Im Bereich der Heime und Alterssiedlungen (HAS) sind neue Berufe entstanden, wie die Fachangestellten Gesundheit, die Fachangestellten Beratung oder der Fachmann Betriebsunterhalt sowie Hauswirtschaft. Die Anzahl der Ausbildungsplätze wird weiterhin ausgebaut; dies auch im Sinne einer fördernden Nachwuchspflege und eines Beitrages zur Berufsbildung Jugendlicher. Nicht zuletzt ist dies auch eine der Antworten auf die sich abzeichnenden demografischen Entwicklungen. Für den HAS-Bereich ist ein spezielles Ausbildungskonzept entwickelt worden.

Intensiv bearbeiteten die Mitarbeitenden des Personalamtes die Einführung des Personalinformationssystems xpert.hrm, eine Software der Firma Sorecco. Dieses neue IT-System konnte ohne nennenswerte Störungen die Lohnverwaltung von knapp 3'000 Löhnen pro Monat übernehmen. Weiter wurde die Verwaltung der Weiterbildungskurse übernommen, und der Bereich Personalgewinnung soll in Zukunft elektronisch abgewickelt werden.

Schulärzte

Im Schuljahr 2008/2009 wurden alle Luzerner Schulkinder wieder durch ortsansässige Kinderärzte untersucht. Basis dazu war ein befristeter einjähriger Vertrag. Ab Schuljahr 2009/2010 konnten mit den lokalen Kinderärzten wieder unbefristete Verträge abgeschlossen werden. Sie orientieren sich hinsichtlich der Vergütung gegenüber den Ärzten an den Vorgaben des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG).

Volksschule

Die Informationen über das Geschäftsjahr 2009 der Volksschule sind im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget für die Rechnung 2009 ausführlich dargestellt und diesem Bericht zu entnehmen. Nachfolgend wird nur über die Heilpädagogische Schule (HPS) berichtet, da diese nicht im Leistungsauftrag und Globalbudget enthalten ist.

Gemäss Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Luzern wurden durch die HPS 16 Lernende mit geistiger Behinderung in Regelklassen integriert gefördert.

Die kantonale Fachstelle spricht aufgrund einer schulpsychologischen und/oder medizinischen Abklärung ein bestimmtes Pensum an Förderlektionen. Die Förderlehrpersonen sind von der HPS angestellt und arbeiten in den Klassen mit den betroffenen Lernenden. Sie beraten die Lehrpersonen und Schulleitungen hinsichtlich einer erfolgreichen integrativen Sonderschulung.

Musikschule

Im Zusammenhang mit der Fusion der Musikschulen Littau und Luzern wurde eine neue Organisationsstruktur umgesetzt. Bernhard Mettler, bisheriger Leiter der Musikschule Littau, neu Prorektor der Musikschule Luzern, hat die Abteilung Klavier und Gesang übernommen. Barbara Betschart, seit August 2009 Prorektorin, ist Abteilungsleiterin der Fachschaften Streichinstrumente, Saiteninstrumente und Blockflöte. Thomas Limacher, bisheriger Prorektor, ist verantwortlich für die Fachschaften Musik und Bewegung, Blas- und Schlaginstrumente. Er ist zudem der Stellvertreter von Rektor Yves Illi. Die Fusion der beiden Schulen ist gelungen.

Im Teilzentrum der Musikschule im "Südpol" sind Trittschallprobleme entstanden. Die Schalldämmung zwischen den Zimmern und zwischen den Stockwerken ist ungenügend

und Thema einer Mängelrüge. Die Akustik in den Musikzimmern ist ausgezeichnet.

Für eine detailliertere Berichterstattung wird auf den separaten Jahresbericht der Musikschule verwiesen.

Kultur und Sport

Während im Vorjahr das Allmend-Projekt die Aktivitäten der Abteilung stark prägten, war es im Berichtsjahr im Kulturbereich das Projekt Salle Modulable. Der Planungsbericht, den der Stadtrat im Herbst 2009 auf Wunsch des Parlaments vorlegte, hatte ein grosses Echo ausgelöst – dies nicht zuletzt wegen der pointierten und teilweise vermutlich etwas weit gehenden Diskussionsanstösse zur Zukunft des Theaters in Luzern. Der Stadtrat ist klar der Auffassung, dass die Realisierung einer Salle Modulable für Luzern weitreichende kulturpolitische Auswirkungen haben wird. Diese sind offen anzugehen, soll die Idee einer Salle Modulable für Luzern auch eine wirkliche Entwicklungsperspektive werden. Der Planungsbericht liegt weiterhin beim Parlament, das diesen voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte behandeln wird.

Im Jahr 2009 wurde im Richard-Wagner-Museum der erste Stock mit den Musikinstrumenten geräumt. Die Sammlung wurde von der Albert-Koechlin-Stiftung übernommen, die diese in Willisau zugänglich machen will. Im Jahr 2010 soll der erste Stock nach einer kleinen Renovation für Ausstellungszwecke dem eigentlichen Museumsbetrieb zu Verfügung stehen.

Im Sportbereich ging es vor allem darum, auf der Allmend einen reibungslosen Betrieb trotz Grossbaustelle zu realisieren – eine nicht immer einfache Aufgabe, die alle Beteiligten und nicht zuletzt die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer bestens meisterten. Ferner wurden die Anlagen im künftigen Stadtteil Littau erfasst und in die Verwaltung der Stadt Luzern übernommen. Die Fusion mit Littau machte ferner eine Totalrevision des Jugendsportförder-Reglements notwendig: Die Verwesentlichung des Reglements auf die Vereinsförderung bringt einerseits mehr Klarheit, andererseits die Integration der Littauer Vereine ins Luzerner Fördersystem, ohne Abstriche am bisherigen Status für alle. Die Abteilung Kultur und Sport will allen Kultur- und Sportvereinen, den Kulturschaffenden und Veranstaltern, Sporttreibenden im professionellen und Laienbereich gleichermaßen sowie insbesondere auch Jugendlichen eine kompetente Ansprechstelle auf Verwaltungsebene sein, welche die jeweiligen

Interessen in die städtische Exekutivarbeit hinein trägt. Mit den grösseren Institutionen, die von der Stadt mit teilweise grossen Beiträgen mitfinanziert werden, bestehen enge personelle und institutionelle Verbindungen, die intensiv gepflegt werden und ein regelmässiges Begleiten und Steuern der Aktivitäten ermöglichen. Diese Zusammenarbeit mit den Anspruchsgruppen ist intensiv, befriedigend und darf als sehr gut bezeichnet werden.

Die Integrationsstelle hat in Zusammenarbeit mit dem Kanton die schrittweise Umsetzung des Informationsauftrages des neuen Ausländergesetzes des Bundes gestartet. Integrationsinstrumente wie die Begrüssungsveranstaltungen und die Begleitkurse im Einbürgerungsprozess für Einwohner/innen der Stadtteile Littau und Reussbühl wurden geöffnet. Das Pilotprojekt "Miges Balu", welches die bessere Erreichung von sozial benachteiligten Familien durch die Mütter- und Väterberatung ermöglicht, wurde gestartet. Die Integrationsstelle hat auch das Vorprojekt zur Entwicklung der Quartier- und Stadtteilpolitik geleitet.

Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek ist Mitglied im Bibliotheksverband Region Luzern. Im Frühling wurde der gemeinsame Benutzerausweis aller Verbandsbibliotheken lanciert: Kundinnen und Kunden können jetzt mit einem Ausweis zu identischen Konditionen alle Bibliotheken benutzen und den Rückgabeort der Medien frei wählen. Die Medienkataloge wurden zu einem Verbundkatalog zusammengeführt. Diese (kostenneutrale) Erweiterung der Dienstleistungen wird vom Publikum sehr geschätzt. Im Rahmen der Fusion wurde im Sommer der Umzug der Gemeindebibliothek Littau vom

Gemeindehaus zurück ins Ruopigen Zentrum begleitet und das Angebot noch klarer auf die Kundschaft ausgerichtet. Die Bevölkerung hat sehr positiv auf den neuen Standort reagiert, was sich auch an den steigenden Ausleihzahlen zeigt. Die neue Bezeichnung lautet "Bibliothek Ruopigen".

Für eine detailliertere Berichterstattung wird auf den separaten Jahresbericht des Bibliotheksverbandes Region Luzern verwiesen.

Kinder- und Jugendzahnklinik

Im Mai 2009 hat das Stadtparlament das Postulat 487 namens der CVP- und der FDP-Fraktion "Kieferorthopädie in der Kinder- und Jugendzahnklinik neu evaluieren!" entgegen dem Antrag des Stadtrates überwiesen. Folgerichtig hat darauf die Bildungsdirektion festgestellt, dass die Kieferorthopädie unter den gegebenen Umständen nicht mehr angeboten werden kann und sich damit das Defizit der Klinik vergrössert.

Inzwischen wurde ein Grossteil des KFO-Materials veräussert und die dazugehörige Praxis-einrichtung zum Kauf angeboten.

Die im Zusammenhang mit der Fusion Littau-Luzern aufgeworfene Diskussion um die Weiterführung der Klinik kam zum Ergebnis, dass an den unterschiedlichen Systemen der Schulzahn-pflege (Luzern staatliche KJZK und Littau mehrere Privat-Zahnarztpraxen) weiterhin festgehalten wird.

Kurz nach den Sommerferien war die Praxisauslastung kurzfristig eingebrochen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die allgemein angespannte Wirtschaftslage sich auch in diesem Sektor abzeichnete. Gegen Ende Jahr hat sich die Situation wieder entspannt. Die Praxisauslastung ist wieder stimmig und stabil.

4.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.2.5.1 Stadtkanzlei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

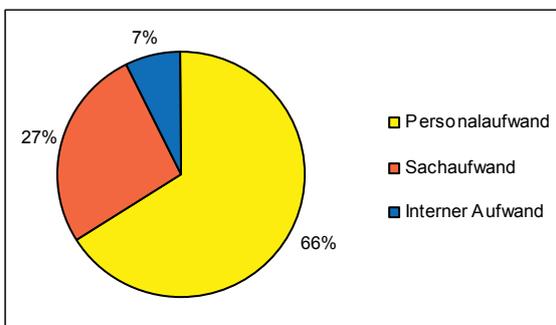
Die Stadtkanzlei ist eine wichtige Anlaufstelle für Fragen aus der Bevölkerung. Als Stabsstelle erbringt die Stadtkanzlei Dienstleistungen für den Stadtrat und die Verwaltung und führt das Sekretariat des Grossen Stadtrates von Luzern. Der Stadtkanzlei sind zwei Bereiche angegliedert: Die Stelle für Kommunikation stellt die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Luzern sicher, das Stadtarchiv gewährleistet mit der Sicherung, Aufbewahrung, Erschliessung, Auswertung und Beratung die langfristige Zugänglichkeit des überlieferungswürdigen städtischen und stadtbezogenen Schriftguts. In der Stadtkanzlei arbeiten 31 Personen (2'130 Stellenprozente).

b) Ergebnis

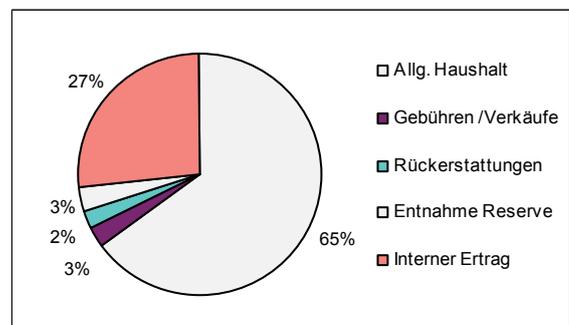
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	4'925'929	4'818'146	4'602'400	215'746	5%	-107'783	-2%
Ertrag	386'068	1'702'045	1'463'400	238'645	16%	1'315'977	341%
Ergebnis	-4'539'860	-3'116'100	-3'139'000	22'900	1%	1'423'760	31%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009
Kanzleidienste					
Ausgefertigte Stadtratsbeschlüsse inkl. Berichte und Anträge (B+A) und Protokollnotizen	1'246	1'316	1'193	1'234	1'169
Anzahl Beglaubigungen	458	486	714	705	723
KOMM					
Anzahl Medienorientierungen	23	21	38	49	37
Anzahl Medienmitteilungen	269	309	370	371	372
Stadtarchiv					
Neuzugang Aktenbestand in Laufmetern	66,43	94,75	85,41	57,02	110,31
Auskünfte (Benutzungstage)	1'220	1'169	1'342	1'400	1'215
Pensenaufwand für Auskünfte	48%	50%	60%	65%	60%

e) Kommentar

Die Anzahl ausgefertigter Stadtratsbeschlüsse bewegt sich im möglichen Schwankungsrahmen. In dieser Zahl inbegriffen sind 54 Berichte und Anträge. Beim Stadtarchiv gingen die Benutzungstage im Berichtsjahr um rund 15 % zurück, wobei nur 8 % weniger Benutzende und 11 % weniger Dossierausgaben zu verzeichnen waren. Das Verhältnis amtliche und private Nutzung lag bei 25:75. Im Zentrum der Kommunikationsarbeiten standen die Fusion der Stadt Luzern mit der Gemeinde Littau. Die Stelle für Kommunikation betreute auch die Allmend-Projekte (Sportarena, Zentralbahn, Messe Luzern) weiter. Ein zweites Schwergewicht in der Kommunikation befasste sich mit der Entwicklung des Projekts "Starke Stadtregion".

4.2.5.2 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

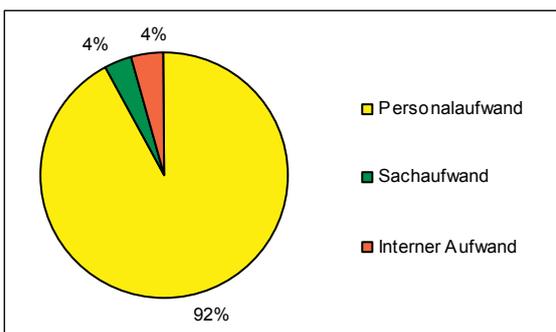
An der Musikschule werden Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu Lohnkosten deckenden Tarifen aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu Lohnkosten deckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gewährt. Seit dem Schuljahr 2008/2009 findet der Unterricht der Musikschule in den Teilzentren Südpol, Dula, Spitalmühle, Warteggshölli, Utenberg, Unterlöchli, Moosmatt und Würzenbach statt.

b) Ergebnis

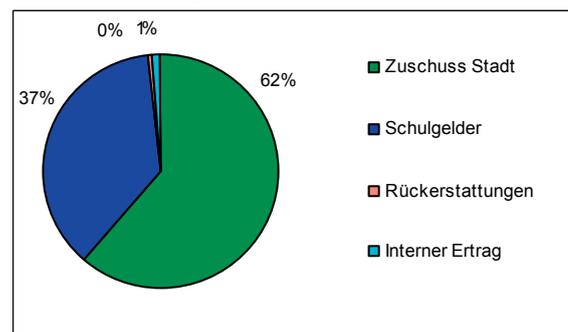
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	6'809'458	6'923'087	6'811'500	111'587	2%	113'629	2%
Ertrag	2'569'834	2'699'040	2'411'800	287'240	12%	129'206	5%
Ergebnis	-4'239'624	-4'224'047	-4'399'700	175'653	4%	15'577	0%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2005 2004/05	2006 2005/06	2007 2006/07	2008 2007/08	2009 2008/09	Veränd.
Anzahl Schüler/innen total	2'802	2'867	2'930	2'950	2'856	-94
davon Erwachsene	244	261	273	257	315	+58
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'057	2'114	2'183	2'308	2'349	+41
Kostendeckungsgrad insgesamt	36,9%	38,1%	39,8%	38,2%	40%	+1,8%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	40,24	40,85	41,76	41,69	41,34	-0,35

e) Kommentar

Der Kostendeckungsgrad beträgt 40 %. Damit wird die langjährige Vorgabe von 35 % erneut übertroffen. Die auch im 2009 im Vergleich zum Budget bessere Rechnung (+ Fr. 175'653.-) ist eine Folge der ständigen Bemühung, die Einnahmenseite zu optimieren und diese Schule zumindest im Gruppenunterricht und im Erwachsenenunterricht über dem vereinbarten Kostendeckungsgrad zu bewirtschaften. Dies bedeutet, dass sich die Prognose, eine Schulgelderhöhung sei auch für das Schuljahr 2010/2011 kein Thema, erfreulicherweise bewahrheitet hat.

4.2.5.3 Kultur und Sport

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Seit dem 1. Juli 2006 besteht die Dienstabteilung Kultur und Sport. Eine Organisationsentwicklung im Jahr 2008 führte zu einer Gliederung in die Bereiche Förderung und Infrastruktur. Alle Fragen rund um Kulturanlässe, -projekte und -angebote, aber auch Sportveranstaltungen und -events sowie das umfangreiche Beitragswesen sind dem Bereich Förderung zugewiesen. Der Bereich Infrastruktur verwaltet die städtischen Turn- und Sportanlagen sowie die Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit und ist Fachstelle für Bau und Betrieb von Sportanlagen. Die Organisation der Schulsportanlässe ausserhalb der Schulzeit und die Ferien-Sportwochen sind eine gemeinsame Aufgabe. Die Stadtbibliothek als externer Betrieb in der Bourbaki-Liegenschaft fungiert zum einen als Gemeindebibliothek und zum andern als Zentralstelle des interkommunalen Bibliotheksverbandes.

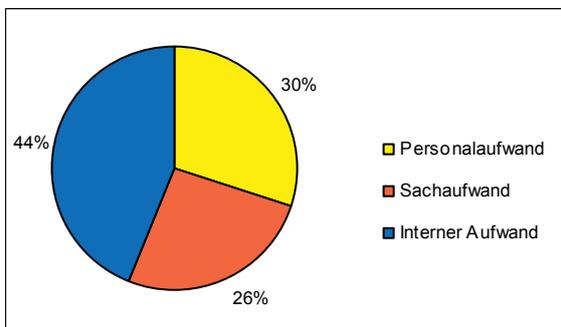
Mit zur Dienstabteilung gehört auch die Integrationsbeauftragte, welche die Aufgaben und Leistungen gemäss den periodisch vom Parlament beschlossenen Berichten und Anträgen zur Integrationspolitik erfüllt (letztmals per 2006 für die Jahre 2006 bis 2009).

b) Ergebnis

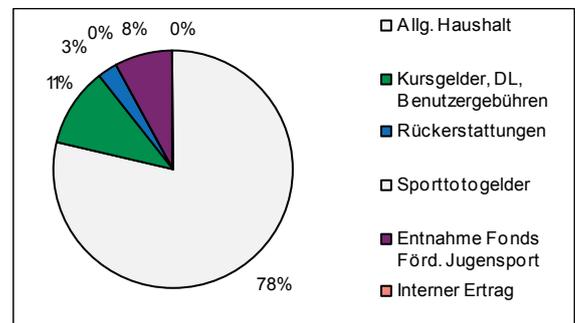
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	4'151'234	4'152'584	4'386'700	-234'116	-5%	1'349	0%
Ertrag	884'237	889'067	1'043'700	-154'633	-15%	4'830	1%
Ergebnis	-3'266'997	-3'263'516	-3'343'000	79'484	2%	3'481	0%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die Zahlen zum Beitragswesen in der Kulturförderung werden seit einigen Jahren gemäss Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern vom Mai 2001, Seite 25, dargestellt, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet werden zunächst die Aufwendungen im Beitragswesen sowie ferner die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel und für den Kunstpreis. Es handelt sich weitestgehend um Subventionen bzw. Beiträge an Dritte – die Rechnungszahlen bei den entsprechenden Konti geben Auskunft über Bezüger und Höhe der Beträge im Einzelnen.

Beitragswesen Kulturförderung

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Kulturförderung aus LR	18'659'136	17'582'353	17'659'600	-77'247	0%	1'076'783	6%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'419'881	3'380'666	3'293'900	86'766	3%	39'215	1%
Total	22'079'017	20'963'020	20'953'500	9'520	0%	1'115'998	5%

Im Folgenden werden im Sinne der Fortschreibung der früheren Kennzahlen nur ganz wenige und punktuelle Leistungen der Abteilung Kultur und Sport beleuchtet. Kenngrößen mit mehr Aussagekraft sind im Kulturbereich den Berichten und Rechenschaftspapieren der unterstützten Institutionen zu entnehmen, die zumeist als Vereine oder Stiftungen organisiert sind. Für das Controlling derselben durch die Verwaltung findet das Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling Anwendung.

Kulturförderung

Rechnungsjahr	2006	2007	2008	2009	Abw.
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt in Fr.	409.95	401.85	424.70	411.-	-3,2%

Hallenbelegungen

	2006		2007		2008		2009		Veränderung in %
	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	
Drittbelegung									
Belegungen Erwachsene (E)	667	30'682	632	29'072	653	30'038	648	29'808	-0.75
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	489	22'494	519	23'874	514	23'644	505	23'218	-1.8
Belegungen Jugendliche (J)	1'067	49'082	908	41'768	757	34'822	800	36'806	5.7
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	553	25'438	573	26'358	593	27'278	625	28'769	5.4
Total E und J	1'734	79'764	1'540	70'840	1'410	64'860	1'448	66'614	2.7
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	1'042	47'932	1'092	50'232	1'107	50'922	1'130	51'987	2.1
<i>Vergleich: Schulbelegungen</i> (40 Kalenderwochen)	<i>1'094</i>	<i>43'760</i>	<i>1'144</i>	<i>45'760</i>	<i>1'183</i>	<i>47'320</i>	<i>1'178</i>	<i>47'120</i>	<i>-0.4</i>

e) Kommentar

Der ausgewiesene Minderaufwand in der Kulturförderung aus der Laufenden Rechnung im Jahr 2009 begründet sich im verstärkten Engagement des Kantons im Rahmen der Gründung des Zweckverbandes Grosse Kulturbetriebe Luzern (Luzerner Theater, Luzerner Sinfonieorchester, Kunstmuseum Luzern).

Die Schulraumbellegungen verhalten sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr konstant. Die leichte Erhöhung der Hallenbelegungen ist auf die Übernahme der Mehrzweckhalle Allmend zurückzuführen. Diese ist 2009 vom Kanton Luzern an die Stadt Luzern heimgefallen. Die Belegung der Mehrzweckhalle Allmend geschieht mehrheitlich durch Jugendliche.

4.2.5.4 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15 % der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zulasten der Veranstaltungsbesuchenden und nicht zulasten der städtischen Steuerzahlenden).

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die Abteilung Kultur und Sport (Kulturförderung) ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	2005	2006	2007	2008	2009
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	665'433.95	740'230.20	720'482.05	722'181.10	693'238.80
Rückerstattungen	0	0	0	2'600.00	
Darlehen/Rückstellungen	50'000.00	0	0		
Total Fondseinlagen	665'433.95	740'230.20	720'482.05	722'181.10	693'238.80
Geleistete Beiträge pro Jahr	835'036.25	869'740.45	730'123.30	769'129.60	692'057.70
Fondsreserve per 1.1.	1'136'958.95	1'017'356.65	887'846.35	878'205.10	833'856.60
Fondsreserve per 31.12.	1'017'356.65	887'846.35	878'205.10	833'856.60	835'037.70

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Ausstellungen/Installationen	9	11	13	12	10	-2
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	32	24	24	25	35	+10
Theater/Tanz/Performance	21	29	28	21	25	+4
Film/Video	9	7	7	6	6	0
Druckkosten (inkl. Literatur)	17	11	5	9	8	-1
Spartenübergreifende/diverse Projekte	12	18	14	23	11	-12
Kulturvermittlung/Verwaltung			3/6	2/2	2/3	0/+1

d) Kommentar

Im Jahr 2009 wurden an sieben Fondssitzungen rund 325 Gesuche behandelt. Anlässlich einer weiteren Sitzung wurden grundsätzliche Fragen zur Förderpraxis diskutiert. Der FUKA-Kiosk öffnete im Jahr 2009 sieben Mal seine Tore in der Heiliggeistkapelle im Stadthauspark. Das Kulturvermittlungsprojekt "Kostprobe" wurde zwei Mal durchgeführt.

4.2.5.5 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Als beitragsberechtigte Sportvereine gelten alle Stadtluzerner Organisationen, welche Schüler- und Jugendabteilungen führen, deren Mitglieder 7- bis 19-jährig sind, unter der Obhut von qualifizierten Leitern stehen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die sinngemäss nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten, z. B. Pfadfinder. Diese gelten als Assoziierte.

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon 60 % gemäss nachstehender Aufschlüsselung verteilt werden, 40 % sind in der Laufenden Rechnung für den Bereich Sportförderung einberechnet. Der jährlich zur Verfügung stehende Anteil aus der Fondseinlage wird wie folgt aufgeteilt: 20 % Vereinsquote und 80 % Kopfquote.

Der Vereinsquotenbeitrag ist ein Grundbeitrag, der folgendermassen abgestuft wird:

Stufe I	bis 50 Aktivmitglieder
Stufe II	51–150 Aktivmitglieder
Stufe III	151–300 Aktivmitglieder
Stufe IV	ab 301 Aktivmitgliedern

Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

b) Ergebnis

	2006	2007	2008	2009
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	740'230.20	720'482.05	722'181.10	693'238.80
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	438'358.30	476'570.00	487'983.00	506'349.75
Entnahme für K+S Sportteil			500'000.00	
Entnahme für Jugendsport	269'685.45	300'310.00	238'151.20	315'292.75
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	862'580.71	894'767.16	838'369.21	334'416.11
Fondsreserve per 31.12.	894'767.16	838'369.21	334'416.11	206'012.41

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2006	Anteil in %	2007	Anteil in %	2008	Anteil in %	2009	Anteil in %
Ball sportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	91'837	21,0	96'480	20,2	104'695	21,7	95'930	18,9
Fussball und Landhockey	87'938	20,1	107'310	22,6	100'530	20,8	100'065	19,9
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	75'474	17,2	86'780	18,2	81'965	17,0	88'095	17,4
Schnee-, Eis-, Bergsport	56'911	13,0	60'115	12,6	71'090	14,7	81'920	16,2
Radsport	3'453	0,8	3'915	0,8	3'685	0,8	4'255	0,8
Wassersport	44'878	10,2	50'230	10,5	48'050	10,0	55'920	11,0
Schiesssport	2'651	0,6	2'945	0,6				
Kampfsport	29'937	6,8	19'520	4,1	27'500	5,7	29'210	5,8
Diverse ⁴	41'464	9,5	44'490	9,4	40'485	8,4	47'205	9,3
Assoziierte	3'815	0,9	4'785	1,0	4'845	1,0	3'760	0,7
Total	438'358	100	476'570	100	482'845	100	506'360	100

d) Kommentar

Die ausbezahlten Beiträge an die Vereine für den Jugendsport belaufen sich auf Fr. 506'360.–. Dies entspricht 69 % der Billettsteuereinlage in den Jugendsport-Förderfonds. Weitere rund Fr. 265'000.– wurden dem Fonds entnommen, um Jugendsportveranstaltungen wie die Herbst- und Frühlings-sportwochen zu finanzieren. Ebenfalls wurde dem Fonds eine Pauschale in der Höhe von Fr. 50'000.– für die Gratisbenutzung der städtischen Turnhallen durch Jugendliche an den Wochenenden belastet.

⁴ Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen.

4.2.5.6 Stadtbibliothek

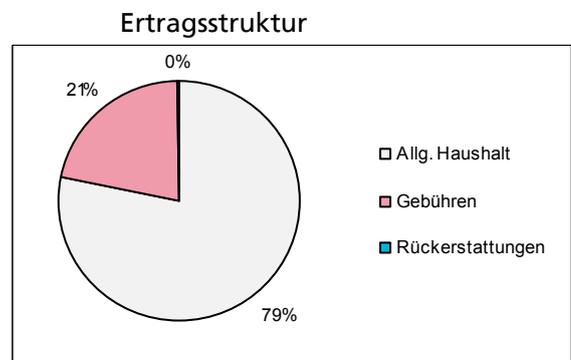
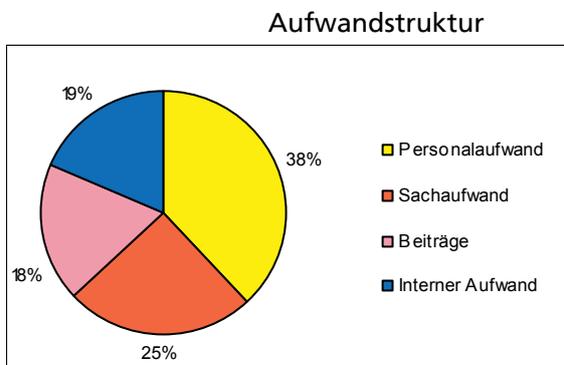
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den 106'000 BVL-Medien für die sieben Verbandsgemeinden waren per Ende 2008 64'200 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommen der Eigenbestand von 20'600 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den 21'000 aktiven Kundinnen und Kunden der Stadtbibliothek Luzern stehen somit insgesamt 85'000 verschiedene Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	1'947'011	2'078'755	2'020'500	58'255	3%	131'744	7%
Ertrag	520'940	449'326	550'000	-100'674	-18%	-71'615	-14%
Ergebnis	-1'426'071	-1'629'429	-1'470'500	-158'929	-11%	-203'359	-14%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl Ausleihen	569'372	587'194	542'981	527'645	526'800	517'067
Bestandeszahl	84'951	88'333	89'351	85'922	84'821	85'635
Umsetzung des Bestandes	6,70-mal	6,65-mal	6,08-mal	6,14-mal	6,21-mal	6,04-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.27	Fr. 3.29	Fr. 3.67	Fr. 3.73	Fr. 3.70	Fr. 4.02
Eintritte	279'639	282'296	266'388	256'992	254'751	254'157
Kunden, aktive	21'463	21'985	21'550	20'998	20'752	20'312
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	49,8%	50,2%	49,8%	49,5%	50,3%	50,7%
Anteil BVL	20,3%	20,2%	21,0%	21,1%	20,2%	19,6%
Anteil übrige	29,9%	29,6%	29,2%	29,4%	29,5%	29,8%

e) Kommentar

Mit einer sechsfachen Umsetzung des Bestandes und einer Viertelmillion Besucherinnen und Besuchern pro Jahr gehört die Stadtbibliothek Luzern zu den meistfrequentierten öffentlichen Bibliotheken der Schweiz. Die Ausleihzahlen waren mit -1,8 % gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Daran waren Bücher und Non Books mit je rund 5'000 Ausleihen gleichmässig beteiligt. Der rasante Rückgang der DVD-Ausleihen im ersten Halbjahr konnte – was die Ausleihzahlen betrifft – mit neuen Ausleihkonditionen aufgefangen werden, was aber erhebliche Mindereinnahmen zur Folge hatte. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen, da an die Stelle der physischen Ausleihe eines Datenträgers mehr und mehr der Download via Internet tritt.

Weitere Informationen können dem Jahresbericht des Bibliotheksverbandes Region Luzern entnommen werden.

4.2.5.7 Kinder- und Jugendzahnklinik

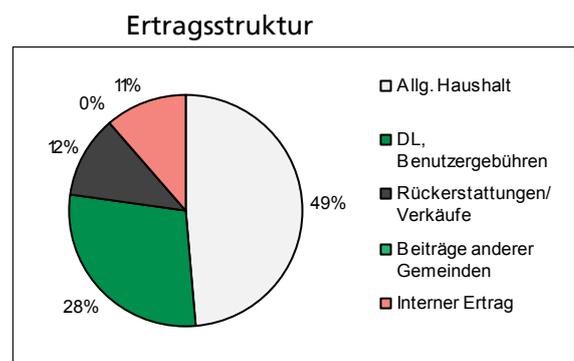
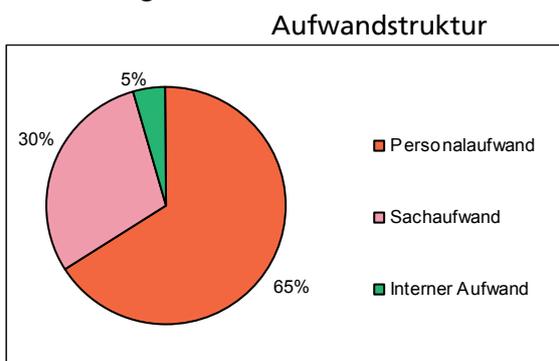
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Gestützt auf das Gesundheitsgesetz vom 13. September 2005 (§ 52, Schulzahnpflege) sorgt die Kinder- und Jugendzahnklinik für die regelmässige zahnmedizinische Prophylaxe und Untersuchung im Rahmen der Schulzahnpflege. Sie ermöglicht allen vorschul- und schulpflichtigen Kindern mit Wohnsitz in der Stadt Luzern eine gute zahnärztliche Betreuung. Die Leistungen werden nach dem SSO-Tarif für Schulzahnpflege abgerechnet. Der Taxpunktwert beträgt Fr. 3.25. Die Erziehungsberechtigten tragen bis zu einem Betrag von Fr. 150.– die vollen Kosten. Behandlungskosten über Fr. 150.– werden den Erziehungsberechtigten zu abgestuften Ansätzen in Rechnung gestellt, massgebend ist die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens plus 20 % des Reinvermögens. Die Dienstabteilung KJZK beschäftigt momentan 6 Personen (530 Stellenprozente) sowie 7 Schulzahnpflegeinstruktorinnen stundenweise.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	1'290'881	1'089'979	1'326'100	-236'121	-18%	-200'902	-16%
Ertrag	738'683	559'361	801'000	-241'640	-30%	-179'322	-24%
Ergebnis	-552'198	-530'619	-525'100	-5'519	-1%	21'579	4%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl untersuchte Lernende	4'357	4'299	4'236	3'911	4'038	127
Anzahl Patienten der KJZK	1'752	1'777	2'541	2'783	2'717	-66
Anzahl Behandlungen pro Jahr	1'262	1'233	1'337	1'393	1'313	-80
Anzahl Behandlungen in Lachgas	127	112	97	32	62	30
Anzahl Behandlungen in Vollnarkose	49	35	25	34	18	-16
Anzahl KFO-Fälle	220	202	160	0	0	0

e) Kommentar

Nachdem im Mai 2009 das Stadtparlament die Einstellung der Kieferorthopädie definitiv beschlossen hatte, wurde die verwaiste Stelle der Kieferorthopädin nicht mehr besetzt. Folgerichtig entfielen einerseits entsprechende Personal-, Material- und sonstige Betriebskosten, andererseits aber auch Ertrag aus kieferorthopädischer Tätigkeit. Insgesamt konnte jedoch der budgetierte Mehraufwand in etwa eingehalten werden. Bezüglich der spezifischen Kennzahlen gibt es mit Ausnahme der Narkosebehandlungen keine grossen Auffälligkeiten. Die Veränderungen bewegen sich innerhalb der üblichen Schwankungen. Die Halbierung der Narkosefälle ist vermutlich auf die allgemein angespannte Wirtschaftslage zurückzuführen, welche auch auf das Konsumverhalten im Gesundheitsbereich durchschlägt. Die Leute können sich die sehr teuren Behandlungen in Vollnarkose schlicht nicht mehr leisten, da diese Kosten voll zu ihren Lasten gehen bzw. nicht über eine Sozialversicherung abgewickelt werden können.

4.3 Sicherheitsdirektion

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin

"Nichts ist so konstant wie der Wandel", schrieb der griechische Philosoph Heraklit vor 2'500 Jahren. Dieses Zitat war im abgelaufenen Jahr insbesondere auch für die Sicherheitsdirektion zutreffend.

Die grossen Veränderungen durch den Weggang der Stadtpolizei und die partielle Reorganisation der Stadtverwaltung verbunden mit dem Zusammengehen mit Littau stellte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor enorme Herausforderungen. Veränderungsprozesse, modern "Change-Management", sind für die Betroffenen nicht immer einfach; langjährig Bewährtes wird in Frage gestellt. Neue Aufbau- und Ablauforganisationen werden eingeführt und müssen erlernt werden. Bisherige Kolleginnen und Kollegen wechseln zum Kanton oder in andere Dienstabteilungen und neue kommen hinzu. Man erhält neue Vorgesetzte und die Teamzusammensetzung ändert. Bekannte Schnittstellen fallen weg und neue entstehen. Gleichzeitig sollten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer rasch und transparent über den Veränderungsprozess informiert sein. Die Führungskräfte waren gefordert, all dies in einem ambitionierten Zeitplan termingerecht umzusetzen und dabei die sogenannten "weichen Faktoren" – den Menschen – nicht zu vergessen. Bis der "Wandel 2009" ganz vollzogen ist, dauert es noch einige Zeit. Wir sind jedoch auf einem guten und richtigen Weg.

An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeitenden ganz herzlich für ihre tagtäglich hervorragende Arbeit und die grosse Leistungsbereitschaft zugunsten der Bevölkerung!

Die rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei wurden am traditionellen Jahresendrapport verabschiedet und in die Hände der neuen Luzerner Polizei übergeben. Ich wünsche ihnen allen auch in Zukunft viel Befriedigung in ihrer Arbeit.

Am 6. Januar 2010 konnten wir zusammen mit unseren neuen Kolleginnen und Kollegen des Tiefbauamtes – rund 300 Personen – auf die neue Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit anstossen und uns gegenseitig kennenlernen.

Stadtraum und Veranstaltungen

Am 1. Juli 2009 wurde die neue Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen aus der Taufe gehoben. Die verbleibenden Gemeinde-

aufgaben der Stadtpolizei Luzern, die neu in die Stadtverwaltung integrierte Eventkoordination sowie die SIP (Sicherheit Intervention Prävention) bilden den Rahmen dieser Abteilung mit rund 20 Mitarbeitenden. Die stetig wachsende Zahl von Veranstaltungen und Standaktionen, die Zunahme der Boulevardrestaurants, Grossevents wie das Luzerner Fest und die Herbstmesse sowie die hohe Zahl verkaufter Parkkarten für Anwohnende fordern diese junge Dienstabteilung von Beginn weg.

Energiestadt Gold-Label

Die Energiestadt Luzern hat am 5. November 2009 in Paris den "European Energy Award Gold" für ihr fortschrittliches Energie-Engagement erhalten. Der Energy-Award ist die höchste Auszeichnung für Energiestädte in Europa. Mit einem Umsetzungsgrad von 78 % der möglichen Massnahmenpunkte reiht sich die Stadt Luzern unter den 13 Gold-Städten der Schweiz auf dem 6. Platz ein. An diesen Zielen wird weitergearbeitet, um einen aktiven Beitrag zu einer nachhaltigen Energiepolitik zu leisten.

Am "Goldige Samschtig", 9. Januar 2010, durfte die zuständige Umweltschutzstelle das erreichte Gold-Label mit der Bevölkerung an einer kleinen, aber nicht minder feinen Veranstaltung feiern.

Wahlen 14. Juni

Das Ressort Wahlen und Abstimmungen der Bevölkerungsdienste leistete bei den Wahlen vom 14. Juni 2009 wie gewohnt "ganze Arbeit". Trotz der wesentlich höheren Anzahl Stimmberechtigten der vereinigten Gemeinde lagen die Endergebnisse bereits eine Stunde früher als geplant vor.

Übernahme Bürgerrechtswesen Littau

Bereits am 1. Januar 2009 übernahm das städtische Ressort Bürgerrechtswesen die administrative Verarbeitung der rund 300 pendenten Einbürgerungsgesuche der Gemeinde Littau. 60 Gesuche der Gemeinde Littau konnten 2009 abgeschlossen werden.

Runder Tisch zum Thema Sicherheit und Sauberkeit

Die Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum kann nicht allein von der Stadt Luzern gelöst werden. Es braucht nicht nur eine Vernetzung der Massnahmen und Akteure in diesem Bereich, sondern auch der betroffenen Gemeinden. Viele Personen,

die den öffentlichen Raum übermässig nutzen, stammen nicht aus der Stadt. Aus diesem Grund hat die Sicherheitsdirektion einen runden Tisch "Sicherheit in Gemeinden" mit umliegenden Agglomerations- und weiteren

Zentrumsgemeinden in den Nachbarkantonen initiiert. Ziel ist ein regelmässiger Austausch über die Situation und Massnahmen zum Thema Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum.

4.3.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Nachhaltige Entwicklung, Strategie
(Projektplan Nr. L79101)

Fünfjahresziel
A1.1

Eine Methode zur Nachhaltigkeitsbeurteilung von Einzelvorhaben ist in der Stadtverwaltung eingeführt.

Planungen und Projekte mit potenziell relevanten Auswirkungen in wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Hinsicht sollen durch die zuständigen Dienstabteilungen bezüglich Nachhaltigkeit beurteilt und allenfalls optimiert werden können. Für die Evaluierung und breite Einführung einer geeigneten Methode fehlten bisher die personellen Ressourcen. Die Revision der Bau- und Zonenordnung dient nun als Pilotprojekt. Hier konnten erste Vorarbeiten an die Hand genommen werden.

Luftreinhaltung/Klimaschutz
(Projektplan Nr. L78903)

Fünfjahresziel
A1.2

Der Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz der Stadt Luzern ist gemäss den Beschlüssen des Stadtrates in Umsetzung.

Die Umsetzung des Aktionsplans ist auf Kurs. Der erste Zwischenbericht per Ende September 2009 zeigt gesamthaft ein positives Bild. Von insgesamt 24 Massnahmen sind 3 Massnahmen bereits vollständig umgesetzt. Sie betreffen die Parkplatzbewirtschaftung in der Innenstadt und die Begrenzung des Einsatzes nichterneuerbarer Energieträger für die Wärmeerzeugung in Neubauten. 15 Massnahmen befinden sich auf Kurs, das heisst, die Umsetzung der Massnahmen läuft planmässig. Bei 6 Massnahmen erfährt die Umsetzung eine zeitliche Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Fahrplan. Keine Massnahme ist grundsätzlich in Frage gestellt.

Eventkoordination
(Projektplan Nr. L02923)

Fünfjahresziel
C3.3

Dem Parlament ist ein überarbeitetes Reglement für Veranstaltungen und die Nutzung des öffentlichen Raumes unterbreitet.

Das überarbeitete Reglement für die Benutzung des öffentlichen Grunds ist so weit fortgeschritten, dass die externe Vernehmlassung Anfang 2010 durchgeführt werden kann. Zuvor fanden verschiedene Workshops mit Interessenvertreterinnen und -vertretern sowie eine stadtverwaltungsinterne Vernehmlassung statt. Es besteht die Absicht, das Reglement auf den 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen.

Natur- und Erholungsraum Allmend
(Projektplan Nr. I77001)

Fünfjahresziel
C3.4

Natur- und Erholungsraum Allmend: Das Parlament hat den Bericht und Antrag Natur- und Erholungsraum Allmend beschlossen.

Am 24. September 2009 verabschiedete der Grosse Stadtrat den B+A 24/2009 vom 1. Juli 2009: "Natur- und Erholungsraum Allmend". Im Bereich der Schiessplätze wurde die erste Sanierungsetappe (Jägeranlagen) abgeschlossen, für die zweite Etappe wurde das Sanierungsprojekt als Grundlage für die Sanierungsverfügung erarbeitet. Weitere planerische Vorarbeiten wurden zum geplanten Sonderwaldreservat Eichwald und zur "Lernburg" (Schulprojekt in Zusammenarbeit mit der PHZ) geleistet.

Sicherheitsstrategie, Realisierung
 (Projektplan Nr. L11303)

 Fünfjahresziel
 C4.1

Weitere Massnahmen aus dem Sicherheitsbericht sind gemäss der Sicherheitsstrategie des Stadtrates umgesetzt.

Von den 58 im Sicherheitsbericht 2007 zur Umsetzung empfohlenen Massnahmen sind unter Koordination der Stelle für Sicherheitsmanagement über 80 % ganz oder teilweise realisiert worden. Die Bevölkerungsbefragung "Sicherheit" wurde zum zweiten Mal durchgeführt. Die Erkenntnisse aus der Befragung wurden durch Verstärkung der Polizei- und SIP-Präsenz, mehr Reinigungen sowie Sommerbars an Brennpunkten im Zentrumsgebiet bereits in die Tat umgesetzt. Die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung fliessen in die für 2010 geplanten Berichte zur Wirksamkeit der Videoüberwachung und in den zu aktualisierenden Sicherheitsbericht ein.

Optimierung Stadtpolizei
 (Projektplan Nr. L11304)

 Fünfjahresziel
 C4.1

Stadt- und Kantonspolizei sind auf den 1. Januar 2010 zusammengelegt.

Die Umsetzungsarbeiten zur Luzerner Polizei im Jahr 2009 verliefen optimal und im Zeitplan, waren aber mit erheblichem Aufwand verbunden. Die vollumfängliche Zusammenlegung der beiden Polizeikorps erfolgte wie geplant am 31. Dezember 2009 um Mitternacht. Seit diesem Zeitpunkt ist die Luzerner Polizei wie auch die Sicherheitspolizei Stadt ohne Schwierigkeiten und Probleme operativ und administrativ aktiv. Die Reorganisation der Gewerbe- und Gesundheitspolizei ist abgeschlossen. Die verbleibenden Gemeindeaufgaben wurden in die neu geschaffene Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen integriert.

Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Raum
 (Projektplan Nr. L11902)

 Fünfjahresziel
 C4.2

Die Bekämpfung von Sicherheits- und Sauberkeitsproblemen im öffentlichen Raum wird verstärkt.

In der Reglementsvorlage zur Benutzung des öffentlichen Grunds wird die Verantwortung zur Abfallvermeidung durch Take-away-Betriebe gesetzlich verankert. Der 2009 von der Sicherheitsdirektion neu initiierte runde Tisch "Sicherheit in Gemeinden" mit umliegenden Gemeinden und Kantonen behandelt gemeinsam negative Auswüchse im öffentlichen Raum und entwickelt Gegenmassnahmen. In Aussprachen mit vom Nachtleben Betroffenen (private Betriebe, Anwohnerschaft, Quartiervereine, öffentliche Hand) wurden Verbesserungsmassnahmen erarbeitet. Die Umsetzung wird regelmässig kontrolliert.

Energierregion Luzern: Wettbewerbsvorteile durch Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien
 (Projektplan Nr. L86001)

 Fünfjahresziel
 D1.2

Die Massnahmen der volkswirtschaftlichen Marktanalyse werden umgesetzt.

Die volkswirtschaftliche Marktanalyse liegt vor. Sie zeigt, dass annähernd der gesamte Wärmebedarf und ein Viertel des Strombedarfs der Region Luzern durch erneuerbare Energien gedeckt werden könnten. Unerlässlich für die verstärkte Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale ist die entschlossene und engagierte Zusammenarbeit aller privaten und öffentlichen Akteure. Gezielte Clusterförderung, auch im Bereich Energie, ist Teil der Strategie der Wirtschaftsförderung Luzern, weshalb der Regierungsrat die Federführung für die weiteren Schritte dieser Organisation übergeben hat. Stadt und Kanton Luzern sowie der Energieversorger ewl setzen ihre eigenen Aktivitäten im Energiebereich parallel dazu weiterhin mit Kontinuität um (vgl. Fünfjahresziel A1.2).

4.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag/ netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K410 Stab SID	1'938	2'023	-85	-4%	38	5	33	660%	(1'901)		117
K411 Stadtpolizei	31'575	32'052	-477	-1%	25'571	25'823	-251	-1%	(6'004)		225
K412 Bevölkerungsdienste	4'374	4'295	80	2%	1'996	2'742	-746	-27%	(2'378)	825	
K413 Umweltschutz <i>Spezialaufgaben</i>	4'427	3'604	824	23%	2'068	1'534	534	35%	(2'360)	290	
K420 Zivilschutz	302	326	-23	-7%	83	54	29	54%	(219)		53
K421 öko-forum <i>Spezialfinanzierungen</i>	457	390	66	17%	360	291	69	24%	(96)		3
K490 Parkingmeter	5'221	5'420	-199	-4%	5'221	5'420	-199	-4%	0		
K491 Feuerwehr	4'946	4'961	-15	0%	4'946	4'961	-15	0%	0		
Total Netto- verschlechterung	53'240	53'071	-169	0%	40'283	40'830	-548	-1%	(12'958)	1'115	398
											717

Die Rechnung der Sicherheitsdirektion schliesst insgesamt um Fr. 717'000.– schlechter ab als budgetiert. Hauptgrund der Ergebnisverschlechterung ist die Rückstellung von Fr. 1,7 Mio. für die Kosten der Unterdeckung der Pensionskasse sowie für Übergangrenten der zum Kanton wechselnden Mitarbeitenden der Stadtpolizei Luzern. Ohne diese ausserordentliche Position schliesst das Ergebnis der Sicherheitsdirektion um Fr. 983'000.– besser ab als budgetiert.

Die Ergebnisverbesserung beim Stab ist auf geringere Personalaufwände beim Stab und bei SIP (Sicherheit Intervention Prävention) zurückzuführen.

Wie oben erwähnt wurde der Rechnung der Stadtpolizei eine Rückstellung für Pensionskassen- und Übergangrentenkosten in der Höhe von Fr. 1,7 Mio. belastet. Dennoch schliesst die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 225'000.– ab. Auch hier sind geringere Personalaufwendungen der Hauptgrund. Zudem konnten im Hinblick auf die Zusammenlegung der beiden Polizeikorps auch beim Sachaufwand Einsparungen erzielt werden.

Die Rechnung der Bevölkerungsdienste schliesst um Fr. 825'000.– schlechter ab als budgetiert. Mehrkosten im Zusammenhang mit der eidgenössischen Registerharmonisierung (Nachtragskredit nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO) sowie Einnahmefälle durch die Kantonalisierung der Abgabe der Ausländerausweise führten zur Abweichung.

Auch bei der Rechnung des Umweltschutzes führten notwendige gebundene Nachtragskredite zum verschlechterten Ergebnis von Fr. 290'000.–. Altlastensanierungen auf der Allmend, beim Verkehrshaus und erste Sanierungsabklärungen für die Familiengarten-Areale sind die Gründe dafür.

Die Einnahmen aus Parkgebühren konnten durch die neue Parkraumbewirtschaftung (Umwandlung blaue in weisse Parkfelder) deutlich gesteigert werden (+ Fr. 650'000.–), jedoch noch nicht im geplanten Umfang. Eine verlässliche Zahl lässt sich erst nach Abschluss eines ganzen Kalenderjahres eruieren.

Die Feuerwehr Stadt Luzern schliesst gegenüber dem Budget um Fr. 723'000.– besser ab. Die Feuerwehr fusionierte bereits per 1. Januar 2009, und die Budgetierung erfolgte für die vereinigte Feuerwehr, was schwierig war. Deutliche Mehrerträge bei den Ersatzabgaben trugen ebenfalls zum erfreulichen Ergebnis bei.

4.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab

Neben der Kerntätigkeit sowie den Schlussarbeiten im Zusammenhang mit der Fusion Littau-Luzern befasste sich der Stab mit diversen weiteren Aufgaben, insbesondere im Bereich der Organisationsentwicklung. So galt es, eine reibungslose Integration des Tiefbauamtes in die neue Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit sicherzustellen. Der Stab nahm ebenfalls die Verantwortung für das städtische Umsetzungscontrolling bei der Zusammenlegung der Stadt- und Kantonspolizei wahr. Weiter wirkte der Stab bei der Bildung und Ausgestaltung der neuen Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen intensiv mit. Ab 1. Juli 2009 ging die Linienverantwortung für die SIP (Sicherheit Intervention Prävention) vom Stab an die neue Abteilung über.

Ein zusätzliches arbeitsintensives Projekt war die Ausarbeitung einer neuen Reglementsvorlage über die Benutzung des öffentlichen Grundes. In verschiedenen internen und externen Arbeitsgruppen und Workshops wurden die Bedürfnisse und Änderungswünsche aufgenommen und wo möglich angepasst. Das Reglement soll 2010 im Parlament beraten werden und auf Anfang 2011 in Kraft treten.

Gemeindeführungsstab

Ein intensives Jahr hat der Führungsstab für ausserordentliche Lagen hinter sich. Er leitete und koordinierte basierend auf den Pandemieplänen von Bund und Kanton die im Rahmen der pandemischen Grippe H1N1 notwendigen Arbeiten auf Stufe der Stadt. Die betrieblichen Fragen in diesem Zusammenhang koordinierte das Personalamt in enger Absprache mit dem Führungsstab.

Neben dieser Tätigkeit führte der Führungsstab eine Reorganisation sowie eine Totalrevision der Rechtsgrundlagen durch. Die neue Verordnung über die Bewältigung von Katastrophen, Notlagen und anderen Grosseignissen in der Stadt Luzern tritt auf den 1. Januar 2010 in Kraft.

Die Führungsstandorte des Gemeindeführungsstabs wurden neu festgelegt und mit dem nötigen Material ausgerüstet. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz wurde die Aus- und Weiterbildung der Stabsmitglieder vorangetrieben und eine Stabsübung durchgeführt.

Stadtpolizei

Kommando

Hauptschwerpunkt bildeten die Arbeiten im Projekt zur Zusammenlegung der Stadt- und Kantonspolizei. Ab Juni 2009 erfolgte der gemeinsame Dienst der Kantons- und Stadtpolizei als Übergangslösung im Bereich Polizeiposten Bahnhof, und am 1. Dezember 2009 wurde die Ausschaltung der Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei vollzogen. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte die Ereignisbewältigung zentral aus der gemeinsamen Einsatzleitzentrale der Luzerner Polizei. Im Gleichschritt sind die Aufgaben, die Struktur bzw. Organisation der Sicherheitspolizei Stadt sowie die Schnittstellen zur Stadtverwaltung festgelegt und termingerecht operativ und administrativ umgesetzt worden. Sowohl die Projektarbeiten wie auch die personelle, operative und administrative Umsetzung im Betrieb können in allen Belangen als Erfolg bezeichnet werden.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Nach wie vor war die Polizei mit einem Aufwandanteil von über 80 % im sicherheitspolizeilichen Bereich tätig. Schwerpunkt bildete der Einsatz im Bereich Strassenkriminalität (Gewalt-, Vermögens- und Betäubungsmitteldelikte). Es ist schweizweit Tatsache, dass diese Deliktsarten vorab in städtischen Gebieten konzentriert vorhanden und auch wahrgenommen werden.

Die Falldaten im Bereich Kriminalität sind gegenüber dem Vorjahr höher, bewegen sich aber auf hohem Niveau in den durchschnittlichen Jahresschwankungen. Bei den Gewaltdelikten ist feststellbar, dass nicht unbedingt mehr, sondern schneller und härter zugeschlagen wird. Mit spezifischen Sondereinsätzen der Polizei und durch offensichtlich mehr Strafklagen der Opfer von Gewalttaten an die Polizei konnten auch mehr Täter und Täterinnen gefasst und strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Bei der Jugendkriminalität ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Entstehung offener Drogenszenen im Raum Luzern konnte auch im vergangenen Jahr verhindert werden. Auffällig ist der Anstieg im Handel und Konsum von Kokain gegenüber den rückläufigen Zahlen im Bereich Heroin und Cannabis. Trendweise kann gesagt werden, dass Kokain zur "Alltagsdroge" geworden ist.

Die verschiedenen Massnahmen der Polizei und der Stadtverwaltung haben am Bahnhofplatz zu einer deutlichen Beruhigung geführt. Es gilt, nicht nachzulassen und vor allem nach

wie vor den öffentlichen Raum in der Gesamtheit mit einzubeziehen. Das Ausgangsverhalten unserer "Party-Gesellschaft" und die damit verbundene Problematik konzentriert sich im Raum Innerschweiz und darüber hinaus nach wie vor klar auf die Stadt Luzern. Vorab an den Wochenenden ist die Polizei durch diese Tatsache übermässig gefordert.

Gewerbe- und Gesundheitspolizei

Auf den 1. Juli 2009 wurden zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gewerbe- und Gesundheitspolizei in die neu geschaffene Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen integriert. Teil dieser Dienstabteilung ist auch die SIP (Sicherheit Intervention Prävention). Weiter werden Fragen von bewilligungspflichtigen und nicht bewilligungspflichtigen Nutzungen des öffentlichen Raums in einer Dienstabteilung bearbeitet.

Die hoheitlichen Aufgaben der bisherigen Gewerbe- und Gesundheitspolizei werden seit dem 1. Januar 2010 durch die neue Luzerner Polizei wahrgenommen. Die parallel dazu durchgeführte Reorganisation wurde abgeschlossen und die neue Aufbauorganisation per 1. Januar 2010 umgesetzt.

Bevölkerungsdienste

Neben dem Kerngeschäft waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zahlreichen zeitintensiven Projekten engagiert. Einen wichtigen Platz nahmen die Vorarbeiten für die Fusion Littau-Luzern ein. Schwergewicht bildeten die Wahlen der vereinigten Gemeinde vom 14. Juni 2009. Dank optimaler Organisation konnten die Endresultate eine Stunde früher als geplant bekannt gegeben werden.

Die Vorbereitungen für die Datenmigration der Einwohnerkontrollen Littau und Luzern per Mitte Januar 2010 liefen auf Hochtouren und stellten für alle Beteiligten eine enorme Herausforderung und Arbeitsbelastung dar.

Die Luzerner Seegemeinden Greppen, Vitznau und Weggis gehören neu auch zum Zivilstandskreis Luzern. Der Gemeindevertrag wurde am 1. Dezember von den Vertretungen der neuen sowie der bisherigen Gemeinden Malters, Meggen, Schwarzenberg und Luzern feierlich im Porträtsaal des Rathauses unterzeichnet.

Entscheidende Meilensteine konnten auch im Projekt Registerharmonisierung umgesetzt werden. Die Stadt Luzern ist neu an die Informatikplattform "sedex" des Bundes abgeschlossen. Die sedex-Plattform, die den elek-

tronischen Datentransfer zum Bundesamt für Statistik ermöglicht, erweist sich als unerlässliches Instrument für den sicheren Datenaustausch zwischen allen Beteiligten. Ebenfalls fand die Durchführung der Erstvergabe der neuen AHV-Versichertennummer an die Bevölkerung statt.

Die Konsolidierung des Gebäude- und Wohnungsregisters der Stadt Luzern ist ebenfalls abgeschlossen.

Zivilschutz

Das Jahr 2009 war für die ZSO pilatus ein Jahr der Standortbestimmung und der Planung. Die Vorgaben aus dem Strategiepapier 04-08 waren umgesetzt. Im selben Zeitraum haben Bund und Kanton Gesetze und Richtlinien mit erheblichem Einfluss auf das Tagesgeschäft erlassen und dabei den Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt.

Die Umsetzung neuer rechtlicher Vorgaben hatte einen erheblichen Mehraufwand und ein erhöhtes Mass an Fremdbestimmung zur Folge. Mit der Standortbestimmung sollte Klarheit darüber gewonnen werden, ob

- die strategische Ausrichtung mit den neuen Bestimmungen vereinbar ist,
- die eingeleiteten Massnahmen zielführend und
- Korrekturen notwendig sind.

Aufgrund der Ergebnisse wurde die Betriebsplanung 2010–2014 erstellt. In dieser werden die Massnahmen zur Umsetzung der folgenden Schwerpunkte als entscheidend für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Geschäftstätigkeit aufgezeigt und erläutert:

- Bewährtes festigen
- Neues integrieren
- Kompetenzen steigern
- Kosten stabilisieren

Mit den Milizformationen konnte das im Vorjahr erarbeitete Konzept zur Durchführung der Wiederholungskurse erfolgreich umgesetzt werden. Die höhere Gewichtung von fachdienstlichen Elementen hat mehr theoretische Inhalte zur Folge, was nicht in allen Teilen befriedigt.

Trotz dieser Einschränkung war es wieder möglich, Dienstanlässe durchzuführen, aus denen ein Mehrwert für die Gemeinschaft resultierte. So konnten auf Wunsch der Stadtgärtnerei zwei verlassene Schrebergärten renaturiert werden.

Wie in den vergangenen Jahren für die Betagtenzentren Hirschpark und Eichhof ermöglichte der Betreuungsdienst der ZSOpilatus auch dieses Jahr beim Umzug im BZ Wesemlin eine Eins-zu-eins-Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Nothilfeformation "Cobra" war mit rund 50 Personen während einer Woche im Urserental im Einsatz. Dort leistete sie wertvolle Hilfe beim Wiederaufbau der von den Schneemassen beschädigten Infrastruktur. Dazu gehörten die Freilegung von verschütteten Strassen und Brücken, Hang- und Wegsicherungen und allgemeine Instandstellungsarbeiten. Verschüttete Alpwiesen befreiten die Zivilschützer von Geröll und machten sie so wieder nutzbar.

Die ZSOpilatus legt bei ihren Einsätzen grossen Wert auf ein ausgewogenes Verhältnis von öffentlicher Dienstleistung und Festigung der fachdienstlichen Kompetenzen.

Für die Gemeinden Horw, Kriens und Luzern erbrachte die ZSOpilatus an insgesamt 3'000 Diensttagen folgende Arbeitsleistungen:

- 470 Tage Einsätze für Veranstaltungen (Rotseeregatta u. a.);
- 770 Tage für sozialdienstliche Einsätze in Betagtenzentren und zur Unterstützung von Behindertenorganisationen;
- 720 Tage Pflege von Wald und Landschaft;
- 450 Tage Wartung und Unterhalt von Schutzanlagen der Gemeinden;
- 590 Personentage diverse kleinere Einsätze und Dienstleistungen.

Insgesamt entspricht dies einem Leistungsumfang von rund 12 Personenjahren.

Umweltschutz / öko-forum

Eine erste Erfolgskontrolle des städtischen Aktionsplans Luftreinhaltung und Klimaschutz per Ende September 2009 zeigt, dass die Arbeiten auf Kurs sind. Bereits wurden in der Innenstadt die Parkplätze der blauen Zone durch gebührenpflichtige weisse Parkplätze ersetzt. Der Einsatz nichterneuerbarer Energieträger für die Wärmeherzeugung in Neubauten wurde auf kantonaler Ebene begrenzt. Die Umsetzung der übrigen Massnahmen ist zurzeit im Gang.

In Zusammenarbeit mit der Stadtplanung hat der Umweltschutz ein Stichprobenkonzept für Umweltkontrollen auf Baustellen erarbeitet. Ziel der Kontrollen ist die Durchsetzung der umweltrechtlichen Auflagen und die Vermeidung

von Umweltschäden. An fünf Kontrolltagen wurden insgesamt 26 Baustellen kontrolliert. Gravierende Gesetzesverstöße traten auf drei Baustellen zu Tage. Sie wurden von den Verantwortlichen umgehend behoben. Das Baugewerbe begrüsst die Kontrollen mehrheitlich, weil dadurch gleich lange Spiesse für alle Unternehmen gewährleistet sind.

Die durch den Umweltschutz initiierte Abwasserwärmenutzung im Kanal Hirschengraben wird realisiert. Die Wärmetauscher werden im Rahmen der Kanalsanierung eingebaut, welche im Spätherbst 2009 in Angriff genommen wurde.

Ausgehend von einer Risikoanalyse der kantonalen Dienststelle Umwelt und Energie wurden die Gartenböden von neun städtischen Familiengartenarealen auf Schadstoffbelastungen untersucht. Im Friedental, wo sich vier Areale im Bereich der ehemaligen städtischen Kehrichtdeponie befinden, musste die Nutzung aufgrund der festgestellten Schadstoffbelastungen auf rund 100 Gartenparzellen eingeschränkt oder verboten werden. Eingebettet in eine neue Gesamtstrategie städtische Familiengärten (Leitbild, Arealentwicklungsplanung) wurde für die betreffenden Areale ein Sanierungskonzept ausgearbeitet.

Weitere Tätigkeiten des Umweltschutzes im Jahr 2009 waren u. a.:

- Erarbeitung von fachlichen Grundlagen für die laufende BZO-Revision
- Ökologische Baubegleitung, Planung und Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen bei grösseren Bauvorhaben (z. B. Ausbau Zentralbahn, Sanierung Mueseggmauer, A2-Cityring)
- Grössere ökologische Aufwertungsmassnahmen (z. B. Rotsee-Friedental, Dorenbach, Dietschiberg, Unterlöchli)
- "Luzern grünt"-Jahreskampagne 2009 "Schmetterlinge" (Wildgehölzabgabe, Kurse, Exkursionen)
- Tagung für Planer und Architekten zum neuen Gründach-Merkblatt der Regionalkonferenz Umweltschutz (RKU)

Bereits zum dritten Mal wurden die Indikatoren im Bereich Nachhaltige Entwicklung erhoben. Wo aussagekräftige Zeitreihen vorliegen, wurden diese in die Gesamtplanung 2010–2014 integriert. Die Indikatoren zeigen die Entwicklung der Stadt Luzern für definierte Zielbereiche in den Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie. Die Analyse ermöglicht das Erkennen von politischen Handlungsfeldern für die Zukunft.

Die Anzahl der Beratungen durch das öko-forum konnte auf 15'700 gesteigert werden, was einer Zunahme von 23 % entspricht. Die Steigerung erfolgte in erster Linie im Energiebereich, wo sich die Beratungen annähernd verdreifachten. Die Themen-Hitliste wird neu angeführt von "Energie" vor "Garten/Natur" und "Haushalt". Die Umweltbibliothek verzeichnete 11'411 Ausleihen (-3 %). Das Angebot der beliebten "SBB-Tageskarten Gemeinde" wurde weiter ausgebaut (von 10 auf 12 Karten).

Feuerwehr

Im Berichtsjahr bewältigte die Feuerwehr Stadt Luzern 545 Alarm- und 258 geplante Einsätze wie Bereitschaftsdienste bei Grossanlässen. Das vergangene Jahr brachte nebst vielseitigen Einsätzen vor allem Neues durch die Fusion mit der Feuerwehr Littau. Das Feuerschutzgebiet mit 75'000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat sich flächenmässig verdoppelt. Nach dem ersten Jahr als fusionierte Feuerwehr darf festgestellt werden: Die Fusion ist sehr gut gelungen, die neue Organisation hat sich bewährt, und die Einsätze erfolgten zuverlässig, kompetent und effizient.

Die Feuerwehren von Littau und der Stadt Luzern haben ihre Fusion per 1. Januar 2009, also ein Jahr früher als die Gemeindefusion, vollzogen. Es galt, den motivierten Milizangehörigen in beiden Korps schnell aufzuzeigen, dass auch die fusionierte Feuerwehr auf das Engagement, die Erfahrung und das Wissen von allen Feuerwehrangehörigen von Littau und der Stadt Luzern angewiesen ist und die neue Organisation Chancen für alle bietet. Dieses Vorgehen hat sich auch rückblickend als richtig erwiesen.

Die neue Organisation hat dank den guten Vorbereitungsarbeiten im 2008 im Einsatz von Beginn weg sehr gut funktioniert – verständliche Friktionen und Unsicherheiten Anfang 2009 waren schnell überwunden. Die Feuerwehrangehörigen haben zu einer neuen Gemeinschaft gefunden, bei der Littau und Luzern zu einer Einheit wurden – mit vielen gegenseitigen Bereicherungen und einer grösseren Vielfalt.

Die Littauer Feuerwehrleute sind mit erweiterten Stützpunktaufgaben wie Strassenrettung oder Ölwehr zu Land und Wasser gefordert und die Luzerner mit neuen Schwerpunkten wie Wassertransport in ländlichen Gebieten. Mit folgenden Aktivitäten wurden die Ergebnisse und die Zufriedenheit bezüglich Fusion überprüft:

- *Kaderumfrage im Milizkorps bezüglich Zufriedenheit nach der Fusion*
Ergebnis: Gute bis sehr gute Zufriedenheit.
- *Atemschutzinspektion durch kantonales Feuerwehrinspektorat*
Auszug aus dem Inspektionsbericht: "Die Atemschutzabteilungen der Feuerwehr Stadt Luzern verfügen über einen hohen Ausbildungsstand. ... Die Kameraden aus Littau sind in der Feuerwehr Stadt Luzern gut integriert. Den Verantwortlichen ist es gelungen, eine kompakte Einheit zu bilden."
- *Fallstudie zur Feuerwehrfusion durch Studierende der Hochschule Luzern*
Ergebnis basierend auf umfangreichen Befragungen: Der Umsetzung der Fusion wird ein gutes, in vielen Bereichen sogar ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt.

Neben den Kernaufgaben Einsatzbewältigung und Ausbildung sowie der Konsolidierung der Fusion waren die weiteren Schwerpunkte im Berichtsjahr:

- Ersatzbeschaffung Langzeitatemschutzgeräte (kantonale Stützpunktaufgabe)
- Ersatzbeschaffung neuer Dienstanzug
- Übernahme Polizei-Löschpikett durch Luzerner Polizei: Das Polizei-Löschpikett stellt auch nach der Kantonalisierung der Polizei im Auftrag der Feuerwehr das Ersteinsatzelement bei Brandereignissen sicher. Dafür wird es von der Feuerwehr finanziell entschädigt, ausgerüstet und ausgebildet.
- "Sicherheit in der Verwaltung" – Brandschutzinstruktion und Verhaltensschulungen: Sämtliche Mitarbeitenden der Stadtverwaltung werden bezüglich der Sicherheit an ihrem Arbeitsplatz geschult. Bei allen Liegenschaften der Stadt mit Arbeitsplätzen wird das Notfallhandbuch mit den lokalen Gegebenheiten ergänzt.

Weitere Informationen sind im "Tätigkeitsbericht 2009" der Feuerwehr Stadt Luzern zu finden (www.fwluzern.ch).

4.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.3.4.1 Stadtpolizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die uniformierte Hauptabteilung der Stadtpolizei ist im sicherheits- und verkehrspolizeilichen Bereich tätig. Die *Sicherheitspolizei* sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung und trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Prävention bei. Sie verfügt über diejenigen kriminalpolizeilichen Kompetenzen, welche zur Wahrnehmung des sicherheitspolizeilichen Auftrages erforderlich sind; sie unterstützt die Kriminalpolizei nach deren Bedürfnis. Die *Verkehrspolizei* erfüllt alle im Strassenverkehr der Polizei übertragenen Aufgaben und sorgt mittels Vollzugsarbeit und Verkehrserziehung für ein angepasstes und richtiges Verhalten der Verkehrsteilnehmenden.

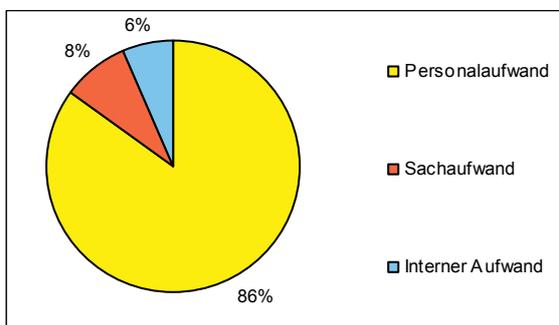
Die *Gewerbe- und Gesundheitspolizei* erfüllt die Aufgaben der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen oder zu ihrer Vollstreckung notwendig ist. Die Haupttätigkeit liegt in der Verwaltung des öffentlichen Grundes (Sondernutzungen des öffentlichen Grundes, Markt- und Messwesen, Reklamewesen) und im Bereich des Gastgewerbewesens. Weiter obliegen ihr Aufgaben der Handelspolizei, des Umweltschutzes, des Tier- und Taxiwesens, behördliche Zustellungen, Zuführungen und Exmissionen sowie die Führung des städtischen Fundbüros. Die Stadtpolizei beschäftigt 215 Personen (21'035 Stellenprozente).

b) Ergebnis

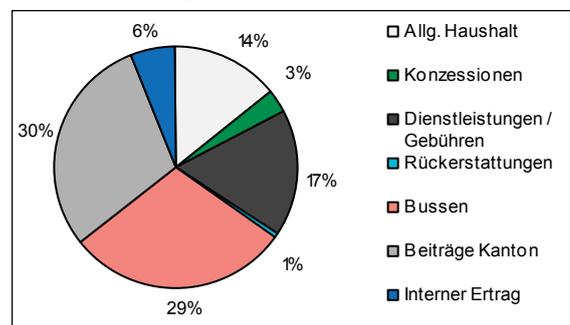
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	31'146'997	31'574'582	32'051'600	-477'018	-1%	427'585	1%
Ertrag	23'217'298	25'571'067	25'822'500	-251'433	-1%	2'353'769	10%
Ergebnis	-7'929'699	-6'003'515	-6'229'100	225'585	4%	1'926'184	24%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Total Stunden Kernprodukte Polizei	210'004	234'159	234'365	246'253	209'751	-15%
Leistungsgruppe Sicherheitspolizei	109'007	121'656	120'858	134'908	98'748	-27%
- davon präventive Präsenz	42'337	40'803	37'403	36'976	34'098	-8%
- davon Ordnungsdienst	23'698	34'559	37'597	42'291	24'174	-43%
Leistungsgruppe Alltagskriminalität	53'643	62'870	64'894	60'977	62'474	2%
- davon Prävention	⁵ 2'225	1'079	1'115	1'282	974	-24%
Leistungsgruppe Verkehrspolizei	47'354	49'633	48'613	50'368	48'529	-4%
Überstunden/Pikettstunden	40'138	48'140	42'470	61'983	37'156	-40%
Verkehrspolizei	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Ordnungsbussen im Strassenverkehr	52'613	62'661	55'616	64'677	44'298	-32%
Automat. Verkehrsüberwachung	61'268	72'811	74'288	90'732	105'787	17%
Angetrunkene Fahrzeuglenkende	218	341	325	339	387	14%
Verkehrsunfälle	775	707	756	704	762	8%
Verletzte Verkehrsteilnehmende	343	262	247	320	264	-18%

⁵ Ab Sommer 2005 exkl. Erarbeitung Lagebild.

Sicherheitspolizei ⁶	2005	2006	2007	2008 ⁷	2009	Veränd.
Einfacher Diebstahl	1'933	2'033	1'989	1'244	1'749	41%
Einbruchdiebstahl	648	613	559	454	680	50%
Entreisssdiebstahl	40	30	32	37	29	-22%
Taschendiebstahl	685	601	277	458	630	38%
Ladendiebstahl	525	567	350	460	675	47%
Betäubungsmitteldelikte	798	1'038	669	828	941	14%
Raub	78	84	57	64	29	-55%
Tätlichkeiten	144	205	156	142	302	113%
Körperverletzung	105	90	65	83	120	45%
Häusliche Gewalt	111	129	143	108	118	9%
Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte	24	99	61	76	162	113%
Sachbeschädigung	679	574	520	488	726	49%
Vorläufige Festnahmen	961	1'200	1'005	0	0	0%
Gewerbe- und Gesundheitspolizei	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl Bewilligungen für Benutzung öffentlichen Grundes	760	757	798	834	854	2%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch die STAPO	1'987	1'612	1'728	1'381	1'439	4%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch das Amt für das Gastgewerbe (Kanton)	412	585	824	632	820	30%
Total Kleintierwegschaffung (Tierwesen/Waseneinstellung)	842	562	290	539	517	-4%
Fundgegenstände	4'449	4'654	4'769	5'244	6'500	24%
Total Rapporte im Umweltschutz (Lärm, Luft, Gewässer, Kehricht usw.)	452	498	288	223	144	-35%

e) Kommentar

Die Senkung des Stundenaufwandes der Sicherheits- und Verkehrspolizei ist insbesondere auf weniger Ordnungsdiensteinsätze zurückzuführen. Seit Sommer 2009 trägt der FC Luzern seine Heimspiele in Emmenbrücke aus, womit auch die Anzahl Einsatzkräfte der Stadt- und Kantonspolizei neu definiert wurde. Zudem wurde die Organisation ab Sommer 2009 auch in weiteren Bereichen bereits auf die neue Luzerner Polizei ausgerichtet, und Überstunden wurden abgebaut.

⁶ Quelle: Kriminalstatistik der Kantonspolizei Luzern, ab 2008 Erhebung durch das Bundesamt für Statistik.

⁷ Gegenüber den Vorjahren Total der Ereignisse, unbeschrieben der Bearbeitung durch Kantons- oder Stadtpolizei. Nicht vergleichbar mit den Vorjahreszahlen. Die Anzahl Festnahmen werden nicht mehr erhoben (keine Fallzahl).

4.3.4.2 Bevölkerungsdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Bevölkerungsdienste umfassen die Bereiche Einwohnerdienste, Regionales Zivilstandsamt, Bürgerrechtswesen sowie Wahlen und Abstimmungen. Die *Einwohnerdienste* führen das Einwohnerregister. Darunter fallen das Registrieren von Zu-, Weg- und Umzügen, die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohnerinnen und Einwohner, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen und Bescheinigungen, das Registrieren von Aufenthaltsbewilligungen von ausländischen Staatsangehörigen, die Bearbeitung von Adressanfragen und das Erteilen von Auskünften an Arbeitsstellen. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Arbeitsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und das Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören das Führen des Hunderegisters und das Inkasso der Hundesteuer.

Das *Regionale Zivilstandsamt* ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes der Bürgerinnen und Bürger und Einwohnerinnen und Einwohner des Zivilstandskreises Luzern (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind Beratung in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten aufgrund von Geburten und Eheschliessungen sowie Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Regionalen Zivilstandsamt ist das Bestattungsamt der Stadt Luzern angegliedert. Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jeder Bürgerin und jedes Bürgers, für den Nachweis des Bürgerrechts in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechts, für die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, für vormundschaftliche Massnahmen, für die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

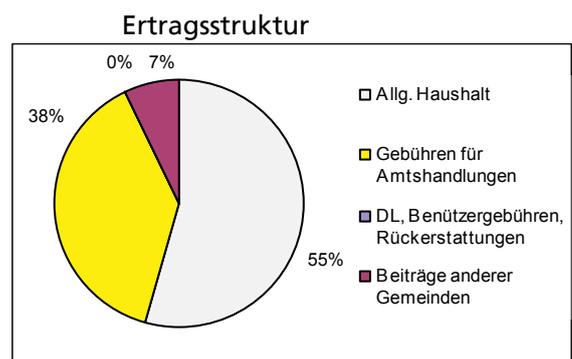
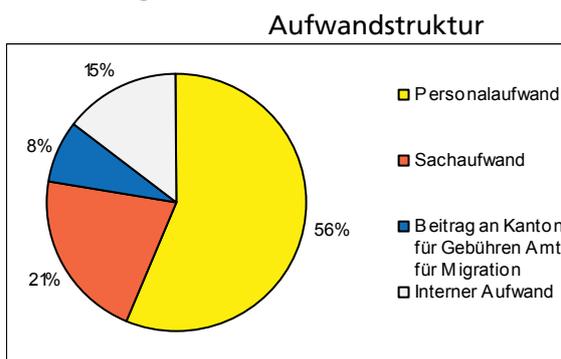
Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität ist der Fachbereich *Bürgerrechtswesen*. Er ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusage/Erteilung des Stadtluzerner Bürgerrechtes, von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, den dazu erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur positiven Entscheidung an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.

Dem Ressort *Wahlen und Abstimmungen* obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt. Als Nebenaufgabe ist dem Büro Wahlen und Abstimmungen die Stimmrechtskontrolle bei Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt zugeteilt. Die Bevölkerungsdienste beschäftigen 23 Personen (2'100 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	3'801'890	4'374'217	4'294'700	79'517	2%	572'327	15%
Ertrag	2'208'679	1'995'966	2'742'000	-746'034	-27%	-212'713	-10%
Ergebnis	-1'593'211	-2'378'251	-1'552'700	-825'551	-53%	-785'040	-49%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	Abw.
Einwohnerdienste						
Gesamtbevölkerung Stand per 31.12.	60'368	60'779	61'248	61'874	62'166	0.5%
Anzahl Ausländer Stand per 31.12..	11'897	11'939	12'191	12'455	12'458	0.2%
Zuzug Wochenaufenthalter	865	865	857	827	827	0%
Änderung Wochenaufenthalt in Wohnsitz	265	265	225	269	257	-4%
Anzahl Wochenaufenthalter Stand per 31.12.	1'757	1'770	1'847	1'941	1'969	1%
Zivilstandsamt						
Geburten	2'246	2'311	2'396	2'472	2'546	3%
Eheschliessungen	515	539	532	586	581	-1%
Registrierte Partnerschaften			22	13	11	-15%
Todesfälle	1'221	1'247	1'292	1'302	1'433	10%
Bürgerrechtswesen						
Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes (behandelte Gesuche)	237/460	227/432	229/399	247/438	216/400	-12%/ -9%
an Schweizer (Gesuche/Personen)	72/99	59/87	67/101	67/105	61/98	-9%/ -7%
an Ausländer (Gesuche/Personen)	165/361	168/345	162/298	180/333	155/292	-14%/ -12%
davon erleichterte Einbürgerungen	67	73	84	91	76	-16%
Einbürgerungsgesuche Ausländer						
Neu eingegangene Gesuche	168	142	162	131	101	-23%
Pendente Gesuche Stand per 31.12.	462	429	422	356	277	-22%
Wahlen und Abstimmungen						Ø
Stimmberechtigte	40'925	41'120	41'384	41'543	43'615	41'717
Stimmbeteiligung (gerundet)	53%	45%	44%	50%	44%	47%
Stimmende	21'836	18'644	18'056	20'915	18'838	19'658
Gesamtkosten pro Abstimmung	63'674	89'281	126'734	99'265	166'176	109'026
Kosten pro Stimmberechtigte/n	Fr. 2.25	Fr. 2.17	Fr. 3.06	Fr. 2.46	Fr. 3.95	Fr. 2.78
Kosten pro Stimtabgabe	Fr. 4.16	Fr. 4.76	Fr. 7.01	Fr. 4.93	Fr. 9.92	Fr. 6.15
Anzahl Urnengänge p.a.	4	4	6	4	5	4.6

e) Kommentar

Im vergangenen Jahr hat die Bürgerrechtskommission 32 Einbürgerungsgesuche sistiert. Gründe: mangelnde Deutschkenntnisse, Strafregistereintragen, mangelnde Integration. Neun Gesuchsteller wurden von der Bürgerrechtskommission abgelehnt. Sieben Gesuchsteller zogen daraufhin das Einbürgerungsgesuch zurück. Zwei Gesuchstellern hat der Grosse Stadtrat das Bürgerrecht der Stadt Luzern nicht zugesichert.

Durch notwendige Ersatzwahlen im Grossen Stadtrat und den 2. Wahlgang bei den Stadtratswahlen stiegen die Kosten für Wahlen und Abstimmungen stark an. In Verbindung mit der tiefen Stimmbeteiligung resultieren wesentlich höhere Gesamtkosten pro Abstimmung bzw. Wahl.

4.3.4.3 Umweltschutz

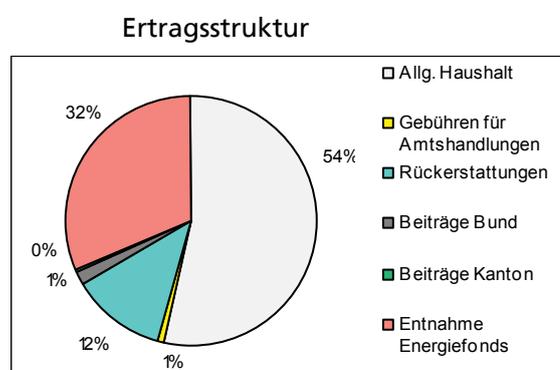
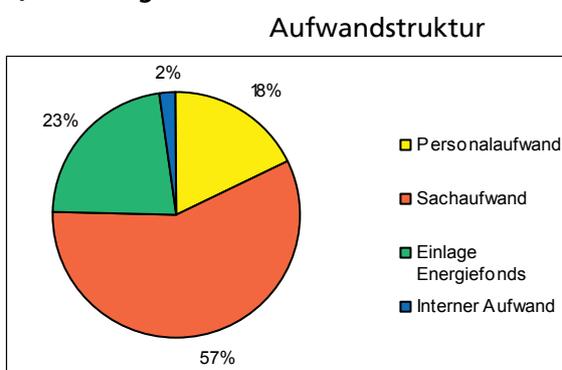
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Vollzugsaufgaben bestehen in erster Linie in den Bereichen Energie, Natur- und Landschaftsschutz (Inventare, Schutz- und Unterhaltmassnahmen, Baubewilligungsverfahren usw.) und Emissionsschutz (z. B. Feuerungskontrolle, Mobilfunk usw.). Die Umweltinformation erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem im Bourbaki Panorama stationierten öko-forum. Die Dienstabteilung beschäftigt elf Personen (835 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	2'478'815	4'427'493	3'603'800	823'693	23%	1'948'678	79%
Ertrag	974'318	2'067'871	1'534'000	533'871	35%	1'093'553	112%
Ergebnis	-1'504'497	-2'359'622	-2'069'800	-289'822	-14%	-855'125	-57%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Energie					
<i>Energiefonds</i>					
Neu zugesicherte Förderbeiträge [Fr.]	1'607'898	479'363	369'264	2'915'687	690%
Ausbezahlte Förderbeiträge [Fr.]	956'785	1'293'742	774'061	1'406'131	82%
Unterstützte Projekte	62	108	62	91	47%
Stand Energiefonds per Ende Jahr	4'926'856 ⁸	4'133'115	3'859'054	3'462'579	-10%
Natur- und Landschaftsschutz					
<i>Projekt "Luzern grünt"</i>					
Beratungen vor Ort	30	33	43	52	21%
Abgegebene Pflanzen	1'850	2'240	1'530	1'405	-8%
Emissionsschutz					
<i>Anzahl Feuerungskontrollen</i>					
Anteil Beanstandungen bei Ölfeuerungen	2'123	2'785	2'149	2'637	23%
Anteil Beanstandungen bei Gasfeuerungen	43%	39%	36%	27%	-25%
	26%	22%	24%	16%	-33%
Mobilfunkantennen					
Beurteilte Baugesuche	6	10	7	8	14%
Beurteilte Messberichte	7	4	5	4	-20%
Standorte insgesamt per Ende Jahr	33	36	40	42	5%

⁸ Zusätzliche ausserordentliche Einlage von Fr. 2 Mio. mit Jahresabschluss 2006 gemäss B+A 15/2007.

e) Kommentar

Aufwand und Ertrag der Dienstabteilung Umweltschutz lagen um Fr. 800'000.– bzw. Fr. 500'000.– über dem Budget. Hauptgrund dafür waren nicht kreditierte Kosten für die Projektierung und Durchführung von Altlasten-Sanierungen (Allmend, Familiengärten, Verkehrshaus) bzw. deren teilweise Vorfinanzierung durch den Kanton.

Der Stand des Energiefonds nimmt seit Jahren kontinuierlich ab. Zwar liegen noch über Fr. 3 Mio. im Fonds, tatsächlich verfügbar (= nicht an Projekte zugesichert) sind aber lediglich noch rund Fr. 0,5 Mio. Die von der Stimmbevölkerung beschlossene zusätzliche Äufnung des Fonds kommt genau zum richtigen Zeitpunkt und ist dringend nötig.

Das Projekt "Luzern grünt" ist in der Bevölkerung nach wie vor sehr beliebt. Die Anzahl persönlicher Beratungen vor Ort erreichte einen Höchststand.

Mit der Einführung der generellen Messpflicht für Stickoxide und verschärften energetischen Anforderungen für einen Teil der Anlagen nahm die Beanstandungsquote bei den Feuerungskontrollen im Jahre 2005 gegenüber den Vorjahren sprunghaft zu. Seither ist eine deutlich rückläufige Tendenz zu beobachten. Dies zeigt, dass beanstandete Anlagen laufend saniert oder ersetzt werden.

Das Netz der Mobilfunkantennen-Standorte auf Stadtgebiet wird nach wie vor weiter verdichtet. Die Anzahl der Baugesuche für den Neubau oder die Umrüstung von Antennen unterliegt jährlichen Schwankungen, ebenso die Anzahl der zu beurteilenden Messberichte (Abnahmemessungen).

4.3.4.4 Zivilschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

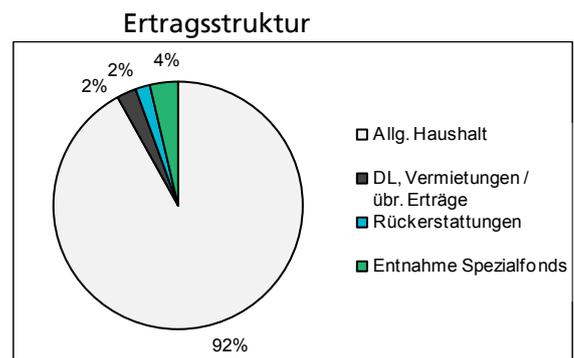
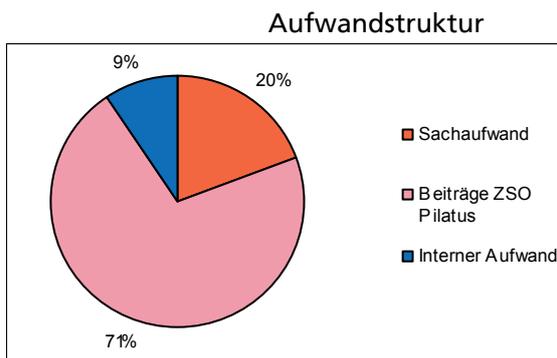
Der Zivilschutz ist eine Nothilfeorganisation. Er stellt die erforderlichen Elemente der zweiten Staffel, wenn die Mittel der Blaulichtorganisationen erschöpft sind oder wenn diese Unterstützung anfordern. Dadurch wird deren Durchhaltefähigkeit bei grossen und/oder lang andauernden Ereignissen erhöht. Einsätze wie die Betreuung von Kriegsflüchtlingen im Eigenthal, die Bereitstellung von Sandsäcken zur Eindämmung des Hochwassers 1999 und 2005 oder die Überwachung des Schadensgebietes bei den Unwettern 2005 sind Beispiele dafür.

Die notwendigen Fertigkeiten werden den Schutzdienstpflichtigen in Aus- und Weiterbildungskursen durch Bund und Kanton vermittelt. Es ist Aufgabe der Gemeinden, das notwendige Wissen im Rahmen von Wiederholungskursen zu erweitern und zu festigen. Im Einsatz und bei der Ausbildung leistet der Zivilschutz einen Beitrag zum Schutz und zur Hilfe für die Bevölkerung bei der Bewältigung von ausserordentlichen Lagen.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	1'220'273	1'042'098	1'083'500	-41'402	-4%	-178'175	-15%
Ertrag	72'438	82'770	54'100	28'670	53%	10'333	14%
Ergebnis	-1'147'836	-959'328	-1'029'400	70'072	7%	188'508	16%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen (gem. Jahresrechnung ZSOpilatus)

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Kostenanteil Stadt Luzern an der ZSOpilatus	921'684	876'121	910'755	710'531	746'499	5%
Kosten pro Einwohner in Fr.	15.91	15.08	15.59	12.01	12.48	4%
Einsatztage ZSOpilatus	2'969	5'417	2'637	3'899	2'997	-23%
Kosten pro Einsatztag in Fr.	16.51	13.10	21.35	16.92	20.89	23%
Kosten für städtische ZS-Bauten	300'938	299'083	277'237	504'714	302'102	-40%

e) Kommentar

Mit dem kantonalen Zivilschutzgesetz sind die Kosten für die Grund- und Kaderausbildung durch den Kanton zu tragen. Das ergibt ab dem Jahr 2008 eine bleibende Reduktion des Aufwandes von rund Fr. 270'000.-.

Im gleichen Jahr wurden durch das eidgenössische Jodlerfest ausserordentliche Einnahmen in der Höhe von rund Fr. 60'000.- generiert. Diese Einnahmen fehlen im Jahr 2009, was die Abweichungen der spezifischen Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr erklärt.

4.3.4.5 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Energie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern und seit April 2007 die Erstanlaufstelle für das kantonale Förderprogramm im Energiebereich. Der Kanton leistet für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanzielle Entschädigungen.

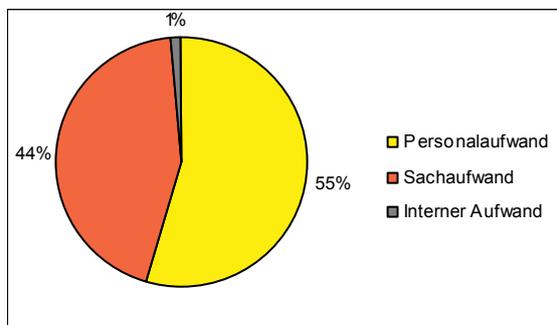
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

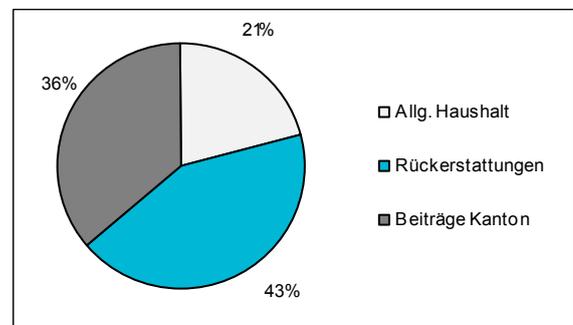
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	382'613	456'722	390'300	66'422	17%	74'109	19%
Ertrag	291'388	360'475	291'300	69'175	24%	69'088	24%
Ergebnis	-91'225	-96'246	-99'000	2'754	3%	-5'021	-6%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl Beratungen	12'140	12'291	12'627	12'734	15'677	23%
davon Stadtbevölkerung	7'291	7'514	8'019	7'684	7'736	1%
Anzahl Ausleihen von Medien	10'677	10'834	11'323	11'714	11'411	-3%

e) Kommentar

Der Anteil der Stadt Luzern an der Finanzierung des öko-forums konnte seit dem Jahre 2000 von etwa 70 % auf noch rund 20 % reduziert werden. Vier Fünftel der Kosten werden heute durch den Kanton, durch Gemeinden und Private getragen.

Der Aufwandüberschuss lag mit Fr. 96'246.– leicht unter dem budgetierten Betrag von Fr. 99'000.–. Mehreinnahmen haben dieses Ergebnis ermöglicht (Verkauf SBB-Tageskarten, Kantonsbeiträge). Die Anzahl der Umweltberatungen konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Einen regelrechten Boom erlebte dabei der Bereich Energie (+182 %), dies dank der Rolle des öko-forums als Erstanlaufstelle für das kantonale Förderprogramm. Die Anzahl der Ratsuchenden aus der Stadt Luzern nahm zwar insgesamt leicht zu, deren Anteil an der gesamten Anzahl Beratungen war jedoch rückläufig.

Die Anzahl der Ausleihen von Medien nahm leicht ab. Sie liegt heute aber mehr als dreimal so hoch wie noch vor sieben Jahren.

4.3.4.6 Feuerwehr

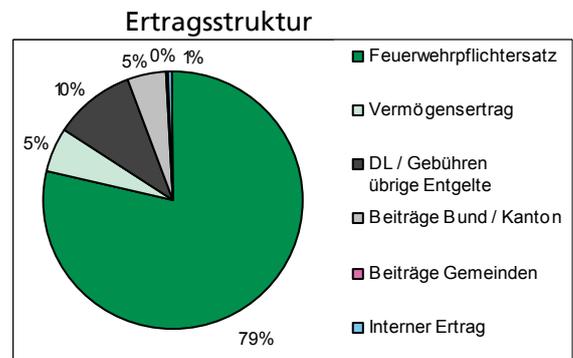
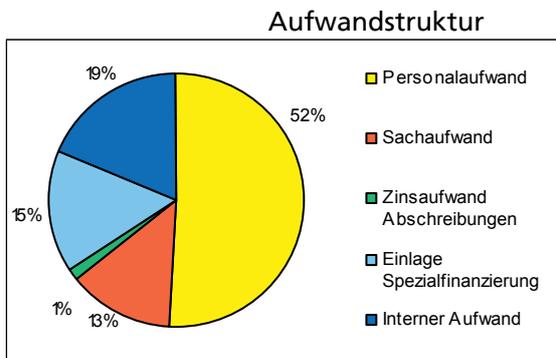
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche Personen, Tiere oder die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Bereitschafts-, Wach-, Kontroll- und Verkehrsdienste sowie technische Hilfeleistungen. Als Stützpunktfeuerwehr wird die städtische Feuerwehr auch für Einsätze mit Langzeitatemschutzgeräten, Strassenrettungen, als Strahlenwehr und als Ölwehr aufgeboden. Bei der Feuerwehr sind neun Personen mit 900 Stellenprozenten als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrcorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mit Pager- und Telefonalarm, zu den Übungen jeweils schriftlich aufgeboden.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	3'948'335	4'945'935	4'961'400	-15'465	0%	997'600	25%
Ertrag	3'948'335	4'945'935	4'961'400	-15'465	0%	997'600	25%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Alarmergänge	463	453	520	529	545	3%
davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizeilöschpiketts oder von Teilen der Feuerwehr)	260	280	275	225	248	10%
Einsätze total (Alarmergänge + im Voraus geplante)	690	774	835	785	803	2%
Einsatzstunden total (inkl. Polizeilöschpikett)	14'410	7'487	8'420	10'279	14'943	45%
Besoldete Stunden für Übungen, Kurse und Rapporte	16'119	17'698	20'297	19'713	24'008	22%
Besoldete Stunden für Retablierung, AVOR und Dokumentationsdienst	3'162	3'585	3'789	2'055	3'314	61%

e) Kommentar

Die Feuerwehren Littau und Stadt Luzern haben bereits auf den 1. Januar 2009 fusioniert. Gemäss einer Verwaltungsvereinbarung mit Littau wurde das Feuerwehrcorps und die Rechnungsführung für 2009 zusammengelegt.

Die Rechnung der Feuerwehr schliesst mit einer deutlichen Besserstellung gegenüber dem Budget ab. Anstelle der geplanten Entnahme von Fr. 505'100.– konnte eine Einlage von Fr. 217'814.04 in die Spezialfinanzierung Feuerwehr vorgenommen werden. Die Abweichung ist einerseits auf Einsparungen durch die Feuerwehrcorpsfusion zurückzuführen. Da in der Budgetierungsphase die Synergien noch nicht konkret beziffert werden konnten, wurden die beiden Voranschläge zusammengeführt, im Wissen, dass Einsparungen erzielt werden können. Andererseits erwies sich die aufgrund der Wirtschaftslage zurückhaltende Schätzung der Einnahmen aus der Feuerwehrcorpsersatzabgabe als zu vorsichtig und erfüllte sich glücklicherweise nicht.

Die Anzahl Alarmeinsätze sind mit 545 leicht höher als im Vorjahr. Es ist jedoch zu beachten, dass die Kennzahlen 2009 die fusionierte Feuerwehr mit dem Feuerschutzgebiet Littau darstellen. Wenn man die langjährige Einsatzstatistik von Littau mitberücksichtigt, so entspricht die Anzahl Alarmierungen einer leichten Abnahme, die dafür notwendigen Einsatzstunden jedoch einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr.

Durch die Fusion wurde das Milizkorps von drei auf vier Kompanien vergrößert. Dementsprechend nahmen auch die Aufwendungen für Ausbildung, Rapporte und Übungsvorbereitungen zu.

4.4 Baudirektion

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Von der "alten" zur "neuen" Stadt

Im Geschäftsjahr 2009 galt es, in verschiedener Hinsicht von der "alten" Stadt Luzern Abschied zu nehmen und das neu positionierte Gemeinwesen vorzubereiten. Die Fusion mit Littau und die Ausgliederung der Stadtpolizei zum Kanton führten zu einer Neuaufstellung der Stadt, die nicht nur organisatorisch, sondern insbesondere auch mental zu bewältigen ist. Wie jede Veränderung bietet auch diese Chancen und Risiken.

Lange vor dem 1. Januar 2010 galt es, sich organisatorisch für die neuen Aufgaben vorzubereiten. Es wurde entschieden, das Tiefbauamt aus der Baudirektion auszugliedern und in eine neue Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit zu integrieren. Dadurch wurde es möglich, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Bewirtschaftung des ganzen öffentlichen Raums aus einer Hand, sprich aus einer Direktion, sicherzustellen. In operativer Hinsicht stellt dies eine gewaltige Optimierung dar. Auf strategischer Ebene müssen die neu entstandenen Schnittstellen, insbesondere im Bereich Siedlung und Verkehr, bewusst gepflegt werden. Gerade bei der in Revision befindlichen Bau- und Zonenordnung müssen diese Herausforderungen bewältigt werden.

Durch diese Neuorganisation der Stadtverwaltung wurde die Baudirektion mit neuen Aufgaben betraut. Im Rahmen der neuen Dienstabteilung Stadtentwicklung werden die Gesamtplanung, die Stadtteilpolitik und die Raumentwicklung (bisher ein Ressort der Dienstabteilung Stadtplanung) bearbeitet.

Die Gesamtplanung befasst sich bekanntlich mit der mittel- und langfristigen Ausrichtung der Stadt Luzern. Das seit rund 10 Jahren bestehende Instrument wird neu konzipiert. Die Vorbereitung und Abwicklung des alljährlich stattfindenden Gesamtplanungsprozesses, die Grundlagenerarbeitung und dafür notwendige interdisziplinäre Stadtentwicklungsprojekte sollen von einer Dienststelle verantwortet werden.

Der Inhalt der Gesamtplanung ist eine nicht delegierbare Aufgabe des Stadtrates. Damit die Entscheide jedoch umsichtig und in Berücksichtigung sämtlicher Facetten erfolgen, muss der Gesamtplanungsprozess sorgfältig strukturiert werden. Der Stadtrat soll in die Lage versetzt werden, unter Miteinbezug sämtlicher entscheidungsrelevanter Fakten Beschlüsse fassen zu können. Dazu gehört insbesondere auch, dass die Gesamtplanung eng an die Finanzplanung gekoppelt wird. Beide Planungsprozesse haben Reflexwirkung aufeinander. Einerseits kann die Stadt nur auf der Basis der vorhandenen Finanzen die Kernaufgaben und darüber hinausgehende Dienstleistungen anbieten. Dazu gehört es, auch wenn es unbequem ist, Priorisierungen vorzunehmen. Andererseits muss definiert werden, was für die gedeihliche Fortentwicklung der Stadt als unabdingbar betrachtet wird, auf welche Aufgabenerfüllungen also die städtische Finanzpolitik ausgerichtet werden soll. Es muss bei der politischen Diskussion möglich sein, je nach gewonnenen Erkenntnissen auch die Einnahmenseite der Stadt neu definieren zu dürfen, womit insbesondere die Steuerpolitik angesprochen ist.

In letzterer Hinsicht ist es wichtig, sich immer wieder zu fragen, welche Leistungen vom Staat gefordert und erwünscht werden. Alles hat seinen Preis. Die öffentliche Hand kann nur im Rahmen der ihr zur Verfügung gestellten Ressourcen Leistung erbringen, wobei es nach heutigem Verständnis als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf, dass diese effizient erbracht wird.

Mit der eingangs erwähnten Fusion Littau-Luzern ist die Voraussetzung geschaffen, um sich im nationalen und internationalen Wettbewerb noch besser positionieren zu können. Es lohnt sich, aufgrund einer konstruktiven Politik diese Chance zu packen und für die nachfolgenden Generationen gute Grundlagen zu schaffen.

4.4.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Agglomerationsprogramm (Mobilität) (Projektplan Nr. L69036)	Fünfjahresziel A0.1, A4.1, B1.1, B2.1
---	---

Grundsatzentscheide zu Bypass, Spange Süd und Bahnzufahrt (Zürich) sind gefällt.

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat den Bypass so priorisiert, dass in den nächsten Jahren weiter daran geplant werden kann.

Bei der Bahnhofzufahrt steht seit 2009 wieder der Tiefbahnhof mit der unterirdischen Zufahrt vom Rontal her im Vordergrund. Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern haben einem entsprechenden Planungskredit mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Die Stadt Luzern ist seit 2009 in der Metropolitankonferenz des Metropolitanraumes Zürich in verschiedenen Gremien vertreten.

Die Projekte der Stadt Luzern, welche in den Massnahmen gemäss Priorität A enthalten sind und in den Jahren 2011–2014 realisiert werden sollen, konnten im Jahr 2009 fristgerecht weiterbearbeitet und dem Bund eingereicht werden.

Stadtplanung, Rahmenkredit (BZO-Revision) (Projektplan Nr. I79077)	Fünfjahresziel A0.1, A1.3, A4.1, C4.2, C4.3, D2.1, D3.1
--	--

Ein Entwurf für die neue Bau- und Zonenordnung (Zonenplan plus Bau- und Zonenreglement) liegt vor.

Nachdem der Grosse Stadtrat Anfang 2009 vom Raumentwicklungskonzept 2008 Kenntnis genommen und den Kredit für die 2. Phase freigegeben hat, ist mit der Überarbeitung der BZO von 1994 begonnen worden. Folgende Ziele verfolgt der Stadtrat mit dieser Revision:

- Vereinfachung des Regelwerkes
- Schaffung von Entwicklungsspielräumen im eingezonten Baugebiet durch eine qualitätsvolle Verdichtung (Siedlungsentwicklung nach innen)
- Erhaltung der hohen Lebensqualität
- Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit

Vorgesehen ist, den Entwurf der neuen Bau- und Zonenordnung im Herbst 2010 in ein öffentliches Mitwirkungsverfahren zu geben.

Sportarena Allmend, Ausführungskredite (Projektplan Nr. I34023)	Fünfjahresziel C3.4
Entwicklung Allmend, Ersatzmassnahmen und Transformationsprozesse (Projektplan Nr. I34024)	Fünfjahresziel C3.4

Die Sportarena Allmend wird fristgerecht gebaut; die übrigen Allmend-Projekte werden zielorientiert umgesetzt bzw. weiterverfolgt.

Nach dem Baubeginn der Sportarena im Juli 2009 werden im Jahr 2010 folgende Phasen erreicht:

- Baubeginn Schiesssorthalle November 2010
- Neue Tennisplätze spielbereit ab April 2010; Bezug Clubhaus August 2010
- Bezug Leichtathletiktribüne November 2010
- Untergeschoss und Tiefgarage Bereich Sportgebäude Juli/August 2010
- Untergeschoss und Tiefgarage Bereich Wohntürme Oktober/November 2010
- Ausbau und Fassadenmontage Fussballstadion Ende 2010
- Ausbau und Fassadenmontage Garderobenanlage EG Mitteltribüne Ost Ende 2010
- Inbetriebnahme Kunstrasenfelder 33 und 34 Allmend Süd.

Umsetzung bauliche Entwicklung Schulhäuser gemäss Gesamtkonzept (Projektplan Nr. I21727, Nr. I21729 und Nr. I21730)	Fünfjahresziel C3.2
---	------------------------

Die Erneuerung der Schulbauten wird vorangetrieben.

Für die Schulanlagen Felsberg und Maihof konnten wegen diverser Verzögerungen zwar noch nicht die Sanierungskredite, jedoch die Projektierungskredite eingeholt werden und die Planungsarbeiten erfolgreich gestartet werden. Das Schulhaus Büttenen konnte fristgerecht auf Beginn des Schuljahres 2009/2010 bezogen werden.

Wettbewerb Entwicklung Inseliquai–Alpenquai (Projektplan Nr. I79014)	Fünfjahresziel A1.3, C4.2
--	------------------------------

Seeuferplanung für den Abschnitt Inseli bis technischer Sporn: Der Wettbewerb ist gestartet.
Sistierung des Wettbewerbs wegen Standortsuche Salle Modulable.

Obere Bernstrasse / Studie (Projektplan Nr. L94104)	Fünfjahresziel A0.1, A1.3, C2.1
---	------------------------------------

Die Studie über Realisierungsmöglichkeiten an der oberen Bernstrasse ist abgeschlossen.

Die mit verschiedenen benachbarten Grundeigentümern geführten Gespräche brachten leider nicht den erhofften Erfolg. Mit der Absicht, unter Berücksichtigung der bestehenden Rahmenbedingungen trotzdem eine Entwicklung herbeiführen zu können, wurden alle gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften von Luzern und Littau angeschrieben und ihr Interesse an einer Zusammenarbeit abgeklärt. Diese geplante Partnerschaft muss nun vertieft werden.

Fortsetzung langfristiges Sanierungsprogramm für die Betagtenzentren (Projektplan Nr. I41507 und Nr. I41506)	Fünfjahresziel C2.2
--	------------------------

Die Erneuerung für das BZ Wesemlin und Planungen für das BZ Dreilinden sowie das Alterszentrum Staffelnhof sind im Gange.

Die Bauarbeiten beim Haus Morgenstern sind fristgemäss im Gang. Der Wettbewerb für das Haus "Rigi" wurde durchgeführt. Die Ausführungsarbeiten beim Alterszentrum Staffelnhof haben im November 2009 fristgerecht begonnen.

4.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K510	Stab Baudirektion	1'392	984	408	41%	196	182	13	7%	(1'196)	394	
K511	Finanzen und Controlling	2'111	2'149	-38	-2%	1'943	1'944	-1	0%	(168)		38
K512	Stadtplanung	2'791	2'655	137	5%	1'579	1'699	-120	-7%	(1'212)	256	
K513	Tiefbauamt	48'756	47'786	970	2%	28'890	28'546	344	1%	(19'866)	626	
K514	Immobilien	5'110	5'219	-109	-2%	2'334	2'289	46	2%	(2'776)		154
K515	GIS-DLZ	3'203	2'896	307	11%	3'156	3'144	12	0%	(48)	296	
	<i>Spezialaufgaben</i>											
K520	Liegenschaften Verwaltungs- vermögen	15'370	15'626	-255	-2%	17'317	17'163	154	1%	1'947		410
K521	Liegenschaften Finanzvermögen <i>Spezialfinanzie- rungen</i>	9'807	9'666	141	1%	9'807	9'666	141	1%	0		
K590	Kehricht- beseitigung	8'066	7'957	109	1%	8'066	7'957	109	1%	0		
K591	Stadt- entwässerung	7'993	9'150	-1'157	-13%	7'993	9'150	-1'157	-13%	0		
	Total Netto- verschlechterung	104'600	104'088	512	0%	81'282	81'739	-457	-1%	(23'318)	1'572	602 970

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 0,97 Mio. ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 1,6 Mio. stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 0,6 Mio. gegenüber. Beim Aufwand schliesst die Rechnung mit Mehrausgaben von Fr. 0,5 Mio. ab. Darin enthalten sind auch Nachtragskredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b GO von Fr. 3'589'000.– und gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. c GO von Fr. 1'091'100.–.

Das Ergebnis resultiert aus Mehrausgaben von Fr. 408'000.– beim Stab und Fr. 137'000.– bei der Stadtplanung (Nachtragskredite des Stadtrates gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO). Der Mehraufwand beim TBA von Fr. 970'000.– ist im Wesentlichen auf einen Nachtragskredit und auf die Bruttoverbuchung des baulichen/betrieblichen Unterhaltes (Ausgleich beim Ertrag), derjenige beim GIS-DLZ von Fr. 307'000.– auf zwei Nachtragskredite und höhere interne Verrechnungen der PIT für zusätzliche Abschreibungen, derjenige bei den Liegenschaften des Finanzvermögens von Fr. 141'000.– auf diverse Nachtragskredite und auf eine geringere Ablieferung des Betriebsergebnisses sowie derjenige bei der Kehrichtbeseitigung von Fr. 109'000.– auf interne Verrechnungen des Tiefbauamts (Anschaffung Kehrichtfahrzeug und Minderaufwendungen MWSt) zurückzuführen.

Demgegenüber stehen Einsparungen von

Fr. 38'000.– bei Finanzen und Controlling (Pensenreduktion und allg. Büromaterial), von Fr. 109'000.– bei den Immobilien (Personalfluktuationen), von Fr. 255'000.– bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (vor allem Besoldungen aufgrund Organisationsentwicklungen) sowie von Fr. 1,15 Mio. bei der Stadtentwässerung (geringere Entschädigung an den Gemeindeverband GALU).

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mindereinnahmen von Fr. 0,457 Mio. ab. Bei diversen Konti ergaben sich Mehrerträge von rund Fr. 0,8 Mio. Diese resultieren hauptsächlich aus höheren Rückerstattungen beim Stab von Fr. 13'000.–, beim Tiefbauamt von Fr. 344'000.– (Benützungsgebühren/Dienstleistungen), bei den Immobilien von Fr. 46'000.– (höhere Rückerstattungen aus der Investitionsrechnung) und bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens von Fr. 154'000.– (Rückerstattungen) sowie bei den Liegenschaften des Finanzvermögens von Fr. 141'000.– (höhere Mietzinsträge und Baurechtszinsen). Dazu kommen Fr. 109'000.– bei der Kehrichtbeseitigung (geringere Betriebsgebühren, dafür höhere Rückerstattungen und Entnahmen aus der Spezialfinanzierung).

Schliesslich resultierten Mindererträge bei zwei Konti, nämlich Fr. 120'000.– bei der Stadtplanung (Gebühren für Amtshandlungen einerseits und Entnahmen aus Reservekonto starke Stadtregion andererseits) sowie Fr. 1'157'000.– bei der Stadtentwässerung (geringere Betriebsgebühren und keine Entnahme aus der Spezialfinanzierung).

4.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Baudirektion

Der Stab beschäftigte sich im vergangenen Jahr u. a. insbesondere mit der Fusion Littau-Luzern, der partiellen Reorganisation der Stadtverwaltung sowie dem Projekt Stadtentwicklung.

Finanzen und Controlling

Im Berichtsjahr standen nebst dem Tagesgeschäft folgende Projekte zur Bearbeitung an:

- Partielle Reorganisation der Stadtverwaltung und Vorbereitung der Übergabe des Tiefbauamtes an die neue Direktion UVS.
- Fusion Littau-Luzern; im Bereich F+C besonders betreffend Budgetübernahmen und neues Beschaffungswesen Stadt Luzern.
- Projektstart "Globalbudget mit Leistungsauftrag" zusammen mit dem GIS-DLZ und der Finanzverwaltung.

Unter der Federführung der Finanzdirektion erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Teilprojektleitern der Direktionen der Start der Projekte Sparpaket 2011 und neues Berichtswesen ab 2012. Das 2008 erarbeitete Konzept der flächendeckenden Kostenrechnung wurde wie geplant per 1. Januar 2009 umgesetzt.

Stadtplanung

Die Revision der Bau- und Zonenordnung BZO beschäftigte die Stadtplanung auch im Berichtsjahr intensiv. Gestützt auf den vom Grossen Stadtrat am 29. Januar 2009 beschlossenen B+A 48/2008 wurde die Revision der BZO zügig vorangetrieben. Unter anderem ging es darum, die Erkenntnisse aus dem vom Grossen Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommenen Raumentwicklungskonzept 2008 umzusetzen. In fünf Klausurveranstaltungen wurden im Erläuterungsbericht zur BZO-Revision Aussagen zur Stadtentwicklung und zur regionalen Zusammenarbeit gemacht. Zudem konnte ein neues Regulativ bestehend aus Teilzonenplänen (vorher Bebauungspläne) und dem Bau- und Zonenreglement entwickelt werden.

Im Weiteren sind die zwei Schlüsselareale Industriestrasse und Hallenbad aus dem Aktionsprogramm Stadtentwicklung bearbeitet worden. Ausgehend von der räumlichen Nähe der beiden Areale und den Veränderungsbedürfnissen eines der beteiligten Grundeigentümer (ewl) wurden die beiden Schlüsselareale zusammengeführt und als Areal Steghof entwickelt. Das Entwicklungskonzept liegt in der Zwischenzeit vor. Die Erkenntnisse aus der

Bearbeitung fliessen direkt in die Zonenbestimmungen ein.

Im Berichtsjahr beschloss der Grosse Stadtrat im Zusammenhang mit der Auslagerung der Stadtgärtnerei die Umzonung des Wettsteinparks von der Zone für öffentliche Zwecke in eine Wohnzone. Im Weiteren wurde die Zonen- und Bebauungsplanänderung Butterzentrale mit Regierungsratsbeschluss vom 6. März 2009 rechtskräftig.

Im Verlaufe des Jahres 2009 wurden verschiedene Gestaltungspläne bearbeitet. Rechtskräftig wurden folgende Gestaltungspläne: G 336 Rodtegg II (Entscheid Bundesgericht vom 21. April 2009), G 341 Gütschhöhe, G 347 Oberlöhli Süd, G 348 Lindenfeldstrasse und G 349 Weinbergli. Das Verwaltungsgericht des Kantons Luzern hat folgende Gestaltungspläne abgewiesen: G 339 Rebstockrain und G 343 Bundesplatz Süd.

Auch mit der Umsetzung des vom Volk verabschiedeten Plan Lumière wurde begonnen. Unter anderem wurden Umsetzungsrichtlinien erarbeitet und erste Projekte realisiert. Zudem beschäftigte sich die Stadtplanung auch mit diversen Kleinbauprojekten im öffentlichen Raum (WC-Konzept, mobile Kleinbauten usw.).

Auch dieses Jahr beanspruchte die Beratung und Auskunftserteilung in Planungs- und Baufragen viel Einsatz. So wurden 38 Volumenauskünfte mit den entsprechend zeitintensiven Abklärungen und Berechnungen erteilt.

Folgende Wettbewerbsverfahren konnten mit Begleitung der Stadtplanung abgeschlossen werden:

Projektwettbewerb Erneuerung BZ Dreilinden, Studienauftrag Areal Emmi/Butterzentrale, Studienauftrag Grossmatte 2 und 4, Littau, Investorenwettbewerb Neuhushof, Littau, Projektwettbewerb Teiggi, Gemeindehaus, LUPK-Areal, Kriens, Studienauftrag Kultur- und Jugendzentrum Schappe Süd, Kriens.

Im Berichtsjahr wurden total 385 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Vorprojekte, Fensterersatz usw. Vom Ressort Baugesuche wurden total 364 Gesuche behandelt, davon 47 mit Einsprachen. Es mussten 3 Baugesuche vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden 12 nicht bewilligungsfähige Gesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. Das Bauvolumen betrug rund Fr. 314 Mio. Die Bearbeitung der Bauvoranfragen

und Baugesuche umfasste auch die Beratung und Unterstützung von Bauvorhaben in baurechtlicher und architektonischer Hinsicht.

Die Datenbereinigung für die Registerharmonisierung (RHG) im eidg. Gebäude- und Wohnregister (GWR) wurden im Jahre 2009 wiederum mit temporären personellen Ressourcen fortgesetzt. Per Ende 2009 konnten die Arbeiten weitgehend abgeschlossen werden. Ebenfalls wurden die Baustatistiken Stadt Luzern und Stadtteil Littau bereinigt und vorbereitet für die Fusion auf Ebene des Bundesamtes für Statistik.

Das Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz hat mit der Aufnahme der städtebaulich und architektonisch erhaltens- und schützenswerten Bauten des Bebauungsplans B 127 Bramberg / St. Karli ins Hinweisinventar (Bauinventar) begonnen.

Denkmalpflegerisch standen zwei städtische Objekte im Zentrum der Arbeiten:

- Im Sommer 2009 wurden im 1. Obergeschoss des Luzerner Rathauses die originalen Fenster aus dem 18. Jahrhundert konserviert und restauriert. Gleichzeitig wurden Sicherungsmassnahmen an den Glasgemälden, bedeutende Werke der Glasmalerei aus dem 17. Jahrhundert, durchgeführt.
- Schwerer Pilzbefall machten eine umfassende bauliche Instandstellung des sogenannten Brambergsschlössli, 1675 vor der Museggmauer als patrizischer Landsitz der Familie Pfyffer von Wyher errichtet und 1884 mit einem Anbau erweitert, unumgänglich. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde das Brambergsschlössli in das kantonale Denkmalverzeichnis eingetragen.

In der Berichtsperiode 2009 sind folgende fünf Objekte in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:

- Seebad Nationalquai (originale Teile der Anlage)
- Libellenstrasse 69, Maihofstrasse 61, Rotseestrasse 1 (Gesamtbauwerk)
- Kirche St. Josef im Maihof, Weggismattstrasse 7 (Gesamtbauwerk mit Kirche, Saal, Taufkapelle und Turm)
- Bramberghöhe 4, Brambergsschlössli (Gesamtbauwerk)
- Untergeissenstein 686, Freihof Geissenstein (Hauptgebäude, zwei Gartenhäuschen im Süden, Ökonomiegebäude im Osten, Toranlage zum Fussweg im Nordwesten)

Im Hinblick auf die Fusion mit Littau musste sich die Stadtplanung auch mit den Planungsgrundlagen und den aktuellen Projekten der

Gemeinde Littau befassen. Es ging insbesondere darum, sich eine Übersicht zu den Planungsthemen zu verschaffen, um einen möglichst reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Dies erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Gemeinde Littau. Zudem wurden aufgrund der Integration der Stadtentwicklung in die Baudirektion die Auswirkungen der Organisation auf die Stadtentwicklung geprüft und neu geregelt. In der Folge wird 2010 die Dienstabteilung (DA) Stadtplanung in DA Städtebau umbenannt, mit den Aufgabenbereichen Zentrale Dienste, Baugesuche, Denkmalpflege/Kulturgüterschutz und Stadtgestaltung. Das bisherige Ressort Planung wird als Ressort Raumentwicklung in die neue DA Stadtentwicklung übergeführt.

Tiefbau

Beim Tiefbauamt stand das Jahr 2009 im Zeichen der Vorbereitungen auf die Gemeindefusion zwischen Luzern und Littau. So galt es z. B. bereits im Laufe des Jahres neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu integrieren und bereits Aufgaben im Bereich des Unterhalts in der Gemeinde Littau zu übernehmen. Vor allem aber galt es, die Übernahme der Infrastrukturen der Gemeinde Littau wie Strassenetz, Grünflächen und Kanalnetz vorzubereiten, wobei der Grundsatz galt, dass die zusätzlichen Flächen ohne zusätzliche personelle Ressourcen bewirtschaftet werden müssen. So hat beispielsweise die Fläche der Gemeindestrassen der vereinigten Stadt Luzern um 30 % zugenommen, die Personaleinheiten, welche die Strassen unterhalten, aber nur um 6 %. Die Gesamtlänge des Kanalnetzes hat um 32 % zugenommen, die Personaleinheiten, welche dieses unterhalten, sind aber auf dem heutigen Stand geblieben.

Die wirtschaftspolitische Ausrichtung auf den Metropolitanraum Zürich hat für die Stadt Luzern zur Folge, dass insbesondere dieverkehrliche Anbindung an diesen Raum von grosser Bedeutung ist. Neben der neu eröffneten Autobahnverbindung durch das Knauernamt kommt dabei insbesondere einer guten Bahnanbindung grösste Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang wurde durch den Kanton Luzern die Planung des Tiefbahnhofes Luzern an die Hand genommen, in welche auch das städtische Tiefbauamt involviert ist. Durch die Mitarbeit in der Metropolankonferenz von Zürich und die Lancierung einer Städteallianz Luzern – Zug – Zürich ist das Tiefbauamt ganz wesentlich am Lobbyingprozess für dieses Grossprojekt beteiligt. Auch die Grossbaustelle auf der Luzerner All-

mend hat das Tiefbauamt beschäftigt. Gemeinsam mit der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur des Kantons wurde die Tieflegung der Zentralbahn vorangetrieben, wobei das städtische Tiefbauamt massgeblich an der Planung des "Bahnhofplatzes" vor der Messe Allmend beteiligt war. Dieser ist Bestandteil der gesamten Vorzone der künftigen Sportarena und der Messe Luzern, welche sich entlang der Horwerstrasse von der Moosmattstrasse bis zum Zihlmattweg erstreckt. Im Zusammenhang mit deren Umgestaltung wurden bei den genannten Strasseneinmündungen Verkehrskreisel errichtet. Die grösste Herausforderung auf dieser Grossbaustelle ergibt sich aber aus der Tatsache, dass der Betrieb der Luzerner Allmend als Freizeit-, Sport- und Erholungsraum auch während der Bauzeit aufrechtzuerhalten ist. So hat das Tiefbauamt durch die Erstellung neuer Kunstrasenplätze die Basis dafür geschaffen, dass der Spielbetrieb auf den Rasenplätzen aufrechterhalten werden kann, obwohl insgesamt weniger Plätze zur Verfügung stehen.

Im Projektbereich konnten neben der Realisierung von vielen Kleinprojekten, wie z. B. Fussgängerschutzinseln, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen, die Langensandbrücke dem Verkehr übergeben und die Bauarbeiten am Schweizerhofquai nach einer 15-jährigen Planungsphase begonnen werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Ermöglichung von Aktivitäten im öffentlichen Raum und zu deren Aufrechterhaltung während der Realisierung von Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten leistet die Baukoordination. Diese hat sich im Berichtsjahr etabliert und insbesondere im Rahmen der umfangreichen Bauaktivitäten im Bereich der Altstadt eine erste Feuertaufe bestanden.

Beim baulichen Strassenunterhalt wurden zahlreiche Belagssanierungen vorgenommen, sodass der bauliche Zustand der Verkehrsanlagen auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden konnte. Beim Strassenunterhalt/Betrieb musste aufgrund der starken Zunahme des Litterings in der Kernzone und rund um den Bahnhofplatz die Reinigung erstmals im 3-Schicht-Betrieb durchgeführt werden.

Wie bereits erwähnt wurde im Zuge der Fusion mit Littau der bauliche und betriebliche Unterhalt auf dem Gebiet der Gemeinde Littau ab Mitte Jahr im Auftrag der Gemeinde Littau durch die Mitarbeiter des Strasseninspektorates ausgeführt. Bereits ab dem zweiten Halbjahr 2009 hat die Stadtgärtnerei ihre

Dienste auf dem gesamten Gemeindegebiet von Littau erbracht. Es darf erwähnt werden, dass die Übernahme der Arbeiten in Littau und vor allem auch die Integration der neuen Mitarbeiter aus Littau sehr gut gelungen ist.

Der Unterhalt und Betrieb des städtischen Kanalnetzes, der Sonderbauwerke und der Gewässer konnte auf dem bisherigen Standard gehalten werden. Aufgrund der Sanierung der Reusswehranlage musste die Regulierung des Wasserpegels des Vierwaldstättersees intensiver vorgenommen werden als in den Vorjahren.

Die Leistungsvorgaben im Bereich der Abfallbewirtschaftung konnten mehrheitlich eingehalten werden. Die Separierungsquote bewegte sich mit 47,7 % nur knapp unter der Sollvorgabe von 48 %. Ein Zusammenhang mit der Wirtschaftslage ist erkennbar. Die Integration der Entsorgungslogistik der Gemeinde Littau wurde per 31. Dezember 2009 abgeschlossen.

Im baulichen und betrieblichen Unterhalt der Park-, Grün- und Friedhofanlagen sowie der Kinderspielplätze, Schulhausanlagen und der übrigen öffentlichen Grünflächen macht der zunehmende Nutzungsdruck sehr zu schaffen. Die Erhaltung einer angemessenen gestalterischen und funktionellen Qualität, der Betriebssicherheit und der baulichen Substanz wird immer schwieriger.

Das Friedhof- und Bestattungswesen konnte gemäss den gesetzlichen Vorgaben und mit angemessener Pietät gewährleistet werden. Die Herausforderung war, die drei Friedhöfe in Littau, inklusive Bestattungsdienst, ohne zusätzliche Ressourcen übernehmen zu können.

Ende des Berichtsjahres ist der Leiter des Tiefbauamtes, Stadttingenieur Peder Largiadèr, nach 21 Jahren in Pension gegangen. Seine Nachfolge hat am 1. Januar 2010 Martin Bürgi übernommen. Bereits Mitte des Berichtsjahres liess sich der Bereichsleiter Stadtentwässerung pensionieren. Die Bereiche Stadtentwässerung sowie Verkehrsplanung und Bau wurden in diesem Zusammenhang zum neuen Bereich Verkehr und Infrastrukturprojekte zusammengelegt.

Immobilien

Im Frühjahr 2009 konnten die neue Projektorganisation Allmend und die neue Assistenz Immobilien implementiert werden. Dadurch verlagerte sich das Schwergewicht der Aktivi-

täten wieder vermehrt auf die Entwicklung der Abteilung und ihrer Hauptprozesse.

Bereich IGM

(Immobilien Gebäudemanagement)

Das im Laufe des Jahres 2009 erarbeitete Organisationskonzept wird ab 1. Januar 2010 umgesetzt. Die Ausrichtung auf die Kundschaft sowie die Mitarbeiterführung zeigte deutlich auf, dass die Organisationsstruktur im Bereich GM vermehrt nutzerbezogen und auf drei Ressorts aufgeteilt werden muss. Neu sind deshalb die Bildungsbauten, die Sozial- und Spezialbauten sowie die Verwaltungs- und Kulturbauten je einem Ressort zugeteilt. Damit kann dem Gedanken der Dienstleistungs- und Kundenorientierung optimal nachgelebt werden. Ebenfalls dient eine solche Aufteilung der Schaffung und Führung von zweckmässigen Teilportfolios innerhalb des Verwaltungsvermögens.

Mit dem CAFM-Tool (Computer Aided Facility Management) zur digitalen Erfassung und Führung der stadt-eigenen Gebäude wurden bereits sämtliche Bildungsbauten erfasst. Für die Erarbeitung der strategischen Unterhaltsplanung wurde die Software STRATUS angeschafft und mit der Erfassung der Bildungsbauten begonnen. Erste Aussagen können im nächsten Jahr gemacht werden.

Ressort GMU (Gebäudemanagement Unterhalt/Technik)

Im Rahmen der Budgetkredite wurden die anfallenden Unterhaltsarbeiten sowie verschiedene grössere und kleinere Sanierungen durchgeführt. So wurden die Spiel- und Pausenplatzbereiche der Schulanlagen Schädprüti und Steinhof instand gestellt und mit Spielgeräten nachgerüstet. Bei den Objekten Rathaus, Amtsgericht und Schiffhütte beim Richard Wagner Museum erfolgten verschiedene Instandsetzungsarbeiten in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege.

Ressort GMB (Gebäudemanagement Betrieb/Hauswartung)

Das neue Pflichtenheft der Hauswarte Schulanlagen wurde in die Umsetzungsphase übergeführt. Die Grundlagen für die neue CAFM-gestützte Berechnung der Aufwände der Hauswarte und des Reinigungspersonals sind im Herbst fertiggestellt worden. Ein neues Reinigungs- und Hauswartungskonzept ist in Erarbeitung. Die Personaleinsatzplanung sowie die Zuständigkeiten/Kompetenzen im Bereich Reinigung sind neu geregelt und operativ umgesetzt worden.

Bereich IPM

(Immobilien Bauprojektmanagement)

Im Jahre 2009 standen für IPM vorwiegend Baurealisierungen im Zentrum:

- Fusion Littau-Luzern: Mit Genehmigung des B+A 16/2009 "Büorräumlichkeiten für die neue vereinigte Stadtverwaltung Littau-Luzern" konnte eine wesentliche Grundlage für die neue Stadtverwaltungsorganisation geschaffen werden. Die Umsetzung erfolgt im ersten Halbjahr 2010.
- Sicherheit im Stadthausareal: Mit Genehmigung des B+A 44/2009 "Stadthausareal: Sicherheitsmassnahmen, Unterhaltsarbeiten" können die seit längerem vorhandenen Sicherheitslücken – insbesondere Brandschutz – im alten Stadthaus teil behoben werden.
- Sanierung Schule Wartegg/Tribschen: Die Sanierungs- und Ausbaurbeiten für die Schulanlage Wartegg/Tribschen konnten nach einer langen Planungs- und Realisationszeit mit zwischenzeitlichem Unterbruch wegen eines Rechtsverfahrens weitgehend abgeschlossen werden.
- Kleinschulanlage Büttenen: Die baufälligen Pavillons konnten durch einen zweckmässigen Neubau im Minergie-ECO-Standard in rund 6-monatiger Bauzeit ersetzt werden.
- Betagtenzentrum Wesemlin, Haus Morgenstern: Die Sanierungsarbeiten konnten in Angriff genommen werden.
- Alterszentrum Staffelnhof, Littau: Bereits seit Start der Projektierungsarbeiten im 2008 konnten Vertreter der Stadt die Arbeiten begleiten. Nach der Volksabstimmung zum Ausführungskredit übernahm der Bereich IPM die Projektleitung. Der Baubeginn erfolgte im Herbst 2009.

Bereich IFL (Immobilien Finanzliegenschaftsmanagement)

Im 2009 konnten wiederum einige Liegenschaftsgeschäfte getätigt werden. Es handelte sich dabei um die Veräusserung des Grundstückes Unterlöchli sowie der Maihofstrasse 2/4. Zudem wurde das unbebaute Restgrundstück an der Mettenwylstrasse ausgeschrieben. Ferner wurde das Waaghaus Allmend erworben. Bedingt durch eine beim Verwaltungsgericht hängige Beschwerde konnte die Veräusserung der Grundstücke im Wettsteinpark noch nicht definitiv abgeschlossen werden.

Bei den Renovationsarbeiten an der Liegenschaft Bramberghöhe 4 wurde ein massiver Fäulnis- und Hausschwammbefall am gesamten Gebäude festgestellt, was zu erheblichem Mehraufwand bei den Sanierungskosten führte. Mit dem vom Stadtrat bewilligten

Nachtragskredit können nun die Arbeiten im Frühjahr 2010 abgeschlossen werden. Die kantonale Denkmalpflege sicherte für das unter Schutz stehende Gebäude einen namhaften Sanierungsbeitrag zu.

Im Zusammenhang mit dem Rückbau des Gebäudes Obergrundstrasse 18/20 zeigte sich, dass auch das in einem desolaten Zustand befindliche Gebäude Pilatusstrasse 47 (Restaurant Schmiede) abgebrochen werden muss. Wegen dieses Vorhabens wurde eine Initiative zur Erhaltung des Gebäudes lanciert. Im Laufe 2010 wird es deshalb zu einer Volksabstimmung kommen.

Im Rahmen des Globalbudgets wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut 20 Liegenschaften des Finanzvermögens einer externen Revisions-schätzung unterzogen.

Zudem können folgende Aktivitäten als Schwerpunkte 2009 vermeldet werden:

- Die Sanierung der Liegenschaft Winkelriedstrasse 14 konnte definitiv abgeschlossen und im Zusammenhang mit dem Projekt Räume zusätzlich das 2. bis 5. Obergeschoss vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übergeführt werden.
- Bei der Liegenschaft Guggistrasse 7 wurde zur Erweiterung der bestehenden Büroflächen ein Anbau mit Kosten von Fr. 1,7 Mio. realisiert. Diese Investitionen werden durch die Mieter über den Mietzins getragen.
- Beim Gewerbeteil der Boa-Liegenschaft wurden sämtliche Fenster ersetzt.

GIS-Dienstleistungszentrum

Die Kerngeschäfte des GIS-Dienstleistungszentrums (GIS) sind die "Geodatenprodukte" (Erhebung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Geobasis- und Geofachdaten), die "Vermessungen" (baupolizeiliche Baukontrollen, Ingenieur- und thematische Vermessung), die "Netzinformationen" (Leitungsvermessung, Werkinformationen und Leitungskataster) sowie die "Geoapplikationen" (GIS-Koordination, GIS-Anwendungen und Geodatenmanagement).

Im Berichtsjahr bearbeitete das GIS in den genannten Geoinformationsbereichen verschiedenste Projekte. Mit der Erledigung von Aufträgen für städtische Verwaltungen, Werkleibungsbetreiber (ewl, TBA, Swisscom, Cablecom, Sunrise) sowie auch für private Kunden konnte knapp ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis erwirtschaftet werden.

Die Neuorganisation des GIS-Dienstleistungszentrums mit der Aufteilung in die vier genannten Bereiche hat sich weiterhin sehr bewährt. Die Aufbau- und Ablauforganisation wurden stets verfeinert, und die Arbeitsprozesse konnten durch den Aufbau eines Managementsystems mittels Sharepoint ausgebaut und gefestigt werden.

Das GIS-Dienstleistungszentrum ist ein Kompetenzzentrum mit direktionsübergreifender Querschnittsfunktion und verfügt über die Fähigkeit, politische und städtische Verwaltungsabläufe zu unterstützen oder zu ermöglichen. Eine Studie des Bundes zeigt, dass 60 bis 80 % der politischen Entscheide Geoinformationen beinhalten. Um der Querschnittsfunktion gerecht zu werden und zwecks Auslösung von Sparpotenzialen startete das GIS-Dienstleistungszentrum im Berichtsjahr ein direktionsübergreifendes Querschnitts-Analysenprojekt. Der Abschluss des Projektes ist auf den Herbst 2010 geplant.

Die Geodatenprodukte wie amtliche Vermessung, Strassen- und Häusernummerierung, Basispläne, Orthofotos u. a. unterliegen der laufenden Nachführung, der durch die Erledigung ständiger Aktualisierungsarbeiten Rechnung getragen wurde. Im Vorjahr wurde die veraltete Vermessungssoftware GEOS4 durch eine neue GIS-Software "Geonis-Expert" abgelöst. Die Umschulung der Mitarbeitenden konnte abgeschlossen werden, und die Software ist nun produktiv im Einsatz, was bedeutet, dass innerhalb der Dienstabteilung nun in allen Bereichen mit den gleichen Softwareprodukten gearbeitet werden kann.

Für die Fusion Littau-Luzern musste der Gebietsperimeter für die Geobasis- und Geofachdaten erweitert werden. Bei den Netzinformationen ist für die Wasserversorgung Littau neu die ewl zuständig, was zur Folge hatte, dass der Leitungskataster Wasser von Littau in das städtische GIS integriert werden musste. Betreffend Geobasisdaten wurde über das städtische Gebiet und die Gemeinde Littau eine Laserbefliegung inklusive Luftbildaufnahmen durchgeführt, was die Erstellung eines Geländemodells und Orthofotoplanes über den gesamten Fusionsperimeter ermöglichte. Ebenfalls wurde der bestehende Basisplan (Übersichtsplan 1:5'000) um das Gemeindegebiet Littau erweitert. Im Weiteren dient die Laserbefliegung zur Einführung der dritten Dimension (3-D-Kataster).

Aufgrund des erweiterten Wirkungsfeldes des GIS-Dienstleistungszentrums wurde durch die

Projektleitung Fusion Littau-Luzern bezüglich der Sollorganisation die Aufstockung des Stellenplanes um 200 Stellenprozente bewilligt. Die Stellen konnten bereits im August des Berichtsjahres, nach der Bewilligung eines Nachtragskredites durch den Stadtrat, besetzt werden.

Der Bereich Vermessungen erledigte die laufenden baupolizeilichen Kontrollen und führte Ingenieurvermessungsarbeiten für städtische Belange und teils auch für Private durch. Die Bautätigkeit war im Geschäftsjahr gedämpfter als im Vorjahr, was bei den Gebühreneinnahmen einen merklichen Rückgang zur Folge hatte. Das städtische

Vermessungsfixpunktnetz wurde durch gezielten Unterhalt laufend gepflegt.

Bezüglich der Geoapplikationen (GIS-Koordination, GIS-Anwendungen und Geodatenmanagement) konnten dienststellenübergreifend weitere spezielle Aufgaben mittels GIS gelöst werden. Im WebGIS konnten weitere Basisinformationen und Themen zur Verfügung gestellt oder erweitert werden, wie z. B. das Bauinventar, Metadatenübersicht der Geländemodelle, Weiterentwicklung Fachschalen Leitungskataster, Hochhäuser Luzern, Baumkataster, Zweiradparkplätze, Bau- und Zonenordnung und anderes.

4.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen zahlen der einzelnen Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.4.4.1 Stadtplanung

a) Aufgaben / Dienstleistungen

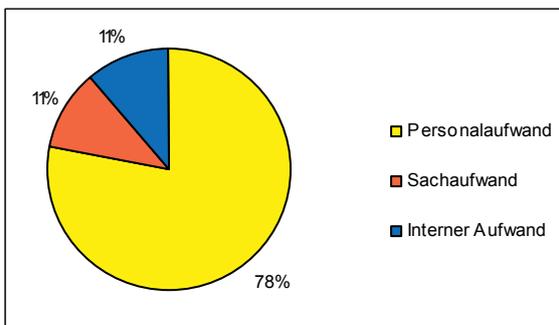
Die Stadtplanung fördert mit ihren Dienstleistungen die qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtplanung behandelt alle raumplanerischen, städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Zudem berät sie intern und extern in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes. Sie erarbeitet und koordiniert räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Stadtplanung bereitet Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor. Sie organisiert und koordiniert Wettbewerbsverfahren. Die Stadtplanung beschäftigt 17 Personen (1'500 Stellenprozente).

b) Ergebnis

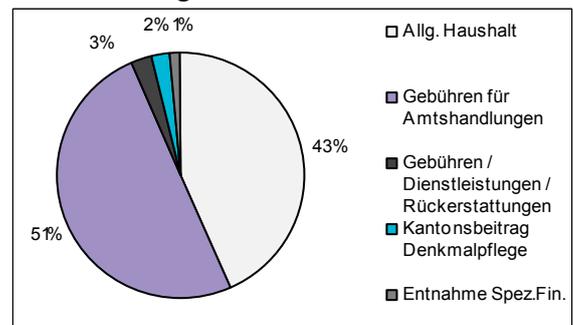
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	2'633'376	2'791'449	2'654'900	136'549	5%	158'074	6%
Ertrag	1'631'692	1'579'221	1'698'900	-119'679	-7%	-52'470	-3%
Ergebnis	-1'001'684	-1'212'228	-956'000	-256'228	-27%	-210'544	-21%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009
Total eingegangene Baugesuche	379	415	416	418	385
Total Anzahl behandelte Baugesuche	374	419	417	427	364
- davon mit Einsprachen	58 (16%)	59 (14%)	60 (14%)	61 (14%)	47 (13%)
- abgewiesene Baugesuche	7	11	1	7	3
- zurückgezogene Baugesuche	18	21	18	14	12
Bewilligtes Bauvolumen	264 Mio.	281 Mio.	375 Mio.	539 Mio.	314 Mio.
Total offene Baugesuche per 31.12.	84	99	90	120	139
Erledigte Baugesuche⁹	2005	2006	2007	2008	2009
Ordentl. Verfahren innert 40 Arbeitstagen (AT)	48%	39%	48%	44%	55%
Ordentl. Verfahren über 40 AT	52%	61%	52%	56%	45%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 AT	46%	44%	39%	45%	44%
Vereinfachtes Verfahren über 25 AT	54%	56%	61%	55%	56%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren	53	51	47	48	40
Einsprachen im vereinfachten Verfahren	5	8	13	13	7

e) Kommentar

Die Kennzahlen für 2009 weisen gegenüber 2008 einen Rückgang der eingegangenen bzw. behandelten Baugesuche und der Bauvolumen auf. Deutlich gesenkt werden konnte die Behandlungsdauer bei den ordentlichen Verfahren. Dies ist sowohl auf die Reduktion der eingegangenen Gesuche wie auch die diversen Anstrengungen der letzten Jahre in dieser Hinsicht zurückzuführen.

⁹ In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen, Fensterersatz usw.

4.4.4.2 Immobilien

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Immobilien betreut sämtliche städtischen Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. Sie muss die vorgesehene Gebäudenutzung sicherstellen sowie Werthaltigkeit und optimalen Substanzerhalt gewährleisten.

Für die Vermietung der Wohnungen, Parkplätze und Gewerberäume, die sich im Eigentum der Stadt Luzern befinden, ist der Bereich *Finanzliegenschaften-Management (IFL)* zuständig. Kauf und Verkauf von Liegenschaften inner- und ausserhalb der Stadt gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben. Wie im Vorjahr wurden die Liegenschaften des Finanzvermögens auch im Berichtsjahr mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Im Rahmen der städtischen Investitionstätigkeit übernimmt der Bereich *Bauprojekt-Management (IPM)* die Projektleitungen und ist gemäss den definierten Zielen verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten. Der Bereich *Gebäudemanagement (GM)* ist verantwortlich für den Betrieb (Hauswartung, Reinigung, Verwaltung usw.) und den baulichen und technischen Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. In der Dienstabteilung Immobilien arbeiten 178 Personen (total 7'600 Stellenprozent).

b) Ergebnis (Abteilungen 514, 520, 521)

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	25'273'551	26'648'752	25'856'300	792'452	3%	1'375'201	5%
Ertrag	30'274'604	29'458'501	29'117'300	341'201	1%	-816'104	-3%
Ergebnis	5'001'053	2'809'749	3'261'000	-451'251	14%	-2'191'304	44%
Baul. U'halt	7'096'339	8'305'001	6'809'100	1'495'901	22%	1'208'662	17%

In obigen Zahlen sind auch Fr. 9'807'241.– für den Bereich Finanzliegenschaften (Umsatz Konto 521) enthalten; dieser Teilbereich der Abteilung Immobilien wird mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt und separat kommentiert (siehe Kapitel 5.4).

Aufwendungen IGM für den baulichen Unterhalt (Konti 314.00 und 314.02)

Funkt. Gliederung	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Verwaltung	2'503'718	2'547'606	2'347'100	200'506	9%	43'888	2%
Sicherheit	387'924	87'000	225'000	-138'000	-61%	-300'924	-78%
Bildung	1'201'067	1'224'997	1'311'000	-86'003	-7%	23'930	2%
Kultur und Freizeit	280'732	218'371	164'800	53'571	33%	-62'361	-22%
Soziale Wohlfahrt	1'699'341	2'023'906	2'279'600	-255'694	-11%	324'565	19%
Verkehr	45'843	59'241	62'000	-2'759	-4%	13'398	29%
Volkswirt- schaft	180'844	333'529	138'000	195'529	142%	152'685	84%
Finanzen	22'739	12'655	30'500	-17'845	-59%	-10'084	-44%
Zwischen- total	6'322'208	6'507'305	6'558'000	-50'695	-1%	185'097	3%
./.. Aufwand Art. 60 GO	-370'934	-307'799	0	-307'799		63'135	-17%
Total¹	5'951'274	6'199'506	6'558'000	-358'494	-5%	248'232	4%

¹ Reiner baulicher Unterhalt.

Vergleich Rechnung 2009 zu Budget 2009

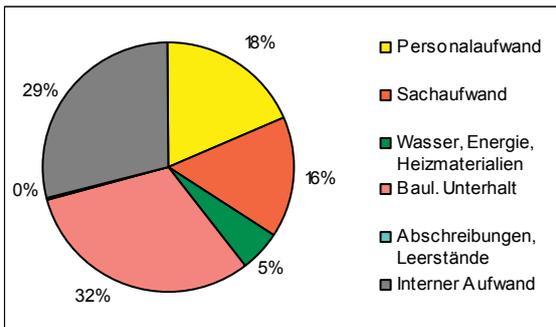
Die Ausgaben für den reinen baulichen Unterhalt der Abteilung Immobilien, Bereich Gebäudemanagement, konnten auch im Jahr 2009 gegenüber dem Budget aufgrund günstigerer Arbeitsvergaben und Projektoptimierungen um rund 5 % unterschritten werden. Die Erhöhung von Fr. 248'232.– oder rund 4 % gegenüber der Rechnung 2008 ist auf dringend notwendige ausserordentliche Unterhaltsarbeiten (via Nachtragskredite von total Fr. 670'000.– bewilligt) zurückzuführen.

Gemäss funktionaler Gliederung waren im Berichtsjahr gegenüber dem Voranschlag grössere Aufwendungen in den Bereichen Verwaltung, Kultur und Freizeit sowie Volkswirtschaft notwendig. Diese Massnahmen betreffen vor allem folgende Objekte:

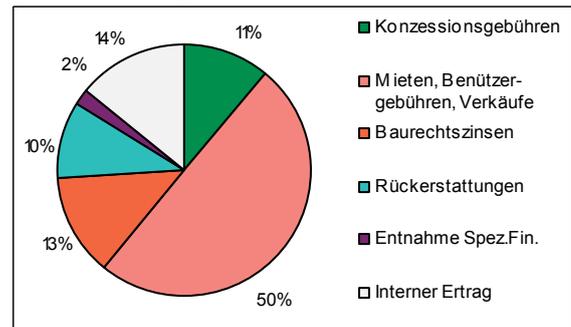
- Investitionen Stadthaus: Abdichtungsmassnahmen im Lagerraum Steueramt und technische Installationen/Sanierungen im Zusammenhang mit der Polizeifusion
- Musikhochschule Dreilinden: Sanierung von Bauschäden
- Öffentliche WC-Anlagen am Schweizerhofquai

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Gebäudemanagement GM für baulichen Unterhalt:	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Aufwand in Fr. für Primarschulen (inkl. Turnhallen)	2'016'872	1'995'306	659'308	1'157'503	76%
pro Schülereinheit (08: 2'496 / 09: 2'384 / -4,5%)	778	783	264	486	84%
pro m ² (42'496 m ²)	47	47	16	27	76%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	261'652	1'016'232	704'218	276'670	-61%
pro Schülereinheit (08: 933 / 09: 931 / -0,2%)	273	1'095	755	297	-61%
pro m ² (30'056 m ²)	9	34	23	9	-61%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen	2'703'083	1'954'618	2'191'667	3'261'426	49%
pro Bett (08: 760 / 09: 737 / -3,0%)	3'510	2'610	2'884	4'425	53%
Alterssiedlungen	756'731	753'658	546'365	947'131	73%
pro Wohnung (08: 232 / 09: 232 / 0,0%)	3'248	3'249	2'355	4'082	73%

e) Kommentar

Die spezifischen Kennzahlen beinhalten die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt der Schulhäuser, Betagtenzentren sowie der Alterssiedlungen in der Stadt Luzern. Die Veränderungen von Jahr zu Jahr sind auf die unterschiedlich anfallenden Unterhaltsausgaben zurückzuführen.

Die Aufwendungen 2009 umfassen bei den Primarschulen u. a. insbesondere drei grössere Sanierungen, nämlich:

- Schulanlage Schädtrüti, Aussenanlage Spiel- und Pausenplatzbereich neu einrichten
- Schulanlage Steinhof, Kinderspielflächen, Sicherheitsanpassungen und Belagsarbeiten
- Dreifachturnhalle Maihof, Behebung Feuchtigkeitsschäden und Ersatz Audioanlage

Bei den Betagtenzentren wurden drei grössere Unterhaltsarbeiten über Budgetkredite in der Investitionsrechnung (> Fr. 250'000.–) ausgeführt:

- BZ Eichhof Allgemein, Ersatz der Elektro-Hauptverteilung
- BZ Eichhof, Sanierung Lüftung im Haus Diamant
- BZ Rosenberg, bauliche und betriebliche Instandstellungs-/Sofortmassnahmen

Die Berichterstattung des Bereichs Finanzliegenschaften der Abteilung IMMO mit spezifischen Kennzahlen erfolgt unter dem Kapitel 5.4, Leistungsauftrag mit Globalbudget.

4.4.4.3 GIS-Dienstleistungszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

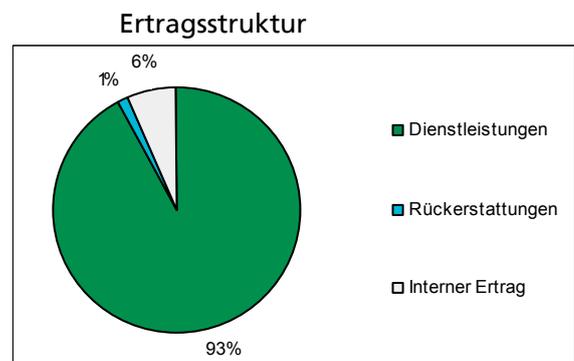
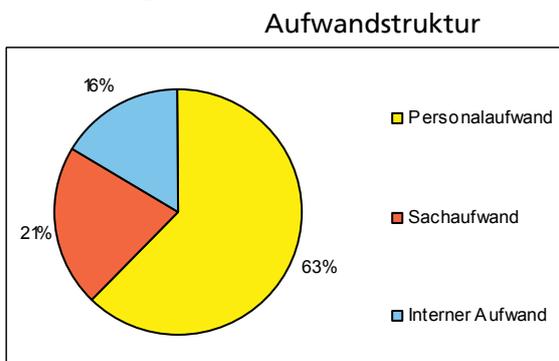
Der Grundauftrag des GIS-Dienstleistungszentrums besteht aus den Kernbereichen "Geodatenprodukte" (Erhebung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Geobasis- und Geofachdaten: amtliche Vermessung, 3-D-Kataster, projektierte Bauten, Strassen- und Häusernummerierung, Basispläne, Orthofotos, städtische Grundstücke, Konzessionen öffentlicher Grund, Zonenplan, Baulinien, Fachdatenkataster), "Vermessungen" (baupolizeiliche Baukontrollen, Ingenieur- und thematische Vermessung: Schnurgerüst- und Rohbaukontrollen, Masseinhaltung, Gelände- und Bauwerksüberwachung, Fachdatenvermessung) sowie "Netzinformationen" (Leitungsvermessung, Werkinformationen und Leitungskataster: Verwaltung und Nachführung der Medien Stadtentwässerung, Elektro, Gas, Wasser, Fernwärme, Swisscom, Cablecom und weitere). Die mit dem Betrieb des geografischen Informationssystems (GIS) verbundenen Querschnittsfunktionen zu den städtischen Dienstabteilungen wird mit dem Kernbereich "Geoapplikationen" (GIS-Koordination, GIS-Anwendungen und Geodatenmanagement: Projektkoordination, GIS-Infrastruktur, Desktop- und WebGIS, Geodienste, Geodaten- und Metadatenverwaltung) sichergestellt.

Der Leitungskataster erstreckt sich über das ganze Gebiet der Stadt Luzern und ist die Grundlage für die Baukoordination und die damit verbundene und gesicherte Auskunftspflicht über unter- und oberirdische Leitungen. Mit den Werkleitungsbetreibern bestehen vertragliche Vereinbarungen für die Führung von Werkdaten mit hohem Detaillierungsgrad. Die einzelnen Dienstleistungen aus den Kernbereichen, wie das Baubewilligungsverfahren, baupolizeiliche Kontrollen, Baukoordination, Auskunftserteilung betreffend den Leitungskataster und die amtliche Vermessung, sind zu einem hohen Masse untereinander vernetzt und korreliert. Im GIS-Dienstleistungszentrum werden 23 Personen (davon drei Lernende) mit 1'980 Stellenprozenten beschäftigt.

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	2'849'451	3'203'422	2'896'100	307'322	11%	353'971	12%
Ertrag	3'161'670	3'155'792	3'144'100	11'692	0%	-5'878	0%
Ergebnis	312'219	-47'630	248'000	-295'630	-119%	359'849	115%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl der wichtigsten Geschäfte:	2006	2007	2008	2009
Grenzmutationen	17	34	25	18
Bestandesänderungen	155	134	124	95
Handänderungen	1'210	961	1'581	997
Baupolizeiliche Kontrollen (Bauten)	57	48	120	87
Leitungsmutationen (Wasser, Abwasser, Gas, Elektro)	1'365	1'740	1'370	1'686
Datenbezüge durch Dritte	741	810	910	735
Datenbezüge durch Stadt intern	230	190	215	235
Datenbezüge durch ewl	416	415	430	421

e) Kommentar

Im Berichtsjahr konnte das positiv budgetierte Ergebnis nicht erreicht werden. Das Ergebnis ist um Fr. 295'630.– geringer ausgefallen. Folgende Positionen begründen hauptsächlich das negative Ergebnis: Die Fusion Littau-Luzern belastet die Aufwandseite infolge nicht budgetierter Umsetzungskosten für die Erweiterung der Geobasisdaten mittels eines bewilligten Nachtragskredits um Fr. 50'000.–. Der Aufwand seitens der Abteilung Prozesse und Informatik (PIT) schlägt gegenüber dem Budget mit Mehraufwendungen (geringer budgetierte Abschreibungen und IT-Betreuung) von Fr. 198'860.– zu Buche. Auf der Einnahmenseite resultieren Mindereinnahmen infolge gedämpfter Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahr von Fr. 71'291.–.

Demgegenüber konnten erfreulicherweise die Mehraufwendungen mittels bewilligten Nachtragskredits von Fr. 90'000.– für die Personalaufstockung infolge Umsetzung Fusion Littau-Luzern wie geplant durch Mehreinnahmen bei den Netzinformationen von Fr. 209'284.– kompensiert werden. Die Auslastung der Mitarbeitenden war sehr gut. Rund 50 % der aufgewendeten Stunden fielen im Bereich der Netzinformationen (Vermessung und Verwaltung der Werkleitungen) an, und zwar zur Hauptsache für Dienstleistungen für die ewl-Gruppe, Swisscom, Cablecom und Stadtentwässerung.

Die Beschaffung und Bereinigung von Daten für das Werkinformationssystem, die digitale Überführung der Zonenpläne und Baulinien auf das GIS, der Aufbau von GIS-Anwendungen für die Stadtverwaltung, die baupolizeilichen vermessungstechnischen Kontrollen sowie die Nachführung und Erneuerung der amtlichen Vermessung lasteten die personellen Ressourcen der übrigen Bereiche ebenfalls sehr stark aus.

4.5 Finanzdirektion

Vorwort von Stefan Roth, Finanzdirektor

Die Rechnung 2009 der Stadt Luzern weist ein erfreuliches Ergebnis aus. Unerwartet hohe Erträge bei den Steuernachträgen der natürlichen Personen führen dazu, dass die Rechnung im Plus abschliesst, statt – wie budgetiert – mit einem Fehlbetrag. Erfreulich ist auch, dass gleichzeitig auf der Aufwandseite das Budget – über alles gesehen – gut eingehalten wurde.

Es spricht viel dafür, dass das Jahr 2009 ein finanzpolitisches Übergangsjahr ist: Da ist einerseits das nochmals erfreuliche Jahresergebnis. Andererseits ist die Nettoschuld in den Jahren 2008 und 2009 um zusammen rund Fr. 40 Mio. angestiegen, während zuvor seit Beginn des Jahrzehnts ein Schuldenabbau um fast Fr. 200 Mio. möglich war, wenn auch teilweise dank ausserordentlicher Faktoren (z. B. Buchgewinne). Weiter: Bereits im Budget 2010 müssen Reserven in erheblichem Umfang aufgelöst werden, um den Fehlbetrag in einem moderaten Rahmen zu halten. Dies wird im Jahr 2011 noch akzentuierter der Fall sein, und für die Folgejahre weisen die aktuellen Planzahlen sehr schlechte Ergebnisse aus. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Revision des kantonalen Steuergesetzes, neue Pflegefinanzierung, weiterhin hoher Investitionsbedarf: Das sind die wichtigsten Stichworte, welche die anstehenden Herausforderungen skizzieren. Angesichts dieser Herausforderungen ist das Rechnungsergebnis 2009 willkommen: Es kann mithelfen, die kommenden schwierigen Phasen zu meistern. Es braucht aber einiges mehr, um den Finanzhaushalt wieder ins Lot bringen zu können. Einen wichtigen Beitrag soll das Sparpaket 2011 leisten, welches im laufenden Jahr erarbeitet wird. Das wird kein

einfacher Prozess sein, und es wird kontroverse Diskussionen geben. Die Planzahlen zeigen aber, dass weitere Einsparungen unvermeidlich sind.

Es wäre jedoch kurzsichtig und falsch, allein auf Kostenreduktion zu setzen. Strategisch zentral ist es, Ertragspotenziale zu nutzen und neu zu gewinnen. Für die zukünftige Entwicklung der Stadt Luzern ist es daher enorm wichtig, die richtigen Wirtschaftsimpulse zu setzen. Dazu gehören die Bereitstellung der nötigen Schlüsselareale für wertschöpfungsintensive Unternehmen, eine konkurrenzfähige Anbindung an die nationale und internationale Verkehrsinfrastruktur, attraktiver Wohnraum, tiefe Steuerbelastung und bürger- und wirtschaftsfreundliche sowie effiziente Verwaltungsprozesse. Im Rahmen der Erarbeitung der Gesamtplanung für die kommenden Jahre wird diesen Stossrichtungen ein besonderes Augenmerk geschenkt. Luzern soll das pulsierende Wirtschaftszentrum zum Nutzen der gesamten Region werden.

In diesem Zusammenhang kommt dem Projekt "Starke Stadtregion" eine ganz zentrale Bedeutung zu. Dabei ist vor allem dem Entwicklungsschwerpunkt Nord besondere Beachtung zu schenken. Aufgrund der vorhandenen Flächen, der Verkehrserschliessung und der engen Anbindung zur Wirtschaftsachse Zug–Zürich liegt viel Potenzial für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt im Norden. Es ist daher sehr entscheidend, die Weichen richtig zu stellen und für wichtige Investitionsentscheide auch die wirtschaftlichen Vorteile eines Stadtteils Luzern Nord zu berücksichtigen.

4.5.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Optimierung der Dienstleistungsprozesse
(Projektplan Nr. L02013)

Fünfjahresziel
A1.4

Das Internet wird aktiv zur Optimierung der Dienstleistungsprozesse eingesetzt.

Im 2009 erfolgte die Umstellung des Webauftritts der Stadt auf eine neue technologische Basis. Zusammen mit der Umstellung des Layouts wurden die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, damit medienbruchfreie Geschäftsprozesse in speziellen Anwendungsbereichen eingeführt werden können.

Das Konzept für den Ausbau der E-Government-Funktionen liegt vor. Durch die Verzögerung der Migration des Webauftritts zusammen mit der Überlastung der Bevölkerungsdienste infolge der Registerharmonisierung konnte der Aufbau der E-Government-Funktionen nicht wie geplant vorwärtsgebracht werden. Positiv ist jedoch, dass dadurch die Möglichkeit besteht, die Verarbeitung der ein- und ausgehenden Datensätze mit einer zukunftssträchtigen Lösung (d. h. Web-Services) zu unterstützen.

Wirtschaftsstrategie Stadtregion Luzern
(Projektplan Nr. L84006)

Fünfjahresziel
A2.1

Die Trägerschaft und Projektorganisation für eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie sind geklärt. Grundlagen zur Realisierung konkreter Projekte sind erstellt.

Das Forum Wirtschaft der Stiftung Wirtschaftsförderung besteht und hat verschiedene Studien in Auftrag gegeben, u. a. Zukunft Luzern, Perspektiven für einen starken Standort. Die Stadt ist in diesem Forum durch den Finanzdirektor vertreten. Ausserdem besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Team der Stiftung Wirtschaftsförderung und dem städtischen Beauftragten für Wirtschaftsfragen. Das Zukunftsprojekt "Starke Stadtregion" wird auch für die Wirtschaftsstrategie der Stadtregion Luzern von zentraler Bedeutung sein.

Bestandespflege
(Projektplan Nr. L84007)

Fünfjahresziel
D1.1

Die proaktive Bestandespflege ist ausgebaut.

Die Netzwerke mit den relevanten Wirtschaftsorganisationen sind vorhanden und werden aktiv gepflegt. Der Stadtrat in corpore trifft sich – neben zahlreichen weiteren Anlässen – mindestens 2-mal jährlich mit den Präsidenten dieser Wirtschaftsorganisationen. Daneben finden zahlreiche bilaterale Absprachen mit einzelnen Unternehmen statt. Die Stelle des Beauftragten für Wirtschaftsfragen wurde im Laufe des Jahres neu besetzt, und es gelang, das notwendige Netzwerk schnell wieder zu etablieren.

Standortentwicklung
(Projektplan Nr. L84003)

Fünfjahresziel
A0.1, D2.1

Entwicklungsmöglichkeiten in Littau sind geprüft.

Die BZO-Revision ist im Gange. Dabei wurde insbesondere den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten besonderes Augenmerk geschenkt. Die entsprechenden Schlüsselareale wurden definiert. Dem Entwicklungsschwerpunkt Nord muss zukünftig mit Blick auf das grosse Potenzial noch vermehrt Beachtung geschenkt werden. Durch den Beitritt zur Metropolitanregion Zürich wird die Achse Luzern–Zug–Zürich verstärkt. Wichtig sind diesbezüglich auch Initiativen im Bereich Verkehrsinfrastruktur wie die Anstossfinanzierungen zum Tiefbahnhof Luzern.

Messewesen Allmend
(Projektplan Nr. I84001)

Fünfjahresziel
D1.3

Eine Ausstellungshalle als Ersatz für die Festhalle ist fertiggestellt.

Am 16. September 2009 konnte die erste von zwei neuen Hallen der Messe Luzern dem Betrieb übergeben werden. Mit der modernen Infrastruktur will sich die Messe neu positionieren und zu einer schweizweit bekannten Marke werden.

Kosten- und Leistungsrechnung, Einführung
(Projektplan Nr. L02004)

Fünfjahresziel
D4.1

Kosten- und Leistungsrechnung ist eingeführt.

Die flächendeckende Kostenrechnung ist eingeführt. Mit dem Abschluss 2009 werden erstmals alle Abteilungen mit Vollkosten ausgewiesen. Für Dienstabteilungen mit Globalbudgets führt die Stadt Luzern wie bisher detaillierte Kostenrechnungen. Die Anlagebuchhaltung konnte per 1. Januar 2009 operativ starten.

4.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand) /Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
610 Stab Finanz- direktion	721	756	-35	-5%	107	12	95	792%	(614)		130
611 Finanzverwaltung	2'088	2'168	-80	-4%	939	903	36	4%	(1'149)		116
612 Regionales Steueramt	8'736	8'877	-141	-2%	4'431	3'951	480	12%	(4'305)		621
613 Teilungsamt	1'718	1'706	13	1%	1'118	1'371	-253	-18%	(600)	265	
614 Prozesse und Informatik <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	9'511	8'576	935	11%	9'348	7'704	1'644	21%	(163)		709
615 Betreibungsamt	2'308	2'666	-358	-13%	2'978	3'106	-128	-4%	669		229
616 Finanzinspektorat	646	659	-13	-2%	59	65	-6	-9%	(587)		7
617 Friedensrichteramt	166	152	13	9%	95	81	14	17%	(70)		1
Total	25'894	25'560	334	1%	19'075	17'193	1'882	11%	(6'819)	265	1'813
Nettoverbesserung										1'548	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 1,5 Mio. aus.

Das bessere Ergebnis von Fr. 0,1 Mio. beim Stab Finanzdirektion resultiert aus Minderausgaben für die Wirtschaftsförderung und Mehreinnahmen von Verwaltungsratshonoraren, welche neu beim Stab und nicht mehr im Abschnitt Stadtrat verbucht werden.

Die Finanzverwaltung weist ebenfalls eine Nettoverbesserung von rund Fr. 0,1 Mio. aus. Diese Verbesserung resultiert aus tieferen Personalkosten infolge Personalmutationen und Minderaufwand sowie Mehrertrag für die Führung der Buchhaltung Littau.

Das Regionale Steueramt weist eine Nettoverbesserung von Fr. 0,6 Mio. aus. Diese Verbesserung ist hauptsächlich durch Mehreinnahmen

von Fr. 0,5 Mio. für Steuerinkassoprovisionen sowie mehr Mahngebühren und mehr Scanningaufträge zustande gekommen. Auf der Aufwandseite konnten netto Fr. 0,1 Mio. beim Personalaufwand eingespart werden.

Beim Teilungsamt sind die Einnahmen aus Gebühren um rund Fr. 0,3 Mio. zurückgegangen.

Die Rechnung der Abteilung Prozesse und Informatik schliesst netto um Fr. 0,7 Mio. besser ab. Diese Verbesserung ist nur systembedingt, da erst mit der Rechnung alle Kosten weiterverrechnet werden. Im Budget resultierte ein Aufwandüberschuss von Fr. 0,9 Mio.

Beim Betreibungsamt konnte Personal- und Sachaufwand in der Höhe von Fr. 0,36 Mio. eingespart werden. Hingegen sind die Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen zurückgegangen.

4.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzverwaltung

Das Jahr 2009 brachte der Finanzverwaltung vielseitige Herausforderungen. Als Folge der Wirtschaftskrise und der Steuergesetzrevision des Kantons wies die Finanzplanung für die Jahre 2010–2014 massiv negative Ergebnisse aus. Die finanzielle Trendwende – mit Abschiednahme von positiven Ergebnissen – wird mit dem Jahr 2010 Tatsache. Das Budget 2010 zeigt ein Rohdefizit von Fr. 20,8 Mio., welches dank Entnahmen aus Rückstellungen und Reserven auf Fr. 2,8 Mio. reduziert wird. Die negativen Zahlen zeigen einen zwingenden Handlungsbedarf zur Entlastung des Haushalts auf. Deshalb wurden Sofortmassnahmen ergriffen sowie ein Gesamtpaket aufgezeigt, welches den Haushalt um jährlich Fr. 48 Mio. entlasten soll. Als Bestandteil davon ist ein Sparpaket im Umfang von Fr. 15 Mio. vorgesehen. Die konzeptionelle Erarbeitung fand in der zweiten Jahreshälfte statt und wurde vom Stadtrat im Frühjahr 2010 verabschiedet.

Die Massnahmen für 2009 aus dem Entlastungs- und Überprüfungsprojekt (EÜP) wurden weiter umgesetzt. Die Umsetzung und Wirksamkeit der Massnahmen 2007 und 2008 wurden in einem separaten Bericht an den Stadtrat überprüft.

Bei der Aktualisierung der Investitionsplanung für die Gesamtplanung 2010–2014 stellte sich heraus, dass das finanzielle Gesamtvolumen der geplanten Investitionsprojekte den Plafond aus der Finanzplanung stark überschoss. Der Stadtrat setzte eine Taskforce ein. Unter der Führung der Finanzverwaltung und der Leitung Immobilien wurde die Budgetierung 2010 überprüft und ein Vorschlag zur Verbesserung der Steuerung der Investitionsprojekte und der Anpassung an die finanziellen Möglichkeiten der Stadt erarbeitet. Deren Ergebnisse werden in den Planungsprozess 2011 bis 2015 einfließen.

Im Rahmen der Fusion Littau-Luzern hat die Stadtbuchhaltung ab 1. Januar 2009 die Buchhaltung der Gemeinde Littau im Auftragsverhältnis geführt. Die Zusammenarbeit verlief sehr gut; die im Tagesgeschäft auftauchenden Fragen konnten regelmässig zwischen den Mitarbeitenden der beiden Gemeinden geklärt werden. Die enge Zusammenarbeit trug auch dazu bei, dass die Vorarbeiten für die definitive Integration der beiden Rechnungswesen per 1. Januar 2010 und die Erstellung der Fusionsbilanz zielgerichtet und effizient abgewickelt werden konnten. Herausfordernd war

die Organisation und Koordination des Budgetprozesses für den Voranschlag 2010; viele zusätzliche Arbeitsschritte und Abklärungen waren nötig, um das erste gemeinsame Budget für die fusionierte Gemeinde zu erstellen.

Erstmals mit dem Abschluss 2009 werden die Vollkosten pro Abteilung ausgewiesen. Dies wurde durch die Bestimmungen im neuen Gemeindegesetz nötig. Der Start der Anlagebuchhaltung erfolgte ebenfalls auf den 1. Januar 2009. Dank guter Vorarbeit bereitete die Umstellung der KORE und der Anlagebuchhaltung keine grösseren Probleme. Die Abteilungen mit Globalbudget verfügen wie bis anhin über eine detaillierte Kostenrechnung.

Die Stadtbuchhaltung plant einen Upgrade des Finanzsystems auf Microsoft Dynamics NAV 2009. Aus diesem Grund wurden dieses Jahr zwölf Workshops mit Anwendern durchgeführt, um Optimierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten zu prüfen. Der Upgrade sowie die Schulung von 440 Usern ist im November 2010 vorgesehen. Der Projektaufwand wird grossmehrheitlich durch Mitarbeitende der Stadtbuchhaltung geleistet.

Seit Inkrafttreten des Reglements über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling und der entsprechenden Verordnung auf Januar 2006 sind bei verschiedenen Leistungserbringern organisatorische Veränderungen eingetreten, welche die Anpassung der Verordnung über die delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung im Rahmen des Beteiligungs- und Beitragscontrollings erforderten. Dazu gehört u. a. die Veräusserung der Aktien der Xundheit an die Stiftung Sympany auf den 1. Juli 2009, an deren Vorbereitung die Finanzverwaltung stark mitbeteiligt war. Die entsprechende Änderung der Verordnung wird dem Parlament im Winter 2010 vorgelegt.

Nach über 15 Jahren steht eine Weiterentwicklung des städtischen Finanzcontrollings und Reportings an: Die finanzielle Führung ist den veränderten Rahmenbedingungen und den Anforderungen der Zeit anzupassen. Dabei werden die im Projekt Führungsentwicklung von den Dienstabteilungen erarbeiteten Leistungsaufträge für das Berichtswesen aktualisiert. Das externe Berichtswesen soll moderner sein und effizienter hergestellt werden. Die Finanzverwaltung hat ihre Überlegungen im März 2009 anlässlich des Winterseminars dem Stadtrat präsentiert, und an der Sitzung vom 30. April 2009 hat die Geschäftsprüfungs-

kommission ihre Einwilligung für die Lancierung dieses Projekts erteilt. Mit StB 611 wurde das Projekt am 15. Juli genehmigt und soll auf Beginn des Budgets 2012 umgesetzt sein.

Schliesslich ging Ende Juli der langjährige Finanzverwalter Silvio Degonda in Pension. Die Leitung der Finanzverwaltung liegt neu bei Roland Brunner.

Regionales Steueramt Luzern

Das Regionale Steueramt hat die operativen Zielsetzungen erreicht. Veranlagungsstand, kundenorientierte Zielsetzungen, Fakturierung und Inkasso wie auch die internen Dienstleistungen wie das Scannen der Steuerakten konnten termingerecht und in der vorgegebenen Qualität bearbeitet werden.

Die Fusion von Littau und Luzern bedingte eine Zusammenführung der Datenbanken im Bereich der Einwohner und der Steuern. Die Projektarbeiten nahmen einige Zeit in Anspruch. Die umfangreichen Testarbeiten haben sich gelohnt: Anfang Januar konnte das Projekt erfolgreich durchgeführt werden, und die neue Datenbank weist eine hohe Qualität auf.

Auf das Jahr 2010 wird die Bearbeitung der Grundstückgewinnsteuern Littau vom Regionalen Steueramt übernommen. Die Vorarbeiten sind abgeschlossen.

Das Projekt "together", ein Gemeinschaftsprojekt der kantonalen Dienststelle Steuern und des Regionalen Steueramts Luzern, hat zum Ziel, das Inspektionswesen der Abteilung Unselbstständigerwerbende bei den Gemeinden neu zu gestalten. Die Mitarbeitenden des Regionalen Steueramtes leisteten dabei umfangreiche Vorarbeiten im Bereich des Aufsichtswesens. So wurden Risikoanalysen erarbeitet, ein Qualitätssicherungssystem eingeführt und Standardberichte für die Gemeindesteuerämter und für die Revision entworfen. Die kantonale Dienststelle Steuern wird die erarbeiteten Berichte und Instrumente für den gesamten Kanton weiterentwickeln und dann einführen. Für die Stadt konnte das Projekt abgeschlossen werden.

Teilungsamt

Beim Teilungsamt ging der Leiter Markus Aeberhard Ende Jahr in Pension. Sein Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter Hansruedi Glanzmann.

Prozesse und Informatik (PIT)

Der Schwerpunkt im Berichtsjahr liegt bei der Vorbereitung und Realisierung der informatik-

technischen Fusion von Littau und Luzern. Im Bereich der Infrastrukturen wurden die Netzwerke zusammengeführt und die PCs in der Gemeindeverwaltung Littau durch neue Geräte ersetzt. Die Daten der wichtigen Fachapplikationen wurden angeglichen und in die verbleibende Applikation integriert. Die Datenaufbereitung gestaltete sich von relativ einfach bis zu sehr aufwendig (z. B. Einwohnerkontrolle).

Im organisatorischen Bereich hat sich PIT in mehreren Bereichen verändert. Die Informatikabteilung von Littau wurde personell bei PIT integriert. Zusätzlich wurde der Betrieb des Rechenzentrums Littau von PIT übernommen. Dies führt dazu, dass der Standort Littau und das RZ Littau ab Anfang 2009 von Luzern aus betreut wurden. Zusätzlich hat sich PIT in den Bereichen Basisinfrastruktur und Applikationsbetreuung reorganisiert und den Bereich Schulinformatik neu aufgebaut.

Wesentliche Fortschritte konnten auch bei der Bearbeitung der grossen Projekte Neues Personaladministrationssystem und Registerharmonisierung erreicht werden. Beide Projekte konnten entscheidend weitergebracht werden. Sie beeinflussen schon heute die Geschäftsprozesse in der Stadt positiv. Die Infrastrukturprojekte bei der Volksschule konnten vorangetrieben werden, sodass alle Luzerner Schulhäuser über die gleiche IT-Infrastruktur verfügen und die Lehrkräfte geschult sind. In Littau muss die Infrastruktur noch angepasst werden.

Mit dem Start des Projekts Virtualisierung wurde ein nächster Schritt in der Modernisierung der städtischen IT-Infrastruktur eingeleitet. In der Folge werden sich in den kommenden Jahren die Server, die Speichersysteme, die Software und der PC-Arbeitsplatz unter dem Einfluss der Virtualisierung massiv verändern. Mit den neuen Technologien ist es heute möglich, den Betrieb der IT-Infrastrukturen effizienter und sicherer zu gestalten.

Mit der Entscheidung, dass PIT ins "Haus der Informatik" an den Ruopigenplatz 1, 6015 Luzern, zügeln wird, wurde auch klargemacht, dass die Veränderungen bei der Informatik weitergehen werden. Es mussten Vorbereitungen getroffen werden, damit die Verschiebung von PIT ins Haus der Informatik, zusammen mit der Interessengemeinschaft Gemeindeinformatik (IGGI) und der Dienststelle Informatik (DIIN), erfolgreich abgewickelt werden kann.

Betreibungsamt

Das Betreibungsamt Luzern und das Betreibungsamt Littau wurden per 1. Januar 2009 vereinigt. Zu den 13 Mitarbeitenden in Luzern kamen 8 aus Littau dazu. In Littau wurde eine Aussenstelle mit 2 Personen eingerichtet. Es werden dort Pfändungseinvernahmen durchgeführt und Betreibungsauszüge ausgestellt. Durch die digitale Aktenbearbeitung sind sämtliche Dokumente in Littau und in Luzern immer sichtbar und müssen nicht physisch verschoben werden. Da der ganze Postversand aus Luzern erfolgt, drucken die Mitarbeitenden aus Littau ihre Akten in Luzern aus.

Im ersten gemeinsamen Jahr wurden 22'089 (Vorjahr: 22'008) Betreibungen (Luzern 15'458; Littau 6'631) eingereicht, und 12'401 Pfändungseinvernahmen (Luzern 8'213; Littau 4'188) gemacht. Die Finanzkrise hat sich beim

Eingang von Betreibungsbegehren bisher nicht bemerkbar gemacht. Dafür haben die Pfändungsvollzüge stark zugenommen (Luzern Zunahme 21,4 %; Littau Zunahme 16,2 %). Im Weiteren wurden 7'307 Verlustscheine mit einem Verlustbetrag von Fr. 42,57 Mio. ausgestellt. Die Bestellung von Betreibungsauszügen im Internet über den Online-Schalter der Stadt Luzern wurde von 2'500 Kunden genutzt. Die Verarbeitung des gesamten Posteingangs in Luzern und die Führung einer Aussenstelle in Littau haben sich dank der elektronischen Aktenverarbeitung bestens bewährt. Gerade im Massengeschäft ist eine grosse Effizienz zu erzielen, da keine physischen Akten mehr abgelegt und transportiert werden müssen. Die Mitarbeiter haben über 90'000 Dokumente erstellt.

4.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.5.4.1 Regionales Steueramt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

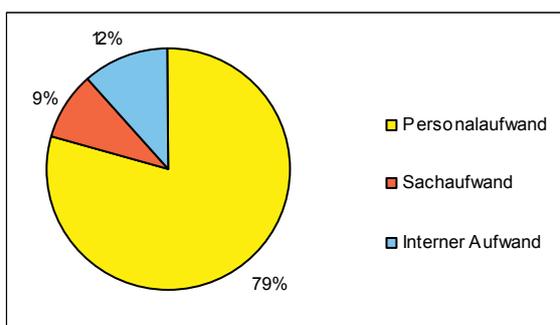
Im Regionalen Steueramt sorgen 67 Mitarbeitende (56,4 Stellen) für die Registerführung, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Dienststelle Steuern. Im Bereich der Sondersteuern ist das Regionale Steueramt zuständig für die Grundstückgewinn- und die Handänderungssteuern sowie die Liegenschaftssteuern. Zudem werden die Billettsteuern und die Kurtaxen erhoben und bezogen. Das Steuerregister für die ordentlichen Steuern umfasst rund 48'000 Personen und Gesellschaften für Luzern sowie 10'000 für die Gemeinde Littau.

b) Ergebnis

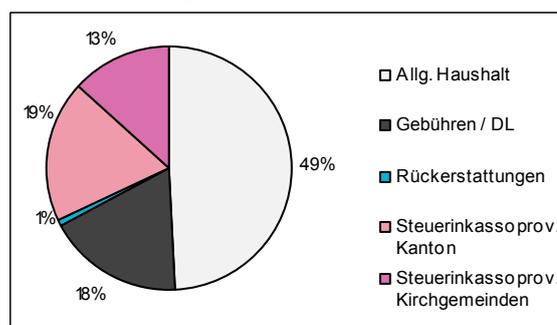
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	8'421'886	8'736'130	8'876'900	-140'770	-2%	314'244	4%
Ertrag	4'261'072	4'431'142	3'951'100	480'042	12%	170'069	4%
Ergebnis	-4'160'814	-4'304'989	-4'925'800	620'811	13%	-144'175	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Erledigte Veranlagungen	39'071	44'076	40'058	37'998	45'353	42'305	45'196
Offene Veranlagungen Selbstständigerwerbende	3'286	2'993	3'019	3'284	3'372	2'639	2'372
Offene Veranlagungen Unselbstständigerwerbende	6'952	7'093	5'604	9'994	6'709	8'389	7'118
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	168	162	157	154	145	146	151
Aufwand netto pro Steuerpfl.	57	49	88	81	79	78	80
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000 (Luzern)	126'521	124'352	121'230	130'731	130'696	133'235	134'770
Anteil Steuererklärungen PC		29%	40%	47%	50%	49%	56%

e) Kommentar

Die Bruttokosten pro Steuerpflichtigen sind gegenüber den beiden Vorjahren angestiegen, liegen aber immer noch unter den Kosten der Jahre 2003 bis 2006. Wenn man beachtet, dass ab 2009 das Steueramt – wie alle übrigen Dienstabteilungen – mit zusätzlichen internen Verrechnungen belastet wurde, ist dies ein überaus gutes Ergebnis. Die weiterhin steigende Anzahl der zu bearbeitenden Dossiers konnte bisher durch Umlagerungen von Stellen innerhalb des Steueramtes aufgefangen werden. 2009 konnte der Anteil der PC-Steuererklärungen deutlich erhöht werden. Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung weitergeht. Die PC-Steuererklärungen sind von einer sehr hohen Qualität und erleichtern die Arbeit des Steueramtes beträchtlich. Im Jahr 2009 konnten rund 103 % einer Steuerperiode veranlagt werden. Dies hat – neben einem höheren Veranlagungsstand – auch zur Folge, dass die Nachträge der natürlichen Personen höher sind als budgetiert. Dadurch ist auch der Steuerertrag einer Einheit angestiegen. Es wird sich zeigen, wie nachhaltig diese Entwicklung ist.

4.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

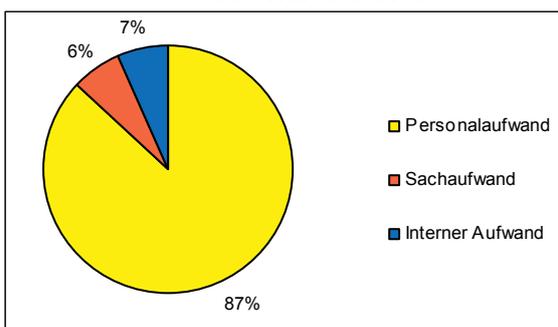
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde nach Gesetz und Verordnung zugewiesenen Aufgaben. Darunter fallen Tätigkeiten wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbbescheinigungen und die amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen. Gleichzeitig werden die Erbschaftssteuern für die Stadt und den Kanton veranlagt und bezogen. Das Teilungsamt ist Depositärstelle für Testamente, Ehe- und Erbverträge und nimmt als Steigerungsbehörde amtliche Steigerungen vor. Schliesslich werden auch Mandate als Willensvollstrecker und Erbteilungen im Auftrag der Erben übernommen sowie Auskünfte und Beratungen in Erbschaftsfragen erteilt. Im Übrigen ist das Teilungsamt Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker, Erbschaftsverwalter und Erbenvertreter. Der Personalbestand umfasst zwölf Mitarbeitende (11,55 Pers.-Einheiten).

b) Ergebnis

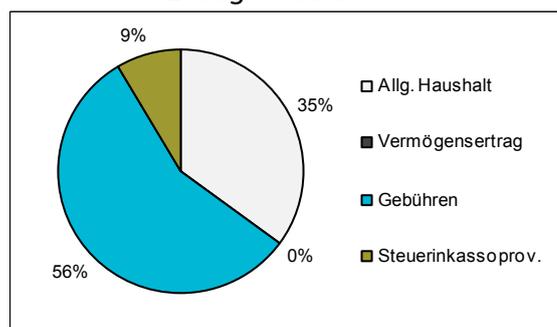
	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	1'511'239	1'718'489	1'705'500	12'989	1%	207'250	14%
Ertrag	1'274'993	1'118'079	1'371'000	-252'921	-18%	-156'914	-12%
Ergebnis	-236'246	-600'410	-334'500	-265'910	-79%	-364'164	-154%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Erbschaftsfälle neu	764	781	718	720	708	785	868
Erbschaftsfälle pendent	453	399	341	322	325	341	369
Erbschaftsfälle erledigt	804	835	776	739	705	769	840
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	2'106	1'868	2'058	2'086	2'074	1'965	2'046
Ertrag	1'729	1'577	1'552	1'743	1'872	1'658	1'331
Erbschaftssteuern	6'948	8'446	7'469	7'355	9'684	7'279	8'467

e) Kommentar

Obwohl im laufenden Jahr ungewöhnlich viele neue Erbschaftsfälle angefallen sind, konnten die Pendenzen auf einem tiefen Stand gehalten werden. Die Altersstruktur hingegen hat sich vorübergehend verschlechtert, da von Littau noch ältere Pendenzen zu übernehmen waren. Die zusätzlichen Aufgaben des Teilungsamtes als Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker und Erbschaftsverwalter und insbesondere die Beurteilung von Beschwerden haben in den letzten Jahren stark zugenommen.

Der budgetierte Ertrag aus Erbschaftssteuern wurde knapp nicht erreicht. Dennoch wurde der Ertrag gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1,5 Mio. gesteigert. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung wurde vor allem wegen tieferer Gebührenerträge für Erbteilungen deutlich verfehlt. Die Erbschaftssteuern wie auch die Einnahmen aus Erbteilungen unterliegen Schwankungen und sind nicht beeinflussbar.

4.5.4.3 Prozesse und Informatik

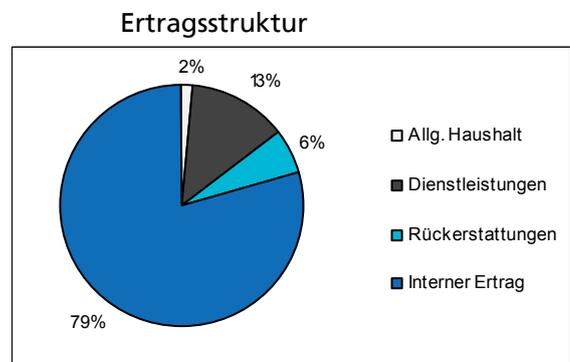
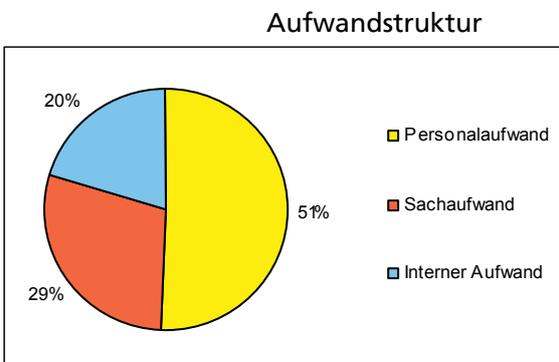
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie betreibt die eingesetzten Informatik- und Kommunikationsinfrastrukturen und leistet ergänzende Dienste im Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste). Der Postdienst, der Einkauf der Büromaterialien und der Betrieb der Telefonie-Anlagen gehören ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT. Die Abteilung beschäftigt 37 Personen (3'465 Stellenprozente, 4 Lehrlinge/Praktikanten).

b) Ergebnis

	R 2008	R 2009	B 2009	Abw. zu B 09 in Fr.	Abw. zu B 09 in %	Abw. zu R 08 in Fr.	Abw. zu R 08 in %
Aufwand	7'956'618	9'511'363	8'576'100	935'263	11%	1'554'744	20%
Ertrag	7'912'094	9'348'080	7'703'800	1'644'280	21%	1'435'986	18%
Ergebnis	-44'525	-163'283	-872'300	709'017	81%	-118'758	-267%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009
Informatikausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet (ab 2008 nur Verwaltung)	1'081	1'290	1'179	1'020	1'022
Informatik an den Volksschulen (Anz. PC)				475	490
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Verw.) (Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)	3'200.-	2'900.-	2'900.-	2'700.-	2'460.-
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	99,80%	97,50%	98,91%	98,93%	99,37%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	46,8%	46%	41%	65%	77%
Service-Desk:					
Total gelöste Fälle Service-Desk	6'374	6'632	7'368	6'887	8'235
Schulung:					
Kurse und Workshops	75	70	47	39	46
Total Kursteilnehmende	544	491	353	293	288
Projekte:					
Anzahl Projekte	106	74	84	75	71
Anzahl Stunden für Projekte	15'933	13'082	14'500	12'828	13'184
Stundenanteil PIT für Projekte	24,8%	37,5%	52,8%	25,7%	47,6%

e) Kommentar

Bei den intern betreuten PCs sind diejenigen der STAPO weggefallen. Dazugekommen sind die PCs der Littauer Mitarbeitenden. Zusätzlich werden auch zunehmend PC-Arbeitsplätze der Gemeinden des Rechenzentrums Littau betreut. Dies führt auch zu einem merklichen Anstieg bei den Service-Desk-Fällen. Das Mehr an grossen Projekten (z. B. Fusion Littau-Luzern) hat zu einer Erhöhung der Projektstunden geführt.

4.6 Beitragswesen

4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
800 Allg. Verwaltung	191	192	-1	-1%	0	0	0		(191)		1
810 öffentliche Sicherheit	1'037	951	86	9%	0	0	0		(1'037)	86	
820 Bildung	10'193	9'767	425	4%	0	0	0		(10'193)	426	
830 Kulturförderung	17'525	17'581	-56	0%	0	0	0		(17'525)		56
831 Denkmalpflege	264	580	-316	-54%	195	530	-335	-63%	(69)	19	
832 Sport	1'212	577	636	110%	0	0	0		(1'212)	635	
833 Freizeitgestaltung	190	198	-8	-4%	0	0	0		(190)		8
840 Gesundheit	6'152	5'610	542	10%	68	0	68		(6'084)	474	
L850 Familienergänzende Kinderbetreuung	2'567	3'990	-1'422	-36%	364	0	364		(2'203)		1'787
851 Fürsorge	39'505	38'844	660	2%	0	0	0		(39'505)	661	
852 Wohnbauförderung	103	85	18	21%	103	85	18	21%	0		
860 Verkehr	10'370	10'180	190	2%	1'799	1'623	176	11%	(8'571)	14	
870 Umwelt- und Raumordnung	12	11	0	0%	0	0	0		(12)	1	
880 Volkswirtschaft	1'165	1'278	-113	-9%	256	289	-33		(909)		80
Total	90'485	89'845	640	1%	2'784	2'527	258	10%	(87'701)	2'316	1'932
Netto- verschlechterung										384	

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen liegt rund Fr. 0,4 über dem Budget.

Der Mehraufwand im Sicherheitsbereich von Fr. 0,1 Mio. ist auf den Beitrag an die städtische Feuerwehr für die Umsetzungskosten der Fusion mit Littau zurückzuführen.

Im Bildungsbereich führten höhere Beiträge an die Kantonsschulen (Fr. 154'000.– infolge mehr Schüler aus der Stadt), ein höherer Poolbeitrag an die Sonderschulen (Fr. 102'000.–) und höhere Beiträge an kantonale Heime und Therapieinstitutionen (Fr. 228'000.–) zu Mehraufwendungen.

Bei den Beiträgen für Kultur und Freizeit führen das höhere Defizit der Hallenbad AG wegen des Betriebes der Tribschenbadi (Fr. 40'000.–) und der Beitrag an den FC Luzern (Fr. 600'000.–) zu einem höheren Aufwandüberschuss.

Im Abschnitt Gesundheit führen der höhere Beitrag an die Spitex (Fr. 389'000.–) und zusätzliche Beiträge an das Schweizerische Rote Kreuz Luzern für den Entlastungsdienst (Fr. 100'000.–) zu Mehraufwendungen gegenüber dem Budget.

Der Bereich Familienergänzende Kinderbetreuung schliesst um rund Fr. 1,8 Mio. besser ab: Der Bedarf an Betreuungsgutscheinen (Anzahl Kinder) ist geringer ausgefallen, als im Pilotprojekt vorgesehen war.

Die grössten Abweichungen im Bereich der Fürsorge waren der Wegfall des Beitrags an die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (Fr. 720'000.–), der Mehraufwand der AHIZ (Fr. 1'359'000.–) und der höhere Beitrag an die FABIA (Fr. 18'100.–).

Im Bereich Volkswirtschaft konnten bei den Grossveranstaltungen Einsparungen (Fr. 92'000.–) realisiert werden.

4.6 Beitragswesen

4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	R 09	B 09	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
800 Allg. Verwaltung	191	192	-1	-1%	0	0	0		(191)		1
810 öffentliche Sicherheit	1'037	951	86	9%	0	0	0		(1'037)	86	
820 Bildung	10'193	9'767	425	4%	0	0	0		(10'193)	426	
830 Kulturförderung	17'525	17'581	-56	0%	0	0	0		(17'525)		56
831 Denkmalpflege	264	580	-316	-54%	195	530	-335	-63%	(69)	19	
832 Sport	1'212	577	636	110%	0	0	0		(1'212)	635	
833 Freizeitgestaltung	190	198	-8	-4%	0	0	0		(190)		8
840 Gesundheit	6'152	5'610	542	10%	68	0	68		(6'084)	474	
850 Familienergänzende Kinderbetreuung	2'567	3'990	-1'422	-36%	364	0	364		(2'203)		1'787
851 Fürsorge	39'505	38'844	660	2%	0	0	0		(39'505)	661	
852 Wohnbauförderung	103	85	18	21%	103	85	18	21%	0		
860 Verkehr	10'370	10'180	190	2%	1'799	1'623	176	11%	(8'571)	14	
870 Umwelt- und Raumordnung	12	11	0	0%	0	0	0		(12)	1	
880 Volkswirtschaft	1'165	1'278	-113	-9%	256	289	-33		(909)		80
Total	90'485	89'845	640	1%	2'784	2'527	258	10%	(87'701)	2'316	1'932
Netto- verschlechterung										384	

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen liegt rund Fr. 0,4 über dem Budget.

Der Mehraufwand im Sicherheitsbereich von Fr. 0,1 Mio. ist auf den Beitrag an die städtische Feuerwehr für die Umsetzungskosten der Fusion mit Littau zurückzuführen.

Im Bildungsbereich führten höhere Beiträge an die Kantonsschulen (Fr. 154'000.– infolge mehr Schüler aus der Stadt), ein höherer Poolbeitrag an die Sonderschulen (Fr. 102'000.–) und höhere Beiträge an kantonale Heime und Therapieinstitutionen (Fr. 228'000.–) zu Mehraufwendungen.

Bei den Beiträgen für Kultur und Freizeit führen das höhere Defizit der Hallenbad AG wegen des Betriebes der Tribschenbadi (Fr. 40'000.–) und der Beitrag an den FC Luzern (Fr. 600'000.–) zu einem höheren Aufwandüberschuss.

Im Abschnitt Gesundheit führen der höhere Beitrag an die Spitex (Fr. 389'000.–) und zusätzliche Beiträge an das Schweizerische Rote Kreuz Luzern für den Entlastungsdienst (Fr. 100'000.–) zu Mehraufwendungen gegenüber dem Budget.

Der Bereich Familienergänzende Kinderbetreuung schliesst um rund Fr. 1,8 Mio. besser ab: Der Bedarf an Betreuungsgutscheinen (Anzahl Kinder) ist geringer ausgefallen, als im Pilotprojekt vorgesehen war.

Die grössten Abweichungen im Bereich der Fürsorge waren der Wegfall des Beitrags an die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (Fr. 720'000.–), der Mehraufwand der AHIZ (Fr. 1'359'000.–) und der höhere Beitrag an die FABIA (Fr. 18'100.–).

Im Bereich Volkswirtschaft konnten bei den Grossveranstaltungen Einsparungen (Fr. 92'000.–) realisiert werden.

5 Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget

5.1 Heime und Alterssiedlungen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.1.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. **Das im kantonalen Vergleich eher knappe stationäre geriatrische Angebot in der Stadt Luzern wird im Sinne einer bedarfsgerechten Versorgung beibehalten.**

Die Zahl der Heimplätze der städtischen Betagtenzentren (BZ) und Pflegewohnungen (PW) reduziert sich während des Umbaus des Hauses Morgenstern (BZ Wesemlin) nochmals leicht auf 736 Betten. Hinzu kommen jedoch ab Sommer 2008 (als Pilotprojekt für zwei Jahre) zusätzliche 11 Plätze für Übergangspflege im BZ Rosenberg, die eine gewisse kompensierende Wirkung haben sollten.

Erreicht. Aufgrund fehlender Nachfrage nach Zweizimmerappartements für Ehepaare und nach kleinen Zweibettzimmern ist die budgetierte Bettenzahl 2009 um weitere 10 Betten reduziert worden.

2. **Die Bewohner/innen der städtischen Altersinstitutionen fühlen sich wohl und als Individuum respektiert.**

Zur Zielerreichung orientiert sich Heime und Alterssiedlungen (HAS) weiterhin an den folgenden beiden Leitsätzen: "Wir gewährleisten unseren Bewohnerinnen und Bewohnern einen Alltag, der den regulären Umständen und Bedingungen ihrer gewohnten Lebensweise so nahe wie möglich kommt." Und: "Wir ermöglichen unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, nach ihren eigenen Möglichkeiten selbst zu bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten."

Erreicht. Die Umsetzung von heimspezifischen Jahreszielen zu den Leitsätzen wurde im Trimestercontrolling der Leitung HAS fortlaufend überprüft.

3. **Die Bewohner/innen werden professionell gepflegt und betreut.**

Das Pflegeleitbild von HAS folgt dem Grundsatz: "Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gestalten wir einen Lebensraum, in dem Menschen sich wohlfühlen und bis zu ihrem Tode leben können." Dazu richtet sich die Pflege und Betreuung am personenzentrierten Ansatz aus und unterstützt und fördert gewünschte soziale Kontakte inner- und ausserhalb der Institution.

Der an die neue Bildungssystematik im Gesundheitswesen angepasste Sollstellenplan wird 2009 eingeführt und parallel zur zunehmenden Zahl der Absolventinnen der neuen Ausbildungsgänge umgesetzt.

Die Spezialangebote von HAS werden Anfang 2009 ergänzt durch eine kleine Hospizabteilung mit 7 Betten, die auch jüngeren Menschen offen steht und vorerst als Pilotprojekt für zwei Jahre betrieben wird.

Erreicht. Die spezialisierte Palliativ- oder Hospizabteilung im Betagtenzentrum Eichhof ist im Jahresverlauf kontinuierlich auf die Zielgrösse von 7 Plätzen aufgebaut worden. Für die konsequente Umsetzung des eingeführten Sollstellenplans im Pflegebereich sind 2010 noch die adäquaten Instrumente (Basis-Stellenbeschriebe, Standortbestimmung, Schulung Führungskompetenzen, Nachqualifikationsangebote) bereitzustellen.

4. **Die sozialen Aussenkontakte der Bewohner/innen werden mit Hilfe freiwillig Mitarbeitender bewusst gefördert.**

In jedem Betagtenzentrum besteht eine betreute und in das Zentrum integrierte Gruppe freiwillig Mitarbeitender. Diesen wird jährlich eine spezielle, auf sie ausgerichtete Weiterbildung angeboten. Um die Freiwilligenarbeit weiter auszubauen, wird gezielt nach geeigneten Betätigungsfeldern gesucht und bei der Bevölkerung aktiv dafür Werbung gemacht.

Erreicht. In die Kampagne für Freiwilligenarbeit vom Herbst 2009 wurde das Betagtenzentrum Staffelnhof in Reussbühl bereits miteinbezogen. Das gesteckte Ziel wurde erreicht: Insgesamt meldeten sich über 30 interessierte Personen bei den Betagtenzentren und Pflegewohnungen.

5. **Das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bewohner/innen werden gefördert und verbessert.**

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung erfolgt in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen

bis Ende 2009 eine erste Standortbestimmung auf der Basis des Konzepts "Palliative Care"¹⁰ mit dem Ziel, die betriebsspezifisch notwendigen Massnahmen für die Umsetzung von Palliative Care zu planen und schrittweise umzusetzen.

Erreicht. In sämtlichen Betagtenzentren und Pflegewohnungen ist eine erste Standortbestimmung durchgeführt worden. Startveranstaltungen sowie erste Weiterbildungstage haben stattgefunden oder sind für Anfang 2010 geplant.

- 6. Essen und Trinken sollen für die Bewohner/innen ein Erlebnis und eine tägliche Freude sein.**
Die im Rahmen des Gastronomieprojekts in den letzten Jahren eingeführten neuen Standards für bewohnergerechte Wahlangebote, Essenszeiten, individuellen Service und Aktivierungsmöglichkeiten werden 2009 auf ihre Wirkung überprüft und wo notwendig angepasst bzw. ergänzt.

Erreicht. Die Gastrostandards von HAS sind in sämtlichen Institutionen inkl. Staffelnhof eingeführt. Deren interne Überprüfung fiel weitestgehend positiv aus.

- 7. Die Mitarbeitenden werden als entscheidende Ressource zur Erfüllung des Leistungsauftrags betrachtet.**

Das in Zusammenhang mit der neuen Bildungssystematik und der gegenwärtigen Personalverknappung im Gesundheitswesen erarbeitete "Bildungskonzept HAS" zur zukünftigen Personalgewinnung und -sicherung wird 2009 organisatorisch umgesetzt.

Zum grossen Teil erreicht. Das Bildungskonzept HAS steht in den Grundzügen. Seine organisatorische Umsetzung und Implementierung läuft zurzeit jedoch noch.

- 8. Die Abteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) setzt ihre Mittel wirtschaftlich und effizient ein.**

Ein Indikator dafür ist der Kostendeckungsgrad. Dieser liegt im Jahr 2009 für die Betriebskosten (ohne Anlagen) bei 101,2 % bzw. unter Berücksichtigung der Anlagekosten bei 88,7 %.

Nicht erreicht. Der erreichte Kostendeckungsgrad liegt mit 99,5 % bzw. 87,1 % unter dem angestrebten Budgetwert (Begründung siehe Kapitel 5.1.3.3).

- 9. Das Alterszentrum Staffelnhof (Littau) ist erfolgreich in die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen integriert.**

Die Integration ist bis Ende 2009 vorbereitet. Erste Massnahmen werden bereits 2008 und 2009 umgesetzt. Es sind dies insbesondere: Einbezug der Kadermitarbeitenden in die wichtigsten Gremien von HAS, Betreuung von Bewohnerinnen und Bewohnern durch die Fachstelle Sozialberatung HAS, Übergabe des Mahlzeitendienstes an Pro Senectute mit Produktion in der Küche Eichhof sowie eine enge Zusammenarbeit bei der Sanierungsvorbereitung Staffelnhof.

Erreicht. Zusätzlich erfolgte am 1. September 2009 in der Küche Staffelnhof die Umstellung auf das Cook-&-Chill-Kochsystem, wie dies die anderen Betagtenzentren von HAS kennen.

- 10. Die erarbeitete Strategie in den Alterssiedlungen wird, gestützt auf den Entscheid von Stadtrat und Grosse Stadtrat, umgesetzt.**

Andere Trägerschaftsmodelle inklusive Auslagerung sind aufzuzeigen.

Erreicht. Dem B+A 37/2009 "Alterssiedlungen – künftige Strategie" hat der Grosse Stadtrat am 19. November 2009 mehrheitlich zugestimmt. Die darin empfohlenen Massnahmen werden zurzeit umgesetzt.

5.1.2 Globalbudget

(in Franken)	IST 2009	SOLL 2009	Abweichung B2010/B2009		SOLL 2010	IST 2008
Kosten	73'862'423	72'622'700	1'239'723	1%	88'997'600	71'064'243
./. Ertrag	-73'464'728	-73'481'600	16'872	0%	-91'838'500	-72'056'123
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	397'695	-858'900	1'256'595	44%	-2'840'900	-991'880
Abgrenzungen	-	-	-	0%	-	-
kalkulatorische Kosten	10'494'918	10'228'302	266'616	2%	11'575'056	9'228'900
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	10'892'613	9'369'402	1'523'211	17%	8'734'156	8'237'020
Kostendeckungsgrad (in Prozent) ¹	87.1%	88.7%			91.3%	89.7%

¹ Der Kostendeckungsgrad bezeichnet das Verhältnis der Erträge zur Summe aller Kosten; er wird also inkl. kalkulatorischer Raumkosten berechnet.

¹⁰ "Palliative Care" umfasst palliative Medizin und Pflege/Betreuung und meint Schmerzlinderung sowie soziale, psychische und religiös-spirituelle Unterstützung von Menschen mit unheilbaren, fortschreitenden Erkrankungen in ihrer letzten Lebensphase.

5.1.3 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu Budget und Rechnung 2009 sowie (für den Überjahresvergleich) zu Rechnung 2008 und Budget 2010.

Hinweise zum Globalbudget

Um die (netto) Betriebskostenentwicklung über die laufenden Jahre hinweg aufzeigen zu können, werden im Globalbudget die durch **Umbauten** bedingten vorübergehenden Kostenveränderungen in den Investitionen der jeweiligen Einzelprojekte kalkuliert und kreditiert und fliessen in Form von Kompensationszahlungen in die Rechnung ein.

Der Vergleich von Rechnung und Budget 2009 mit den Jahren 2008 und 2010 ist trotzdem nur bedingt möglich, da zwischen den drei Jahren einige **Veränderungen** vorgenommen wurden (siehe dazu auch Voranschlag 2009 und 2010: Leistungsauftrag mit Globalbudget HAS, Kapitel 2):

Veränderungen zwischen 2008 und 2009:

- Tagesheim und Cafeterias wurden bis 2008 in der Rechnung als "Nebenbetriebe" geführt. Ab Budget 2009 ist das Tagesheim im Betagtenzentrum Eichhof Teil der Leistungsgruppe 3 "Spezialabteilungen" und die Cafeterias der Betagtenzentren sind der Leistungsgruppe 1 "Grundleistungen" zugeschlagen.
- Die Übergangspflege im Betagtenzentrum Rosenberg ist ein neues Angebot, das erst ab Mitte 2008 geführt wird und zurzeit zusammen mit dem Tagesheim die Leistungsgruppe 3 "Spezialabteilungen" ausmacht.
- Die Kosten für pflegerisches Verbrauchsmaterial wurden nach 2008 von der Leistungsgruppe 4 "Arztdienst" in die Gruppe 2 "Pflegeleistungen" verschoben, wo bereits bis anhin die entsprechenden Erträge der Krankenversicherer gebucht worden sind.
- Durch die geänderte Praxis bei der Berechnung der kalkulatorischen Kosten ergaben sich für 2009 diverse Verschiebungen zwischen den Leistungsgruppen. Zwar profitierte die Leistungsgruppe "Alterssiedlungen" von diesen Veränderungen; über alle Leistungsgruppen hinweg erhöhten sich die kalkulatorischen Kosten allerdings um rund Fr. 1 Mio. im Budget.
- Das Budget 2009 wird zudem durch Mehrkosten von gut Fr. 0,8 Mio. für interne Verrechnungen belastet; dies infolge der per 1. Januar 2009 geltenden Verpflichtung der Stadt Luzern, eine flächendeckende Kostenrechnung einzuführen.

Veränderungen zwischen 2009 und 2010:

- Mit der Fusion Littau-Luzern ist im Budget 2010 auch das Betagtenzentrum Staffelnhof in Reussbühl Teil des Leistungsauftrags und Globalbudgets HAS. Dies führt zu einer entsprechenden Volumenausweitung in den betroffenen Leistungsgruppen (siehe Kapitel 4).
- Die Personalhäuser auf dem Areal Eichhof sind 2010 dagegen nicht mehr budgetiert, da diese bereits 2009 an die Stiftung "Student Mentor Foundation Lucerne" übergeben worden sind.

5.1.3.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Grundleistungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Pensionstage	255'369	261'377	319'887	264'370
Kosten pro Pensionstag	141.20	136.11	138.03	116.75
Ertrag pro Pensionstag	-125.96	-126.13	-139.21	-114.54
Ergebnis	3'892'279	2'607'441	-377'534	584'038
Kostendeckungsgrad	89.2%	92.7%	100.9%	98.1%

LG 2: Pflegeleistungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
BESA-Punkte pro Tag	21'385	20'656	25'036	20'848
Kosten pro BESA (und Tag)	4.74	4.80	5.00	4.51
Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.14	-4.19	-4.25	-4.17
Ergebnis	4'718'074	4'549'647	6'906'150	2'645'541
Kostendeckungsgrad	87.3%	87.4%	84.9%	92.3%

LG 3: Spezialabteilungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Pensionstage/Aufenthaltsstage	2'775	3'212	3'212	1'037
Kosten pro Pensionstag	492.50	452.18	374.32	503.11
Ertrag pro Pensionstag	-360.73	-362.36	-369.21	-330.32
Ergebnis	504'940	504'617	260'566	179'180
Kostendeckungsgrad	72.7%	73.5%	84.7%	65.7%

LG 4: Arztdienst	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	2'785'202	2'690'701	3'164'910	3'122'980
Ertrag	-1'966'042	-1'992'500	-1'987'300	-2'011'780
Ergebnis	819'159	698'201	1'177'610	1'111'200
Kostendeckungsgrad	70.6%	74.1%	62.8%	64.4%

Kernleistungen total	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	77'711'021	76'326'107	94'718'992	68'940'852
Ertrag	-67'776'570	-67'966'200	-86'752'200	-64'420'893
Ergebnis	9'934'452	8'359'907	7'966'792	4'519'959
Kostendeckungsgrad	87.2%	89.0%	91.6%	93.4%

LG 5: Alterssiedlungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Anzahl Wohnungen	232	232	232	232
Kosten pro m2 und Jahr	220.84	219.30	230.04	292.21
Ertrag pro m2 und Jahr	-179.24	-179.58	-186.74	-195.58
Ergebnis	621'666	593'632	647'097	1'374'523
Kostendeckungsgrad	81.2%	81.9%	81.2%	66.9%

LG 6: Restauration	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	2'252'984	1'980'465	2'027'337	1'993'450
Ertrag	-2'322'774	-2'137'200	-2'114'000	-1'989'177
Ergebnis	-69'791	-156'735	-86'663	4'273
Kostendeckungsgrad	103.1%	107.9%	104.3%	99.8%

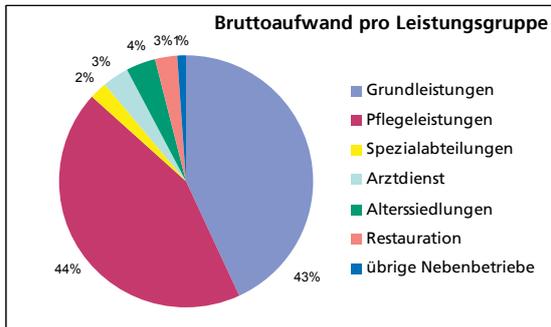
LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	1'093'169	1'267'198	388'630	5'202'163
Ertrag	-686'884	-694'600	-181'700	-2'863'898
Ergebnis	406'285	572'598	206'930	2'338'265
Kostendeckungsgrad	62.8%	54.8%	46.8%	55.1%

Nebenleistungen total	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	6'646'320	6'524'895	5'853'664	11'352'292
Ertrag	-5'688'159	-5'515'400	-5'086'300	-7'635'230
Ergebnis	958'161	1'009'495	767'364	3'717'062
Kostendeckungsgrad	85.6%	84.5%	86.9%	67.3%

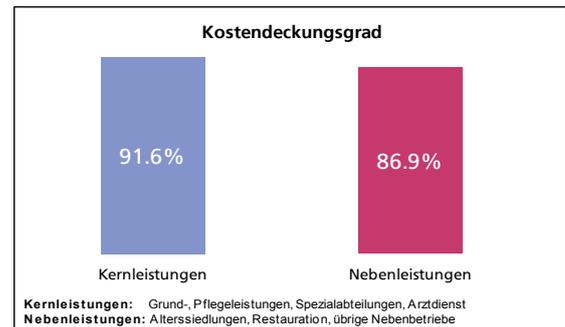
Ergebnis HAS total	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	84'357'341	82'851'002	100'572'656	80'293'143
Ertrag	-73'464'728	-73'481'600	-91'838'500	-72'056'123
Ergebnis	10'892'613	9'369'402	8'734'156	8'237'020
Kostendeckungsgrad	87.1%	88.7%	91.3%	89.7%

5.1.3.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Leistungsgruppen und Bruttoaufwand



b) Kostendeckungsgrad



5.1.3.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2009

Gesamtergebnis

Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) schliesst in der Betriebsrechnung (ohne kalkulatorische Kosten) mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 397'695, d. h. Fr. 1'256'595.– schlechter ab als budgetiert. Zudem fallen die kalkulatorischen Anlagekosten infolge nicht berücksichtigter Investitionen im Budget um Fr. 266'616.– höher aus als budgetiert. Damit wird der anvisierte Kostendeckungsgrad von 88,7 % um insgesamt 1,6 % unterschritten

Beigetragen zu dieser negativen Zielabweichung haben neben einer unterdurchschnittlichen Bettenauslastung in der ersten Jahreshälfte, verbunden mit einer leichten Bettenreduktion bei den Zweizimmerappartements und Zweibettzimmern,

- eine überdurchschnittliche Verbreitung des Noro-Virus im Spätherbst mit Fr. 250'000.– geschätzten Mehrkosten/Mindererträgen,
- ein Mehraufwand beim Provisoriumsbetrieb des BZ Wesemlin, der rund Fr. 200'000.– über den budgetierten Kompensationszahlungen von Fr. 1'072'000.– lag,
- dringende Personalmassnahmen im BZ Dreilinden aufgrund der Analyse des neu eingeführten dynamischen Stellenplans und der Mitarbeitendenbefragung (rund Fr. 300'000.–),
- eine überdurchschnittliche Teuerung bei den Energiekosten (rund Fr. 170'000.–),
- nicht budgetierte Aufwendungen für HAS-interne Projekte (dynamischer Stellenplan, Freiwilligenkampagne, Anpassung der Heimbroschüren infolge Fusion Littau-Luzern) von insgesamt Fr. 136'000.–,
- Rückstellungen für die Erfolgsbeteiligung Globalbudget und für Prämien aus dem städtischen Anreiz- und Anerkennungssystem von insgesamt Fr. 148'000.–,
- über Budget verrechnete interne Verwaltungskosten von Querschnittsabteilungen

(Fr. 228'000.–) und

- fälschlich in Rechnungsperiode 2009 gebuchte Rechnungen in der Höhe von total Fr. 170'000.–.

Leistungsumfang und Kostendeckungsgrad in den Leistungsgruppen

In den **Grundleistungen** (LG 1) konnte der budgetierte Kostendeckungsgrad klar nicht erreicht werden. Die Leistungsgruppe schliesst um Fr. 1,28 Mio. schlechter ab als budgetiert; dies bei verrechenbaren 6'000 Pensionstagen weniger als im Budget vorgesehen. Infolge des hohen Fixkostenanteils liegen die Kosten pro Pensionstag damit deutlich über dem Soll. Der Grossteil der oben aufgeführten Budgetabweichungen betrifft hauptsächlich diese Leistungsgruppe.

Demgegenüber liegt das Ergebnis der **Pflegeleistungen** (LG 2) nur knapp über Budget. Die fehlenden Pensionstage wurden hier weitgehend kompensiert durch eine höhere Pflegebedürftigkeit der Bewohner/innen (729 BESA-Punkte pro Tag mehr als budgetiert). Besonders betroffen von dieser Entwicklung Richtung höherer Pflegebedürftigkeit ist wie bereits im Vorjahr das BZ Dreilinden.

Bei den **Spezialabteilungen** (LG 3) schloss das Tagesheim Eichhof dank einer nochmals gestiegenen Auslastung besser als budgetiert ab, während die Übergangspflege als Pilotbetrieb im ersten Halbjahr noch mit Auslastungsproblemen zu kämpfen hatte und entsprechend schlechter abschnitt.

Das Ergebnis der Leistungsgruppe 4 **Arztdienst** liegt leicht unter Budget. Dies vor allem aufgrund höherer Kosten im BZ Rosenberg, die allerdings auch mit Aufgabenverschiebungen unter den Heimbärztinnen und -ärzten im ersten Halbjahr zu tun hatten.

Im Gegensatz zu den Kernleistungen schliessen die **Nebenleistungen** (LG 5 bis 7) leicht besser ab als budgetiert. Dies vor allem dank der Leistungsgruppe 7 (**übrige Nebenbetriebe**), die die Personalwohnungen und das Therapiebad Dreilinden umfasst. Verantwortlich für die unter Budget liegenden Kosten in Leistungsgruppe 7 sind die Personalwohnungen des BZ Eichhof, die, solange sich die Übernahme durch die Stiftung für studentisches Wohnen verzögert, weiterbetrieben werden.

Mit der Einführung von Cook & Chill im BZ Staffelnhof bereits per 1. September 2009 und weiteren Umsatzsteigerungen beim Private Catering liegen die Kosten wie auch die Erträge in der Leistungsgruppe 6 (**Restauration**) deutlich über Budget.

Qualitätsindikatoren

In der Übergangszeit bis zur Etablierung des neuen vom Kanton geforderten Qualitätsmanagements für Pflegeheime wurde HAS intern lediglich eine Mitarbeiterbefragung im BZ Dreilinden durchgeführt. Das Ergebnis zeigt zwar einen positiven Trend gegenüber der letzten Erhebung vor zwei Jahren, der Gesamtdurchschnitt von 4,7 liegt jedoch noch immer leicht unter dem angestrebten Sollwert von 5

("gut"). Die Ergebnisauswertung hat dazu beigetragen, im BZ Dreilinden den knappen Stellenplan bereits im Jahresverlauf moderat zu erhöhen sowie für 2010 einen Schwerpunkt bei der Mitarbeiter- und Teamentwicklung zu setzen.

Struktur- und Budgetveränderungen im 2010

Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen umfasst ab Anfang 2010 nun auch das Be tagtenzentrum Staffelnhof mit 170 Pflegeplätzen. Damit ist die Abteilung von 800 auf gut 1'000 Mitarbeitende bzw. gut 700 Stellen angewachsen. Die Personalhäuser auf dem Areal Eichhof sind für 2010 zwar nicht mehr budgetiert, werden aber aufgrund der Bauverzögerungen bei der Stiftung "Student Mentor Foundation Lucerne" bis mindestens Mitte Jahr weiterbetrieben.

Das Budget 2010 rechnet, ausgehend von einer letzten markanten Erhöhung bei den Heimentaxen im Rahmen der Taxreform 08, mit einem erhöhten Kostendeckungsgrad von 91,3 % beim Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten). Aufgrund der ersten Zahlen aus dem Monatscontrolling von HAS ist der Start ins neue Jahr erfreulich gelungen.

5.1.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.1.4.1 Kernleistungen insgesamt

Die Kernleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen zugunsten von Heimbewohnerinnen/Heimbewohnern:

- Grundleistungen (5.1.4.2)
- Pflegeleistungen (5.1.4.3)
- Spezialabteilungen (5.1.4.4)
- Arztdienst (5.1.4.5)

Primäre Zielgruppe ist die ältere Wohnbevölkerung der Stadt Luzern.

a) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Kernleistungen insgesamt	Durchschnittliche Wartedauer zwischen Anmeldung und Heimeintritt für Wohnheim für Pflegeheim (inkl. Mischheim)	59 Tage 28 Tage	Max. 100 Tage Max. 60 Tage	68 Tage 25 Tage
Kernleistungen insgesamt	Bettenangebot Davon:	726 Betten	736 Betten	760 Betten
	- Bettenangebot für Temporäraufenthalte	4 Betten	4 Betten	4 Betten
	- Bettenangebot in spezialisierten Demenzwohngruppen	24 Betten	24 Betten	24 Betten
	- Bettenangebot für Übergangspflege (Pilot mit Kanton und Krankenversicherern)	11 Betten	11 Betten	11 Betten
	- Bettenangebot in spezialisierter Hospizabteilung (interner Pilot)	7 Betten	7 Betten	–
	Bettenauslastung insgesamt	96,4 %	97,3 %	96,4 %
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Kernleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit über alle Bereiche pro BZ	Wird nicht erhoben ¹¹	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Kernleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit über alle Bereiche pro BZ	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Kernleistungen insgesamt	Mitarbeiterzufriedenheit über alle Bereiche pro BZ	Gesamt-Ø: 4.7 Tiefster Wert: 3.2	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamt-Ø: 4.6 Tiefster Wert: 3.1 (Wohnlichkeit in Provisorien)
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Lernende und Praktikanten	75 Lernende / Praktikanten	70 Lernende / Praktikanten	70 Lernende / Praktikanten
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle (innerhalb der Arbeitszeit)	3,5 Tage	4 Tage	3,1 Tage
Kernleistungen insgesamt	Krankheitstage pro Vollzeitstelle	11,5 Tage	Max. 10 Tage	9,4 Tage
	Personalfluktuationsrate	14.6 %	Max. 15 %	12 %
Kernleistungen insgesamt	Soziale Arbeitsplätze für nicht voll leistungsfähige Mitarbeitende im Rahmen von 1 % der Gesamtlohnsumme	Fr. 372'302.–	Fr. 470'000.–	Fr. 388'992.–

b) Mengen und Kosten

Kernleistungen total	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	77'711'021	76'326'107	94'718'992	68'940'852
Ertrag	-67'776'570	-67'966'200	-86'752'200	-64'420'893
Ergebnis	9'934'452	8'359'907	7'966'792	4'519'959
Kostendeckungsgrad	87.2%	89.0%	91.6%	93.4%

¹¹ Begründung siehe Kapitel 5.1.3.3 unter dem Stichwort Qualitätsindikatoren.

5.1.4.2 Leistungsgruppe Grundleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen einer zeit- und bedarfsgerechten Unterkunft und Verpflegung mit einem persönlichen Wohnbereich, der im Rahmen der pflegerischen und sicherheitstechnischen Anforderungen weitgehendst selbst gestaltet werden soll.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Wohnangebot (Zimmer, Reinigung, Wäsche)
Verpflegung inkl. Cafeteria
Alltagsgestaltung, Betreuung/Aktivierung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Grundleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Grundleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Gastronomie	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Gastronomie pro Betagtenzentrum	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Gastronomie	Anteil Cook & Chill	63 %	60 %	52 %
Alltagsgestaltung	Angebot an Aktivitäten	Erfüllt	Mind. 3 pro Woche und BZ	Erfüllt

d) Mengen und Kosten

LG 1: Grundleistungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Pensionstage	255'369	261'377	319'887	264'370
Kosten pro Pensionstag	141.20	136.11	138.03	116.75
Ertrag pro Pensionstag	-125.96	-126.13	-139.21	-114.54
Ergebnis	3'892'279	2'607'441	-377'534	584'038
Kostendeckungsgrad	89.2%	92.7%	100.9%	98.1%

5.1.4.3 Leistungsgruppe Pflegeleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten einer angepassten Pflege, basierend auf einem ganzheitlichen, aktivierenden Pflegeverständnis, das den anerkannten Ausbildungskriterien entspricht. Diese umfasst alle KVG-pflichtigen Leistungen gemäss Art. 7 KLV: Massnahmen der Abklärung und Beratung, der Untersuchung und der Behandlung sowie der Grundpflege, die auf ärztliche Anordnung hin oder im ärztlichen Auftrag erbracht werden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Pflegeleistungen
Pflege und Betreuung, gemäss Leistungskatalog BESA unterteilt in: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundpflege I: Grundpflege und hygienische Bedürfnisse ▪ Grundpflege II: Hilfe beim Essen und Trinken ▪ Grundpflege III: Mobilisierung (Mobilität / Gehfähigkeit / Bewegungsübungen / Lagern) ▪ Gesundheits- und Behandlungspflege ▪ Psychogeriatrische Leistungen I: Zeitliche und örtliche Orientierung ▪ Psychogeriatrische Leistungen II: Betreuungsgespräche (Soziales Verhalten)

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Pflege und Betreuung	BESA-Punkte pro Tag	21'385 BESA-Punkte	20'656 BESA-Punkte	20'848 BESA-Punkte
Pflege und Betreuung	Überprüfung/Anpassung BESA-Einstufung	Erfüllt	2-mal pro Jahr sowie nach gesundheitlichen Veränderungen	Erfüllt
Pflege und Betreuung	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Pflege und Betreuung	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Pflege und Betreuung	Anteil ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal ¹	53 %	Mind. 50 %	52 %
Pflege und Betreuung	Überprüfung Pflegequalitätsstandard Dekubitus	11 Dekubitus pro 100 Bewohner/innen	Max. 10 Dekubitus pro 100 Bewohner/innen	13 Dekubitus pro 100 Bewohner/innen

¹ Als ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal gelten: diplomierte Pflegerinnen und Pfleger, Betagtenbetreuerinnen sowie Hauspflegerinnen. Fachangestellte Gesundheit und Betreuung.

d) Mengen und Kosten

LG 2: Pflegeleistungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
BESA-Punkte pro Tag	21'385	20'656	25'036	20'848
Kosten pro BESA (und Tag)	4.74	4.80	5.00	4.51
Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.14	-4.19	-4.25	-4.17
Ergebnis	4'718'074	4'549'647	6'906'150	2'645'541
Kostendeckungsgrad	87.3%	87.4%	84.9%	92.3%

5.1.4.4 Leistungsgruppe Spezialabteilungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Übergangspflege:

Förderung der Funktionalität von Patienten/-innen nach einer Akutphase im Spital, um wieder nach Hause zurückkehren zu können. Eine erneute Spitaleinweisung und/oder eine Langzeitpflegebedürftigkeit im Pflegeheim soll damit verhindert oder zumindest verzögert werden. Das ursprüngliche Konzept der Übergangspflege ist im Rahmen der Konkretisierungsarbeiten vom Kanton, Verband der Sozialvorstehenden SVL und den anbietenden Gemeinden und Institutionen weiterentwickelt worden.

Tagesaufenthalte:

Zurverfügungstellen von Tagesaufenthalten zur Entlastung pflegender Angehöriger, Fördern der Selbstständigkeit und Verhindern der Vereinsamung der Betagten.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Spezialabteilungen
Übergangspflege im BZ Rosenberg
Tagesaufenthalte im BZ Eichhof

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Übergangspflege	Bettenangebot für Übergangspflege	11 Betten	11 Betten	11 Betten
Übergangspflege	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Übergangspflege	20.4 Tage	4 Wochen	24 Tage
Übergangspflege	Anteil der Pflegegäste, die nach der Übergangspflege nach Haus zurückkehren können	92 %	80 %	85 %
Tagesaufenthalte	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Tagesaufenthalte	Auslastung Tagesheim Eichhof	97 %	80 %	83 %

d) Mengen und Kosten

LG 3: Spezialabteilungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Pensionstage/Aufenthaltstage	2'775	3'212	3'212	1'037
Kosten pro Pensionstag	492.50	452.18	374.32	503.11
Ertrag pro Pensionstag	-360.73	-362.36	-369.21	-330.32
Ergebnis	504'940	504'617	260'566	179'180
Kostendeckungsgrad	72.7%	73.5%	84.7%	65.7%

5.1.4.5 Leistungsgruppe Arztdienst

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten der ärztlichen Betreuung und eines Therapieangebotes, das auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet ist.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Arztdienst
Arztdienst im Pflegeheimbereich

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Arztdienst	Bewohnerzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben
Arztdienst	Angehörigenzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen und Therapie	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben	Wird nicht erhoben

d) Mengen und Kosten

LG 4: Arztdienst	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	2'785'202	2'690'701	3'164'910	3'122'980
Ertrag	-1'966'042	-1'992'500	-1'987'300	-2'011'780
Ergebnis	819'159	698'201	1'177'610	1'111'200
Kostendeckungsgrad	70.6%	74.1%	62.8%	64.4%

5.1.4.6 Nebenleistungen

Die Nebenleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen für unterschiedliche Zielgruppen:

- Alterssiedlungen (5.1.4.7)
- Restauration (5.1.4.8)
- Übrige Nebenbetriebe (5.1.4.9)

a) Mengen und Kosten

Nebenleistungen total	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	6'646'320	6'524'895	5'853'664	11'352'292
Ertrag	-5'688'159	-5'515'400	-5'086'300	-7'635'230
Ergebnis	958'161	1'009'495	767'364	3'717'062
Kostendeckungsgrad	85.6%	84.5%	86.9%	67.3%

5.1.4.7 Leistungsgruppe Alterssiedlungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen altersgerechter Wohnungen mit Notfalldienst und der Möglichkeit, weitere Betreuung- und Servicedienstleistungen vom Betagtenzentrum zu beziehen. Bei der anstehenden Neuausrichtung der Alterssiedlungen (Betreuungskonzept, Mietzinspolitik, kalkulatorische Kosten) soll der Kostendeckungsgrad innert der nächsten 5 Jahre deutlich angehoben werden. Ein Vorgehenskonzept liegt in den Grundzügen vor.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Alterssiedlungen
Wohnangebot
Individuelle Serviceleistungen der Betagtenbetreuung (private Begleitung, Mahlzeitendienst, Körperpflege, Zimmerservice), der Lingerie (Näh-/Flickarbeit, Wäschereinigung) und der Hauswartung (Reparaturaufträge)

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Wohnangebot	Anzahl Alterswohnungen	232 Wohnungen	232 Wohnungen	232 Wohnungen
Wohnangebot	Durchschnittliche Vermietungsquote	97 %	95 %	98 %

d) Mengen und Kosten

LG 5: Alterssiedlungen	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Anzahl Wohnungen	232	232	232	232
Kosten pro m2 und Jahr	220.84	219.30	230.04	292.21
Ertrag pro m2 und Jahr	-179.24	-179.58	-186.74	-195.58
Ergebnis	621'666	593'632	647'097	1'374'523
Kostendeckungsgrad	81.2%	81.9%	81.2%	66.9%

5.1.4.8 Leistungsgruppe Restauration

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Mahlzeitenproduktion und Catering für weitere stadtinterne und -externe Kunden. Betrieb des Personalrestaurants Salü im Stadthaus.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Restauration
Produktion von Mahlzeiten in der Küche Eichhof und Catering für stadtinterne und externe Kunden
Personalrestaurant-Betrieb im Stadthaus

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Produktion Mahlzeiten / Komponenten	Umsatzrendite bei externen Kunden	7 %	5 %	6 %

d) Mengen und Kosten

LG 6: Restauration	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	2'252'984	1'980'465	2'027'337	1'993'450
Ertrag	-2'322'774	-2'137'200	-2'114'000	-1'989'177
Ergebnis	-69'791	-156'735	-86'663	4'273
Kostendeckungsgrad	103.1%	107.9%	104.3%	99.8%

5.1.4.9 Leistungsgruppe Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Personalwohnungen:

Angebot für eine temporäre Wohnmöglichkeit zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes für auswärtiges Fachpersonal und Lernende.

Therapiebad:

Betrieb des Therapiebades Dreilinden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben
Temporäres Wohnangebot in den Personalhäusern
Therapiebad Dreilinden

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R09	SOLL B09	IST R08
Personalwohnungen	Anzahl Personalwohnungen	130 Wohnungen	130 Wohnungen	130 Wohnungen
Personalwohnungen	Vermietungsquote	91 %	95 %	97 %
Therapiebad	Anzahl verkaufte Nutzerstunden (Total Std. an Gruppen und an Einzelpersonen)	2'270 Std.	1'900 Std.	2'291 Std.

d) Mengen und Kosten

LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 2009	SOLL 2009	SOLL 2010	IST 2008
Kosten	1'093'169	1'267'198	388'630	5'202'163
Ertrag	-686'884	-694'600	-181'700	-2'863'898
Ergebnis	406'285	572'598	206'930	2'338'265
Kostendeckungsgrad	62.8%	54.8%	46.8%	55.1%

5.1.5 Gliederung von Leistungsauftrag und Globalbudget nach Betagtenzentren

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	Pflege- wohnungen	Total
LG1: Grundleistungen	Pensionstage	89'746	60'077	46'791	43'453	15'302	255'369
	Kosten pro Pensionstag	149.88	116.98	142.79	150.25	154.86	141.20
	Ertrag pro Pensionstag	-130.54	-124.83	-124.27	-121.84	-120.46	-125.96
	Kosten	13'451'518	7'027'814	6'681'422	6'528'860	2'369'696	36'059'311
	Ertrag	-11'715'651	-7'499'225	-5'814'568	-5'294'237	-1'843'351	-32'167'032
	Kostendeckungsgrad	87.1%	106.7%	87.0%	81.1%	77.8%	89.2%
Ergebnis	1'735'867	-471'410	866'854	1'234'623	526'345	3'892'279	
LG2: Pflegeleistungen	BESA-Punkte pro Tag	7'151	4'444	3'987	4'200	1'603	21'385
	Kosten pro BESA (und Tag)	4.72	4.76	4.91	4.58	4.81	4.74
	Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.24	-4.28	-4.15	-3.89	-3.87	-4.14
	Ergebnis pro BESA (und Tag)	0.47	0.48	0.75	0.69	0.94	0.60
	Kosten	12'315'562	7'718'647	7'142'901	7'026'132	2'812'372	37'015'614
	Ertrag	-11'077'316	-6'946'423	-6'045'904	-5'965'667	-2'262'230	-32'297'539
	Kostendeckungsgrad	89.9%	90.0%	84.6%	84.9%	80.4%	87.3%
Ergebnis	1'238'247	772'224	1'096'996	1'060'465	550'142	4'718'074	
LG3: Spezialabteilungen	Pensionstage			2'775			2'775
	Kosten pro Pensionstag			492.50			492.50
	Ertrag pro Pensionstag			-360.73			-360.73
	Kosten	484'208		1'366'687			1'850'895
	Ertrag	-344'928		-1'001'027			-1'345'956
	Kostendeckungsgrad	71.2%		73.2%			72.7%
Ergebnis	139'280		365'660			504'940	
LG4: Arztdienst	Kosten	1'143'475	374'039	771'822	495'865		2'785'202
	Ertrag	-846'707	-267'101	-480'832	-371'402		-1'966'042
	Kostendeckungsgrad	74.0%	71.4%	62.3%	74.9%		70.6%
	Ergebnis	296'768	106'938	290'990	124'464		819'159
Zwischentotal Kernleistungen	Kosten	27'394'764	15'120'500	15'962'832	14'050'857	5'182'068	77'711'021
	Ertrag	-23'984'602	-14'712'749	-13'342'332	-11'631'306	-4'105'581	-67'776'570
	Kostendeckungsgrad	87.6%	97.3%	83.6%	82.8%	79.2%	87.2%
Ergebnis	3'410'161	407'751	2'620'500	2'419'551	1'076'487	9'934'452	

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	Pflege- wohnungen	Total
LG5: Alterssiedlungen	Anzahl Wohnungen	176	16	40			232
	Anzahl m2	11'060	1'155	2'729			14'944
	Kosten pro m2	246.17	91.69	172.84			220.84
	Ertrag pro m2	-180.19	-135.86	-193.71			-179.24
	Ergebnis pro m2	65.97	-44.17	-20.87			41.60
	Kosten	2'722'595	105'903	471'669			3'300'167
	Ertrag	-1'992'952	-156'921	-528'628			-2'678'500
	Kostendeckungsgrad	73.2%	148.2%	112.1%			81.2%
Ergebnis	729'643	-51'018	-56'959			621'666	
LG6: Restauration	Kosten	2'252'984					2'252'984
	Ertrag	-2'322'774					-2'322'774
	Kostendeckungsgrad	103.1%					103.1%
	Ergebnis	-69'791					-69'791
LG7: übrige Nebenbetriebe	Kosten	683'584	200'031	209'554			1'093'169
	Ertrag	-500'771	-129'924	-56'189			-686'884
	Kostendeckungsgrad	73.3%	65.0%	26.8%			62.8%
	Ergebnis	70'107	70'107	153'365			406'285
Zwischentotal Nebenleistungen	Kosten	5'659'163	305'933	681'224			6'646'320
	Ertrag	-4'816'497	-286'845	-584'817			-5'688'159
	Kostendeckungsgrad	85.1%	93.8%	85.8%			85.6%
Ergebnis	842'666	19'088	96'407			958'161	
Gesamttotal Rechnung 2009	Kosten	33'053'927	15'426'433	16'644'056	14'050'857	5'182'068	84'357'341
	Ertrag	-28'801'099	-14'999'594	-13'927'149	-11'631'306	-4'105'581	-73'464'728
	Kostendeckungsgrad	87.1%	97.2%	83.7%	82.8%	79.2%	87.1%
	Ergebnis	4'252'828	426'840	2'716'907	2'419'551	1'076'487	10'892'613

5.1.6 Nachweis der Laufenden Rechnung nach HRM mit dem Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	83'830'715	83'433'019
./ globalbudgetinterne Verrechnungen bzw. Erträge Vorkostenstellen	-9'968'292	-9'968'291
Kostenrechnung	73'862'423	73'464'728
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	397'695	
kalk. Kosten	10'494'918	
Globalbudget Heime und Alterssiedlungen	10'892'613	

5.2 Volksschule / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.2.1 Leistungsziele

1. Die Sekundarstufe I gewährleistet allen Lernenden den Anschluss an weiterführende Schulen oder Berufsausbildungen.
Teilweise erreicht.
2. Die interne Evaluation ist durchgeführt, Massnahmen werden umgesetzt.
Teilweise erreicht.
3. Die erstmalige externe Evaluation der städtischen Schulhäuser ist abgeschlossen. Die einzelnen Massnahmen der Evaluationen sind überprüft und Korrekturen sind – wo notwendig – eingeleitet.
Erreicht.
4. Das Konzept einer qualitativ hochstehenden Aufgabenhilfe ist auf der Primar- und Sekundarstufe I umgesetzt.
Erreicht.
5. Die Planung zur Einführung der integrativen Förderung auf das Schuljahr 2010/2011 ist abgeschlossen.
Teilweise erreicht.
6. Im Schulhaus Unterlöchli werden die Lernenden der 3. Klasse integriert gefördert.
Erreicht.
7. Aufgrund der Variantenerprobung des Vorjahres wird mehr Sport und Bewegung im Schulalltag an weiteren Schulhäusern eingeführt.
Erreicht.
8. Das Projekt "Lehren und Lernen" wird umgesetzt. Weiterbildungsangebote sind vereinbart.
Erreicht.

5.2.2 Globalbudget

	R 2009	B 2009	Abweichung zu B09		R 2008
direkte Kosten	43'029'167	42'377'100	652'067	2%	41'874'148
Umlagen und verrechnete Kosten	4'430'457	4'324'680	105'777	2%	4'208'268
./. Ertrag	-12'148'867	-11'667'100	-481'767	4%	-12'049'884
Globalbudget Schulbetrieb	35'310'757	35'034'680	276'077	1%	34'032'532
Raumkosten	6'652'401	7'526'600	-874'199	-12%	6'916'229
kalk. Raumkosten	14'392'817	15'121'849	-729'032	-5%	
Globalbudget inkl. Raumkosten	56'355'976	57'683'129	-1'327'154	-2%	40'948'761

5.2.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Der vorliegende Bericht beinhaltet die Schulhäuser des alten Gemeindegebiets Stadt Luzern im Schuljahr 2008/2009, obwohl die Schulen (Luzern und Littau) ab August 2009 operativ als eine Schule geführt wurden. Dies aus zwei Gründen:

- a) die definierten Leistungsziele im Leistungsauftrag 2009 für die Volksschule wurden ohne Einbezug der Schule Littau definiert.
- b) die Rechnung 2009 bezieht sich auf die

Schule des alten Gemeindegebiets Stadt Luzern.

Einer der Hauptaufträge der Sekundarstufe I ist die **Sicherstellung des Anschlusses der Lernenden an eine Berufsausbildung** oder an eine weiterführende Schule. Die Verantwortung dafür liegt hauptsächlich bei den Klassenlehrpersonen, den Eltern und den Jugendlichen. Trotz grosser Anstrengungen gelang die

Erreichung des Ziels nicht zu 100 %. Davon sind vor allem Lernende der Niveaus C und D sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen. Es gibt immer wieder Jugendliche, die direkt in den Arbeitsprozess einsteigen (2 %) oder nach der obligatorischen Volksschule weder ein Brückenangebot noch sonst eine Lösung haben (2 %).

In 9 von 16 Schulhäusern wurden zu selbstgewählten Bereichen interne Evaluationen durchgeführt. Die anderen Schulhäuser führten entweder eine externe Evaluation durch oder mussten aus Zeitgründen auf eine interne Evaluation verzichten, weil sie durch grössere Projekte stark belastet waren.

Die kantonale Fachstelle für **Schulevaluation** führte im Berichtsjahr in der Stadt Luzern in den Schulbetriebseinheiten Sek. I Tribtschen, Sek. I Mariahilf und im Primarschulhaus Maihof eine Evaluation durch.

Die Massnahmen aus dem Jahr 2006 wurden umgesetzt und durch das Rektorat und die Abteilung Bildungscontrolling der kantonalen Dienststelle Volksschulbildung überprüft. Die Termine zur Überprüfung werden jeweils von der Abteilung Bildungscontrolling festgelegt. An der Überprüfung nehmen teil: Rektor Stadt Luzern, die Schulleitung des betroffenen Schulhauses und der Controller der Abteilung Bildungscontrolling.

Die **Aufgabenhilfe** wird in Primarschulhäusern angeboten, wenn der Bedarf ausgewiesen ist. Auf der Sekundarstufe I wurde die Aufgabenhilfe per 1. September 2009 in drei Schulhäusern angeboten, im vierten Schulhaus war der Bedarf nicht ausgewiesen.

Strategien zur Einführung der integrativen Förderung: Mit der Umsetzungsplanung wurde das Denkwerk eingeführt. Es besteht aus Vertretern und Vertreterinnen der Lehr-

personen aus allen Schulhäusern sowie aller Fachschaften. Das Denkwerk ist neben den Schulleitungen und der Abteilung Schulentwicklung und Schulorganisation die zentrale Entwicklungsstelle und beteiligt die Lehrpersonen am Prozess der Einführung und Umsetzung der integrativen Förderung.

Die Abteilung Schulentwicklung und Schulorganisation hat im Laufe der ersten 5 Monate des Jahres alle Schulhäuser besucht und die Teams über IF 2011 detailliert informiert.

Pilotprojekt Integrative Förderung: Im Schulhaus Unterlöchli werden erstmals die Lernenden in der 3. Klasse integrativ gefördert. Mit dem Schulhaus Wartegg ist ein weiteres Schulhaus in die praktische Umsetzung gestartet: Im Kindergarten und in den ersten zwei Klassen der Primarstufe werden die Lernenden integrativ gefördert.

Sportlich-musischer Schwerpunkt: Zu den 4 bereits mitmachenden Schulhäusern beteiligte sich 1 weiteres Schulhaus am Projekt "täglich eine Stunde Sport". Alle Schulhäuser hatten einen sportlich-musischen Schwerpunkt im Schuljahresprogramm festgelegt und umgesetzt. Beispielsweise beteiligten sich 3 Schulhäuser am Projekt "rundum fit", und 4 Schulhäuser setzten andere Bewegungsprojekte um.

Projekt "Lehren und Lernen": Im Rahmen der Einführung haben sich 12 Schulen der Stadt Luzern dem Projekt Lehren und Lernen des Kantons Luzern angeschlossen. Dieses bereitet die Schulen gezielt auf den Umgang mit der Vielfalt im Klassenzimmer vor. 5 Schulen nehmen zudem am Projekt "Lehren und Lernen für Schulen im multikulturellen Umfeld" teil.

5.2.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.2.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

Neu sind in die Kosten für die Volksschule auch die kalkulatorischen Raumkosten einbezogen worden. Dies hat eine Erhöhung der Kosten zum Vorjahr zur Folge.

LG 1: Kindergarten	IST 09	SOLL 09	IST 08
Anzahl Kindergärtner	550	601	551
Kosten pro Kindergärtner	11'060	10'227	10'106
Kosten	6'082'955	6'146'525	5'568'676
Ertrag	-1'196'628	-1'269'000	-1'123'860
Nettokosten	4'886'327	4'877'525	4'444'816

LG 4: Schuldienste	IST 09	SOLL 09	IST 08
Kosten	2'760'982	2'810'984	2'639'035
Ertrag	0	-1'800	-10'246
Nettokosten	2'760'982	2'809'184	2'628'790

LG 2: Primarstufe	IST 09	SOLL 09	IST 08
Anzahl Schüler	2'454	2'474	2'498
Kosten pro Schüler	14'793	14'519	10'996
Kosten	36'301'455	35'920'302	27'469'198
Ertrag	-6'895'255	-6'714'900	-7'125'148
Nettokosten	29'406'199	29'205'402	20'344'050

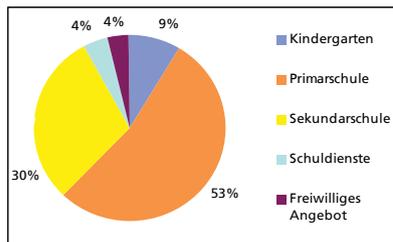
LG 5: Freiwilliges Angebot	IST 09	SOLL 09	IST 08
Kosten	2'556'963	2'832'968	1'917'536
Ertrag	-310'342	-259'700	-231'177
Nettokosten	2'246'622	2'573'268	1'686'359

LG 3: Sekundarstufe	IST 09	SOLL 09	IST 08
Anzahl Schüler	929	896	918
Kosten pro Schüler	22'392	24'151	16'780
Kosten	20'802'487	21'639'449	15'404'199
Ertrag	-3'746'642	-3'421'700	-3'559'453
Nettokosten	17'055'845	18'217'749	11'844'746

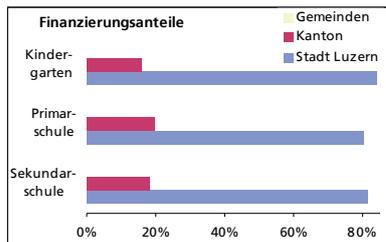
Volksschule Total	IST 09	SOLL 09	IST 08
Kosten	68'504'843	69'350'229	52'998'645
Ertrag	-12'148'867	-11'667'100	-12'049'884
Nettokosten	56'355'976	57'683'129	40'948'761

5.2.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

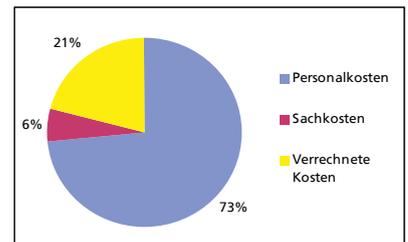
a) Bruttoaufwand LG



b) Finanzierungsanteile



c) Bruttoaufwand Kostenarten



5.2.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2009

Gesamtergebnis

Die Nettokosten liegen rund Fr. 1,3 Mio unter dem Voranschlag. Die Detailbegründungen folgen bei den einzelnen Leistungsgruppen.

Beiträge des Kantons und der Gemeinden

Die Stadt Luzern erhielt im Kalenderjahr 2009 Pro-Kopf-Beiträge des Kantons an die Aufwendungen der Volksschule:

	Budgetiert	Erhalten
Kindergarten	1'891.00	1'891.00
Primarstufe	2'466.00	2'466.00
Sekundarstufe I	3'553.00	3'553.00
Ausländer	698.00	698.00

Die Stadt Luzern erhob für auswärtige Schüler folgende Beiträge gemäss Vereinbarung mit den Agglomerationsgemeinden:

	2009	2008
Kindergarten	5'800.-	5'700.-
Primarstufe	9'900.-	9'700.-
Sekundarstufe I	14'500.-	14'300.-

Qualitätsindikatoren:

Anzahl Klassen und durchschnittliche Klassenbestände, Stichtag 1.9.2009:

	Anzahl Klassen		Lernende im Ø	Ø Kanton
	2008	2009	2009	2009
Kindergärten	32	32	17,8	18,03
Regelklassen				
Primarschulklassen	122	112	19,5	19,17
Sekundarstufe I, Niveau A/B	28	28	20,7*	17,79
Sekundarstufe I, Niveau C	16	17	17,8*	
Sekundarstufe Kleinklassen	44	45		
Kleinklasse A	17	17	8,8	9,16
Kleinklasse B				
Kleinklasse C				
Kleinklassen Sek I	6	6		
Spezialklassen	4	4		
Aufnahmeklasse PS und Sek I Einf.-Klasse	3	3	--	--
Time-out-Klasse	1	1	--	--
Total Klassen Volksschule	225	216		

* Durchschnitt Niveau A/B/C = 19,6

Beim Festlegen der Klassenbestände wurde die Zahl der fremdsprachigen Lernenden angemessen berücksichtigt.

Schülerzahlen Stichtag 1.9.2009:

Kindergarten	573
Primarschule	2'249
Sekundarstufe I, Niveau A, B, C, D	931
Total alle Stufen	3'753

Fusion Littau-Luzern

Die Volksschulen der beiden Gemeinden wurden per 1. August 2009 in den Bereichen Führungsstruktur, Schulentwicklung und Schulunterstützung operativ zu einer Schule zusammengeführt. Die Rechnung wurde noch bis 31. Dezember 2009 getrennt geführt.

Raumangebot

Büttenen: Das neue Schulhaus wurde am 17. August 2009 dem Betrieb übergeben.

Pestalozzi: Das sanierte Schulhaus wurde während der Herbstferien von der Volksschule, der Heilpädagogischen Sonderschule und der Betreuung bezogen.

Wartegg/Tribschen: Das Primarschulhaus Tribschental konnte dem Betrieb übergeben werden.

Mariahilf: Der zusätzliche Lehrerarbeitsbereich konnte dem Betrieb übergeben werden.

Felsberg: Der Projektierungskredit für die Sanierung des Schulhauses wurde vom Parlament genehmigt.

Geissenstein: Die Planersubmission wurde abgeschlossen und mit der Projektierung der Sanierung wurde begonnen.

Maihof: Mit der Projektierung werden die Sanierungskosten für den Bericht und Antrag für den Baukredit erarbeitet.

Moosmatt: Wegen einer Einsprache verzögert sich der Baubeginn für den neuen Spiel- und Pausenplatz weiterhin.

Fusion Littau-Luzern

Die Bestandesaufnahme der Littauer Schulhäuser ist sowohl betrieblich als auch bautechnisch erfolgt. Die Littauer Schulhäuser wurden in die Investitionsplanung aufgenommen.

Kommunikation

Seit August 2009 werden Informationen über die Volksschule im neuen "Stadtmagazin" publiziert. Dies ist der Ersatz für die "Schuelzytig". Das Rektorat stellt eine Vertretung im Redaktionsteam.

5.2.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.2.5.1 Leistungsgruppe Kindergarten

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Kindergarten ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden im Kindergarten. Jedes Kind erhält seinen Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Weiterentwicklung von Bewegungsmöglichkeiten, Wahrnehmungsfähigkeit, Ausdrucksfähigkeit, selbstständiges Handeln und Selbstvertrauen, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit, Umgang mit Erfolg und Misserfolg), der Sachkompetenzen (Experimentieren und Erfahren des Lebensalltags) sowie der Selbstkompetenz (Entwicklung seiner Persönlichkeit, Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, Werthaltung).

Die Sprachkompetenzen der fremdsprachigen Kinder werden gefördert, sodass die Lernenden möglichst gut in die Regelklasse der Primarstufe integriert werden können.

Ab Schuljahr 2007/2008 werden alle Kinder des zweiten vorschulpflichtigen Jahrgangs, die freiwillig den Kindergarten besuchen möchten, aufgenommen. Die Klassen werden von ausgebildetem Personal geführt; dadurch ist sowohl die Förderung der Integration in Kleingruppen, in einer Grossgruppe als auch die individuelle Förderung gewährleistet.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Kindergarten
Spezialförderung: Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Kindergarten	Einjahreskindergarten: Kindergartenbesuch der Kinder, die kindergartenpflichtig sind	100 %	98 %	98 %
	Aufnahmen des zweiten vorschulpflichtigen Jahrgangs, welche freiwillig den Kindergarten besuchen möchten	100 %	100 %	100 %
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	17,8	17,5–18,0	18,1
	Interne Evaluation durchgeführt	60 % ¹	100 %	78 % ¹
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100 % ¹	100 %	--
Spezialförderung	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum von 33 % und höher (kant. Vorgaben) durchgeführt.	91,5 % ¹	100 %	95 % ¹
Spezialförderung	Deutsch als Zweitsprache: Anteil Fremdsprachiger, die den DaZ-Unterricht besuchen (Stichtag: 1.9.2009: Total 311 Lernende)	100 %	100 %	100 %

¹ Kindergarten und Primarschule wurden gemeinsam erfasst.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09
Kosten	5'833'584	5'794'069	249'371	352'457
Ertrag	-1'084'657	-1'142'000	-111'971	-127'000
Nettokosten	4'748'927	4'652'069	137'400	225'457
Anzahl Kindergärtner	550	601	219	225
Kosten pro Kindergärtner	10'607	9'641	1'139	1'566
Anzahl Abteilungen	32	32		
Kosten pro Abteilung	182'300	181'065		

Weniger Kindergärtner als angenommen und mehr Stellvertretungskosten führen insgesamt zu höheren Kosten pro Kindergärtner. Es wurde weniger DaZ erteilt als angenommen.

e) Weitere Kennzahlen

Rechnungsjahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung
Schuljahr	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	
Anzahl Kindergärtner	615	602	570	563	538	573	+35
davon 5½-Jährige	397	407	367	359	336	343	+7
davon 4½-Jährige	64	75	79	108	131	160	+29
davon Zurückgestellte	154	120	124	96	71	70	-1

Bei der Gruppe der 4½- bis 5½-Jährigen ist seit 2007 eine Zunahme von 100 % festzustellen. Einerseits entspricht das Angebot des flächendeckenden vorzeitigen Kindergartenjahres einem grossen Bedarf, andererseits hat dies Auswirkungen auf die Gestaltung des Kindergartens. Im gleichen Zeitraum ist ein angestrebter starker Rückgang der zurückgestellten Lernenden zu registrieren.

5.2.5.2 Leistungsgruppe Primarstufe

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Primarschule ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden in der Primarstufe.

Dementsprechend werden die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenzen aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten unterstützt. Die Primarschule trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie fördert die Fähigkeit zu selbstständigem, lebenslangem Lernen und die Achtung und Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Umwelt. In schwierigen Situationen unterstützen die Schuldienste und die Schulsozialarbeit die Entwicklung des Kindes und dessen Familie sowie die Lehrpersonen.

Die Primarschule nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse
Spezialförderung: Kleinklassen, Begabungsförderung, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Übertrittsverfahren: Entwicklung

	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau A	12,8 %	16 %	15,8 %
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau B	30,5 %	27 %	36,2 %
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau C	29,5 %	28 %	23,4 %
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau D	0,8 %	0,5 %	0,5 %
Übertritte 6. PS in das Langzeitgymnasium	26,5 %	28 %	23,4 %

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Regel- klasse	Repetenten der 6. Primarklasse	0 %	max. 0,5 %	0,5 %
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	19,5	19,5–20,0	19,5
	Interne Evaluation durchgeführt	60 % ¹	100 %	78 % ¹
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum ≥ 33 % (kant. Vorgabe) durchgeführt.	91,5 % ¹	100 %	95 % ¹
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100 %	100 %	100 % ¹
	Schulhäuser mit Informatikausrüstung	100 % ¹	100 %	93 %
	Teilnahme der Lehrpersonen an der Weiterbildung zur Einführung Informatik	94,5 % ¹	100 %	78 %
	Teilnahme der Lehrpersonen an der Nachqualifikation Englisch und notwendige Zusatzqualifikation erlangen	97,5 %	100 %	--
Spezial- förderung	Förderangebot: Deutsch als Zweitsprache: Max. 8–10 Jahreslektionen pro Lernende/n ohne Qualitätseinbusse	99,5 %	99 %	99 %
	Konzepte zur Förderung von Begabungen in den Schulhäusern sind erarbeitet und umgesetzt	100 %	100 %	100 %

¹ Kindergarten und Primarschule wurden gemeinsam erfasst.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

In 9 von 16 Schulhäusern wurden zu selbstgewählten Bereichen **interne Evaluationen** durchgeführt. Die andern Schulhäuser führten entweder eine externe Evaluation durch oder mussten aus Zeitgründen auf eine interne Evaluation verzichten, weil sie durch grössere Projekte stark belastet waren.

Mit 91,5 % aller Lehrpersonen (Kindergarten- und Primarschullehrpersonen wurden gemeinsam erfasst), welche eine Anstellung von mind. 33 % haben, wurde das Beurteilungs- und Fördergespräch durchgeführt. In 4 Schulbetriebseinheiten war es infolge zeitlich zu hoher Beanspruchung der Schulleitungen nicht möglich, alle Gespräche zu führen. Die nicht durchgeführten Mitarbeitergespräche werden auf Anweisung des Rektors nachgeholt.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Kleinklassen		Deutsch als Zweitsprache		Begabungsförderung	
	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09
Kosten	29'924'018	28'888'604	4'250'051	4'597'011	1'666'679	1'978'169	460'706	456'518
Ertrag	-6'014'409	-5'716'700	-371'305	-455'900	-509'540	-542'300	0	0
Nettokosten	23'909'609	23'171'904	3'878'746	4'141'111	1'157'139	1'435'869	460'706	456'518
Anzahl Schüler	2'309	2'297	145	177	500	468		
Kosten pro Schüler	12'960	12'577	29'311	25'972	3'333	4'227		
Anzahl Abteilungen	121	119	17	18				
Kosten pro Abteilung	247'306	242'761	250'003	255'390				

Grösste Abweichungen

Für den Grundunterricht wurden die Personalkosten zu tief budgetiert. Dies unter der zu optimistischen Annahme, dass die Stellvertretungskosten tiefer ausfallen würden. Es wurden weniger Kleinklassen geführt als angenommen. Der DaZ-Unterricht konnte durch grössere Gruppenbildungen optimiert werden.

5.2.5.3 Leistungsgruppe Sekundarstufe I

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Lehrpläne sind die Grundlagen und die Zielvorgaben zur Förderung der Lernenden der Sekundarstufe I. Dementsprechend erhalten die Lernenden die ihren Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Aufgabenbewältigung in der Gesellschaft, Konfliktfähigkeit, Belastbarkeit, Leistungsbereitschaft, Toleranz gegenüber Menschen aus anderen Kulturen), der Sachkompetenzen (selbstständiges und lebenslanges Lernen, Umweltbewusstsein, Wissen als Grundlage für die spätere berufliche Ausbildung oder den Besuch weiterführender Schulen) sowie der Entwicklung ihrer Persönlichkeit (Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, kritisches Urteilsvermögen, Werthaltung, Berufswahlreife, persönliche Lebensgestaltung).

Das Angebot der Sekundarstufe I umfasst die vier Leistungsniveaus A, B, C und D sowie eine Time-out Klasse.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse: drei Leistungsniveaus A–C
Spezialförderung: Leistungsniveau D, Time-out-Klasse, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Regel- klasse	Übertritt in Lehre/Anlehre/Attest/Wirtschaftsmittelschule	55 %	45 %	44.2 %
	Übertritt in Brückenangebote	24 %	15 %	22,1 %
	Übertritt in das Kurzzeitgymnasium (aus der 3. Klasse Sekundarstufe I), anderes Gymnasium, Fachmittelschule	11%	10 %	9.3 %
	Zwischenlösung privat	7 %	--	--
	Arbeit	2 %	--	--
	Keine Lösung gefunden	2%	0 %	3,4 %
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum ≥ 33 % (kant. Vorgaben) durchgeführt.	48,2 %	100 %	63 %
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100 %	100 %	100 %
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse Niveaus A, B	20,7	20,5–21,0	20,2
Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse Niveau C	17,8	17,5–18,0	16,9	
Spezial- förderung	Anzahl Klassen Leistungsniveau D	6	6	6
	Plätze in der Time-out-Klasse Stadt Luzern belegt	6–8	6–8	6–8

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Mitarbeitergespräche: Zwei Schulleitungen waren aus verschiedenen Gründen zeitlich sehr belastet und konnten daher 24 von 53 Gesprächen nicht durchführen. Eine Schulleitung konnte durch eine krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit keine Mitarbeitergespräche durchführen. Die nicht durchgeführten Mitarbeitergespräche werden auf Anweisung des Rektors nachgeholt.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Niveau D		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09
Kosten	17'214'276	17'943'652	3'149'831	3'069'243	438'380	626'555
Ertrag	-3'179'951	-2'938'300	-353'803	-264'200	-212'888	-219'200
Nettokosten	14'034'325	15'005'352	2'796'028	2'805'043	225'492	407'355
Anzahl Schüler	869	836	60	60	206	206
Kosten pro Schüler	19'809	21'464	52'497	51'154	2'128	3'042
Anzahl Abteilungen	44	44	7	7		
Kosten pro Abteilung	391'234	407'810	449'976	438'463		

Durch optimierte Klassenführung im Grundunterricht und DaZ konnten sowohl die Kosten pro Schüler als auch die Kosten pro Abteilung gesenkt werden. Die Erträge in Grundunterricht und Niveau D sind höher, weil mehr Schüler als angenommen unterrichtet wurden.

5.2.5.4 Leistungsgruppe Schulunterstützung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Schulunterstützung (Schulpsychologischer Dienst, Logopädie, Psychomotorik, Therapie für spezielle Förderung) unterstützt Lernende in ihrer Entwicklung und berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen. Sie führt Abklärungen und Behandlungen durch.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt und behandelt Lernende, berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen sowie weitere an der Schule und Erziehung Beteiligte; er beantragt die Massnahmen bei Lern-, Leistungs- und Verhaltensproblemen.

Der Logopädische Dienst unterstützt und behandelt Klein- und Vorschulkinder sowie Lernende mit Kommunikations-, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen; er berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Psychomotorische Therapiestelle erfasst psychomotorische Auffälligkeiten und behandelt Lernende mit psychomotorischen Störungen; sie berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

In schwierigen Situationen unterstützt die Schulsozialarbeit vor Ort die Entwicklung des Kindes und dessen Familie sowie die Lehrpersonen.

Die Therapie für spezielle Förderung behandelt Lernende mit Teilleistungsschwächen in Sprache oder Mathematik sowie Schwächen in den Basisfunktionen. Sie berät Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte.

Im Rahmen der NFA ergeben sich auch Veränderungen im Aufgabenbereich der Schulunterstützung. Die Abläufe sind vom Kanton neu festgelegt und müssen nun auf die Verhältnisse der Stadt angepasst werden. Besonders betroffen ist der Schulpsychologische Dienst, dessen Auftrag markant erweitert wird. Zur Erfüllung des neuen Auftrags ist eine Anpassung der Ressourcen notwendig.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Schulpsychologie
Logopädie
Psychomotorik
Schulsozialarbeit
Therapie für spezielle Förderung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Schulpsychologie	Als dringend eingestufte Anmeldungen sind innerhalb von zwei Wochen in die Beratung aufgenommen.	100 %	100 %	100 %
	Das neue kantonale Sonderschulverfahren ist auf die städtischen Verhältnisse adaptiert und die Abläufe den Schulleitungen vermittelt.	100 %	100 %	--
	Fallbesprechungen finden monatlich statt	9x/Jahr	9x/Jahr	--
	Erreichbarkeit: feste Telefonsprechstunden ausserhalb der Unterrichtszeiten für die Lehrpersonen	100 %	100 %	100 %
Logopädie	Die Zeitspanne zwischen Anmeldung und Abklärung beträgt nicht mehr als 6 Wochen.	100 %	90 %	--
	Früherfassung 1: beratender Besuch in Spielgruppen	100 %	80 %	--
	Früherfassung 2: Anteil Kleinkinder im Verhältnis zu allen therapierten Kindern	11 %	15 %	--
	Alle diagnostizierten schweren Sprachentwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100 %	100 %	100 %
Psychomotorik	Jüngere Kinder (ab 4-Jährige) bzw. ihre Bezugspersonen erhalten mehr Zugang zur Beratung und Therapie	13 % ¹	20 %	--
	Das Angebot für Klassenberatungen ist in allen Kindergärten und ersten Klassen umgesetzt.	100 %	100 %	100 %
	Alle diagnostizierten schweren psychomotorischen Entwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100 %	100 %	100 %

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Schulsozialarbeit	Fallintervention findet regelmässig im Team statt.	7x / Jahr	7x /Jahr	5x / Jahr
	Das Statistikprogramm ist eingeführt, und erste Auswertungen sind gemacht.	nicht erfüllt ²	100 %	nicht erfüllt
	Niederschwelligkeit: Erstkontakte mit der SSA sind bei dringenden Fällen innerhalb von drei Tagen möglich (bei akuten Notfällen schneller).	90 %	90 %	--
Therapie Spezielle Förderung	Früherfassung von Teilleistungsschwächen: Fachgespräche mit Lehrperson der 1. und 2. Klasse	90 %	90 %	100 %
	Teilnahme der TSF an Fallsupervisionen / Praxisberatung	3x p.a.	3x p.a.	3x p.a. und mehr

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

- ¹ Die Psychomotorik richtet ihr Angebot im Sinne der Früherfassung vermehrt an jüngere Kinder (vier- bis fünfjährige) und ihre Bezugspersonen. Die Kindergartenlehrpersonen sind diesbezüglich sensibilisiert.
- ² Das Statistikprogramm der Schulsozialarbeit konnte wegen technischer Probleme erst im Herbst 2009 installiert werden. Zurzeit findet eine Probephase statt, und eine weitere Schulung ist geplant.

d) Mengen und Kosten

	Schulpsychologie		Logopädie		Therapie spez. Förderung		Psychomotorik	
	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09	IST 09	SOLL 09
Kosten	847'212	851'766	707'130	756'241	756'587	742'087	450'053	460'890
Ertrag	0	0	0	-900	0	-900	0	0
Nettokosten	847'212	851'766	707'130	755'341	756'587	741'187	450'053	460'890

Gemäss Verordnung über die Schuldienste vom 1. Januar 2008 ist die Schulsozialarbeit Teil der Schuldienste und ein obligatorisches Angebot der Volksschule. Im Budget 2009 wurden diese Kosten noch unter "Freiwilliges Angebot" eingestellt. In diesem Bereich gibt es ausser gelegentlichen EO-Rückerstattungen keine Erträge.

5.2.5.5 Leistungsgruppe Freiwilliges Angebot

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Das kantonale Volksschulbildungsgesetz überlässt es den Gemeinden, zusätzliche Leistungen zum obligatorischen Volksschulangebot zu schaffen und zu regeln (§ 36). Die Aufgabenhilfe ist für alle Lernenden aller Schulstufen in der Nähe ihres Wohnorts zugänglich. Luzern als Bildungs-, Wohn- und Kulturstadt legt hohen Wert auf die frühe musikalische Förderung von Kindern. Alle Lernenden der 2. und 3. Klasse erhalten eine zusätzliche Klassenstunde im Fach Musik. Hochbegabte Kinder erhalten ihren speziellen Begabungen entsprechend Zusatzförderung in den Schulhäusern. Die Volksschule informiert die Eltern und die Bevölkerung regelmässig über aktuelle Themen in der "Lozärner Schuelzytig". In vier Schulhäusern wird das Projekt "Täglich eine Bewegungsstunde" umgesetzt.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Freiwilliges Angebot
Betreuung
Freiwillige Förderung
Information

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Betreuung	Aufgabenhilfe: Zugang Lernende zum Angebot	100 %	100 %	100 %
Freiwillige Förderung	Schulhäuser, die am Projekt Sport und Bewegung teilnehmen	10	4	4
	Schulhäuser, die am kantonalen Projekt "Lehren und Lernen im multikulturellen Umfeld" teilnehmen	3	3	--
	Jeder Klasse des Niveaus C stehen zusätzlich 3-4 Förderlektionen pro Woche zur Verfügung	erfüllt	erfüllt	--
Information	Erscheinen der "Lozärner Schuelzytig"	1	4	4

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Erscheinen der "Lozärner Schuelzytig": Informationen über die Volksschule werden neu im "Stadtmagazin" publiziert. Dies ist der Ersatz für die "Schuelzytig". Das Rektorat stellt eine Vertretung im Redaktionsteam und hat einen fest zugesicherten Platz in jeder Ausgabe.

d) Mengen und Kosten

	Freiwilliges Angebot	
	IST 09	SOLL 09
Kosten	2'556'963	2'832'968
Ertrag	-310'342	-259'700
Nettokosten	2'246'622	2'573'268

Gemäss Verordnung über die Schuldienste vom 1. Januar 2008 ist die Schulsozialarbeit Teil der Schuldienste und ein obligatorisches Angebot der Volksschule. Im Budget 2009 und in der Rechnung 2009 wurden diese Kosten noch unter "Freiwilliges Angebot" erfasst. Weniger Pensen Aufgabenhilfe als budgetiert. Da der Anteil Gemeinkosten entsprechend diesen Pensen umgelegt wird, sinken auch die Gesamtkosten des Freiwilligen Angebotes.

5.2.6 Kontrolle Finanzbuchhaltung / Kostenrechnung

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	55'253'686	12'674'705
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	42'578'980	
./. Abgrenzung Anteil Overhead für HPS	-615'822	
+ kalk. Raumkosten	14'392'817	
Globalbudget Volksschule KORE	56'355'976	

5.3 Tiefbauamt / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.3.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. Wie bereits im Jahr 2007 wird die Wirkung bestimmter Kernaufgaben der verschiedenen Leistungsgruppen in Zusammenarbeit mit den städtischen Quartiervereinen ermittelt. Wichtige Erkenntnisse werden bei der Formulierung der zukünftigen Leistungsziele berücksichtigt. Im 2009 werden die Vorbereitungsarbeiten für die Integration der Mitarbeiter aus Littau aktiv umgesetzt sowie die logistischen Dispositionen für die Bewirtschaftung (betrieblicher und baulicher Unterhalt) der Infrastrukturen auf dem Gemeindegebiet Littau getroffen. Aufgrund der Fusion Littau-Luzern muss ab 1.1.2010 die Leistungserbringung des Tiefbauamtes quantitativ und qualitativ um den Leistungsumfang der Gemeinde Littau vergrößert werden. Die Standards der Leistungen sowie die dazugehörenden Kosten sind gemäss Fusionsauftrag vorzubereiten und in einem neuen Leistungsauftrag darzustellen (alle LG).

Grösstenteils erreicht. Die umfangreichen Vorarbeiten bezüglich Fusion Littau-Luzern konnten im laufenden Jahr erledigt werden. Die Wirkungsumfrage soll im Jahr 2010/2011 unter Berücksichtigung der fusionierten Gemeinde vorgenommen werden.

2. Die Betriebsbereitschaft des öffentlichen Strassenraums (Strassen, Gehwege, Beleuchtung, strassenbedingte Grünflächen und Rabatten) wird trotz stark reduzierten finanziellen Mitteln (Umsetzung EÜP) gewährleistet. Im Bereich der Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes durch Werkleitungsbauten wird die Kontrolltätigkeit erhöht sowie die Verrechnungsansätze für die Wiederinstandstellung des öffentlichen Grundes nach oben angepasst. Die Sollvorgabe von max. 9 % Anteil Strassen in kritischem Zustand soll durch diese Massnahmen gehalten werden können (LG 1).

Erreicht. Durch Minderaufwendungen im baulichen Unterhalt liegt der Anteil Strassen in kritischem Zustand gemäss MSE-Auswertung mit 11 % (analog 2008) leicht über der Sollvorgabe. Dieser Satz ist betreffend Werterhaltung und Betriebssicherheit verantwortbar.

3. Die Verkehrsplanung orientiert sich am Agglomerationsprogramm. In den nächsten Jahren wird ein vermehrtes Augenmerk auf lärmtechnische Sanierung der Stadtstrassen und den Unterhalt der Kunstbauten gerichtet. 2009 sollen deshalb auf dem Gemeindegebiet von Littau die Kunstbauten erfasst und die Notwendigkeit von Lärmsanierungsprojekten geprüft werden. Mindestens 50 % aller anfallenden Kosten für Planung, Projektierung und Neubauten im Bereich Verkehr, Verkehrsbauten und Lärmschutz sollen (kostendeckend) weiterverrechnet werden können. Der Anteil TBA-interner Planungskosten am gesamten Planungsvolumen soll sich zwischen 10 und 15 % bewegen (LG 2).

Erreicht. Anteil Planungskosten eingehalten und Kostendeckungsgrad übertroffen; Bericht und Antrag "Unterhalt der Kunstbauten" folgt 2010.

4. Sowohl Park- und Grünanlagen als auch Schulsportanlagen und Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind einem zunehmenden Nutzungsdruck unterworfen; teilweise sind sie, insbesondere die Quaianlagen, übernutzt. Gleichzeitiger Spardruck und das Auftreten neuer epidemischer Pflanzenkrankheiten und Schädlinge verschärfen diese schwierigen Rahmenbedingungen. Trotzdem sollen der betriebliche und bauliche Unterhalt der Park-, Grün- und Friedhofanlagen sowie der Kinderspielplätze unter Einhaltung der Betriebssicherheit gewährleistet bleiben. Der gesamte öffentliche städtische Grünraum soll angemessen gestaltet und funktional bleiben. Mittelfristig sollen ein Freiraumkonzept und die Freiraumversorgung der städtischen Bevölkerung und Bewohnenden der Stadt Luzern untersucht und mit anderen Städten in der Schweiz verglichen werden. Die Beispielbarkeit der Aussensportanlagen bleibt sichergestellt, trotz dem erweiterten Aufgabengebiet mit der Fusion Littau-Luzern und den Bauvorhaben auf der Allmend. Die Realisierung der diversen Bauvorhaben hat Auswirkungen auf den Betrieb der Aussensportanlagen. Die Leistungserbringung muss mit grosser Flexibilität und innerhalb der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erfolgen. Der Betrieb und Unterhalt der Friedhofanlagen sowie der Bestattungsdienst werden gemäss den gesetzlichen Vorgaben sichergestellt. Der Kostendeckungsgrad der LG soll dabei weiterhin mindestens 40 % betragen (LG 3).

Fast vollständig erreicht. Der Kostendeckungsgrad liegt mit 38,71 % leicht unter der Sollvorgabe.

5. Die Instandsetzung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen wird gemäss den bewilligten Bericht und Anträgen fortgesetzt. Der betriebliche Unterhalt der öffentlichen Abwasseranlagen soll weiter optimiert werden, und Aufträge für private Abwasseranlagen gegen Verrechnung werden weiterhin ausgeführt. Auch zukünftig werden alle privaten und öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen gemäss der bestehenden Gewässerschutzgesetzgebung beaufsichtigt (LG 4).

Erreicht. Analog 2008 geringere Betriebskostenbeiträge an GALU und dadurch Einlage in die Spezialfinanzierung.

6. Der Standard des bestehenden Entsorgungsangebotes und die Sammelrouten werden auf dem bisherigen Niveau und Stand gehalten. Der Anteil der Separatsammelmengen soll 52 % erreichen und 48 % nicht unterschreiten. Das Projekt REAL (Recycling/Entsorgung/Abwasser Luzern) der beiden zusammengelegten Gemeindeverbände GKLÜ und GALU soll am 1. Januar 2013 operativ werden. Die Auswirkungen auf die Abfallbewirtschaftung der Stadt Luzern sowie die möglichen Zusammenarbeitsformen Verband und Stadt werden vorgängig überprüft und dargestellt. Die Integration der operativen Abfallbewirtschaftung des Stadtteils Littau in den städtischen Leistungsauftrag ist unter Beachtung der Auswirkungen des Projektes REAL auf den 1. Januar 2010 vorzubereiten. Die rechtlichen Anpassungen (Reglemente) sind termingerecht vorbereitet (LG 5).

Die Separierungsquote wird mit 47,75 % praktisch erreicht.

5.3.2 Globalbudget

	R 2009	B 2009	Abweichung R/B		R 2008
Ertrag (inkl. interner Ertrag)	Fr. 44'949'513	Fr. 27'845'000	Fr. 17'104'513	+61.43%	Fr. 46'001'408
./ direkte Kosten	Fr. -50'628'293	Fr. -16'446'800	Fr. 34'181'493	+207.83%	Fr. -49'328'591
./ Umlagen von Kostenstellen	Fr. -14'186'993	Fr. -30'638'200	Fr. -16'451'207	-53.70%	Fr. -16'966'782
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	Fr. -19'865'773	Fr. -19'240'000	Fr. 625'773	+3.25%	Fr. -20'293'965
+ Kalkulatorische Kosten	Fr. -15'724'779	Fr. -15'965'285	Fr. -240'506	-1.51%	Fr. -10'200'000
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	Fr. -35'590'552	Fr. -35'205'285	Fr. 385'267	+1.09%	Fr. -30'493'965

5.3.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Die Leistungsziele wurden im Berichtsjahr gemäss Vorgaben bezüglich Quantität und Qualität grösstenteils erreicht. Die finanziellen Vorgaben konnten nicht ganz eingehalten werden: Gegenüber dem Budget 2009 resultiert eine Abweichung von Fr. 385'267.–, welche im nachfolgenden Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag erläutert wird.

Die Bruttoaufwendungen der LG 1 liegen gesamthaft mit 13 % über der Sollvorgabe. Die Nettokosten öffentlicher Grund in der LG 1 sind mit Fr. 16.77 pro m² leicht höher als budgetiert. Der Anteil Strassen in kritischem Zustand (Gemeindestrassen) beträgt per Ende 2009 rund 11 %; die geringe Abweichung gegenüber der Sollvorgabe ist wie bereits 2008 durch Minderaufwendungen von 5 % beim baulichen Strassenunterhalt zurückzuführen.

Die Bruttoaufwendungen der LG 2 sind 2009 tiefer infolge zu hoch budgetierter Kosten für Drittaufträge. Zudem mussten geplante Pro-

jekte ins Jahr 2010 verschoben werden. Der budgetierte Ertrag konnte praktisch erreicht werden, weshalb der Kostendeckungsgrad über der Sollvorgabe liegt.

Das Ergebnis der LG 3 liegt mit 9 % über der Sollvorgabe 2009, der Kostendeckungsgrad beträgt 38,71 %. Innerhalb der LG sind bei einzelnen Leistungen (Parkanlagen, Bäume in Anlagen und Kinderspielplätze) gewisse Ressourcenverschiebungen zu verzeichnen.

Durch erneut geringere Betriebskostenbeiträge ARA/GALU (rund 20 %) konnten die Kosten pro m³ Wasser auf Fr. 1.86 gehalten werden. 2009 konnten dank des positiven Ergebnisses der Vorschuss an die Spezialfinanzierung des Betriebes Stadtentwässerung ausgeglichen und zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von Fr. 960'000.– vorgenommen werden. Der Bilanzwert der Kanalisation per 31.12.2009 beträgt Fr. 10,1 Mio.

Die Gesamtabfallmenge liegt mit rund 35'500 Tonnen nur leicht unter dem Vorjahreswert (1,45 %). Die Separierungsquote bewegt sich mit 47,75 % im Bereich der Sollvorgabe, und die finanziellen Vorgaben konnten ebenfalls eingehalten werden. Durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei den Betriebsgebühren resultierte ein Kostendeckungsgrad von 95,2 %. Aus dem Rückstellungskonto Kehrichtbeseitigung wurde eine Entnahme von Fr. 1'406'158.– verbucht.

Durch flexiblen Einsatz der personellen Ressourcen und effiziente Mittelbewirtschaftung konnte trotz Einsparungen gemäss EÜP der parlamentarische Leistungsauftrag auch im Berichtsjahr 2009 grösstenteils erfüllt werden.

5.3.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.3.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

Strassenraum Unterhalt und Erneuerung	IST R09	SOLL B09	IST R08
Strassennetz Gemeindestrassen	1'315'000m ²	1'315'000m ²	1'315'000 m ²
Kosten pro m ² Gemeindestrasse p.a.	Fr. 16.77	< Fr. 16.20	15.4
Anteil Strassen in kritischem Zustand	11%	< 9%	11%
Ergebnis	-22'056'521	-21'289'854	-20'249'651

Strassenraum Planung, Projektierung, Neubau	IST R09	SOLL B09	IST R08
Kostendeckungsgrad der Planungskosten	58,34%	> 50%	82,21%
Anteil TBA-interne Planungskosten an Planungsvolumen gemäss SIA-Tarif	9,4%	zw. 10 - 15% je nach Volumen/ Schwierigkeit	11,81%
Ergebnis	-626'807	-892'023	-326'481

Grün- und Sportanlagen, Friedhof	IST R09	SOLL B09	IST R08
Zu unterhaltende Fläche (Parkanlagen, Aussensportanlagen, Friedhof)	730'000 m ²	ca. 730'000m ²	727'000 m ²
∅ Auslastungsgrad aller Aussensportanlagen	rd 90%	70-80%	70-80%
Anzahl Bestattungen	817	rd 800	757
Ergebnis	-6'657'841	-6'117'297	-5'344'191

Stadtentwässerung (Spezialfinanzierung)	IST R09	SOLL B09	IST R08
Städtischer Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investitionen)	4,3 Mio. oder 45,94%	zirka 5,2 Mio. oder < 40%	4,7 Mio. oder 45,94%
Kosten pro Laufmeter städtisches Kanalnetz	rd Fr. 7.80	rd Fr. 11.00	Fr. 7.30
Abwassermenge in m ³ p.a.	rd 6,70 Mio.	rd 7,3 Mio.	rd 6,90 Mio.
Kosten pro m ³ Abwasser p.a.	Fr. 1.86	Fr. 2.15	Fr. 1.80
Ergebnis	-6'084'603	-7'178'326	-5'200'000

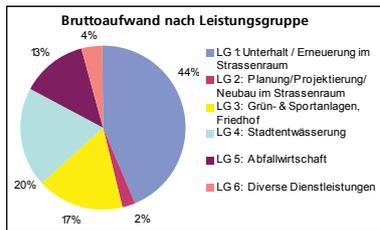
Abfallbewirtschaftung (Spezialfinanzierung)	IST R09	SOLL B09	IST R08
Gesamtabfallmenge in t	35'515	35'000	36'023
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge (Separierungsquote)	47.72%	> 48%	48,05%
Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 210.50	< Fr. 200.00	Fr. 213.35
Entsorgungskosten pro Einwohner/in	Fr. 120.25	< Fr. 115.00	Fr. 123.40
Ergebnis	-395'933	-954'884	-864'278

Diverse Dienstleistungen	IST R09	SOLL B09	IST R08
Erbringen der Dienstleistungen zu Vollkosten	231'153	-682'669	1'680'310
Ergebnis	108,5%	82%	137,3%

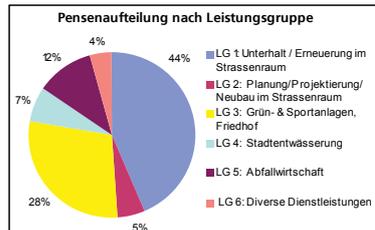
Zusammenfassung	IST R09	SOLL B09	IST R08
Ergebnis TBA	-35'590'552	35'205'285	30'493'965
Kostendeckungsgrad [KDG] LG 1-6 (inklusive Spezialfinanzierungen)	44,1%	44,2%	49,1%
KDG LG 1-3 + 6 (ohne Spez.Fin.)	32,2%	28,8%	32,3%

5.3.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

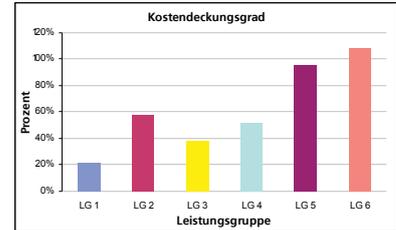
a) Bruttoaufwand nach LG



b) Pensenaufteilung (per 31.12.09)



c) Kostendeckungsgrad



5.3.4.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2009

Die Rechnung des TBA-Globalbudgets 2009 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Mehraufwand von Fr. 385'267.– ab. Die kalkulatorischen Kosten für Werkhof, Anlagen Friedhof/Stadtgärtnerei, Investitionen in Kanalisationen sowie Strassen und aktivierte Fahrzeuge/Maschinen sind nach einem definierten Schlüssel auf die einzelnen Leistungen umgelegt worden. Die Bruttoabweichungen Ertrag/Aufwände von Rechnung 2009 zu Budget 2009 (siehe Tabelle 5.3.2) sind dadurch begründet, dass die effektiven Jahreszahlen auch die beiden Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung beinhalten, das Budget jedoch lediglich das Konto 513 Tiefbauamt ohne interne Verrechnungen an diese beiden Institutionen. Im Berichtsjahr wurde zudem für zusätzliche Aufwendungen ausserhalb des Leistungsauftrages ein Nachtragskredit von Fr. 200'000.– für zusätzliche Reinigungen am Bahnhofplatz gesprochen. Unter Mitberücksichtigung dieses zusätzlichen Kredits resultiert eine Nettozielabweichung von Fr. –425'773.– (ohne kalkulatorische Kosten).

Wird vor allem ein exogener Faktor (nicht beeinflussbare Mindererträge von Fr. 500'000.– für sistierte Zusatzgebühren Friedhof gemäss EÜP-Massnahme BD Nr. 17) in die Berechnung miteinbezogen, so kann auch im finanziellen Bereich von einer Einhaltung der Vorgaben nebst einer hohen Zielerreichung des Leistungsauftrages gesprochen werden (vgl. auch Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag unter Punkt 5.3.3).

Bemerkungen zu den einzelnen Leistungsgruppen:

LG 1:

Kosten pro m² öffentlicher Grund Fr. 16.77 (Soll Fr. 16.19); Anteil Strassen in kritischem Zustand 11 % (Soll 9 %), Abweichungsbegründungen siehe unter Kap. 5.3.3. Kosten pro m² für den betrieblichen Strassenunterhalt Fr. 7.50 brutto (Soll < Fr. 5.60, mehr Winterdienst); Kosten pro m² für den baulichen Strassenunterhalt Fr. 7.45 (Soll < Fr. 7.90).

LG 2:

Durch Minderaufwendungen gegenüber dem Budget und unter Einhaltung des Ertrages wurde der KDG gegenüber der Sollvorgabe übertroffen; der Anteil Planungskosten konnte eingehalten werden. Der Stand der Planungen Ende Berichtsjahr hat von 66 auf total 63 Projekte abgenommen.

LG 3:

Die Bruttoanteile an der Leistungsgruppe im Bereich Parkanlagen und baulicher sowie betrieblicher Unterhalt der Friedhofanlagen weisen gegenüber den Sollwerten höhere Aufwendungen auf. Die übrigen Leistungen bewegen sich im Rahmen der veranschlagten Beträge. Der budgetierte Ertrag konnte praktisch realisiert werden, wodurch der Kostendeckungsgrad (> 40 %) mit knapp 39 % nur marginal unterschritten wurde.

LG 4:

Mit Fr. 1.86 pro m³ Abwasser und Fr. 8.25 pro Laufmeter betrieblicher Unterhalt im Kanalnetz bleiben die Kosten unterhalb der Sollvorgaben. Der Kostenanteil der Stadt Luzern an GALU ist wiederum geringer als budgetiert ausgefallen. Generelle Einsparungen bei sämtlichen 3 Leistungen in der LG 4 sind zu verzeichnen.

LG 5:

Der Kostendeckungsgrad betrug 2009 95,2 %. Der Kontostand der Spezialfinanzierung belief sich per 31.12.2009 auf Fr. 6,0 Mio. Bei den Kennzahlen "Hauskehricht" wird der Tonnenpreis netto dargestellt; die Transportrückerstattungen durch den GKLÜ decken dabei praktisch die Aufwendungen für das Einsammeln des verbrennbaren Kehrichts. Aufgrund schwankender Recycling-Erlöse weichen die Preise pro Tonne gegenüber dem Vorjahr teilweise ab.

LG 6:

Durch praktische Einhaltung der Ertragszahlen und gleichzeitige Reduktion der Kosten ge-

genüber dem Budget konnte ein positives Ergebnis und ein positiver Kostendeckungsgrad erzielt werden.

Fazit zur Rechnung 2009 Globalbudget mit Leistungsauftrag Tiefbauamt: Der stadträtliche Leistungsauftrag konnte unter Mitberücksichtigung eines exogenen Faktors erfüllt und die Vorgaben in den sechs Leistungsgruppen konnten grösstenteils eingehalten werden.

Nebst dem sogenannten Alltagsgeschäft wurden im Berichtsjahr wiederum verschie-

dene Projekte bearbeitet. So sind z. B. die Fortsetzung des Projekts Arbeitstraining (Einsatz von ausgesteuerten arbeitslosen Personen in den Regiebetrieben als Vorbereitung für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt), die Umsetzung weiterer Massnahmen im EÜP 2006–2010, diverse Vorarbeiten und die personellen Eingliederungen im Rahmen der Fusion Littau-Luzern sowie die intensive Bearbeitung des Projekts Reorganisation Stadtverwaltung (Wechsel des Tiefbauamtes zur neuen Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit) besonders zu erwähnen.

5.3.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

Beim TBA wird der Leistungsauftrag für das Jahr 2009 in sechs Leistungsgruppen aufgeteilt.

5.3.5.1 Leistungsgruppe Strassenraum, Unterhalt und Erneuerungen (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Hygiene auf dem öffentlichen Grund (als Beitrag für attraktive Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Touristenstadt). Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Werterhaltung des Strassennetzes inkl. Einrichtungen gemäss kantonalem Strassengesetz.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Unterhalt / Erneuerung im Strassenraum	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Strassenunterhalt (öffentlicher Grund) inkl. Gde-Anteil Motorfahrzeugsteuern und Unterhalt Parkplätze Parkingmeter	1,625 Mio. m ²	12'204'237	9'064'686
Baulicher Strassenunterhalt inkl. Erneuerung und inkl. kalk. Kosten	1,315 Mio. m ²	9'828'820	10'383'546
Baulicher Strassenunterhalt der Kantonsstrassen	0,31 Mio. m ²	1'591'128	1'629'276
Grabenaufbrüche für ewl u. Dritte gegen Verr.		441'816	214'516
Technischer Dienst (Markierung/Signalisation)		390'150	361'456
Öffentliche Beleuchtung		1'926'995	1'537'430
Strassengrün (Unterhalt / Erneuerung)		896'264	888'489
Strassenbäume (Pflege / Erneuerung)	3'249	461'207	495'682
Robidog / Sackspender	49/183 Stück	119'411	95'774
Total		27'860'028	24'670'855

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Betrieblicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (total 1,625 Mio. m ² Kantons- und Gemeindestrassen)	Fr. 7.50 brutto	< Fr. 5.60 brutto	Fr. 6.55 brutto
Baulicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (total 1,315 Mio. m ² Gemeindestrassen)	Fr. 7.45 (inkl. kalk. Kosten)	< Fr. 7.90 (inkl. kalk. Kosten)	Fr. 6.15 (inkl. kalk. Kosten)
Werterhaltung des Strassennetzes	Anteil Strassen in kritischem Zustand (Gemeindestrassen) gemäss MSE	11 % der Strassenflächen	9 % der Strassenflächen	11 % der Strassenflächen

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2009	Budget 2009	Rechnung 2008
Ertrag	5'803'506	3'381'000	4'079'117
Kosten	-27'860'027	-24'670'854	-24'328'768
Ergebnis	-22'056'521	-21'289'854	-20'249'651
Leistungseinheit	m ² öffentlicher Grund (Gemeinde)	1'315'000	1'315'000
Kosten pro Einheit	SFr. 16.77	SFr. 16.19	SFr. 15.40

e) Kennzahlen

Bearbeitete Fläche in m ²	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl öffentlicher Brunnen	157	157	157	157	157	-
Anzahl Velounterstände	59	59	59	59	59	-
Anzahl Abfallkörbe	1'266	1'301	1'339	1'390	1'146	-244
Anzahl Fängeranlagen (inkl. Rechen)	52	52	67	67	67	-
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung;	7'650	7'660	7'647	7'663	7'559	-04
davon ausgewechselt	57	40	49	151	178	27
Kosten pro Einwohner in Fr.	333.35	332.15	302.85	325.20	354.80	+29.60

5.3.5.2 Leistungsgruppe Strassenraum, Planung, Projektierung, Neubau (LG 2)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Umsetzung der Zielsetzungen des Grossen Stadtrates und des Stadtrates für den öffentlichen und privaten Verkehr. Sicherstellung der Verfügbarkeit von Verkehrsbauten und Schutz der Anwohner vor übermässigem Verkehrslärm.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Planung / Projektierung / Neubau im Strassenraum	Menge (Anz. Proj.)	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Planung, Vorprojekte, Kreditierung Genehmigung, Detailprojekt, Ausführung Strassensanierungsprogramme (Lärmschutz) Planungen für den öffentlichen Verkehr	1.1.09: 66 31.12.09: 63		
Total		1'504'436	1'842'023

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Verrechnung der Planungskosten	Kostendeckungsgrad der Planungskosten	58,34 %	> 50 %	82,21 %
Anwendung von marktüblichen Tarifen bei der Planung und Projektierung	Einhaltung der massgebenden SIA-Kostentarife für Planungen, abhängig von Bauvolumen und Schwierigkeitsgrad der Planungen	Vorgaben Kostentarife und Kostendeckungsgrad eingehalten.	Einhaltung zu 100 %	Vorgaben Kostentarife und Kostendeckungsgrad eingehalten.

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2009	Budget 2009	Rechnung 2008
Ertrag	877'629	950'000	1'508'353
Kosten	-1'504'436	-1'842'023	-1'834'834
Ergebnis	-626'807	-892'023	-326'481
Kostendeckungsgrad	58.3%	51.6%	82.2%

5.3.5.3 Leistungsgruppe Grün- und Sportanlagen, Friedhof (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Bereitstellen eines Angebots von nutzbarer Grünfläche für Erholung, Sport, Freizeit und Veranstaltung. Gewährleistung der Sicherheit auf Grünflächen (Parkanlagen / Spielplätzen / Schulanlagen) gemäss Bau- und Zonenreglement sowie Strassengesetz bzw. Gesetz über die Volksschulbildung.

Durchführung von Bestattungen gemäss Gesundheitsgesetz und kantonaler Verordnung über das Bestattungswesen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Grün- und Sportanlagen, Friedhof	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Parkanlagen	0,36 Mio. m ²	2'536'082	2'346'987
Bäume in Anlagen	7'406 Bäume	552'158	774'177
Kinderspielplätze	40 Plätze	893'953	707'280
Grünpflege Lieg. Verwaltungsvermögen	0,36 Mio. m ²	875'864	777'813
Grünpflege Schulanlagen	0,17 Mio. m ²	1'152'447	1'171'825
Bestattungsdienst (725 Urnen/92 Erd)	817 Bestattungen	893'965	917'121
Baulicher u. betriebl. Unterh. Friedhofanlagen	0,17 Mio. m ²	1'852'194	1'491'121
Grabunterhalt	521 Vertragsgräber	210'261	381'110
Unterhalt u. Betrieb Aussensportanlagen	0,2 Mio. m ²	1'895'586	1'837'861
Total		10'862'510	10'405'295

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Parkanlagen	Unterhaltskosten pro m ² (360'000 m ²)	Fr. 6.86	< Fr. 7.–	Fr. 6.80
Aussensportanlagen	Kosten pro m ² Rasenspielfeld	Fr. 6.20	< Fr. 5.–	Fr. 4.20
	Kosten pro m ² Allwetterplatz	Fr. 2.10	< Fr. 2.–	Fr. 1.15
∅ Auslastungsgrad aller Sportanlagen	Spielfeldnutzung auf empfohlene maximale Kapazitätsauslastung abgestimmt	Analog Vorjahre 70-80 %	80% Rasenplätze 75% Allwetterplätze	Analog Vorjahre 70-80 %
Bestattungsdienst	∅-Preis pro Bestattung:	Fr. 1'094.20	Fr. 1'000.–	Fr. 1'058.95
	Preis pro Erd- und Urnenbestattung:	Fr. 3'165.32	Fr. 2'500.–	Fr. 2'500.–
		Fr. 831.42	Fr. 900.–	Fr. 832.–

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2009	Budget 2009	Rechnung 2008
Ertrag	4'204'669	4'288'000	4'189'472
Kosten	-10'862'510	-10'405'297	-9'533'663
Ergebnis	-6'657'841	-6'117'297	-5'344'191
Kostendeckungsgrad	38.7%	41.2%	43.9%

e) Kennzahlen

Kennzahlen Anlagenpflege	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Kosten pro m ² Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser)	3.05	3.–	3.15	3.10	3.83	+0.73
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.	74.60	80.–	83.70	85.80	96.68	+10.88
Kennzahlen Baumpflege	2005	2006	2007	2008	2009	Veränd.
Anzahl Strassenbäume	3'328	3'342	3'296	3'269	3'249	-20
Kosten pro Strassenbaum in Fr.	138.90	168.90	131.35	115.05	141.95	+26.90
Kosten pro Einwohner in Fr.	7.65	9.30	7.05	6.05	7.42	+1.37
Anzahl Bäume in Anlagen	6'584	7'495	7'485	7'426	7'406	-20
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.	102.30	79.80	87.50	83.55	74.56	-8.99
Kosten pro Einwohner in Fr.	11.15	9.85	10.70	9.95	8.88	-1.07

5.3.5.4 Leistungsgruppe Stadtentwässerung [Spezialfinanzierung] (LG 4)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Aufsicht über die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen gemäss Gewässerschutzgesetz sowie kantonaler Gewässerschutzverordnung. Gewährleistung des Betriebes der Abwasseranlagen der Stadtentwässerung und der Siedlungsentwässerungsanlagen. Ausführung von Privataufträgen gegen Verrechnung.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Stadtentwässerung	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Unterhalt (öffentliches Netz) inkl. kalkulatorischer Kosten	145 km	7'177'378	8'736'781
Kleiner baulicher Unterhalt (öff. u. privates Netz) inkl. Bewilligung, Aufsicht / Gebührenbewirtschaftung / Planung, Projektierung, Neubau		1'083'241	1'815'291
Betriebskosten ARA / GALU		4'265'295	5'126'254
Total		12'525'914	15'678'326

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Betrieblicher Unterhalt Kanalnetz	Kosten pro Laufmeter Kosten in % des Anlagewertes	Fr. 8.25 0,20%	< Fr. 11.00 < 0,40%	Fr. 7.25 0,25%
Baulicher Unterhalt Kanalnetz 4. Etappe, 2. Teil, total zirka 14 km Kanallänge	Ausführung innert 6 Jahren vollzogen gemäss B+A 24/2001	5% saniert oder rund 0,7 km (T 12,0 km / 86%)	10% saniert oder rund 1.0 km (T 14 km / 100%)	5% saniert oder rund 0,7 km (T 11,3 km / 81%)
Kostenanteil Stadt an GALU	%-Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investition)	45,94% bzw. Fr. 4'265'295.–	<44%	45,94% bzw. Fr. 4'721'380.–

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2009	Budget 2009	Rechnung 2008	Bestand Spezialfinanz.	B 2010	R 2009	R 2008
Ertrag	6'441'311	8'500'000	7'156'717	Bestand 1.1.		-65'896	-967'386
Kosten	-12'525'914	-15'678'326	-12'356'717	Einlage		1'027'047	901'490
Ergebnis	-6'084'603	-7'178'326	-5'200'000	Entnahme		-961'151	
Leistungseinheit m ³ Abwasser	6'700'000	7'300'000	6'900'000	Bestand 31.12.	-	0	-65'896
Kosten pro Einheit	SFr. 1.86	SFr. 2.00	SFr. 1.80				

e) Kennzahlen

Kennzahlen Unterhalt	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Unterhaltskosten pro Einwohner in Fr.	Fr. 21.65	Fr. 25.90	Fr. 21.–	Fr. 22.85	Fr. 16.90	Fr. 17.42
Kennzahlen Wasser	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Wasserverbrauch pro Einwohner	121 m ³	120 m ³	119 m ³	117 m ³	110 m ³	107 m ³
Kosten pro m ³ Wasser	Fr. 1.60	Fr. 1.55	Fr. 1.90	Fr. 1.90	Fr. 1.80	Fr. 1.86
Kosten pro Einwohner (Vollkosten)	Fr. 195.35	Fr. 187.30	Fr. 224.–	Fr. 219.50	Fr. 198.45	Fr. 201.49

5.3.5.5 Leistungsgruppe Abfallbewirtschaftung [Spezialfinanzierung] (LG 5)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Durchführung einer bürgernahen, ökologischen und ökonomischen Abfallbewirtschaftung gemäss Bundesgesetz über den Umweltschutz und Abfallreglement vom Juni 2002.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Abfallbewirtschaftung	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Organisation und Durchführung der gesamten Kehricht- und Separatabfallentsorgung	35'515 t	8'216'764	6'652'116
Total		8'216'764	6'652'116

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Entsorgung des gesamten Kehrichts gemäss Abfuhrplan	Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 210.50	< Fr. 200.00	Fr. 213.35
	Entsorgungskosten pro Einw.	Fr. 120.26	< Fr. 115.00	Fr. 123.40
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge	Separierungsquote	47,75%	> 48%	48,05%

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2009	Budget 2009	Rechnung 2008	Bestand Spezialfinanz.	B 2010	R 2009	R 2008
Ertrag	7'820'831	7'607'000	9'322'469	Bestand 1.1.	6'031'899	7'438'057	6'573'779
Kosten	-8'216'764	-6'652'116	-8'458'191	Einlage	-	-	864'278
Ergebnis	-395'933	954'884	864'278	Entnahme	-390'800	-1'406'158	-
Leistungseinheit	35'515	35'000	36'023	Bestand 31.12.	5'641'099	6'031'899	7'438'057
Kosten pro Einheit	SFr. 210.50	SFr. -190.06	SFr. 213.35				

e) Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'204	60'368	60'779	61'248	62'265	62'166
Kostendeckungsgrad	105,3%	104,7%	117,80%	114,50%	110,20%	95,20%

Kehricht

Kosten in Fr. pro Tonne / Stück

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Hauskehricht	201.-/t	168.-/t	164.-/t	148.-/t	-1.-/t ¹⁾	2.-/t ¹⁾
Kompost-Abfälle	361.-/t	380.-/t	364.-/t	364.-/t	363.-/t	348.-/t
Altmetall	105.-/t	199.-/t	145.-/t	132.-/t	40.-/t	209.-/t
Altglas	78.-/t	82.-/t	82.-/t	76.-/t	51.-/t	70.-/t
Weissblechbüchsen	957.-/t	970.-/t	745.-/t	725.-/t	680.-/t	737.-/t
Elektromaterial	189.-/t	241.-/t	-370.-/t	-351.-/t	-181.-/t	157.-/t
(Swico, SENS, Batterien, Lampen)						
Altpapier	61.-/t	58.-/t	30.-/t	26.-/t	-9.-/t	14.-/t
Karton	313.-/t	331.-/t	288.-/t	251.-/t	255.-/t	314.-/t
Altöl	728.-/t	874.-/t	903.-/t	.-/t	1'405.-/t	1'331.-/t

¹⁾ Kennzahl Hauskehricht inkl. Rückerstattung Gemeindeverband (GKLU)

Abfallmengen	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtabfallmenge	35'213 t	34'712 t	34'644 t	35'625 t	36'023 t	35'515 t
Anteil Hauskehricht	18'048 t	18'122 t	18'018 t	18'600 t	18'712 t	18'565 t
Anteil Wertstoffe	17'165 t	16'590 t	16'626 t	17'025 t	17'311 t	16'950 t
Hauskehrichtmenge pro Einwohner	299 kg	300 kg	296 kg	303 kg	300 kg	298 kg

5.3.5.6 Leistungsgruppe Diverse Dienstleistungen (LG 6)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Leistungserbringung gegen Verrechnung zu Vollkosten für Dritte und stadtinterne Dienstleistungen wie Gebäudeunterhalt, Kanalspülungen, diverse Schreinerarbeiten usw. des Zimmerwerkes, Fahrzeugreparaturen durch die Werkstätte des TBA, diverse Fuhrdienstleistungen des Autobetriebes sowie Baukoordination und Diverses.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Diverse Dienstleistungen	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
	IST	SOLL
Leistungen für Stadtverwaltung und Dritte: Unterhalt Liegenschaften, Märkte und Messen, Sonderabfuhrungen, Kanalspülungen, Fahrzeugunterhalt, Baukoordination und Diverses.	SFr. 2'710'859	SFr. 3'801'669
Total (Finanzbuchhaltung)	SFr. 2'710'859	SFr. 3'801'669

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Leistungen Werkhof, Werkstätten, Kanalunterhalt	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 83.50)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter < Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 83.50)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter < Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 83.50)
Leistungen Strassenunterhalt Bau/Betrieb Stadtgärtnerei	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 70.00)	Std.-Ansätze Arbeiter < Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 70.00)	Std.-Ansätze Arbeiter < Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 70.00)

SBV = Schweiz. Baumeisterverband

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2009	Budget 2009	Rechnung 2008
Ertrag	2'942'012	3'119'000	2'306'667
Kosten	-2'710'859	-3'801'669	-1'680'310
Ergebnis	231'153	-682'669	626'357
Leistungseinheit			
Kostendeckungsgrad	108.5%	-82.0%	137.3%

5.3.6 Nachweise

5.3.6.1 Vom HRM zum Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Institution 513 Tiefbauamt	48'755'986	28'890'214
Institution 591 Stadtentwässerung	7'993'316	7'993'316
Institution 590 Kehrichtbeseitigung	8'065'982	8'065'982
Total (Bruttoumsatz Laufende Rechnung)	64'815'285	44'949'513
./. Interne Verrechnungen innerhalb TBA	-14'186'993	-14'186'993
Total Umsatz Globalbudget TBA	50'628'292	30'762'520
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	19'865'773	
+ kalkulatorische Kosten	15'724'779	
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	35'590'552	

5.3.6.2 Vom HRM zur Betriebsbuchhaltung für die LG 1–6

	Kosten	Ertrag
Fibu Bruttozahlen	64'815'285	44'949'513
./. ILV innerhalb TBA	-14'186'993	-14'186'993
Direkte Kosten TBA	50'628'292	30'762'520
+ kalk. Abgrenzung (Strassenraum/Stadtentw.)	15'724'779	
Total Kostenarten BAB / LG 1 - 6	66'353'071	30'762'520
Globalbudget	35'590'552	
LG 1	27'860'027	5'803'506
LG 2	1'504'436	877'629
LG 3	10'862'510	4'204'669
LG 4	12'525'914	6'441'311
LG 5	8'216'764	7'820'831
LG 6	2'710'859	2'942'012
	63'680'510	28'089'958
	35'590'552	

5.4 Liegenschaften Finanzvermögen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.4.1 Leistungsziele

1. Die Stadt Luzern stellt ein breites Angebot an Mietwohnungen zur Verfügung. Zu diesem Zweck werden Liegenschaften im unteren, mittleren und vereinzelt auch im oberen Preissegment aktiv bewirtschaftet und selbst verwaltet.¹² Durch konstante Werterhaltung und -entwicklung soll mit effizientem Mitteleinsatz ein möglichst optimaler Nutzwert (Qualitätssteigerung) generiert werden.

Erreicht.

2. Die Strategieeinteilung der Renditeliegenschaften ist periodisch zu überprüfen. Dabei sind Liegenschaften aus immobilienwirtschaftlicher Sicht auf die volkswirtschaftlichen, siedlungs- und sozial- sowie finanzpolitischen Ziele hin zu überprüfen.

Wird laufend und insbesondere beim Jahresabschluss überprüft. Keine Veränderungen zum Vorjahr.

3. Mit den Liegenschaften des Finanzvermögens (ohne Anteil GSW-Liegenschaften) ist eine angemessene, marktübliche Bruttorendite zu erwirtschaften. Ertragsverbesserungen sind u. a. durch wertvermehrende Instandsetzungen anzustreben. Das zusätzliche Mietzinspotenzial bei den Renditeliegenschaften für die Jahre 2003–2012 beträgt rund Fr. 1 Mio. Dieses Potenzial wird im 2009 mit zirka Fr. 130'000.– höheren Mieteinnahmen gegenüber 2008 (durch Sanierungen bei Mieterwechseln, wertvermehrende Investitionen usw.) realisiert.

Ziel nur teilweise erreicht, da insbesondere das Erhöhungspotenzial bei Mieterwechseln ausgeschöpft ist.

4. Kennzahlen für die Renditeliegenschaften sind im Rahmen eines Benchmarks mit anderen Gemeinwesen und der Immobilienbranche zu vergleichen und für das Finanzliegenschaften-Management nutzbar zu machen.

Erreicht durch Gemeindevergleich (Benchmarking) mit W&P im Herbst 2008.

5. Für das Teilportfolio Land- und Entwicklungsareale sind Schwerpunkte zu setzen, die volkswirtschaftliche, sozial-, siedlungs- und/oder finanzpolitische Ziele abdecken. Für Entwicklungsareale sind dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die künftige Nutzung zu unterbreiten und die Wertsteigerung im Sinne der Stadtentwicklung aufzuzeigen.

Die Veräusserung des Unterlöhli-Areals an die Katholische Kirchgemeinde konnte abgeschlossen werden. Hingegen konnte das Veräusserungsgeschäft betreffend Wettsteinpark noch nicht vollzogen werden, da gegen die Umzonung des Areals noch immer eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht hängig ist. Ebenfalls noch offen ist die Veräusserung des Restgrundstücks Südpol. Dies weil einerseits die Standortabklärungen für ein neues Stadtarchiv noch andauern und andererseits das Kaufsinteresse eines Investors aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage fraglich geworden ist.

6. Die Kosten für die Waldpflege sind konstant zu halten bzw. nach Möglichkeit zu senken. Die Qualitätsstandards sind im Leistungsvertrag mit dem Stadtforstamt geregelt: Ziel der Bewirtschaftung sind stabile Wälder, welche ihre Schutzaufgabe nachhaltig erfüllen und gleichzeitig einen hohen Natur- und Erholungswert aufweisen.

Erreicht, die jährlichen Kosten blieben unverändert bei Fr. 250'000.–.

7. In Landwirtschaftsbetriebe wird nur zurückhaltend investiert. Bei grösseren Sanierungen (z. B. neues Tierschutzgesetz) sind Eigenleistungen der Pächter einzuverlangen. Ist dies nicht möglich, ist anstelle einer Investition ein Verkauf zu prüfen.

Bei den Umbauten im Therapiezentrum Lehn (DFI) und bei der Sanierung der Jauchegrube im Betrieb Krümmelbach (Schwarzenberg) wurden Eigenleistungen durch die Mieter/Pächterschaft verlangt.

¹² Im unteren Preissegment werden vorwiegend sozialpolitische Ziele abgedeckt, die operativ durch die GSW (im Auftrag der Stadt) wahrgenommen werden.

5.4.2 Globalbudget

	R2009	B2009	Abweichung		R2008
Ertrag (inkl. Interner Ertrag)	9'076'062	8'671'800	404'262	5%	8'833'208
./. direkte Kosten (Unterhalt)	-2'629'924	-2'044'000	-585'924	-29%	-1'839'015
./. direkte Kosten (Betrieb)	-1'741'764	-1'320'380	-421'384	-32%	-1'353'024
./. dem Bereich Immobilien IFL verrechnete Kosten	-619'100	-658'000	38'900	6%	-599'600
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	4'085'273	4'649'420	-564'147	-12%	5'041'568
./. Kalkulatorische Kosten ¹⁾	-9'145'958	-9'714'323	568'365	6%	-9'245'766
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	-5'060'684	-5'064'903	4'219	0%	-4'204'198

¹⁾ Verzinsung des investierten Kapitals/Marktwert zum Zinssatz, den die Stadt Luzern für ihre langfristigen Darlehen bezahlt. (Fr. 213.1 Mio. zu 3,54 %)

Abschreibung von Marktwert ohne Landanteil von Fr. 123,3 Mio. zu 1,3% = Fr. 1,6 Mio. Prozentsatz entspricht einer Abschreibungsdauer von 75 Jahren.

5.4.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Im Geschäftsjahr 2009 wurden erneut Sanierungen und Ausbauten von Liegenschaften vorgenommen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Erweiterung des Gebäudes Guggi-strasse 7 und der Abschluss der Gesamtsanierung der Liegenschaft Winkelriedstrasse 14. Weil aufgrund der Fusion Littau-Luzern neue Verwaltungsräume benötigt werden, wurde dieses Gebäude, mit Ausnahme des Erd- und des ersten Obergeschosses, per Ende 2009 ins Verwaltungsvermögen übergeführt.

Begründung für die Zweckumwandlung von Liegenschaften per 1. Januar 2010

Die korrekte Überführung der Liegenschaften der Gemeinde Littau musste bereits zum Zeitpunkt der Budgetierung für das Jahr 2010, im Frühjahr 2009, sichergestellt werden. Diese umfangreichen Arbeiten erforderten umfassende Abklärungen und Analysen. Nebst der Besichtigung aller Liegenschaften mussten sämtliche Dossiers übernommen und bearbeitet werden. Danach erfolgte die Portfolioeinteilung in die entsprechenden Leistungsgruppen. Dabei konnten nicht alle Liegenschaften, die in der Gemeinde Littau im Finanzvermögen geführt wurden, auch in den Leistungsauftrag mit Globalbudget für die Finanzliegenschaften der Stadt Luzern integriert werden: 10 Liegenschaften werden ab 2010 dem Verwaltungsvermögen zugeteilt, und 5 Liegenschaften, die in der Gemeinde Littau im Verwaltungsvermögen bilanziert sind, sind neu ins städtische Finanzvermögen zu übertragen. Aus diesem Grunde ist nebst der Rechnungsablage und der Genehmigung der Fusionsbilanz per 1.1.2010 auch die Zweckumwandlung von 15 Liegenschaften vorzunehmen. Die Liegenschaften sind im Antrag des Stadtrates an den Grossen Stadtrat einzeln aufgeführt. Da die Liegenschaften, welche neu dem Verwaltungsvermögen zugeteilt werden sollen, einen Buchwert aufweisen und die Überführung buchhalterisch über die Investitionsrechnung erfolgt, ist dem Grossen Stadtrat auch gleichzeitig der entsprechende Sonderkredit zu beantragen.

5.4.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.4.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R09	SOLL B09	IST R08
Anzahl Wohnungen	196	200	196
Wohnfläche in m ²	16'194	16'194	16'194
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	153	145	145
Anzahl Gewerbe-/Geschäftslokale	85	85	85
Geschäftsfläche in m ²	9'654	9'654	9'654
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	185	189	189
Effektive MZ-Einnahmen in % der vertraglich möglichen Einnahmen	> 99 %	> 99 %	> 99 %
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	4'998'655	4'727'300	4'798'675
Unterhalt	-1'776'306	-1'579'500	-1'263'295
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-654'381	-647'978	-643'183
Ergebnis Finanzbuchhaltung	2'567'968	2'499'822	2'892'197
Kalkulatorische Kosten	-3'379'399	-3'569'984	-3'334'226
Aufwandüberschuss	-811'431	-1'070'162	-442'029
Bruttorendite (MZ-Einnahmen / Marktwert)	6.35%	5.98%	6.40%

LG 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R09	SOLL B09	IST R08
Gesamtfläche in m ²	482'112	473'272	488'272
Baulandreserven in m ² insgesamt	276'821	273'188	283'188
- davon in der Stadt Luzern	55'292	63'016	63'016
überbaute Flächen in m ² mit Entw.Potenzial	25'466	25'466	25'466
- davon in der Stadt Luzern	25'466	25'466	25'466
übrige Areale in m ²	179'825	174'618	179'618
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	809'800	736'700	707'922
Unterhalt	-345'219	-160'150	-238'866
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-626'454	-200'732	-188'295
Ergebnis Finanzbuchhaltung	-161'874	375'818	280'761
Kalkulatorische Kosten	-2'147'104	-2'358'292	-2'272'927
Aufwandüberschuss (ohne Buchgewinne)	-2'308'978	-1'982'474	-1'992'167
Ertrag in Fr. pro m ²	1.68	1.56	1.45

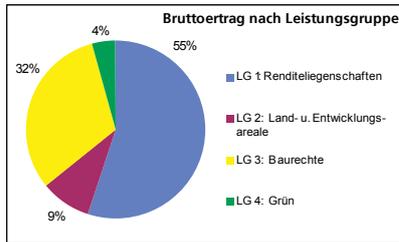
LG 3: Baurechte	IST R09	SOLL B09	IST R08
Baurechte FV	35	35	35
Fläche in m ² der abgegebenen Baurechte	285'930	285'930	285'930
BR-Einnahmen	2'889'302	2'867'400	2'942'817
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen)	-994'246	-1'046'133	-1'036'005
Ergebnis Finanzbuchhaltung	1'895'055	1'821'267	1'906'812
Kalkulat. Kosten (nur Verzinsung Land)	-2'045'624	-2'179'224	-2'071'743
Aufwandüberschuss (BR Finanzvermögen)	-150'569	-357'957	-164'931
Ø Baurechtszins pro m ² FV	10.10	10.11	10.29

LG 4: Grün	IST R09	SOLL B09	IST R08
Anz. Landwirtschaftsbetriebe	8	8	8
Landwirtschaftsfläche in m ²	3'595'903	3'595'903	3'595'903
Erlös in Fr. pro m ² /Jahr aus Landwirtschaft	0.11	0.09	0.11
Waldfläche in m ²	2'545'734	2'545'734	2'545'734
Kosten in Fr. pro m ² /Jahr aus Waldwirtschaft	0.10	0.12	0.10
Pachtzinseinnahmen und übriger Ertrag	378'306	340'400	383'793
Unterhalt	-508'400	-304'350	-336'854
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-85'782	-83'537	-85'141
Ergebnis Finanzbuchhaltung	-215'876	-47'487	-38'201
Kalkulatorische Kosten	-1'573'830	-1'606'823	-1'566'869
Aufwandüberschuss	-1'789'706	-1'654'310	-1'605'070
Ertrag in Fr. pro m ²	0.06	0.06	0.06

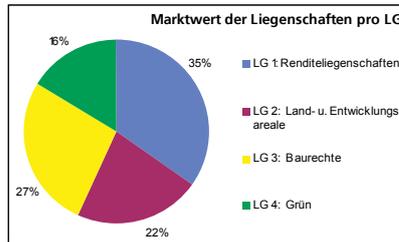
Ergebnis Liegenschaften Finanzvermögen	IST R09	SOLL B09	IST R08
Liegenschaften Finanzvermögen Fläche in m ²	6'966'616	6'972'983	6'972'983
Mietzins, übrige Erträge & Baurechtseinnahmen	9'076'062	8'671'800	8'833'208
Unterhalt	-2'629'924	-2'044'000	-1'839'015
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-2'360'864	-1'978'380	-1'952'624
Ergebnis Finanzbuchhaltung	4'085'273	4'649'420	5'041'568
Kalkulatorische Kosten	-9'145'958	-9'714'323	-9'245'766
Aufwandüberschuss	-5'060'684	-5'064'903	-4'204'198
Kostendeckungsgrad	64.20%	63.13%	67.75%
Gesamtrendite (Ertrag/Marktwert)	4.26%	3.74%	4.08%

5.4.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

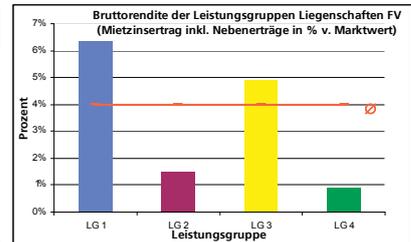
a) Bruttoertrag nach LG



b) Aufteilung nach Wert



c) Bruttorendite nach LG



5.4.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag

Die Gesamterrendite über alle Leistungsgruppen konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,18 % auf 4,26 % gesteigert werden. Diese Ergebnisverbesserung beruht auf Mehreinnahmen durch wertvermehrende Investitionen sowie aus übrigen Erträgen durch temporäre Vermietungen, Rückerstattungen aus Versicherungsfällen und Beiträge bei Sanierungen (z. B. Klimarappen Fr. 42'000.–). Praktisch ausgeschöpft ist hingegen das Mietzinspotenzial bei Mieterwechseln. Die Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr entstanden einerseits durch eine nachträgliche Grundstückgewinnsteuerforderung aus den Landverkäufen für die A2 im Gebiet Schlund (Fr. 450'000.–), andererseits durch einen Nachtragskredit gemäss Art. 60 GO für die umfassende Sanierung der Liegenschaft Bramberghöhe 4 (Fr. 1,33 Mio.). Da diese Arbeiten noch nicht abgeschlossen werden konnten, musste ein Teil dieses Kredits auf das Rechnungsjahr 2010 übertragen werden. Aufgrund der zweimaligen Senkung des Referenzzinssatzes auf neu 3 % mussten im Herbst 2009 die entsprechenden Mietzinsenkungen vorgenommen werden. Die daraus entstehenden Mindereinnahmen werden jedoch erst 2010 wirksam.

Nebst dem ordentlichen Tagesgeschäft sind aus dem vergangenen Jahr folgende Schwerpunkte zu vermelden:

- Die Liegenschaft Guggistrasse 7 wurde mit einem Büroanbau im Minergiestandard um drei Geschosse erweitert.
- Über die städtischen Grundstücke im Hinterschlund, Kriens, wurde eine umfassende Studie zur Weiterentwicklung dieser Areale erstellt.

In der **LG 1, Renditeliegenschaften**, musste aufgrund eines sehr starken Hausschwamm- und Fäulnisbefalls die Liegenschaft Bramberghöhe 4 einer umfassenden Sanierung unterzogen werden. Diese Arbeiten werden bis 2010 andauern. Dank Mehreinnahmen

aus wertvermehrenden Investitionen sank die Bruttorendite trotz dieser Sanierungskosten gegenüber dem Vorjahr um lediglich 0,05 % auf 6,40 %. Auch 2009 wurden erneut 20 Liegenschaften einer externen Verkehrswertschätzung unterzogen. Dabei resultierte eine Verkehrswertsteigerung von rund Fr. 2,7 Mio.

In der **LG 2, Land- und Entwicklungsareale**, konnten gegenüber dem Vorjahr leicht höhere Mieteinnahmen generiert werden. Nebst der erwähnten Studie betreffend den Hinterschlund sind folgende Themen zu erwähnen:

- Über die Grundstücke Mattenhof, Kriens, wurde zusammen mit der Gemeinde Kriens und der Mobimo AG ein Studienauftrag zur Bebauung dieser Areale vorgenommen.
- Das Grundstück Unterlöchli konnte an die Katholische Kirchgemeinde veräussert werden.
- Die Vermarktung eines Restgrundstücks an der Mettenwylstrasse wurde abgeschlossen. Das Verkaufsgeschäft wird im ersten Halbjahr 2010 dem Grossen Stadtrat unterbreitet.
- Gegen den Rückbau des einsturzgefährdeten Gebäudes Pilatusstrasse 47 (Schmiede) wurde eine Volksinitiative eingereicht. Da es voraussichtlich im Herbst 2010 zu einer Volksabstimmung kommt, mussten alle vorgesehenen Arbeiten eingestellt werden.

In der **LG 3, Baurechte**, musste aufgrund eines hängigen Verfahrens beim Baurecht Kreuzbuch eine Baurechtszinsreduktion von ca. Fr. 50'000.– in Kauf genommen werden, weshalb sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechterte.

In der **LG 4, Grün**, begründen sich die Mehraufwendungen durch erhebliche Umbauten und Sanierungen im Therapiezentrum Lehn und im Betrieb Krümmelbach. In beiden Fällen wurden jedoch Eigenleistungen und Kostenübernahmen der Mieter/Pächter einverlangt.

5.4.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.4.5.1 Leistungsgruppe Renditeliegenschaften (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 1

Anbieten von attraktiven Wohnungen und Gewerberäumen zu kostendeckenden Mietzinsen. Sicherstellung eines angemessenen Unterhaltes zur Substanzerhaltung der Liegenschaften.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 1: Renditeliegenschaften	Miete pro m ² / Jahr	Menge			Bruttoertrag an Leistungsgruppe	
		Anz.	Fläche m ²	%		
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	> 160.--	84	5'898	36%	SFr.	1'149'198
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	121 - 160.--	97	8'322	50%	SFr.	1'171'196
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	< 120.--	15	1'974	12%	SFr.	165'744
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen GSW		60	3'749		SFr.	436'399
Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen		85	9'654		SFr.	1'358'270
Vermietung von Garagen/Parkplätzen		143	Plätze		SFr.	113'152
übrige Erträge und Rückserstattungen					SFr.	604'695
Total					SFr.	4'998'655

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Niederschwelliges Wohnungsangebot zur Verfügung stellen	Anz. durch die GSW verwaltete Wohnungen, Einhaltung Vertrag mit GSW	60 Wohnungen	60 Wohnungen	60 Wohnungen
Angebot an Wohnungen im oberen Preissegment	Anz. Wohnungen Ø m ² -Preis der Whg p.a.	14 Wohnungen > Fr. 210.--	13 Wohnungen > Fr. 210.--	13 Wohnungen > Fr. 210.--
Verwaltungseffizienz Optimale Bewirtschaftung der selbst verwalteten Wohnungen	Mietzinsausfallquote (Leerstände) in Prozent vom Mietzinssoll	2.09%	1.00%	1.03%
Zustand der Wohnungen und Sicherstellung Substanzerhalt	Unterhalt ¹³ in % Mietzinseinnahmen bzw. in % Marktwert (gemäss SIA D0213)	Von Mietzins: 35,35% von Marktwert: 2,4%	Von Mietzins: 33,0% von Marktwert: 2,3%	Von Mietzins: 26,30% von Marktwert: 1,7%
Marktgängigkeit der Mietwohnungen	Anzahl Mieterwechsel p.a. (nur selbst bewirtschaftete Liegenschaften)	65	45	62

d) Mengen und Kosten

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R09	SOLL B09	IST R08
Ertrag	4'998'655	4'727'300	4'798'675
Kosten	-5'810'086	-5'797'462	-5'240'704
Aufwandüberschuss	-811'431	-1'070'162	-442'029
Marktwert	73'786'000	73'760'000	73'119'000
Nettorendite in Prozent	3.64%	3.56%	4.32%

Aufgrund wertvermehrender Investitionen sind 16 Wohnungen im höheren Preissegment ausgewiesen. Bei der Liegenschaft Bruggligasse 19 wurden die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für die Erneuerung der Nasszellen (Küchen und Bäder) in Angriff genommen. Beim Restaurant Geissmatt konnten die Verhandlungen mit einem Interessenten zur Wiedereröffnung des Gastronomiebetriebes sowie die dazu notwendigen umfangreichen Abklärungen für die vorzunehmenden Umbauarbeiten weit vorangebracht werden.

¹³ Instandhaltung und Instandsetzung.

5.4.5.2 Leistungsgruppe Land- und Entwicklungsareale (LG 2)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 2

Leistung eines aktiven Beitrages zur Umsetzung der stadträtlichen Leitsätze zur Stadtentwicklung und zur Realisierung der Stossrichtungen aus dem Masterplan der Stadt Luzern (Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung vom 10. September 2003).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 2: Land- und Entwicklungsareale	Menge	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Baulandreserven	276'821m ²	SFr. 86'992
Anzahl Wohnungen / Mietzinseinnahmen	31 Whg.	SFr. 307'317
Fläche Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen	4'002 m ²	SFr. 205'648
Vermietung von Garagen/Parkplätzen	54 Plätze	SFr. 82'491
übrige Erträge und Rückserstattungen		SFr. 127'351
Total		SFr. 809'800

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Erfolgreiche Vermarktung und Entwicklung von Liegenschaften mit erhöhtem Nutzenpotenzial	Zieldefinition und Vorgehensplan erarbeitet und laufend aktualisiert. Anzahl Vermarktungen	Kommentar vgl. unten.	Für die Areale Büttenen, Wettsteinpark und das Restgrundstück Südpol in Kriens sind dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die künftige Nutzung zu unterbreiten.	Die Veräusserung des Teilgrundstücks im Wettsteinpark ist fristgerecht dem GStR unterbreitet worden. Bei der Vermarktung des Grundstücks an der Büttenehalde gingen keine konkreten Angebote ein. Nach Durchführung einer Marktbefragung wurde beschlossen, dieses Geschäft bis ins Jahr 2010 zu sistieren.

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R09	SOLL B09	IST R08
Ertrag	809'800	736'700	707'922
Kosten	-3'118'778	-2'719'174	-2'700'089
Aufwandüberschuss	-2'308'978	-1'982'474	-1'992'167
Ertrag in Fr. pro m ²	1.68	1.56	1.45
Fläche	482'112	473'272	488'272

Der Vollzug der Veräusserung des Teilgrundstücks im Wettsteinpark ist durch eine hängige Einsprache pendent. Der Verkauf des Grundstücks Unterlöchli konnte hingegen abgeschlossen werden. Weiter stimmte der Grosse Stadtrat im vergangenen Jahr der Veräusserung der Liegenschaften Maihofstrasse 2/4 zu. Zudem wurde die Vermarktung eines Grundstücks an der Mettenwylstrasse erfolgreich abgeschlossen.

5.4.5.3 Leistungsgruppe Baurechte (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 3

Gewährung von Baurechten des Finanzvermögens zu marktüblichen Konditionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Baurechtsnehmer und der strategischen Bedeutung des Grundstückes für die Stadt. Administration der Baurechte des Finanz- und Verwaltungsvermögens (Vertragsgestaltung, Inkasso).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 3: Baurechte Finanzvermögen	Menge		Bruttoertrag an Leistungsgruppe
	Anz.	Fläche m ²	
Baurechtszinsen (Finanzvermögen)	35	285'930	SFr. 2'889'302
übrige Erträge			SFr. -
Total			SFr. 2'889'302

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Marktkonforme Abgabe von Baurechten auf Liegenschaften des Finanzvermögens	∅ Baurechtszins pro m ² /p.a.	Fr. 10.10	Fr. 10.11	Fr. 10.29
Bei ablaufenden BR: Klärung der Übereinstimmung mit Strategie und Marktkonformität	Anzahl BR-Verträge, die im Rechnungsjahr enden	Keine	Keine	BR Kegelsport-halle wurde erneuert. BR Messe AG wurde erneuert und erweitert

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 3: Baurechte	IST R09	SOLL B09	IST R08
Ertrag	2'889'302	2'867'400	2'942'817
Kosten	-3'039'871	-3'225'357	-3'107'748
Aufwandüberschuss	-150'569	-357'957	-164'931
Marktwert (Ertragswert mit 5% kapitalisiert)	57'786'031	57'348'000	58'856'340
∅ Baurechtszins pro m ²	10.10	10.11	10.29
Fläche	285'930	285'930	285'930

Bemerkungen siehe Kapitel 5.4.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag.

5.4.5.4 Leistungsgruppe Grün (LG 4)

a) Ziele die Leistungsgruppe 4

Pflege und Schutz des Waldes in seiner Fläche und seiner räumlichen Verteilung (quantitative Walderhaltung) sowie Schutz des Waldes als Ökosystem mit seiner vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt, als Landschaftselement und als Garant der Schutz- und Nutzfunktionen (qualitative Walderhaltung) durch das Stadtforstamt. Der Wald liefert einen Beitrag zur Standortqualität für die Stadt Luzern und die umliegenden Naherholungsgebiete.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 4: Grün	Fläche in m ²	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Pacht- und Mietzinsen	3'595'903	SFr. 222'272
Mietzinsen DFI (Lehn)		SFr. 60'320
Entschädigung VBS Gefechtsschiessplatz	2'545'734	SFr. 80'665
Erträge aus Wald		SFr. 10'256
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 4'793
Total		SFr. 378'306

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R09	Soll B09	Ist R08
Stabilisierung der Kosten für die Waldpflege gemäss Vertrag vom 31.01.07 mit der Korporationsgemeinde Luzern	Kosten der Waldpflege p.a. insgesamt und pro m ² Waldfläche	Fr. 250'000.- Fr. -.10/m ²	Fr. 250'000.- Fr. -.10/m ²	Fr. 250'000.- Fr. -.10/m ²

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 4: Grün	IST R09	SOLL B09	IST R08
Ertrag	378'306	340'400	383'793
Kosten	-2'168'012	-1'994'710	-1'988'864
Aufwandüberschuss	-1'789'706	-1'654'310	-1'605'070
Ertrag in Fr. pro m ²	0.06	0.06	0.06
Fläche	6'141'637	6'141'637	6'141'637

5.4.6 Nachweis der Kosten

Vom Aufwand zu den Kosten	Aufwand	Ertrag
Institution 521 Immobilien Finanzliegenschaften (ohne ILV in 941/991)	5'923'653	-9'807'241
Ergebnis Finanzbuchhaltung Globalbudget (= ILV in 941/991)	-3'883'588	
Kalk Kosten: Zinsen auf Marktwert	7'543'138	
Kalk Kosten: 1,3% Abschreib. auf Marktwert ohne Land	1'602'819	
Ergebnis Globalbudget inkl. kalk. Kosten	5'262'370	
Abgrenzung HK/NK-Abr., Leistungen für Verw. Vermögen, usw.	-932'864	731'179
Ergebnis Kosten LG 1-4 Globalbudget IFL	5'060'685	

6 Fusion Littau-Luzern / Fusionsbilanz per 1. Januar 2010

In Anwendung von Art. 38 des Vertrages über die Fusion der Gemeinden Littau und Luzern vom 17. Juni 2007 hat der Grosse Stadtrat von Luzern die Fusionsbilanz per 1. Januar 2010 zu genehmigen. Sie bildet die finanzielle Ausgangslage für das vereinigte Gemeinwesen.

Diese Bilanz ergibt sich aus der Konsolidierung der Bilanzen per 31. Dezember 2009 der Gemeinde Littau und der Stadt Luzern. Die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Littau und Luzern – diese umfassen von der Stadt Luzern der Gemeinde Littau gewährte Darlehen zur Finanzierung des allgemeinen Haushaltes gemäss Verwaltungsvereinbarung vom 19. März 2008 – werden vorgängig eliminiert.

	Luzern 31.12.2009	Littau 31.12.2009	"konzerninterne" Aufrechnung	Fusionsbilanz 1.1.2010
10 Finanzvermögen	317'126'940.37	70'379'844.71	-23'000'000.00	364'506'785.08
100 Flüssige Mittel	1'528'125.65	6'226'518.72		7'754'644.37
101 Guthaben	161'864'147.12	41'880'996.28		203'745'143.40
102 Anlagen	141'395'958.79	18'925'550.66	-23'000'000.00	137'321'509.45
103 Transitorische Aktiven	12'338'708.81	3'346'779.05		15'685'487.86
11 Verwaltungsvermögen	182'873'536.05	76'677'971.14		259'551'507.19
114 Sachgüter	175'873'536.05	69'138'203.59		245'011'739.64
115 Darlehen und Beteiligungen	7'000'000.00	7'539'767.55		14'539'767.55
116 Investitionsbeiträge				-
117 Übrige aktivierte Ausgaben				-
12 Spezialfinanzierungen	34'412.50	-		34'412.50
13 Bilanzfehlbetrag	-	-		-
Total Aktiven	500'034'888.92	147'057'815.85	-23'000'000.00	624'092'704.77
20 Fremdkapital	378'860'223.74	126'535'677.03	-23'000'000.00	482'395'900.77
200 Laufende Verpflichtungen	176'768'126.08	35'000'630.73		211'768'756.81
201 Kurzfristige Schulden				-
202 Langfristige Schulden	105'980'411.10	84'350'000.00	-23'000'000.00	167'330'411.10
203 Verpflichtungen Sonderrechnungen	46'761'374.98	1'103'197.72		47'864'572.70
204 Rückstellungen	38'196'977.11	3'134'759.76		41'331'736.87
205 Transitorische Passiven	11'153'334.47	2'947'088.82		14'100'423.29
22 Spezialfinanzierungen	61'765'709.46	19'236'379.17		81'002'088.63
23 Kapital	59'408'955.72	1'285'759.65		60'694'715.37
Total Passiven	500'034'888.92	147'057'815.85	-23'000'000.00	624'092'704.77

Auf der Basis der Fusionsbilanz ist vom Grossen Stadtrat die im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget der Finanzliegenschaften in Kapitel 5.4.3 begründete Zweckumwandlung von Liegenschaften zu genehmigen.

Die Projektleitung FLL wird bis im Sommer dem Stadtrat zuhänden des Grossen Stadtrates einen Schlussbericht über das Fusionsprojekt inklusive Abrechnung des Sonderkredites unterbreiten.

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

I.

folgende Nachtragskredite zulasten der Rechnung 2009 zu bewilligen:
Fr. 11'000'000.– zusätzliche Abschreibung von Verwaltungsvermögen (Konto 991.332.00),
Fr. 1'903'000.– Einlage in die Steuerausgleichsreserve (Konto 900.385.10);

II.

den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2009 zu genehmigen;

III.

die Jahresrechnung und die Verwendung des Ertragsüberschusses für das Jahr 2009 zu genehmigen;

IV.

die Fusionsbilanz, erstellt per 1.1.2010, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 624'092'704.77 eröffnet, zu genehmigen;

V.

folgende Grundstücke gestützt auf die Fusionsbilanz per 1.1.2010 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen überzuführen und den entsprechenden Kredit von Fr. 4'437'762.45 zulasten der Investitionsrechnung für die Überführung ins Verwaltungsvermögen zu bewilligen:

Grundst. Nr.	Strasse	Grundbuch	Nutzung	Buchwert per 31.12.09	Grundstücksfläche in m ²
179	Rothenweidli	Littau	Familiengärten	1'000'000.00	9'198.00
231	Ruopigenmoos	Littau	Familiengärten	0.00	41'918.00
316	Cheerstrasse	Littau	Feuerwehrmagazin	1'316'920.00	632.00
1238	Grossmatte 16	Littau	Jugendtreff	303'512.05	627.00
1507	Ruopigen	Littau	PP/BMX/Baseballplatz (nur Landanteil)	0.00	30'000.00
1516	Ruopigenmoos	Littau	Fussballclub / Boccia (nur Landanteil)	1'600'000.00	40'949.00
1517	Ruopigenmoos	Littau	Tennisanlage	217'330.40	33'475.00
4018	Stalden	Kriens	Miteigentum Wohnhaus	0.00	48'049.00
4019	Stalden	Kriens	Miteigentum Schiessanlage	0.00	33'697.00
1476	Staldenhof	Littau	Strasse	0.00	10'394.00
				Total	4'437'762.45
					248'939.00

VI.

folgende Grundstücke (ohne Buchwert) per 1.1.2010 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überzuführen:

Grundst. Nr.	Strasse	Grundbuch	Nutzung	Grundstücksfläche in m ²	
707	Littau Berg	Littau	Geschäftshaus	1'680.00	
1196	Ruopigen	Littau	CKW Baurecht	8'116.00	
1437	Udelboden	Littau	Land	1'621.00	
1511	Staffelntäli	Littau	Anteil Bauland	6'000.00	
40	Fluhmühle/Lindenstrasse	Littau	Wald	200.00	
				Total	17'617.00

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 31. März 2010

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 31. März 2010 betreffend

Geschäftsbericht 2009,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 38 des Vertrages über die Fusion der Gemeinden Littau und Luzern vom 17. Juni 2007, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 61 Abs. 1, Art. 63, Art. 68 Ziff. 2 lit. a und Ziff. 4 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 und 3 und lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung vom 7 Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Zulasten der Rechnung 2009 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:
Fr. 11'000'000.– zusätzliche Abschreibung von Verwaltungsvermögen,
Fr. 1'903'000.– Einlage in die Steuerausgleichsreserve.

II.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2009 wird genehmigt.

III.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2009, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 607'820'789.30
Ertrag	Fr. 611'048'698.21
Ertragsüberschuss	Fr. 3'227'908.91

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:
Fr. 3'227'908.91 Einlage ins Eigenkapital

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 500'034'888.92 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

Fr. 344'238.42 für den Bereich Kultur und von
Fr. 441'293.40 für den Bereich Sport aufweist.

IV.

Die Fusionsbilanz, erstellt per 1.1.2010, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 624'092'704.77 eröffnet, wird genehmigt.

V.

Folgende Grundstücke werden gestützt auf die Fusionsbilanz per 1.1.2010 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übergeführt, und der entsprechende Kredit von Fr. 4'437'762.45 zulasten der Investitionsrechnung für die Überführung ins Verwaltungsvermögen wird bewilligt:

Grundst. Nr.	Strasse	Grundbuch	Nutzung	Buchwert per 31.12.09	Grundstücksfläche in m ²
179	Rothenweidli	Littau	Familiengärten	1'000'000.00	9'198.00
231	Ruopigenmoos	Littau	Familiengärten	0.00	41'918.00
316	Cheerstrasse	Littau	Feuerwehrmagazin	1'316'920.00	632.00
1238	Grossmatte 16	Littau	Jugendtreff	303'512.05	627.00
1507	Ruopigen	Littau	PP/BMX/Baseballplatz (nur Landanteil)	0.00	30'000.00
1516	Ruopigenmoos	Littau	Fussballclub / Boccia (nur Landanteil)	1'600'000.00	40'949.00
1517	Ruopigenmoos	Littau	Tennisanlage	217'330.40	33'475.00
4018	Stalden	Kriens	Miteigentum Wohnhaus	0.00	48'049.00
4019	Stalden	Kriens	Miteigentum Schiessanlage	0.00	33'697.00
1476	Staldenhof	Littau	Strasse	0.00	10'394.00
Total				4'437'762.45	248'939.00

VI.

Folgende Grundstücke werden (ohne Buchwert) per 1.1.2010 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:

Grundst. Nr.	Strasse	Grundbuch	Nutzung	Grundstücksfläche in m ²
707	Littau Berg	Littau	Geschäftshaus	1'680.00
1196	Ruopigen	Littau	CKW Baurecht	8'116.00
1437	Udelboden	Littau	Land	1'621.00
1511	Staffelntäli	Littau	Anteil Bauland	6'000.00
40	Fluhmühle/Lindenstrasse	Littau	Wald	200.00
Total				17'617.00

VII.

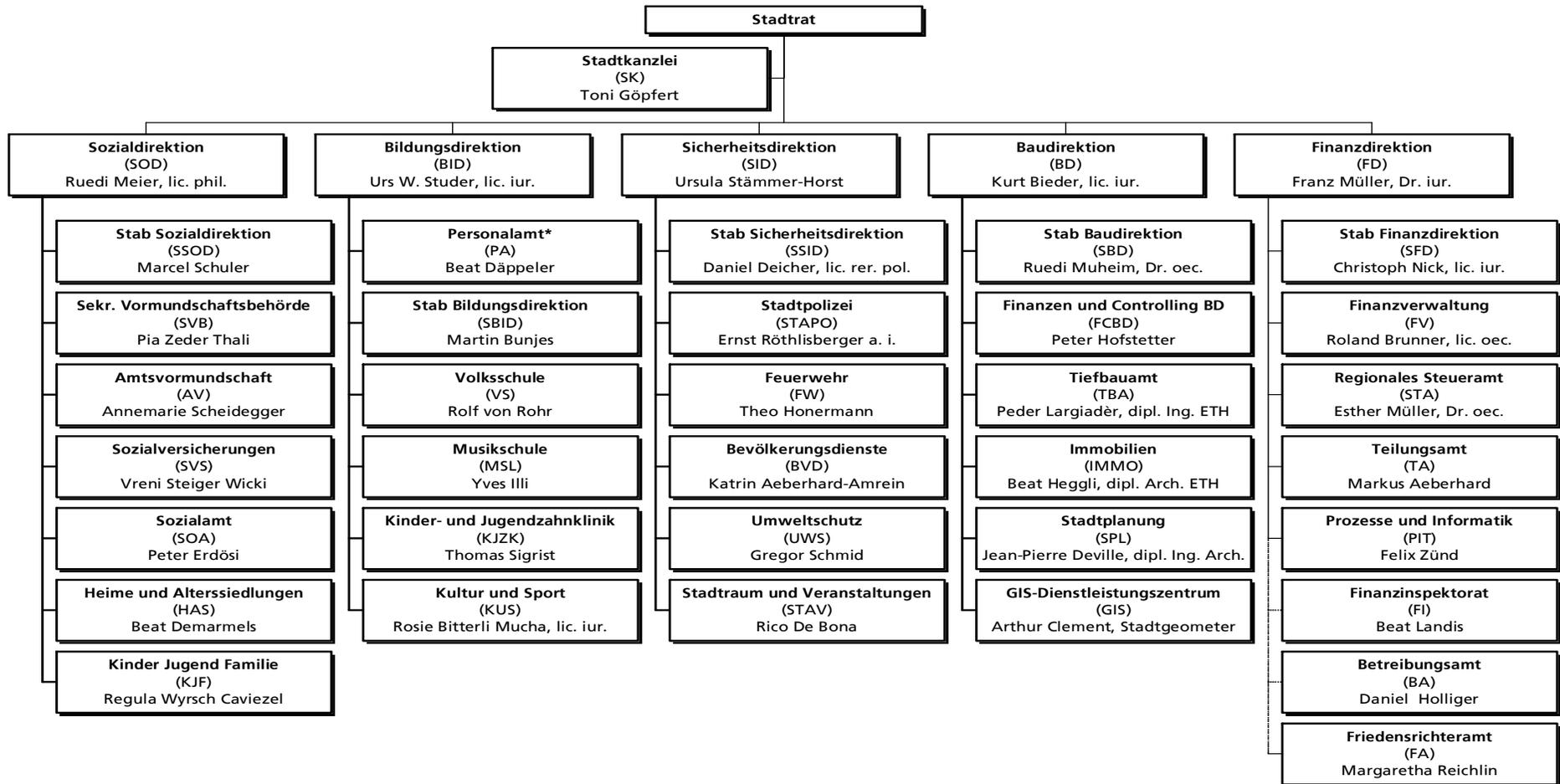
Die Beschlüsse gemäss den Ziffern I und V unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

Luzern, 24. Juni 2010

Marcel Lingg
Präsident des Grossen Stadtrates

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Gesamt-Organigramm per 31.12.2009



* der Direktion des jeweiligen Stadtpräsidenten zugeordnet

-- administrativ der Finanzdirektion zugeordnet